

DAS ARGUMENT 124

Verlagsmitteilungen: Bilanz 1979, AS-Programm 1981	791
Editorial: Zum vorliegenden Heft; Abrüstung	792
Materialistische Politiktheorie	
Michael Jäger	
Marxistische Staatstheorie	795
»Am Staat vorbei«? Interview mit Claus Offe	809
Thomas Scheffler	
Außenpolitik zwischen Legalität und Legitimität	822
<u>Aktuelle Analysen</u>	
W. Elfferding, V. Gransow, M. Jäger: Polen	832
Dieter Kramer: Staatliche Kulturpolitik in Schweden	840
Replik: Schwarz zu Katzenstein und Göbel	846
<u>Kongreßankündigungen und -berichte</u>	
Therapie; Betriebliche Gewerkschaftspolitik; Frauen-Sommeruni; Gesundheitstag; Soziologentag; Sozialismus in der Welt (Cavtat); Historikertag	849
Erich Wulff zum Tod Franco Basaglias	862
<u>Dokumentation</u>	
Kurt Steinhaus: Welche Westpolitik?	866
Gukelberger u.a.: Sozialistische Strategie	871
<u>Interventionen</u>	879
<u>Besprechungen</u>	
Wissenschaftsgeschichte; Ästhetische Erziehung; Industriesoziologie; Zweiter Bildungsweg; Medizin; Politiktheorie	881
<u>Inhaltsverzeichnis 1980</u>	937
<u>Zeitschriftenschau</u>	III
<u>Über die Autoren</u>	X

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Harberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon 030/8314079

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Anders, Günther</i> : Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. II (<i>H. Gollwitzer</i>)	881
<i>Blumenberg, Hans</i> : Arbeit am Mythos (<i>H. Zinser</i>)	883
<i>Brockmeier, Jens</i> : Die Naturtheorie Giordano Brunos (<i>J. Maruhn</i>)	884
<i>Sachsse, Hans</i> : Kausalität — Gesetzlichkeit — Wahrscheinlichkeit (<i>S. Krämer-Friedrich</i>)	885
<i>Nitschke, August</i> : Revolution in Naturwissenschaft und Gesellschaft (<i>J. Rohbeck</i>)	866
Wittgenstein und sein Einfluß auf die gegenwärtige Philosophie (<i>G. Herrgott/J. Zeller</i>)	867
Wittgenstein, der Wiener Kreis und der Kritische Rationalismus (<i>G. Herrgott/J. Zeller</i>)	867
Hegel-Jahrbuch 1977/78 (<i>M. Winkler</i>)	888

ISSN 0004-1157

(Fortsetzung auf S. XII)

Das Argument erscheint 1980 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM, Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 100 700 000; Bank für Gemeinwirtschaft 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11; Postcheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 100 100 10. — Satz: Barbara Steinhardt, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin.

1. — 8. Tausend November 1980.

Beleganghinweis: Dieses Heft enthält — in Teillauflage — das Verlagsverzeichnis und einen Zahlkartenprospekt des Argument-Verlages

Verlagsmitteilungen

Zur Bilanz 1979

Wir legen den letztjährigen Rechenschaftsbericht so spät vor, weil die Bilanz viel Arbeitszeit kostete. Und ebendiese ist besonders knapp. Erinnern wir uns: Zum 1. Mai 1978 bauten wir den Argument-Vertrieb neu auf in Westberlin. Angesichts rasch wachsender Verluste, die sich schließlich einer Viertelmillion näherten, mußten wir den bisher in Karlsruhe organisierten Verlag (Herstellung, Auslieferung usw.) auflösen. Es war ein Sprung ins Unbekannte. Hochschullehrer und Schreiber, die wir sind, sollten wir nun auch noch Verleger werden. Anderthalb Jahre später läßt sich feststellen: Der Sprung ist geglückt. Gerade in den professionell verlegerischen Bereichen, in Herstellung und Vertrieb, arbeiten wir erheblich kostengünstiger als zuvor. Aber mit welchem Aufwand an zusätzlicher Arbeit! Hinzu kam die Ausweitung der Produktion. Deshalb geben wir diesen Bericht mit Verspätung.

Wir schulden Rechenschaft all denen, die auf unterschiedliche Weise zum Überleben des Argument-Verlags bei gleichzeitiger Ausweitung seines Tätigkeitsfeldes beigetragen haben: den Abonnenten, den Mitarbeitern, den Freunden im Buchhandel und bei fortschrittlichen Publikationen.

Wir haben 1979 ein Plus von 65.000 DM erwirtschaftet. Allerdings wäre es illusionär, diesen Betrag als Gewinn anzusehen, mit dem sich bereits ein Teil des Verlustbergs abtragen ließe. Zu schwer lastete auf dem Verlag ein zu großes Lager. Schon wegen der Lagerkosten mußten (und müssen) wir die älteren Hefte verramschen. Wir nutzten daher den erwirtschafteten Überschuß zur Abwertung des Lagers der Hefte 22 bis 100. Das Jahresergebnis ist auf diese Weise ausgeglichen, die Gesamtstruktur weiter gesundet. Dieses Ergebnis hat uns ermutigt, die Reihe der Argument-Sonderbände weiter auszubauen und den bestehenden Reihen die neue Reihe der *Argument-Bücher* anzufügen.

Ermöglicht wurde dies alles durch viele kostenlos geleistete Arbeit, durch angestrenzte Sparsamkeit in Redaktion und Herstellung, durch eine gute Ökonomie in der weitgehend sich selbst verwaltenden Auslieferung.

Zum guten Ergebnis trugen unverzinsten Darlehen von Gesellschaftern bei, dazu kamen Überbrückungskredite von Freunden der Zeitschrift in Höhe von 35.000 DM. Vom Argument-Förderkreis erhielten wir 4.000 DM Spenden. All diese Formen finanzieller und moralischer Unterstützung haben mitgeholfen. Jetzt gilt es mit gleicher Anstrengung, ARGUMENT weiter zu verbessern, die Zeitschrift und die Buchreihen auch noch besser zu verbreiten. Wir bitten um Ideen, um Hilfe, auch weiterhin um Beiträge zur Finanzierung. Darlehensgeber und Förderer erhalten demnächst eine detaillierte Darstellung (Bilanz, sowie Gewinn- und Verlustrechnung). Die Herausgeber

Abo-Rechnung 1981: Für die Abonnenten der Zeitschrift liegt diesem Heft die Abo-Rechnung für 1981 bei. Bitte sofort überweisen! Mit dem Geld finanzieren wir die laufende Produktion 1981.

Faschismus und Ideologie: Aus dem angekündigten Argument-Sonderband AS 60 sind zwei Bände geworden. *Faschismus und Ideologie 2* ist als *Argument-Sonderband AS 62* erschienen (bitte extra bestellen — Bestellschein im beiliegenden Gesamtverzeichnis des Argument-Verlags).

Mit diesen beiden Bänden des *Projekt Ideologie-Theorie (PIT)* liegt erstmals eine Untersuchung des deutschen Faschismus vor, die die Wirkungsweise des Ideologischen in den Mittelpunkt rückt. *Band 1:* Das Ideologische in marxistischen Faschismustheorien. Die faschistische Modalität des Ideologischen. Die Reorganisation des 1. Mai. Erziehung des faschistischen Subjekts. *Band 2:* Sozialpolitik, Architektur, Literatur, Film.

Titeländerung AS 61: Der Band erscheint Ende dieses Jahres unter dem Titel: *Selbstverwaltung*. Internationale Sozialismus-Diskussion 1. Bei der diesjährigen Internationalen Konferenz »Sozialismus in der Welt« in Cavtat (Jugoslawien) — vgl. den Kongreßbericht in diesem Heft — berichteten Vertreter aller Kontinente, wie überall auf der Welt und in allen gesellschaftlichen Bereichen der Kampf um die Kontrolle der eigenen Lebensbedingungen unter dem Namen der *Selbstverwaltung* geführt wird. Ausgewählte Beiträge sind in diesem Band ins Deutsche übersetzt.

Sociological abstracts, ein bibliographischer Dienst in San Diego, veröffentlicht regelmäßig abstracts von *Argument*-Artikeln und liefert in den USA auf Anfrage Kopien der Artikel.

Argument-Sonderbände (AS): Programm 1981

- AS 63 Entstehung der Arbeiterbewegung
- AS 64 Prävention — Medizin und Politik/Soziale Medizin IX
- AS 65 Gulliver 9: 'Zweite Kultur' in England, Irland, Schottland, USA
- AS 66 Forum Kritische Psychologie 8: Handlungsstrukturtheorie 2
- AS 67 Projekt Automation und Qualifikation VI: Automationsarbeit: Empirie 3
- AS 68 Alternative Wirtschaftspolitik 3: Das Inflationsproblem
- AS 69 Gewerkschaften und Gesundheit
- AS 70 Projekt Ideologie-Theorie (PIT): Bereichstheorien
- AS 71 Gulliver 10: Women — Zwischen Voluntarismus und Revolution
- AS 72 Forum Kritische Psychologie 9: Ideologie-Diskussion
- AS 73 Jahrbuch für kritische Medizin 7
- AS 74 Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus

Benutzen Sie bitte zur Bestellung der AS für 1981 den Bestellschein des beiliegenden Gesamtverzeichnisses 1980/81.

Editorial

Zum vorliegenden Heft

Das Wichtigste ist am wenigsten begriffen, gilt in der bürgerlichen Gesellschaft. Ausbeutung und Macht sind am meisten geheimnisumwittert. Auf die Gesetze der Ausbeutung hat Marx soviel Licht geworfen, daß die, die es scheuen, bis heute Marxisten verfolgen. Was die Analyse von Macht und Politik angeht, steht der Marxismus, trotz bedeutender Vorarbeiten von Lenin bis Poulantzas, bis heute im Halbschatten von Alltagsbewußtsein und bürgerlichen Paradigmen — vielleicht weil er selbst in der Form kämpfen muß, die es zu begreifen gilt.

Nachdem die Studentenbewegung den Schwindel vom klassenneutralen Staat durchschaut hatte; nachdem der Staat in der Theorie schon zur »bloßen Erscheinung« von Klassenherrschaft abgestorben war — sich aber in Polizeiknüppel und Reformpolitik als sehr lebendig und wirksam erwies, gingen wir daran, ihn aus den neu gelernten Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise abzuleiten. Dieses Verfahren auf Nummer sicher ließ — bei allen wichtigen Einsichten — viele Fragen unbeantwortet. Schon eine Ausdehnung der Untersuchung in die Geschichte brachte Zweifel an der ehernen Dichte des ökonomischen Ableitungszusammenhangs. Vor allem aber gelang die Aufklärung des Zusammenhangs von Klassencharakter und relativer Autonomie des Staates und der Politik nicht und damit auch nicht die Weiterführung der Ableitung in die Klassenkämpfe der Gegenwart.

Hier half die Umwälzung weiter, die die Wiederentdeckung Gramscis und die Lektüre Althussers für die marxistische Theorie des Politischen bedeuteten. Sie zwangen da-

zu, Staat und Politik sowohl als die Gesellschaft von oben regelnde Mächte aufzufassen, als auch sie aus den Klassenkämpfen gleichsam »von unten« zu begreifen. Wir sind mitten in diesem Prozeß des Umdenkens.

Michael Jäger formuliert die klassische Problematik der marxistischen Staatstheorie vom Zerschlagen oder Besetzen des bürgerlichen Staats um in die Frage nach dem Staat-in-uns. Claus Offe entwickelt über eine Analyse des Zusammenhangs von Wachstumskrise, Krise der Parteien und Aufschwung der sozialen Bewegungen die Perspektive einer »Partei zu außerparlamentarischen Zwecken«. Der ursprünglich vorgesehene Beitrag von Ernesto Laclau: Populistischer Bruch und Diskurs, erscheint demnächst in seinem Buch: Politik und Ideologie im Marxismus, Argument-Verlag. Thomas Scheffler versucht in seiner Analyse der Kissinger-Memoiren, Außenpolitik, den am meisten entfremdeten Bereich des Politischen, unter dem Aspekt des Auf- und Umbaus von Hegemonie zu fassen.

Marxistische Arbeiterparteien hatten eine politisch-theoretische Kultur entwickelt, zu der die systematische Analyse der Kräfteverhältnisse und die Neuformierung der eigenen Strategie in periodischen Abständen gehörte. Häufig ist davon nur ein Bekräftigungsritual für Parteitage geblieben. Die »Sozialistische Initiative«, eine Gruppe ehemalige SEW-Mitglieder, versuchte anlässlich ihrer Gründungstagung diese Form des umfassenden Überblicks zur Strategiebestimmung mit neuem Inhalt zu füllen. Da auf der übrigen Linken — wenn man von den Ansätzen der »Herforder Thesen« der JUSOS absieht — ein Defizit an globalem strategischem Denken besteht, dokumentieren wir diesen Bericht. Im folgenden Heft bringen wir einen Auszug aus den Herforder Thesen und einen Bericht von der dazu veranstalteten Tagung.

Im antagonistischen Gegeneinander von Sozialismus und Kapitalismus sind die Schienen marxistischer Theorie und Politik verlegt, herauszuspringen ist schwer. Hermann L. Gremliza befürchtet in seinem Editorial zu »konkret« 10/1980, die streikenden Arbeiter in Polen müßten »Rechtsradikale und ihre neuen Gewerkschaften faschistische Tarnorganisationen, mindestens aber anti-kommunistische oder antisozialistische Kampfbünde sein oder zu werden verprechen«, weil Strauß ihnen öffentlich Unterstützung zugesagt hat. Die Angst vor falschen Freunden kann mögliche Freunde zu Feinden machen. Der sozialistische Block bezahlt seine Sicherung mit einem hohen Maß an Unbeweglichkeit. Da wird jede Bewegung zur Bedrohung der Sicherheit. Die Frage ist also, ob wir eine radikale Entwicklung der sozialistischen Länder — nämlich zum Kommunismus — für möglich halten, wo doch die kleinste Bewegung tatsächlich vom Gegner genutzt werden kann. Die Autoren der *aktuellen Analyse zu Polen* fragen, ob die Resultate der polnischen Streiks eine neue und verallgemeinerbare Lösung des Problems bringen.

Eine Haltung, die die soziale Bewegung der Dialektik der Systemkonkurrenz nicht einfach ausliefert, sondern sie produktiv zu wenden weiß, setzt Einsicht in die globalen Kräfteverhältnisse und ihre Dynamik voraus. Kurt Steinhaus hat als einer der ersten die Entwicklung der beiden deutschen Staaten als sich im antagonistischen Gegeneinander modifizierenden Sozialismus und Kapitalismus untersucht (vgl. K. Steinhaus: Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland, in: BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme. Köln 1971). In dem hier dokumentierten neuen Text analysiert er die Bedingungen und Gefahren einer eigenständigen westeuropäischen Außenpolitik zwischen den Blöcken. In sie könnte von links eingegriffen werden, um Rüstungswahnsinn und Kriegsgefahr einzudämmen.

Atomare Abrüstung in Europa

Gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO hat die Friedensbewegung ihre Aktivitäten verstärkt. Aber noch ist sie schwach und zersplittert. Es droht,

was in der Sprache der Militärs »begrenzter Atomkrieg« heißt: das ist die Ausrottung Europas von Portugal bis Polen. Ausgehend von der Erwägung, daß zwar in jedem Land unterschiedliche Mittel und Wege zur Abrüstung notwendig sind, daß sie aber Teil einer transkontinentalen Bewegung sein müssen, hat sich eine Kampagne für Atomare Abrüstung in Europa gebildet. Sie wird international von Parlamentariern, Wissenschaftlern, Gewerkschaftern unterstützt. Sie appelliert an die beiden Großmächte, alle Atomwaffen aus Europa zurückzuziehen, an die USA, keine Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen in Europa zu stationieren, an die Sowjetunion, die Produktion von SS-20-Mittelstreckenraketen zu stoppen. Sie strebt Verhandlungen jeder Art zwischen den Repräsentanten verschiedener Staaten und Überzeugungen an, Beratungen und Absprachen zwischen Wissenschaftlern, kirchlichen Organisationen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Einzelpersonlichkeiten. Weitere *Informationen* bekommt man bei: European Nuclear Disarmament, Bertrand Russell House, Gamble Street, GB-Nottingham NG7 4ET.

In England gehört der bekannte Sozialhistoriker E.P. Thompson (vgl. den Artikel von Johnson in *Argument* 119) zu den aktiven Trägern der Kampagne. Wir bringen im nächsten Heft seine Analyse »Der Exterminismus, das letzte Stadium der Zivilisation«.

Privatfehden oder politische Öffentlichkeit?

Peter Dudek vom Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt nahm eine kritische Besprechung seines Buches im *Argument* und ihren Aushang in seinem früheren Lehrerkollegium durch den Direktor zum Anlaß, das *Argument* »übelster sowjet-marxistischer Theoriepolitik« zu zeihen (vgl. Interventionen in *Argument* 122, 588). Wir veröffentlichten Auszüge aus dem Briefwechsel zwischen Dudek und dem Schuldirektor, der ihm denunziatorische Einordnung und Aburteilung des *Argument* à la CSU vorhielt. Dudek möchte klargestellt wissen, daß wir ohne seine Einwilligung aus einem privaten, nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Brief zitiert hätten, der Gegenstand eines persönlichen Konfliktes zwischen dem Direktor und ihm gewesen sei. Er teilt uns weiter mit, daß diese Privatfehde in ganz Frankfurt publik sei. Wahrscheinlich ist es gerade dieser Raum des Privat-Halböffentlichen — dessen Verletzung durch politische Öffentlichkeit Dudek uns vorhält —, in dem die Gräben zwischen den Linken ausgehoben und befestigt werden. Peter Dudek teilte uns mit, er würde den Brief in dieser Form heute nicht mehr schreiben, aber auf einer argumentativen Kritik an sowjet-marxistischen Wissenschaftstheorie-Konzepten beharren. Wir sehen in dieser Akzentverschiebung einen Fortschritt zur Einigung und fühlen uns darin bestärkt, im Zweifelsfall die uneingeschränkte Öffentlichkeit solcher Meinungsunterschiede den Halböffentlichkeiten entschieden vorzuziehen.

Michael Jäger

Marxistische Staatstheorie*

Der praktische Problemanstoß für eine marxistische Theorie des Staates ist klar. Wenn die ökologische Bewegung sich als grüne Partei organisiert, dann wird gefragt, ob die Vertretung der Interessen der Bewegung dadurch wirklich gestärkt oder ob sie verfälscht, nämlich verstaatlicht wird; aber es wird auch gleichzeitig gefragt, wie die Bewegung ihre Ziele denn sonst durchsetzen will, wenn nicht mittels einer politischen Partei. Dieselben Fragen haben in der Arbeiterbewegung eine Tradition von nun schon über hundert Jahren; wie kann die Arbeiterbewegung sich gegen Integration in einen bürgerlichen Parlamentarismus oder heute in einen erweiterten bürgerlichen Staat schützen, der ihr zusätzlich die Nutzung korporativer Staatsinstitutionen anbietet — Modell Konzertierte Aktion —, wie kann sie in diesem System ihre Autonomie wahren? Es gibt neben der Tradition der Fragen auch eine Tradition von Antworten, die man, obwohl sie teilweise ziemlich unzusammenhängend sind, als »marxistische Staatstheorie« bezeichnet. Aus ihr will ich einen älteren und zwei neuere staatstheoretische Ansätze bzw. Schulen herausgreifen und sie skizzenhaft vorstellen: erstens die westdeutsche Staatsableitungsdebatte, die im Anschluß an die Studentenbewegung entstanden ist; zweitens Gramscis Verarbeitung der Erfahrung des Faschismus; und drittens Theorien über den »Staat in uns selbst«, der zuletzt von französischen und italienischen Autoren durchdacht wurde in Reaktion auf jüngste Entwicklungstendenzen des bürgerlichen Staates, die z.B. Poulantzas als autoritären Etatismus bezeichnet.

I.

Fangen wir mit der Staatsableitungs-Debatte an. Politisch hatten diejenigen, die sie begannen, eine Kritik reformistischer und revisionistischer Staatsauffassungen im Auge, sie wollten beweisen, daß der bürgerliche Staat trotz Parlamentarismus und sozialem Netz für ökonomisch Benachteiligte weder ein Organ des Gemeinwohls ist noch eine pragmatische Machtmaschinerie, die je nach Kräfteverhältnissen mal von der einen, mal von der anderen Klasse, mal von allen Klassen zusammen »genutzt« werden kann, sondern daß schon allein *in der Staatsmaschinerie als solcher* die bürgerliche Herrschaft steckt, egal wer die Maschinerie bedient und sogar bei guter Absicht des Maschinisten. Das war das politische Beweisziel, aber das Beweismittel bestand im *Anspruch des »Ableitens«*, daher der Name der Debatte, und zwar des Ableitens nach dem Vorbild und aus den theoretischen Resultaten des Marxschen »Kapital«. In diesem Versuch, Inhalt und Verfahren des »Kapital« fruchtbar zu machen, wurzeln die Schwächen der Debatte und ihre Stärken, und wir müssen von beidem lernen und dürfen die Stärken auch nach dem Ende der Debatte nicht wieder preisgeben.

Was das Verfahren angeht, so versuchte man einen bestimmten Zug der Methode auszunutzen, mit der Marx ökonomische Phänomene erklärt hat. Es ist ein Zug, den Marx selbst oft in naturwissenschaftlichen Bildern erläutert hat, z.B. in diesem: Die Behauptung, Arbeiter würden nicht ausgebeutet, vielmehr würden Arbeiter und Kapitalist auf der Grundlage »Gleiches vergilt Gleiches« zusammenarbeiten — der eine gibt

* Vortrag, gehalten in der Volksuni, Berlin 1980, überarbeitet und nachträglich durch Anmerkungen ergänzt.

seine Arbeitskraft, der andere zahlt für diese Ware angemessenen Lohn, es findet also weiter nichts statt als Warentausch ohne Übervorteilung —, diese Behauptung, sagt Marx, »ist dasselbe, als wollte behauptet werden, daß kein Unterschied, noch weniger Gegensatz und Widerspruch zwischen den Naturkörpern existiert, weil sie, z.B. in der Bestimmung der Schwere gefaßt, alle schwer und demnach gleich sind« (Grundrisse, S.159f.). In dem Bild ist nicht nur eine der zentralen *inhaltlichen Behauptungen* von Marx angedeutet, nämlich daß der Arbeiter auch dann ausgebeutet wird, *wenn* er für seine Arbeitskraft korrekten Lohn erhält — mit der bekannten politischen Konsequenz: es geht nicht allein darum, für korrekten Lohn zu kämpfen, sondern letztenendes müssen die Arbeiter für die Beseitigung des Lohn*verhältnisses* kämpfen —, sondern auch etwas *von der Methode*, mit der Marx seine Behauptung beweist. Alle Körper sind schwer und demnach gleich. Aber dieselben Körper sind sehr verschieden schwer. Mit dieser Unterscheidung nimmt Marx, ich weiß nicht, ob mit oder ohne Bewußtsein, eine Revolution des Denkens auf, die schon am Beginn der modernen Physik eine entscheidende Rolle gespielt hatte, nämlich bei Galileis Entdeckung des Fallgesetzes. Es besagt u.a., daß alle Körper in gleichmäßiger Beschleunigung auf die Erde fallen und dort zur gleichen *Zeit* ankommen, wenn man sie z.B. von einem Turm abwirft, unabhängig von ihrem Gewicht. Vor Galilei dachte man, schwere Körper würden früher ankommen als leichte. Galilei behauptete aber: Unterschiede im Gewicht spielen erst dann eine Rolle, wenn wir die *Medien* betrachten, in denen ein Körper fällt, z.B. Luft oder Wasser. Setzen wir aber das Medium gleich Null, dann spielen auch die Gewichtsunterschiede keine Rolle mehr; es bleibt nur die »Bestimmung der Schwere« als solche übrig, die dafür verantwortlich ist, daß die Körper *überhaupt fallen*; aber sie fallen alle auf dieselbe Weise. Nach dieser Vorbereitung konnte sich Galilei darauf beschränken, eine Theorie über den »Körperfall überhaupt« zu formulieren: sie läuft auf das Fallgesetz hinaus. Um aber den Körperfall in der Luft, den wir vor Augen haben, zu erklären, müßten wir eine zweite Theorie formulieren, die Galileis erste übernimmt und weiterführt und auf ein mehr oder weniger stark abgeändertes Fallgesetz (nicht jedoch auf etwas ganz Anderes) hinauslaufen würde. Nehmen wir nun an, jemand wirft bei Windstärke fünf eine Flaumfeder vom Turm und beobachtet, diese Flaumfeder fällt nicht nur nicht mit der von Galilei behaupteten Beschleunigung, sondern sie fällt überhaupt nicht, sie steigt. Ist das eine Widerlegung des Fallgesetzes? Oder werden wir wegen des Fallgesetzes sagen: es ist unmöglich, daß die Flaumfeder steigt, weil sie doch die Eigenschaft des Gewichts hat? Natürlich nicht. Genau diese Logik finden wir bei Marx wieder. Er zerlegt die Situation des Arbeiters, wie Galilei die Flaumfeder zerlegt. Er sagt: einerseits ist der Arbeiter Warenbesitzer, und so gesehen geht es ihm so gut und so schlecht wie anderen Warenbesitzern auch. Damit, ob er ausgebeutet wird oder nicht, hat das überhaupt nichts zu tun. Aber andererseits empfiehlt es sich nicht, davon abzusehen, *welche* Ware der Arbeiter besitzt. Als Besitzer der Ware Arbeitskraft geht es ihm eben wesentlich schlechter als anderen Besitzern. Der Zug seiner Methode, der uns hier interessiert, besteht darin, daß Marx erst eine Theorie über Warenbesitzer im allgemeinen formuliert und dann von hier aus zu einer Theorie über Warenbesitzer besonderer Waren übergeht, *wobei es sich immer um dieselben Warenbesitzer handelt*, die nur das eine Mal »abstrakt«, das andere Mal »konkret« betrachtet werden; er nennt seine Methode deshalb »Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten«.

Diese Methode will sich die Staatsableitung zunutze machen, und mit der Methode

den Inhalt, den die Methode organisiert. Praktisches Beweisziel war die Behauptung, daß die bürgerliche Staatsmaschinerie als solche, unter Einschluß des Parlamentarismus, die bürgerliche Herrschaft garantiert. Dieses Ziel wird von *Veit Bader* (1976) theoretisch umformuliert — und Bader knüpft dabei seinerseits an den marxistischen Rechtstheoretiker *Paschukanis* an — zu der Frage: Warum ist die Verteidigung der sogenannten abstrakten Grundlagen der Rechtsordnung die allgemeinste Form der Verteidigung bürgerlicher Klasseninteressen?¹ Kürzer und gröber gesagt, inwiefern sind demokratischer Rechtsstaat und bürgerliche Klassendiktatur dasselbe? In der Frage wird das *Marxsche Verfahren* unterstellt: Rechtsstaat und Klassendiktatur gelten nicht als zwei Dinge, die neben- oder nacheinander vorkommen, sondern als *ein* »Ding«, das verschiedene »Abstraktionsebenen« aufweist.² Aber Bader argumentiert auch mit den *Inhalten* des »Kapital«. Er »leitet ab«, daß der Rechtsstaat die notwendige politische Form in einer Gesellschaft des privaten Warenbesitzes ist.

In dieser Gesellschaft wird arbeitsteilig privat produziert; die Waren werden zu gleichem Wert zwischen den Besitzern getauscht; und dieser Tausch findet nicht unter vorgehaltener Pistole statt, sondern bei Gewaltverzicht, d.h. der eine Warenbesitzer erkennt den anderen als Besitzer an und zahlt die angemessene Gegenleistung. Anders als so wäre Warentausch (genauer: wäre ein ganzes ökonomisches System, das nur auf dem Warentausch beruht) gar nicht möglich. — Das heißt aber bereits, daß es nicht ohne Recht möglich wäre, denn Recht ist selbst nichts anderes, in seiner elementarsten Charakteristik, als Anerkennung fremden Besitzes. — Nun ist Rechtsempfinden bei den Warenbesitzern zwar vorhanden, steht jedoch auf schwachen Füßen, weil es auf Eigennutz beruht. Es wäre einfach zu verwegen, sich aus Interesse an der Ware des anderen auf ein ökonomisches Blutrachesystem einzulassen. Andererseits diktiert bloße Angst vor Gegengewalt dem einzelnen Warenbesitzer noch keine Moral. In Fällen, wo er aus individueller Kurzsichtigkeit keine Rachegefahr sieht, mag er doch zur Gewalt greifen. Das Bedürfnis nach der fremden Ware und die Einsicht, daß der Eigennutz rechtmäßiges Verhalten gebietet, zerteilt das warenbesitzende Individuum in einen privaten und einen rechtlichen Bezirk. Das ist eine »Schizophrenie«, sie muß wie jede andere durch einen äußeren Mechanismus aufrechterhalten werden, sie muß geschützt und bewacht werden, und sie *wird* bewacht durch die öffentliche Rechtspflege und ihre Organe wie Gericht und Polizei, d.h. durch den Staat. Zur inneren Trennung des warenbesitzenden Individuums kommt also die äußere, es gibt jetzt neben, über der Gesellschaft den Staat. Und zwar den Rechtsstaat, der von seinen Bürgern ausdrücklich anerkannt, ja sogar eingesetzt wird. — Aber was ist diese Warentauschgesellschaft eigentlich? Sie ist weiter nichts als die Zirkulationssphäre der kapitalistischen Produktion. D.h. da, wo sie voll entwickelt ist, haben wir es mit ganz bestimmten Warenbesitzern zu tun, vor allem mit Arbeitern und Kapitalisten. D.h. wir haben es mit Ausbeutung des einen Warenbesitzers durch den anderen zu tun. Indessen geschieht die Ausbeutung im Einklang mit den Gepflogenheiten des freien Marktes. *Sie ist also rechters.* — Und der Staat? Nun, ein Staat, der Rechtsstaat ist, weil er das Privateigentum vor Diebstahl und unerlaubter Vernichtung schützt, schützt damit selbstverständlich bei näherem Hinschauen *alle besonderen Arten* des Privateigentums, also auch das Eigentum an Produktionsmitteln und sogar das Eigentum an der Arbeitskraft. Er schützt also die Ausbeutungsmöglichkeiten der Kapitalistenklasse.

Soweit einige grobe Hinweise auf Baders Staatsableitung (vgl. Abb. 1). Zu welchem

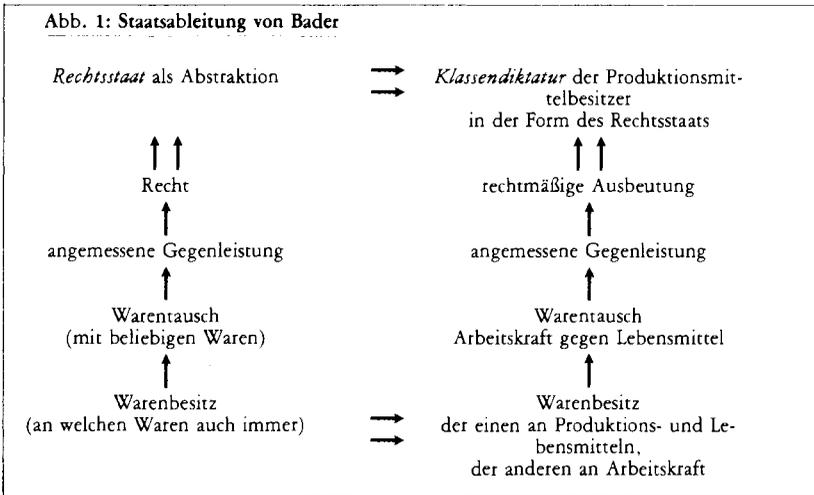


Abb. 2: Staatsableitungs-Debatte

<i>Ökonomische Basis: Gesetze des / der</i>	<i>Staat</i>
Akkumulationsgeschichte des Kapitals -----	Staatsevolution
Revenuequellen der Klassen -----	Klassenintegration in den Staat
Falls der Profitrate -----	staatliche Krisenpolitik
Realisierung des Mehrwerts -----	staatliche Sicherung der inneren und äußeren Märkte
Ausbeutung -----	Klassendiktatur
Warentauschs -----	Rechtsstaat

} vgl. Abb.1

Resultat sind wir gekommen? Wir haben die schon von Paschukanis gestellte Frage nach dem Zusammenhang von Rechtsstaat und Klassendiktatur dahingehend beantwortet, daß in der Tat derjenige irrt, der die Klassendiktatur des Kapitals wegen der Rechtsstaatlichkeit bestreitet, wie auch derjenige, der meint, man könne diese Klassendiktatur allein dadurch besiegen, daß man sich auf das Recht beruft und die Rechtsorgane in Anspruch nimmt. Es ist kein Zufall, daß diese Rechtsorgane immer wieder das Recht des Kapitals schützen, weil sie nämlich, um den einschlägigen Begriff zu gebrauchen, *von einer ökonomischen Basis determiniert werden*, von den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion. Hierbei spielt keine Rolle, welches die Personen sind, die sich zu solchen Rechtsorganen organisieren.

Werfen wir einen Blick auf die Staatsableitungsdebatte im Ganzen: Außer den Theorien über Warentausch und Ausbeutung gibt es *noch weit mehr Theorien* im Marx-schen »Kapital« über Seiten der kapitalistischen Produktionsweise. Auf ihrer Grundlage kann man, wie in der Debatte gezeigt wurde, *noch viel mehr Züge des bürgerlichen Staates* begreifen als nur den, daß er Rechtsstaat und Klassendiktatur ist (vgl. Abb. 2).³

So erhalten wir schließlich ein recht konkretes Bild vom bürgerlichen Staat. Aber ist es konkret genug, gemessen an unseren politischen Ausgangsfragen? Was sollen die ökologische und die Arbeiterbewegung tun? Wir können die Staatsmaschinerie nicht wie ein unschuldiges Handwerkszeug benutzen, sollen wir sie also zerschlagen? Oder außer Acht lassen? Hier tritt ein Schweigen der Staatsableitung oder sogar ein Rückfall hinter die eben erst erreichten Resultate ein. Veit Bader z.B. begnügt sich mit umfassenden Hinweisen auf die Erwartungen der Klassiker: das Proletariat solle und werde »die in der bürgerlichen Republik *trotz aller konstatierten Beschränkungen verfassungsmäßig garantierten* demokratischen Rechte 'ernst ... nehmen und davon Gebrauch ... machen, um die kapitalistische Herrschaft zu bekämpfen' (MEW 19/148)« (S.391; meine Herv.). Wie die Klassiker verschiebt er dann das Problem auf die Frage, vor welche »ungemütliche Alternative« (ebd.) — Kapitulation oder Gewalt — *die Bourgeoisie* im Falle des erwarteten Kampfes gestellt wird. Wäre es nicht realistischer (und der vorausgegangenen »Ableitung« des Rechtsstaats angemessener!), zu fragen, warum das Proletariat in der Regel *jenen »Gebrauch« nicht macht* und warum selbst die Ausnahmefälle (Chile) keineswegs die Bourgeoisie, sondern das Proletariat vor »ungemütliche Alternativen« stellen? — Auch sonst bringen die Autoren der Debatte allenfalls Lösungen vor, die immer schon gewünscht wurden: den Staat benutzen, aber dabei nicht naiv sein; parlamentarische Aktion und Formen »direkter Demokratie« verbinden; sich dem Staat von innen und außen zugleich nähern; etc. *Pietro Ingrao* (1979) hat erst kürzlich die Erfahrung festgehalten, daß die Arbeiterbewegung bei der Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktion nur weiterkommt, wenn es ihr gelingt, *beide* Aktionsweisen *weiterzuentwickeln*. Aber wie? Das sagt uns die Staatsableitung nicht. Wir stehen damit vor ihrer praktisch-politischen Grenze und sind gezwungen, uns nach grundsätzlich anderen Ansätzen umzusehen.

II.

Zunächst wollen wir unser Problem noch weiter zuspitzen. Man kann also den Staat nicht benutzen. Man kann ihn auch nicht außer Acht lassen, es sei denn, man verzichtet einfach darauf, die Kapitalherrschaft und die mit ihr verbundenen Beschädigungen zu beseitigen. Blicke nur, ihn zu »zerschlagen«. Daß man den Staat zerschlagen müsse,

davon hat *Marx* in seiner Analyse der Pariser Commune gesprochen (MEW 17, 311ff.), *Lenin* darauf fußend in »Staat und Revolution« (LW 25, 93ff.). Später hat allerdings der Leninist *Antonio Gramsci* (1967) gezeigt, daß man jedenfalls den *modernen westeuropäischen* Staat gar nicht zerschlagen kann. Er hat damit eine historische Erfahrung der Arbeiterbewegung theoretisch verarbeitet, nämlich den Faschismus. Der Faschismus will sich in das Schema des Zerschlagens nicht fügen: Klasse gegen Klasse, ökonomische Krise, Revolution, Sieg der Mehrheit der Ausgebeuteten, Zerschlagung des alten, Errichtung des neuen Staates. Mag auch der parlamentarische Weg fragwürdig sein, *deshalb* ist der Weg des Zerschlagens noch lange nicht als richtiger Weg erwiesen, im Gegenteil, der Faschismus hat ihn als falschen erwiesen. Welche theoretische Konsequenz zieht Gramsci, der Führer der italienischen Kommunisten? Er stellt fest: der bürgerliche Staat ist nicht nur wegen seiner Gewalt stark, sondern weil er auf der *freiwilligen Zustimmung der Unterworfenen* beruht, mit anderen Worten, weil er »Hegemonie« ausübt. Deshalb stößt eine Kraft, die den Staat zerschlagen will und sich deshalb natürlich auf die Gewaltmaschinerie des Staates konzentriert, weil *sie* am schwersten zu zerschlagen ist, ins Leere — selbst im Erfolgsfalle hat sie nicht den Staat zerschlagen, sondern nur einen Gewaltkordon durchbrochen und steht vor dem nächsten Verteidigungsgraben des Staates, ohne noch geeignete Waffen zu haben. Der Staat ist nach Gramscis Bild ein ganzes System solcher Verteidigungsgräben, von denen wir nur die äußerste Schale kennen; d.h. wir wissen gar nicht, was wir angreifen, wir kämpfen im Nebel und können schon deshalb nicht siegen. Wenn das sogar über einen Kampf gegen den Faschismus gesagt werden muß, *den manche für eine »offene« Form der Klassendiktatur halten* (Dimitroff 1971, S.75), wieviel mehr dann über den Kampf, den wir unter Bedingungen des bürgerlichen Parlamentarismus führen! Was empfiehlt uns Gramsci? Er empfiehlt uns, wir sollten eine Gegenhegemonie gegen den bürgerlichen Staat aufbauen, uns also auf seine typischen Waffen einlassen, die nicht nur militärische sind; und dazu herausfinden, was das für Waffen sind. Gramsci selbst hat mit einer solchen Untersuchung angefangen und uns wichtige Teilresultate hinterlassen.⁴

Aber erinnern wir uns: die Staatsmaschinerie ist kein unschuldiges Werkzeug für die antikapitalistische Bewegung. Wenn wir »Staatsmaschinerie« umbenennen in »typische Waffen des Staates«, sind diese ebensowenig unschuldig. Resultat ist also eigentlich, daß wir uns der Staatsmaschinerie nicht nur nicht naiv anvertrauen, sondern uns darüber hinaus nicht einmal einbilden dürfen, sie auch nur zu kennen. Das eine verbietet uns die Nutzung, das andere die Zerschlagung der Staatsmaschinerie. Ein rein negatives und deprimierendes Resultat, besonders wenn man sich klar macht, daß die Staatsmaschinerie ihrerseits sehr wohl imstande ist, antikapitalistische Bewegungen zu zerschlagen und zu benutzen. Gramsci läßt uns nur eine Hoffnung, nämlich die, daß wir vielleicht *gerade deshalb* nicht wissen, was wir mit der Staatsmaschinerie machen sollen, *weil* wir sie nicht kennen. Besteht also der Mangel der Staatsableitungsdiskussion darin, daß sie uns den Staat einfach nicht gut genug charakterisiert hat?

Ich bejahe diese Frage und gehe zu einem dritten Typ marxistischer staats-theoretischer Überlegungen über.

III.

Manchmal kann man ein Problem dadurch lösen, daß man nicht mehr weiter nach besseren Antworten sucht, sondern nach besseren Fragen. Das ist hier der Fall. Was ist

eigentlich von der *Frage* zu halten, ob der Staat benutzt, zerschlagen oder boykottiert werden soll, einschließlich vielleicht noch der Möglichkeit einer Kombination aller drei Haltungen? Diese Frage ist falsch gestellt. Sie setzt nämlich voraus, daß der Staat ein abgeschlossener, befestigter Platz ist, so daß die Individuen sich entweder innerhalb oder außerhalb dieses Platzes befinden, und die Frage lautet: soll man draußen bleiben, die Befestigung des Platzes schleifen oder durchs Tor gehen und von innen die Macht erringen? Verschiedene Bilder springen hier ein, etwa das Bild des trojanischen Pferdes; oder das Bild des Tempels in Jerusalem, dessen erstes Tor nur in den Vorhof führt, und dann sind noch viele, immer schwierigere Tore zu durchschreiten, bis man im Allerheiligsten anlangt; oder auch Kafkas Geschichte vom Bauern, der stößt vor dem Tor des Gesetzes auf einen Türhüter, ihm wird der Eintritt verwehrt und er muß warten, ein ganzes Leben lang, ohne daß er den Grund erfährt, bei seinem Tod endlich fällt ihm auf, daß außer ihm niemand den Eintritt versucht hat, und der Türhüter erklärt: es handelt sich um ein Tor, das nur für ihn, diesen einen Bauern, gebaut wurde. Hier ist das täuschende Bild schon umgekippt, man ahnt: das Tor zum Rechtsstaat ist im Individuum selbst gebaut und es ist deshalb gar kein äußerer Platz, das, was man außen sieht, ist sozusagen nur die Spitze eines Eisberges. Wir stehen vor einer merkwürdigen Umkehrung eines Gedankens der Staatsableitung: hieß es dort, das warenbesitzende Individuum sei notwendig in Privates und Öffentliches innerlich zertrennt, aber diese Trennung müsse veräußerlicht werden zur Abtrennung einer Öffentlichkeitssphäre mit Sanktionsgewalt gegen die Privaten, mithin also zum äußerlichen, über den Individuen schwebenden Staat, nur so könne sie aufrechterhalten werden, so ist nun umgekehrt zu betonen: dieser Staat kann als Macht über die Individuen nur existieren, indem er nicht bloß äußerliche Gewalt ist, sondern in die Individuen selbst hineingeht, abgesteckte Plätze in den Individuen besetzt, sie von innen beherrscht. Dieser Gedanke breitet sich gegenwärtig in marxistischer Staatstheorie aus. So reden z.B. *Altwater und Kallscheuer* von der »Macht, die durch uns selbst hindurchgeht«, weisen darauf hin, daß dieses Phänomen völlig verfehlt wird im gängigen Reden über »Kräfteverhältnisse« (1979, S.15f.): weil Kräfte nämlich fast immer als Mengen von Individuen aufgefaßt werden, die sich wie Heere gegenüberstehen, oder die dem Staat gegenüberstehen; als ob nicht jedes Individuum in sich zerspalten oder zerspaltpar wäre. Poulantzas hat versucht, eine Theorie über diese *Zerstreuung der staatlichen Macht* aufzustellen. »Der Staat ist keine Festung«, sagt er, sondern »die materiell geronnene Gestalt der Kräfteverhältnisse, und er besitzt als solcher eine spezifische Substanzialität« (1979a, S.140). Ein zunächst trivial wirkendes Beispiel zeigt, was er meint: es ist bekannt, daß nicht die Kirche die Religion erschafft, sondern die Religion die Kirche, und in diesem Sinne ist die Kirche materiell geronnene Gestalt von unsichtbaren Verhältnissen (1979b, S.68). (Genauer wäre es, zu sagen, daß die Kirche von der Religion *und vom Staat* geschaffen wird und daß ihre Entstehung auf die Religion *zurückschlägt*, sie zur Staatsideologie macht.) Die Schlußfolgerung ist klar: mit der Beseitigung der Kirche wäre nicht die »Substanzialität« der Religion beseitigt, ebenso kann ein Frontalangriff gegen den Staat nicht die Staatsmacht beseitigen; aber man kann auch nicht in den Staat einziehen wie in eine Festung, weil er keine ist, wie man auch nicht in den Schoß der Kirche einziehen kann, ohne sich auf die Religion einzulassen. Wer den Staat wie ein leeres Mauerwerk zu betreten meint, gerät vielmehr in die »Substanzialität« dieses Staates und löst sich in ihr auf wie in einer Säure. Unter diesen Umständen muß man

sich fragen: wo fängt der Staat eigentlich an und wo hört er auf? Die Kirche existiert nicht nur im gottesdienstlichen Ritual, sie ist in allen Gläubigen verankert, selbst in den Lauen, die keine Kirchgänger sind. Und der Staat?

Poulantzas verdankt den Anstoß seiner neuartigen Überlegungen einem Theoretiker, der nicht in der marxistischen Tradition steht, nämlich *Foucault*. Wir werden uns hier auf diesen Anstoß beschränken und die komplizierte Frage beiseitelassen, wie Poulantzas ihn ausschöpft, verwandelt, ergänzt (vgl. Poulantzas 1978). Foucaults *Theorie der Macht* (1977, S.113ff.) ist gängigem marxistischem Reden über »Kräfteverhältnisse« überlegen. Nach ihr werden überhaupt keine »Kräfte«, etwa »fortschrittliche« oder »reaktionäre«, gegeneinander abgewogen, keine stärkeren und schwächeren Subjekte, sondern es werden gegenübergestellt *Stützpunkte* und *Widerstandspunkte* in bezug auf eine gegebene Machtstrategie, wobei die Grenzen zwischen Stützpunkt- und Widerstandspunktsystemen, in Foucaults Formulierung, »die Individuen selber durchkreuzen, zerschneiden und umgestalten, in ihrem Körper und in ihrer Seele abgeschlossene Bezirke abstecken« (S.118), und wir können hinzufügen, auch politisch absichtsvolles Denken kann in dieser Weise zerstückelt sein und das denkende »Subjekt« in zwei gegensätzliche Machtfelder stellen.

Stützpunkte und Widerstandspunkte machen zusammen die *strategische Situation* für eine gegebene Strategie aus. — Diese Strategie kann ohne Strategen existieren. Ein zunächst merkwürdig berührender Gedanke, der an Foucaults unmittelbaren Forschungsgegenständen allerdings schnell evident, wenn auch nicht unbedingt begrifflich wird: es gibt beispielsweise eine *Strategie der sexuellen Repression*, die gleichwohl von keinem strategischen Zentrum aus gesteuert wird: Freilich bleibt auch richtig, daß es »keine Macht gibt, die sich ohne eine Reihe von Absichten und Zielsetzungen entfaltet« (S.116). Aber aus solchen Absichten werden zunächst nur Taktiken mit begrenzter Reichweite, die sich dann hinter dem Rücken aller Beteiligten zur großen anonymen Strategie verketteten. Letztlich sind die auf Absicht beruhenden Taktiken selbst nur Stütz- oder Widerstandspunkte für die Strategie, nicht ihre Schöpfer. — Besonders interessant ist das Phänomen, daß es unter den Widerstandspunkten welche gibt, die eher heimliche Stützpunkte sind, die, wie Foucault sagt, »in den Machtbeziehungen die Rolle von Gegnern, Zielscheiben, Stützpunkten, Einfallstoren spielen« (S.117), sozusagen Wunschgegner der Strategie. So behauptet er in seiner Sexualitäts-Analyse, der Kampf gegen sexuelle Repression sei selbst ein Mittel der sexuellen Repression, weil er sich im Zirkel eines imaginären Sexualitätsbildes bewegt, das auf eine Zerspaltung von Körper und Seele hinausläuft. — Läßt sich diese »strategische Logik« auf die Staatsfrage übertragen?

Zunächst ist klar, wenn es auch kein strategisches Zentrum der sexuellen Repression gibt, ein Zentrum der politischen Macht gibt es wohl, und das ist eben der Staat, von dem Lenin und die anderen Klassiker und auch die Autoren der Staatsableitungsdebatte sprechen. Andererseits: wenn sich auch politische Macht in einem Zentrum konzentriert, *so geht sie dennoch nicht von diesem Zentrum aus*. Dieses Zentrum ist weiter nichts als ein Stützpunkt, besser ein Stützpunktsystem, immerhin ein besonders wichtiges, es ist gegebenenfalls auch ein Widerstandspunkt, jeweils in bezug auf ihm vorausgesetzte politische Strategien. Es ist ein Knotenpunkt der Macht, aber kein Zentrum der Strategien und Taktiken, nicht notwendig jedenfalls, nicht seinem Begriff nach. Dem Staat geht es wie dem Individuum, das auch ein »Zentrum« ist und von dem man

so redet, als wäre es wie ein abgeschlossener Platz, der im Innern von einer Zentrale im Gehirn gesteuert wird und nach außen über seine Grenze hinweg mit anderen solchen Plätzen »kommuniziert«; wie wir vom Individuum gesagt haben, daß es in Wahrheit »durchkreuzt, zerschnitten und umgestaltet« sein kann, so können wir auch von der Machtzentrale Staat sprechen. Diese Machtzentrale kann also gar nicht verstanden werden, kann namentlich auch gar nicht auf seine ökonomische Basis zurückgeführt werden, wenn wir sie nicht zuvor zurückführen auf die Macht.

Wir lernen also: von der Frage nach dem Staat müssen wir die Frage nach den Machtbeziehungen unterscheiden.

Es handelt sich jedoch nicht nur darum, Machtzentrale und Machtbeziehungen auf ihre *ökonomische* Basis zurückzuführen. In der obigen, von Foucault inspirierten Beschreibung von Machtsituationen wurde vielmehr eine *besondere* »Logik der Macht« sichtbar, eine Logik der Verkettung von Stütz- und Widerstandspunkten, von beabsichtigten Taktiken und anonymen Strategien usw. Diese »Machtlogik« ist die nächste, unmittelbare »Basis« der Machtbeziehungen, so wie die Gesetze des Warentauschs nächste, unmittelbare Basis der Rechtsstaatlichkeit sind; aber im Unterschied zu diesen ist sie keine ökonomische Basis — sondern politische.⁵

Das Vorhandensein mehrerer »Basen« zur Erklärung desselben Staates (der uns gegenwärtig nicht als Rechtsstaat, Klassendiktatur oder Konjunkturlenker interessiert, sondern als Machtkonglomerat) bildet, wie das Verfahren der Staatsableitung gezeigt hat, keine Schwierigkeiten: schon bei Bader gibt es ja zwei »Basen«, freilich zwei ökonomische, nämlich Gesetze des Warentauschs und Gesetze der Mehrwertproduktion. Schwierigkeiten macht allerdings der Umstand, daß Foucaults Machtlogik noch nicht als gesellschaftlich bestimmte, spezifisch kapitalistische Machtlogik gefaßt ist. Hier wäre, wenn der Platz ausreichte, auf Poulantzas zurückzukommen.

Mithilfe einer Theorie der kapitalistischen Machtlogik wird man bestimmte Phänomene besser verstehen. Was ist z.B. Lenins Behauptung, Imperialismus sei »Reaktion auf der ganzen Linie« (LW 22, S.292), führe zum Abbau der Demokratie, anderes als eine Behauptung über eine anonyme Strategie? Hinter dem Abbau der Demokratie muß kein strategisches Zentrum stecken. Daß die Strategie existiert, kann auch ohne ein solches Zentrum aus der ökonomischen Ableitung folgen. Es genügt dann, daß ein geeignetes Stützpunktsystem und eine Reihe von Taktiken mit begrenzter Wirkung, unter Umständen mit widersprüchlichen Absichten existiert, die sich aufeinander zubewegen, sich miteinander verketteten, schließlich einen einzigen gerichteten Strom bilden, und das alles nicht, weil jemand diese Richtung plant oder gar beabsichtigt oder vielleicht auch nur bemerkt, sondern allein wegen des ökonomischen Problemdrucks. Wer das weiß, kann besser gegen den Abbau der Demokratie kämpfen, als wer sich im Bild des Kampfes »progressiver und reaktionärer Kräfte« bewegt, die sich wie Heere, wenn nicht gar wie Heerführer (etwa: Schmidt und Strauß als Führer von Arbeit und Kapital) gegenüberstehen. Man wird dann auch nach den potentiellen Stützpunkten z.B. einer anonymen Strategie der Faschisierung fragen. Welche politischen Institutionen, psychologischen Mechanismen, kulturellen Traditionen gehören zu einem faschistischen System; welche Stützpunkte wird also eine faschistische Strategie besetzen und koordinieren, und wie? Wenn wir erklären wollen, wie und unter welchen Bedingungen das Machtzentrum Staat unter faschistische Kontrolle geraten kann, werden wir nicht mit einer Theorie des monolithischen Staates auskommen, mag der Staat dabei

noch so gut »abgeleitet« sein. Wir brauchen auch eine Theorie der Machtbeziehungen, in die sich der Staat auflöst, und ihrer Logik.

Wenn aber Machtbeziehungen mit zur »Basis« des Staates gehören, dann zeigt uns das erneut die Grenzen der Staatsableitungsdebatte, diesmal die theoretische. Die ganze Staatsableitungsdebatte hat sich auf die Frage der ökonomischen Basis des Staates beschränkt, und das stellt sich jetzt als ihr Fehler heraus: *weil sie den Staat nur ökonomisch abgeleitet hat, hat sie auch nur die ökonomischen Aspekte des Staates abgeleitet.*

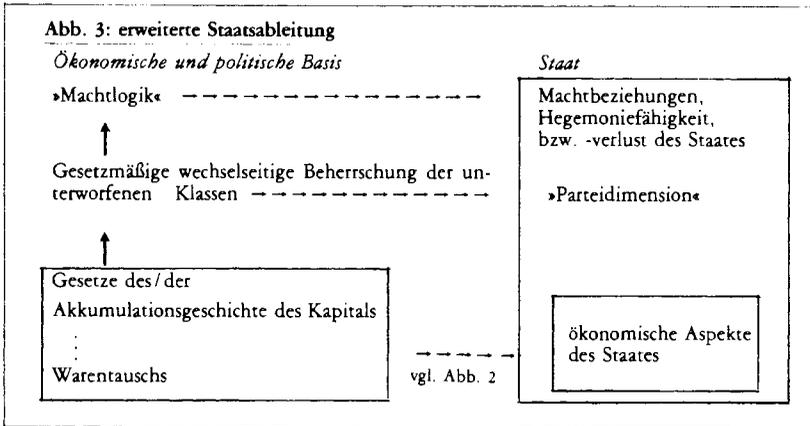
Der Staat hat aber noch mehr Aspekte.

Der Abbruch der Staatsableitung am Ende der ökonomischen Basis, d.h. am Ende der Determinanten, die man aus dem Marx'schen »Kapital« herausziehen kann, rechtfertigt es, dieser Debatte Ökonomismus vorzuwerfen. Veit Bader z.B. schreibt, und Variationen dieser Behauptung findet man auch bei allen anderen Autoren, nach Ausschöpfung der Theorien über Warentausch und Ausbeutung für die Staatstheorie müsse man die »reine Strukturanalyse aufgeben« und stattdessen die »historische Entwicklung studieren« (1976, S.375). Man muß keineswegs. Und selbst wenn Bader die »Strukturanalyse« bis zur Theorie der Akkumulationsgeschichte ausdehnen und nur den dann verbleibenden Rest ausschließlich-empirischem Studium überantworten würde, hätte er Unrecht. Eine Analyse der Logik von Machtbeziehungen ist ebenfalls »reine Strukturanalyse«, unbeschadet dessen, daß sie noch nicht im »Kapital« zu lesen ist.

IV.

Aber wenn unsere Kritik zutreffend ist, dann um den Preis, daß sie die theoretischen Probleme vervielfältigt. Angeregt von Poulantzas und Foucault, haben wir nach all den *ökonomischen Ebenen eine politische Ebene* mit eigener Logik entdeckt, daher gemerkt, *daß es politische Ebenen gibt*, die der Untersuchung harren. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß Machtbeziehungen die *einzigste* Ebene dieser Art bilden, schon deshalb nicht, weil wir noch gar keinen Zusammenhang sehen zwischen den ökonomischen Ebenen und der Ebene der Machtbeziehungen, keinen jedenfalls, der sich z.B. mit dem Zusammenhang von Warentausch und Ausbeutung, wie Marx ihn zeichnet, an Schlüssigkeit messen könnte. Wenigstens über *eine* theoriestrategisch besonders wichtige weitere Ebene will ich deshalb abschließend noch sprechen, nämlich über die *erste*, die mehr ist als ökonomische Basis. Dies ist meiner Ansicht nach die »Parteidimension« mit folgendem allgemeinsten Gesetz: »Die ökonomischen Strukturen setzen sich politisch in der 'weiterentwickelten' Struktur fort, daß die unterworfenen Klassen sich gegenseitig regieren, jeweils im Prinzip mit Billigung der Bourgeoisie.« (Jäger 1979a, S.56) Unter den unterworfenen Klassen sind alte Mittelschichten, z.B. Bauern, einerseits, Lohnarbeiter des Kapitals und neue Mittelschichten andererseits zu verstehen. Wir reden hier noch in rein ökonomischen Begriffen. Aber diese Begriffe werden in eine besondere, nicht mehr rein ökonomische Beziehung gesetzt. Es wird behauptet, daß sich aus dem relativen ökonomischen Interessengegensatz der unterworfenen Klassen gegensätzliche Berührungspunkte mit dem Interesse des Kapitals ergeben und daß genau dadurch der *politische Bewegungsraum des Kapitals* gesetzt ist, oder, um mit Gramsci zu sprechen, der diesen Zusammenhang auf eine anschauliche Ebene verlagert, daß die Bourgeoisie, statt selbst eine Partei zu bilden, »diese oder jene (vorhandene) Partei auf dem politischen Schachbrett unterstützt« (1967, S.307). Dadurch ist rückschlagend auch der politische Raum der Unterworfenen gesetzt. Im zweiten Schritt

wird der Gegensatz der unterworfenen Klassen als allgemeinste Ursache des Gegensatzes von Parteiblöcken aufgefaßt. Im dritten Schritt wird der Mechanismus analysiert, durch den so charakterisierbare Parteiblöcke entstehen (vgl. Jäger 1980b). — Wie sich uns am Anfang, auf einer sehr abstrakten Ebene, die Rechtsstaatlichkeit als Herrschaftsform des Kapitals zeigte, so zeigt sich uns hier wesentlich konkreter der Gegensatz von Klassenbündnisparteien — Parteien, in denen die ökonomisch Unterworfenen sich im Bündnis mit der Bourgeoisie wiederfinden — als entwickeltere Form derselben Kapitalherrschaft (vgl. Abb. 3).



Inwiefern haben wir mit einer Theorie der Parteidimension den ersten Schritt über die ökonomische Basis hinaus, und damit über den Ökonomismus hinaus getan? Zitieren wir ein letztes Mal Veit Bader. Er schreibt: »Unter der Voraussetzung des reinen vollentwickelten Kapitalismus, die im 'Kapital' gemacht wird, müssen wir davon ausgehen, daß nur Bourgeoisie und Proletariat existieren und daß das Proletariat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung darstellt.« Konsequenz im nächsten Satz: »Unterstellt, das Proletariat sei sich seines Klassengegensatzes gegen die Bourgeoisie völlig bewußt, sehen wir nun, ... daß die politische — und darüber vermittelt auch die ökonomische — Klassenherrschaft gar nicht möglich wäre.« (1976, S.380) Die Kapitalherrschaft beruht demnach auf dem Mangel an Klassenbewußtsein der Arbeiter (S.381). Wir erkennen jetzt den Grund für die weitgehende praktische Nutzlosigkeit dieser Theorie. Er liegt in Baders Voraussetzung des »reinen vollentwickelten Kapitalismus«. Wo gibt es heute, hundert Jahre nach Marx, irgendein hochentwickeltes kapitalistisches Land, in dem nur Bourgeoisie und Proletariat existieren, und wer will angesichts der auf der Hand liegenden Tatsachen behaupten, die Existenz der alten Mittelschichten spiele in diesen Ländern keine Rolle, habe z.B. für den Nationalsozialismus keine Rolle gespielt oder sei unwichtig zum Verständnis der CDU? Die politische Theorie, die »unter der Voraussetzung des Marxschen 'Kapital'« formuliert wird, will sagen: die die ökonomische Abstraktion von Marx zur Grenze abstrakten Denkens macht, das ist eine abstrakte, vielleicht in hundert Jahren relevante politische Theorie, aber wahrscheinlicher ist, daß sie sich niemals bewahrheitet. Dieses Stehenbleiben in der ökonomischen Abstraktion des »Kapital« ist der Ökonomismus.

Der Schritt zur Formulierung der »Parteidimension« ist übrigens nicht etwa etwas gänzlich Neues. Im Grunde handelt es sich um die theoretische Reformulierung einer Gruppe von Behauptungen, die immer zum Kern der Leninschen Lehre gezählt wurden. Sie sind bei Lenin formuliert als Frage der Bündnispolitik von Arbeitern und Bauern, der Herauslösung der Bauern aus dem politischen Block des Kapitals. Zu Unrecht wurde sie als eine für Länder mit unterentwickeltem Kapitalverhältnis abgetan; die das behauptet haben (PKA 1972a und b), können sich mit den Tatsachen der politischen Entwicklung Westeuropas nicht ernsthaft beschäftigt haben. Lenins Leistung für eine Entwicklung marxistischer Staatstheorie wird dadurch, vielleicht von einer unerwarteten Seite aus, unterstrichen.

Was haben wir erreicht? Wir haben die Frage nach den Gefahren und der Unvermeidlichkeit einer Nutzung des bürgerlichen Staates ersetzt durch die Frage nach den vorhandenen, objektiv begründeten strategischen Möglichkeiten, d.h. subjektiv und praktisch gewendet: durch die Frage nach einer von der antikapitalistischen Bewegung, handle es sich um die Arbeiter- oder um die ökologische Bewegung, zu ergreifenden Strategie, einer Strategie, die sich so wenig wie möglich hinter dem Rücken der Bewegung durchsetzt. Gramsci hat geschrieben, eine politische Partei könne dann permanent als Machtfaktor wirken, wenn sie sich mit der Ökonomie »identifiziert«. Wir sagen jetzt konkreter: zum Machtfaktor wird ein politisches Subjekt dann, wenn es ihm gelingt, sich mit der *strategischen Situation* zu »identifizieren«. Diese Situation ist ihrerseits von politischen und in letzter Instanz ökonomischen Ebenen determiniert, und je besser man diese Zusammenhänge kennt, desto eher gelingt die »Identifikation«, d.h. eine politische Linie, die das vorhandene System potentieller Stützpunkte voll ausschöpft und gut koordiniert. Marxistische Staatstheorie hat zu dieser Kenntnis noch wenig beigetragen. Aber einiges macht sie doch verständlich, und ich glaube, man kann in der Zukunft noch etwas von ihr erwarten.⁶

Anmerkungen

- 1 Baders Ansatz steht hier als Beispiel für die Staatsableitungs-Debatte. Das exemplarische Vorgehen scheint mir, da es um Einführung geht, sinnvoller als der Gesamtüberblick auf wenigen Seiten, der doch nur dünnste Abstraktionen enthalten könnte. Aber Bader ist mit Grund ausgewählt. Erstens bezeichnet sein Ansatz, wie man noch sehen wird, den systematischen Ausgangspunkt der Debatte. Zweitens ist seine Argumentation logisch klar aufgebaut, was durchaus nicht von allen Texten der Debatte behauptet werden kann. Drittens bietet seine Darstellung dem Leser didaktische Hilfen an; hierin bildet er geradezu eine Ausnahme. Baders Buch soll hier ausdrücklich zur Lektüre empfohlen werden, zumal meine folgenden Hinweise naturgemäß stark vereinfacht sind.
- 2 Nicht nur für einzelne Theorien, sondern für ganze Wissenschaften gilt, daß sie keineswegs deshalb voneinander verschieden sein müssen, weil sie sich auf verschiedene Dinge bezögen. Man kann sich das am Beispiel des Privatautos klarmachen. Es ist zunächst politikwissenschaftlicher Gegenstand: die massenhafte Produktion dieser Freizeitmaschine, in den USA seit den 20er Jahren, »erlaube es dem Verbraucher, sein Einkommen auf neue Art auszugeben«, und »beeinflusse ... die Wertvorstellungen und Auffassungen vieler Menschen, die jetzt eine von der Wirtschaft beherrschte Gesellschaft als durchaus wünschenswert akzeptierten« (Baines 1977, S.292). Abstrahiert man von seiner politischen Dimension, so bleibt es als Objekt der Politischen Ökonomie übrig — es ist Ware, Warenkapital, zur »Abteilung II« gehöri- ges Warenkapital, eines, dessen zunehmende Unverkäuflichkeit im heute erreichten Stadium der Akkumulationsgeschichte wir erleben. Noch »unterhalb« seiner Dimension, Ware

- zu sein, ist es, da seine Mechanik z.B. dem zweiten Bewegungsgesetz von Newton gehorcht, Objekt der Physik. Man kann sich so ausdrücken, daß Physik, Ökonomie und Politik des Privatautos »empirisch dasselbe« sind. Ebenso kann man sich auch über das Verhältnis von Basis und Überbau einer Gesellschaft ausdrücken (Jäger 1979a, S.51). Es wäre natürlich viel einfacher, wenn Physik von den physikalischen *Dingen*, Politische Ökonomie vom ökonomischen *Bereich*, Politikwissenschaft vom staatlichen, Soziologie vom gesellschaftlichen Bereich handelte usw. Man könnte dann Analyse durch Umherwandern ersetzen.
- 3 In der Regel bemühen sich die Autoren der Debatte jedoch nicht, die Kette der Theorien im »Kapital« als solche für die Staatsableitung fruchtbar zu machen, sondern sie spielen die Theorien gegeneinander aus (vgl. *Kostede* 1976). Ferner ist hiermit nur die Grundkonstellation der Debatte beschrieben, die von anderen Fronten überlagert wird. So von der Front »historisches oder logisches Herangehen« (vgl. etwa *Schütte* 1977); derjenigen, ob die Analyse »unten«, mit den abstrakten Gesetzen, beginnen solle (wie bei Bader) oder »oben«, d.h. bei den wirklichen Phänomenen; falls »oben« begonnen wird, ob man den Klassenkampf (*Hirsch* 1976) oder den Staat (*Offe* 1975, S.11) als dieses Wirkliche ansieht. — Eines der wichtigsten Produkte der Staatsableitungsdebatte sei hier wenigstens genannt, auch wenn ich im gegenwärtigen Kontext nicht näher auf es eingehen kann: *Blanke u.a.* 1975. Hier wird nicht nur eine Variante von Staatsableitung formuliert, sondern auch ein erster umfassender Versuch unternommen, die neuere bürgerliche Politikwissenschaft — von diesem Ansatz aus — marxistisch zu reinterpretieren.
 - 4 Unterschiedliche Ansätze zur Aufarbeitung von Gramscis Teilergebnissen: *Althusser* 1977, S.152ff.; *Anderson* 1977 (vgl. meine Rezension, Jäger 1979b); *Gruppi* 1977; *Priester* 1979.
 - 5 Spätestens hier muß darauf hingewiesen werden, daß der Vortrag aus Gründen didaktischer Vereinfachung nicht auf das *Verhältnis* von Staat *und* Gesellschaft eingeht, welches sich vom Verhältnis von Basis und Überbau (vgl. Anm.2) *unterscheidet*. Ich habe zunächst über die ökonomischen Dimensionen der Basis *des Staates* gesprochen und spreche jetzt und im folgenden über die politische Basis *des Staates*. Der Begriff »Basis« bezeichnet in allen Fällen Strukturen, Systeme von Gesetzen, keine Ding-Bereiche. Er bezeichnet also namentlich auch nicht die bürgerliche Gesellschaft (*società civile*) im Unterschied zum Staat. Damit entsteht aber die Frage, welchen *neuen theoretischen Ort* die bürgerliche Gesellschaft erhält, die bislang, um den Preis unendlicher theoretischer Verwicklungen, vielfach mit der »Basis« *verwechselt wurde*. Die allgemeine, von *Gramsci* herrührende Antwort lautet, daß sie mit dem Staat zusammen den Überbau bildet: die »Basis« ist Basis des Staates und der Gesellschaft gleichermaßen. Würde ich nun auf didaktische Vereinfachung verzichten, so hätte ich für jede ökonomische und politische Dimension der »Basis« einzeln zu zeigen, inwiefern von ihr nicht nur der Staat, sondern auch die Gesellschaft und schließlich deren Verhältnis zueinander determiniert wird. Wenn wir z.B. sagen, die Gesetze des Warentauschs führten zum Rechtsstaat, dann heißt das trivialerweise nicht, daß das Recht bloß im Staat wäre, aber nicht in der Gesellschaft. Klassendiktatur in rechtlicher Form heißt nicht nur Justiz und Polizei, sondern auch vertragsförmige Unterworfenheit des Arbeiters im Betrieb. Wenn wir sagten, daß beim »Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten« immer mehr Züge des Staates hervortreten, so gilt dasselbe für die Gesellschaft. Und auch für das Verhältnis von beiden. Die Gesetze des Warentauschs lassen die notwendige *Getrenntheit* von Staat und Gesellschaft hervortreten (s.o.). Die Gesetze der Mehrwertproduktion zeigen bereits einen elementaren Aspekt der *Wechselwirkung* beider Sphären (vgl. Marx über die Bedeutung des Kampfes um die Zehnstundenbill, MEW 23, S.294ff.). Die Gesetze der Akkumulationsgeschichte weisen darauf, daß sich Staat und Gesellschaft sogar *empirisch durchdringen* (von der SMK-Theorie als »Verschmelzung der Macht der Monopole und des Staates« thematisiert). Auf noch konkreterer Ebene wäre der *Ort der Grenze* zwischen Staat und Gesellschaft abzuleiten, der variabel sein kann (er kann z.B. sichtbar zwischen Gewerkschaft und Parlament verlaufen, aber auch unsichtbar durch die Gewerkschaft hindurchgehen). Bei der Theorie der Machtbeziehungen schließlich, die uns derzeit als konkreteste gilt, handelt es sich um die *Potentiale der Grenzveränderung*, d.h. um Institutionen und »Knotenpunkte der Macht« im Staat und in der Gesellschaft, die zu Stütz- oder Widerstandspunkten der Errichtung eines neuen Typs von Staat-Gesellschaft-Beziehung werden können.

- 6 Der Vortrag ist als methodologische Selbstreflexion meines Aufsatzes »Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus« entstanden (Jäger 1980a). Ich gehe dort in der Analyse verschiedene ökonomische Dimensionen des korporatistischen Phänomens durch — Wert und Mehrwert, Mehrwertrealisierung auf dem Weltmarkt, Konjunkturzyklus, Akkumulationsgeschichte — und dann Parteidimension, institutionelle Dimension (hier im Vortrag übergangen) und strategische Dimension.

Literaturverzeichnis

- Althusser* 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg/Westberlin.
Altwater/Kallscheuer (Hrsg.) 1979: Den Staat diskutieren, Berlin/West.
Anderson 1977: Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung, Berlin/West.
Bader 1976: Marx' Analyse der politischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft, in: Bader u.a., Einführung in die Gesellschaftstheorie 2, Frankfurt/Main-New York, S.321 bis 417.
Baines 1977: Die Vereinigten Staaten zwischen den Weltkriegen, 1919-1941, in: Adams (Hrsg.): Die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankfurt/Main, S.283 bis 353.
Blanke u.a. 1975: Kritik der Politischen Wissenschaft, 2 Bde, Frankfurt/Main.
Dimitroff 1971: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Frankfurt/Main, S.74 bis 138.
Foucault 1977: Sexualität und Wahrheit, Bd.1. Der Wille zum Wissen, Frankfurt/Main.
Gramsci 1967: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl (hrsg. Riechers), Frankfurt/Main.
Gruppi 1977: Gramsci — Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg/Westberlin.
Hirsch 1976: Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, S.99 bis 149.
Ingrao 1979: Massenbewegung und politische Macht, Hamburg.
Jäger 1979a: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien — ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis, in: Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik (AS 44), Berlin/West, S.45 bis 64.
ders. 1979b: Rezension von Anderson, Antonio Gramsci, in: Argument 118, S.925 bis 927.
ders. 1980a: Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus, in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Hegemonie und Herrschaft in der Bundesrepublik Deutschland (AS 51), Berlin/West, S.110 bis 142.
ders. 1980b: Die Grünen — eine neue Partei neuen Typs? in: Sozialliberalismus ..., a.a.O., S.166 bis 182.
Kostede 1976: Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführung — Kritik — Resultate, in: Gesellschaft, a.a.O., S.150 bis 196.
Offe 1975: Berufsbildungsreform — Eine Fallstudie über Reformpolitik, Frankfurt/Main.
PKA 1972a: Zur Taktik der proletarischen Partei. Marxsche Klassenanalyse Frankreichs von 1848 bis 1871, 2. Aufl., Westberlin.
dass. 1972b: Revolutionäre Taktik in den Metropolen des Kapitals, in: dass., Klassenbewußtsein und Partei, Westberlin, S.9 bis 44.
Poulantzas 1978: Staatstheorie, Hamburg.
ders. 1979a: »Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen!« Interview mit Nicos Poulantzas, in: PROKLA 37, S.127 bis 140.
ders. 1979b: Political Parties and the Crisis of Marxism. Interview mit Nicos Poulantzas, in: Socialist Review 48, S.57 bis 74.
Priester 1979: Die Bedeutung von Gramscis »erweiterterem« Staatsbegriff, in: Eurokommunismus..., a.a.O., S.30 bis 44.
Schütte 1977: Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus, in: Staat und Monopole II (AS 16), S.6-34.

»Am Staat vorbei«? Interview mit Claus Offe*

Krise der Parteien und neue soziale Bewegungen

Das Argument: Unter Marxisten wird die Frage des Zusammenhangs von ökonomischer Krise und Krise des Staates in zwei Richtungen diskutiert: einmal, ob es überhaupt in den Ländern Westeuropas, vor allem in der Bundesrepublik, einen Übergang von der ökonomischen Krise zu einer Krise des Staates gibt, im Sinne einer Legitimationsskrise und einer Krise der Funktionsfähigkeit des Staates (vgl. Norman Paech in: Staat und Monopole III, Argument-Sonderband AS 36). Dabei gibt es das Problem der Ungleichzeitigkeiten und wie der Zusammenhang zwischen beiden »Ebenen« zu denken ist; auf der anderen Seite die Frage — soweit diese erste Frage positiv beantwortet wird —, in welche Richtung und vor allem mit welchen Folgen für linke Politik und für die Möglichkeit breiter Massen, sich in die Politik einzumischen, eine Krise des Staates gehen wird — ob z.B. eine Krise des Staates in eine autoritäre Entwicklung führt.

Offe: Zunächst ein paar Stichworte, die das Problem anhand der aktuellen politischen Diskussion und politischen Publizistik verdeutlichen können. Eine ganze Reihe sozialistischer, sozialdemokratischer und auch konservativer Autoren haben sich in verschiedener Weise auf das bezogen, was man »Modell Deutschland« nennt und in dem etwas zum Ausdruck kommt, was in der Bundesrepublik in exemplarischer Reinheit, aber in anderen entwickelten kapitalistischen Demokratien Westeuropas oder des OECD-Bereichs ebenfalls in der Periode seit dem Zweiten Weltkrieg sich herausgebildet hat, nämlich ein politisch-ökonomisches System, in dem es nur wenige eruptive Ausnahmekonstellationen gab (etwa die Ausnahmekonstellation 1968/69), in dem ein hohes Maß an sozialem Frieden einherging mit einem für die Zwischenkriegszeit ganz ungewohnten Maß an wirtschaftlicher Prosperität, und beides sich sozusagen wechselseitig stimulierte und vorantrieb: sozialer Frieden als Bedingung für Wachstum und Wachstum als die materielle Grundlage für soziale Befriedung durch wohlfahrtsstaatliche Politiken aller Art. Dieser Kreislauf von Pazifizierung des Klassenkonfliktes einerseits und Wachstum andererseits hat bis Mitte der 70er Jahre das Bild beherrscht mit einigen sich verschärfenden Brüchen und mit einigen Ausfällen; wobei Großbritannien und Italien die deutlichsten Beispiele dafür sind, daß dieser sich selbst fortbewegende und vorantreibende Kreislauf schon früher als Mitte der 70er Jahre nicht mehr reibungslos funktionierte. »Who governs Britain?« — die Frage des konservativen Wahlkampfes, mit dem Heath 1974 die Wahl in Großbritannien verloren hat, ist ein Anzeichen dafür, daß in Großbritannien und in Italien dieser Kreislauf ins Stocken geraten ist, der in der Bundesrepublik, die sich ja auch heute noch durch eine geradezu unnormale Normalität auszeichnet, noch ein ganzes Stück weitergelaufen ist.

Wenn es nun eine Abschwächung des Wachstums gibt — wir wissen, daß es sie gibt und jedermann stimmt darin überein, daß sie sich in Zukunft verschärfen wird, man rechnet bis Ende der 80er Jahre übereinstimmend mit 2 Mio registrierten Arbeitslosen, d.h. einer Verdoppelung oder Verdreifachung der heutigen Arbeitsmarktmisere —, wenn also mit einer dauernden Wachstumsschwäche gerechnet werden muß, dann ist zu erwarten, daß dieses Gefüge eines sich selbst vorantreibenden Kreislaufes auseinandergerät. Wir haben heute in der Bundesrepublik die Situation, daß Wachstum mit

* Für *Das Argument* führte Wieland Elfferding das Gespräch am 12.9.1980.

den herkömmlichen wirtschafts- und strukturpolitischen Mitteln nicht oder nicht im erforderlichen Maße herzustellen ist *und* — darin liegt das Neue — daß selbst dann, *wenn* es herzustellen *wäre*, es nicht wünschbar wäre wegen der mit herkömmlichen wohlfahrtsstaatlichen Mitteln nicht mehr ohne weiteres zu absorbierenden externen Effekte und sozialen Kosten weiterer Industrialisierung. Dabei ist nicht nur an die ganze »grüne« Problematik, an die Naturgrenze des kapitalistischen Wachstums gedacht, sondern es ist auch gedacht an die psychischen, sozial-hygienischen, arbeitsmedizinischen oder urbanistischen Belastungen, die mit weiterem Wachstum einhergehen würden. Das System befindet sich also auf der politischen und ökonomischen Ebene in der Klemme — daß es einerseits Wachstum *braucht*, um das bisher gewohnte Maß von Stabilität weiter genießen zu können, andererseits Wachstum *nicht herstellen kann*, einfach weil die herkömmlichen Mittel der ökonomischen Steuerung dazu nicht ausreichen, drittens aber weiteres Wachstum *gar nicht wünschen kann*, weil die Folgen weiteren industriellen Wachstums schlicht unerträglich wären und Konflikte einer Art heraufbeschwören würden, die sich mit den Mitteln herkömmlicher staatlicher Politik nicht unter dem Deckel würden halten lassen. Das ist die Problemkonstellation, die ich sehe. Soviel zum Zusammenhang Krise der Ökonomie und Krise des Staates.

Die politischen Kräfte, im wesentlichen die politischen Parteien, sind darauf angewiesen, aus dieser dreiseitigen Zwickmühle einen Ausweg zu finden, und es ist nicht in Ansätzen abzusehen, wie ihnen das gelingen könnte. Ein Ausweg wäre in dem, wofür der Eppler/Duve-Flügel der SPD steht, zu sehen; das wäre jedenfalls ein politisches Konzept, seine Realisierungschancen muß man jedoch sehr skeptisch beurteilen. Dieses Konzept, ein Konzept der ökologischen Wende der Innen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hat innerhalb der Sozialdemokratischen Partei keine Chance. Ein anderes Konzept wäre ein scharf antiwohlfahrtsstaatlicher, monetaristischer, illiberaler Restriktionskurs, gestützt auf Teile der populistischen Strauß-Propaganda, also: Leistungsprinzip, freie Bahn dem Tüchtigen, Ausländer raus, Intellektuelle Mund zu, etc. — das wäre eine Linie, die auch in Ansätzen, aber wiederum an den Rändern der Parteien nur zum Ausdruck kommt, nicht mal innerhalb der Parteien, geschweige denn innerhalb des politischen Systems kompromißfähig wäre.

Wegen der sich hier abzeichnenden Enge, der strukturellen Einfalls- und Alternativlosigkeit der herrschenden Parteien ist ganz zutreffend, was *Dahrendorf* in der »Zeit« jüngst konstatiert: Politik findet heute im wesentlichen außerhalb der Parteien statt. Irgend jemand hat kürzlich die Formel verwendet »am Staat vorbei« und damit auf die »korporatistische« Selbstorganisation und »Selbsthilfe« der großen Konzerne und Verbände gezielt, also auf den Rückzug vom *etatistischen* Konzept bisheriger Reform- und Regulierungspolitik. Analoges kann man auf der anderen Seite aber auch sagen von den sozialen Bewegungen und den Kräften, die in der Stadt, in der Ökologie, in der Schule, im Gesundheitswesen, im Betrieb die Widersprüche tragen und zum Ausdruck bringen — es handelt sich dort sämtlich um gesellschaftliche Initiativen, Formationen und Aktionsformen, die sozusagen in dem politischen Institutionensystem des westdeutschen Staates gar nicht vorgesehen sind. Wir haben also sowohl auf Seiten der herrschenden Klasse — wenn wir diesen Ausdruck zur Vereinfachung mal verwenden —, wie auf Seiten der rebellierenden Kräfte ein hohes Maß an *Entformalisierung*: alle greifen zu Aktionsformen, die aus den Schienen, die in Gestalt des politischen Systems und seiner Institutionen ausgelegt sind, herauspringen. Das ist eine allgemeine Entwick-

lung in Richtung auf nicht-institutionelle Formen der Politik; das können wir feststellen für die »Pseudo-Verfassungsorgane« von Koalitionsausschüssen, die ja die wichtigsten Organe in Bonn wie auch auf Landesebene sind, die überhaupt keine Basis in der Verfassung haben, oder informelle Gremien von der Art der Konzertierte Aktion auf der einen Seite, und wir können es auf der anderen Seite feststellen in Form von sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen etc. Die politischen Kräfte wirken tatsächlich außerhalb der politischen Formen, und die politischen Formen stehen sozusagen blamiert da. Wir sehen das z.B. auch in den Medien, etwa in der Art und Weise, in der der gegenwärtige Wahlkampf in ihnen behandelt wird: Sie präsentieren den Wahlkampf sehr häufig aus der Vogelperspektive des inhaltlich desinteressierten Stilkritikers, also nicht unter dem Gesichtspunkt von Kontroversen politischer Positionen und Programme, sondern unter dem ästhetischen von Geschmacks- und Anstandsregeln. Was stattfindet und was, wenn überhaupt, die Medienkundschaft zu engagieren imstande ist, ist sozusagen ein »Meta-Wahlkampf«, ein öffentlicher Diskurs über den Comment der Parteienkonkurrenz.

Das Argument: Wenn ich dich richtig verstanden habe, gehst du von einer Krise des Staates in einem bestimmten Sinne aus, nämlich in dem Sinne, daß viele soziale Bewegungen sich durch den Staat nicht mehr vertreten fühlen und andere als die vorgeformten Wege der Interessenvertretung und politischen Artikulation suchen und ausprobieren. Ich finde es wichtig zu überlegen, wie der Zusammenhang zwischen Wachstumsproblematik und einer Legitimationskrise des Staates zu denken ist. Es gibt traditionelle Formen, in denen das gedacht wird innerhalb des Marxismus, die von der Formulierung her in die Nähe dessen kommen, was du beschrieben hast: daß die politische »Konjunktur«, die Konjunktur der politischen Legitimität solange floriert, wie das Wachstum funktioniert und in dem Augenblick, wo es da Einbrüche gibt, gibt es auch auf der politischen Ebene Einbrüche. Du hast gesprochen von einem Kreislauf, könntest du genauer sagen, wie dieses Gefüge aussieht, worin es besteht? Ich würde diese eben charakterisierte Antwort innerhalb des Marxismus als eine ökonomistische Variante, den Zusammenhang von Ökonomie und Politik zu denken, kennzeichnen. Es gibt im Augenblick andere Angebote von konservativer Seite, die ganze Problematik als Wertwandel und Einbrüche in das in der Bundesrepublik in den ersten zwei Jahrzehnten aufgebaute Wertorientierungssystem der Menschen zu denken. Und in einer wiederum anderen Position innerhalb des Marxismus wäre zu versuchen, das Wachstumsmodell im Sinne einer Lebensweise und einer politischen Hegemonie eines bestimmten Blocks zu denken, so daß wir die Form, in der sich die Ökonomie entwickelt hat, den Wachstumstyp, selber schon als politisch überformt und in die Legitimationsbeschaffung einer bestimmten Klasse eingebaut betrachten und nicht als »reine« Ökonomie.

Offe: Ich würde sagen, daß es geschmeichelt wäre, wenn man diese Wertwandelhypothese mit dem Attribut »konservativ« belegt; es handelt sich um schlichten Empirismus, um eine Längsschnittstudie verschiedener amerikanischer Autoren, die jetzt bei uns in die Diskussionen einen gewissen Eingang gefunden hat, ein völlig hypothesenfreies oder theoriefreies Registrieren von Dingen, die sich entwickelt haben, von einer Entwicklung von sogenannten materiellen Wertorientierungen zu — was man aus Verlegenheit so nennt — »post-materiellen« Wertorientierungen. Woher das kommt, in welchen strukturellen Bedingungen es steht, darüber ist so gut wie alles unbekannt, und es sollte uns auch gerade als Marxisten interessieren, was da dran ist an diesem Pro-

zeß und welches Gewicht er hat.

Es gibt parallele Erscheinungen, die in der Wirtschaftspolitik und in der Wachstumsprognostik eine große Rolle spielen: Sättigungsphänomene, die sich darin ausdrücken, daß die Industrieprodukte, von denen der Markt bisher gelebt hat, und die auf der anderen Seite der geballte Ausdruck von wie immer verkürzten Glücks- und Wohlstandsvorstellungen der Masse der Bevölkerung gewesen sind, daß diese Industrieprodukte keinen Absatz oder jedenfalls keinen wachsenden Absatz, nur noch Ersatzbedarfsabsatz finden. Auch hier ist so etwas wie die Weigerung zu konstatieren, die Dinge, die als Werte ausgestoßen werden, nun auch als im normativen Sinne wertvoll zu akzeptieren und den mit ihnen verbundenen Lebensstil hinzunehmen und als den einzig möglichen und selbstverständlichen zu praktizieren. Es gibt in dem Zusammenhang vielleicht das theoretisch originellste Konzept, das von dem Engländer *Fred Hirsch* vorgestellte, mit der These »social limits to growth«. Es gibt Sättigungsphänomene, die resultieren aus einer sozialen und kulturellen Selbstblockierung der urbanen, industriellen, kommerzialisierten Lebensweise. Oder, ein anderer Autor, *Walter Leiss*, hat, von einer marxistischen, an Marcuse orientierten Position ausgehend, die These vertreten, daß Bedürfnisse heute so beschaffen seien, daß sie nicht in der Warenform befriedigt werden können, daß sich, ähnlich wie sich politische Bedürfnisse der Parteiform entziehen, ökonomische Bedürfnisse der Warenform entziehen und hier eine Form-Inhalt-Dialektik stattfindet, die es unmöglich macht, auf dem bisherigen Weg weiterzufahren. Das wäre ein Strang von Erklärungen zum Zusammenhang von Ökonomie und politischer Hegemonie.

Eine andere Lösungsformel ist das, was die Italiener als »Historischen Block« bezeichnen, also einer nicht nur ökonomisch definierten, sondern auch politisch und moralisch-kulturell definierten Einheit von Arbeiterklasse, Intellektuellen, Mittelschichten und Bauern, die ein Modell zukünftiger Entwicklung, eine Logik der Alternative anbieten könnte. Es ist sicher so, daß es eine bourgeoise liberale Hegemonie gegeben hat in den 50er und großenteils der 60er Jahre, dann in der Bundesrepublik unter sozialdemokratischer Regie mit ihren Reformperspektiven erneuert für die Zeit der Brandt-Regierung, aber wir können davon ausgehen, daß das heute am Ende ist und daß der bevorstehende Wahlsieg der Sozialdemokratie gerade aus außenpolitischen und personalistischen Konstellationen hervorgeht, nicht aber beruht auf einer intakten Hegemonie, d.h. eines Entwicklungs- und Wachstumsmodells, in dem eben Wohlstand, Reformen und Frieden eine diese verschiedenen Gruppen zusammenschweißende Rolle spielen. Im Gegenteil, wir sehen, daß heute in der Bundesrepublik der politische Konflikt gerade nicht an der Front ausgetragen wird, die dafür vorgesehen ist, nämlich in der Konkurrenz *zwischen* den Parteien, der politische Konflikt wird ausgetragen *innerhalb* der Parteien. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei gibt es bekanntlich vollkommen unvereinbare Positionen; zu jeder Position, die in der Sozialdemokratie vertreten wird, wird die konträr entgegengesetzte Position ebenfalls in der Sozialdemokratie vertreten; nicht viel anders sieht es bei den Unionsparteien aus. Die Konflikte werden also innerhalb der Parteien ausgetragen und vor allen Dingen zwischen dem »Block« der Bundestagsparteien *insgesamt* und Kräften *außerhalb* der Parteien. D.h. wir haben es zu tun — und darin würde ich eine politische Krisenlage sehen, die nun wirklich mit sehr ambivalenten Gefühlen und Bewertungen zu beurteilen ist —, wir haben es zu tun mit einer Entstrukturierung, Entinstitutionalisierung, und das bedeutet wachsende Unge-

wißheit darüber, welche Instanzen und welche Verfahrensregeln und welche Institutionen denn eigentlich für den politischen Konflikt zuständig sind und wie man bei der Austragung politischer Konflikte zu verfahren hat.

Diese Strukturlosigkeit oder Destrukturierung würde ich für ein Symptom der politischen Krise nehmen, Krise bedeutet dabei immer — ganz formal definiert — ein Zustand, der nicht lange so bleiben kann, wenn er nicht umschlagen soll in katastrophale Entwicklungen, also eine Entscheidungssituation, in der der bestehende Zustand sich nicht mehr selbst trägt und von selbst in die Zukunft hinein verlängert. Das genau ist bei den politischen Institutionen in der BRD heute der Fall — ganz abgesehen von der Problematik, die von Glotz mit sehr ernsthaften Argumenten in die Diskussion gebracht worden ist, der Problematik der »politischen Kultur« —, ein Begriff, der ja, polemisch gewendet, im deutschen Herbst 1977 eine Konjunktur hatte, als man viele Intellektuelle, u.a. die Veröffentlicher des sogenannten »Buback-Nachruf«, darunter auch mich, öffentlich aufforderte, den Dienst zu quittieren, weil das eben eine Verletzung der Regeln der politischen Kultur sei. Seither ist eine genauere und ruhigere Beobachtung der Szene eingetreten, man hat festgestellt, daß es so etwas wie eine politische Kultur, die sich ihrer eigenen Grundlagen und Traditionen gewiß wäre, in der Bundesrepublik nicht gibt. Es gibt z.B. keine einzige Figur in der deutschen Geschichte, die als selbstverständlicher Bezugspunkt in der politischen Publizistik oder in Bundestagsreden etc. eine Rolle spielen könnte. Es gibt — und das ist ein interessantes kleines Symptom — keinen einzigen politischen Feiertag, der seinen Anlaß innerhalb der räumlichen und zeitlichen Grenzen der Bundesrepublik hätte — wir haben den 17. Juni, der sozusagen außerhalb der räumlichen Grenzen der Bundesrepublik seinen Anlaß hat und wir haben den 20. Juli, der außerhalb der zeitlichen Grenzen seinen Anlaß hat. Die Versuche, den Verfassungstag, also das Inkrafttreten des Grundgesetzes oder die Befreiung vom Faschismus oder den März 1848 zu institutionalisieren, sind in einer für die Bundesrepublik charakteristischen Art und Weise gescheitert. Das ist ein Sonderproblem für die Bundesrepublik, das uns unterscheidet von den Verhältnissen in allen anderen westeuropäischen Ländern. Darüber hat Martin Walser kürzlich sehr bedenkenswerte Überlegungen angestellt in dem einleitenden Aufsatz des von Habermas herausgegebenen Band 1000 der Edition Suhrkamp.

Das Argument: Jetzt wurde von dir schon angesprochen der deutsche Herbst und die Gefahren, die aus diesem von dir beschriebenen Prozeß einer Krise der politischen Institutionen erwachsen. Poulantzas hat auf die Gefahr autoritärer Entwicklungen im Staat selber hingewiesen und den Begriff eines autoritären Etatismus verwendet. Es gibt nun verschiedene, auch gegensätzliche Versuche, solche Entwicklungen theoretisch zu fassen. Dazu gehört der Begriff des autoritären Etatismus, dazu gehören aber auch Versuche, z.B. die Bewegung, die von Strauß repräsentiert und formiert wird, mit dem Begriff des Rechtspopulismus zu fassen. Dazu gehört auf der anderen Seite die These, wie sie etwa Michael Jäger vertritt, nämlich daß gerade für die Linke und für die Gewerkschaften und für ihr Verhältnis zueinander die Hauptgefahr in einem sozialliberalen Korporatismus liegen würde, d.h. in einer Inkorporierung von Gewerkschaften in staatliche Entscheidungen und einer Einengung der politischen Kompetenz der Gewerkschaftsbasis und anderer sozialer Bewegungen durch eine solche Entwicklung.

Offe: Ich finde diesen Ausdruck »autoritärer Etatismus« (oder »bürokratisch-autoritärer Staat«, wie er oft auf Lateinamerika angewendet wird), so sinnfällig er auch einige

Dinge zum Ausdruck bringt, doch etwas irreführend. Ich glaube, daß die Zeiten des Etatismus passé sind in einer Gesellschaft wie der Bundesrepublik. Unter autoritärem Etatismus stelle ich mir eine staatliche Exekutive vor, eine »starke« Exekutive, die unbehindert durch Parteienkonflikte, Gruppeninteressen und erst recht soziale Bewegungen »das Richtige tut«, für Ordnung, für Wachstum, für eine bestimmte Konzeption von Wohlfahrt und Normalität sorgt. Ich glaube nicht, daß irgend jemand in der Bundesrepublik solche Hoffnungen oder Befürchtungen realistischweise hegen kann, weil die herrschende Klasse selbst — um das verkürzt zu sagen — die Hoffnung darauf aufgegeben hat, daß es einen hinreichend starken Staat überhaupt geben könne, der die Konflikte unter Kontrolle und im Rahmen des für das Wachstum Erforderlichen halten kann. Ich glaube nicht, daß Etatismus der richtige Ausdruck ist. Eine starke Staatsgewalt ist nur stark, insofern sie die wichtigen gesellschaftlichen Kräfte hinter sich hat und auf einen Kompromiß festlegen kann, und das gelingt heute nicht oder nur zu einem kleinen Teil und allenfalls flankierend durch Repression und Verbot, politische Justiz, Zensur usw., also alle diese Dinge, die wir ja doch mit dem Ausdruck autoritärer Etatismus verbinden können. Ich denke, daß das keine sehr glückliche Formel ist, auch die Vorstellung vom autoritären Staat, in Anknüpfung etwa an den frühen Horkheimer, halte ich nicht für aktuell und ich denke, daß Poulantzas vielleicht auch nicht genau das gemeint hat, obwohl das in der französischen Situation vielleicht noch eine Nummer plausibler wäre als bei uns.

Autoritäre Regimes, um das als politisch-soziologische Faustregel zu sagen, gelingen nur und haben nur Aussichten auf Erfolg in relativ »einfachen« Sozialstrukturen, die man sozusagen von einem Tag auf den anderen unter Kontrolle bringen kann und wo es nicht eine Vielzahl von Zentren potentieller Gegenmacht gibt. Wenn Gesellschaften in dem Sinne komplex sind, daß es viele solcher Zentren gibt und vielfältige Interdependenzbeziehungen zwischen den verschiedenen Sektoren, Klassen und Gruppen, dann wird ein Äquivalent zur autoritär etatistischen Lösung notwendig, das ich mir in der Tat als sozialliberalen Korporatismus eher vorstellen kann, d.h. als Versuch zur »Vereinnahmung« und Einbindung der potentiell destruktiven Störkräfte, insbesondere der Gewerkschaften, aber auch der Industrieverbände, sowie zur Veranstaltung eines dauernden Abstimmungsprozesses außerhalb der dafür vorgesehenen politischen Formen, also außerhalb des Parlaments, außerhalb der Parteien, außerhalb der Exekutive. Das sind irgendwo dazwischen aufgehängte Institutionen, Institutionen des »Zusammenwirkens«. Der Preis für das Zusammenwirken ist die Mäßigung und Selbstbeschränkung derer, die zum Zusammenwirken, zum Mitmachen, zum Mitberaten, eben zu diesem konzentrierten Modus der Politikdefinition eingeladen und zugelassen werden. Es findet ein Tauschhandel statt zwischen Beteiligung auf der einen Seite und Selbstbeschränkung auf der anderen Seite. Einbeziehung und Ausschließung als zwei Seiten derselben Sache — das ist das, was in einer plötzlich sehr stark anschwellenden internationalen Diskussion als liberaler Korporatismus bezeichnet und als der Modus angesehen wird, in dem die Probleme, die ich vorher erwähnt habe und mit denen wir es heute zu tun haben, allenfalls noch angegangen werden können. Die aktuellen und potentiellen »Erfolge« des liberalen Korporatismus sind sehr umstritten und es gibt neuerdings sehr ernstzunehmende Argumentationen, u.a. von *Panitch* in England oder von *Müller-Jentsch* in der Bundesrepublik, die versuchen zu argumentieren, daß auch eine solche Konstruktion nicht haltbar ist, sondern zwangsläufig auf die in jedem »sozial-

partnerschaftlichen« Arrangement angelegten Widersprüche auflaufen muß.

Jetzt zu dem dritten Stichwort: Die konservative Alternative zum »liberalen Korporatismus« ist das, was mit dem Stichwort *Rechtspopulismus* gemeint ist. Sie besteht im wesentlichen aus zwei Dingen: die Mobilisierung von herkömmlichen politischen Motiven des alten Mittelstandes: Antibürokratismus, Gegnerschaft gegen den Wohlfahrtsstaat, Steuerprotest, Leistungsprinzip, Familie, »Law-and-Order«-Motive können, wenn die Anlässe dafür vorhanden oder erzeugt worden sind, so hochgereizt werden, daß in der Tat das zur Grundlage einer jedenfalls kurzfristigen politischen Machtausübung ohne Einbeziehung dieser aufwendigen korporatistischen Abstimmungsstrategien werden kann. Es ist also vorstellbar, daß das mittelständische Ressentiment übergreift auf Teile der Facharbeiterschaft, auf Teile der neuen Mittelschichten, auf Teile der Intelligenz, und das ist in der Bundesrepublik eher vorstellbar als in Italien, wo wir eine starke kommunistische Partei haben, die dem im Wege steht. Aus dem Grunde ist die Strauß-Strategie auch nicht ganz unrealistisch. (Ähnlich die neukonservative Goldwater-Reagan-M. Friedman-Konstellation in den USA, wo sehr starke protestantische Elemente noch hinzukommen, die gegen sexuelle Abweichung, Abtreibung, gegen Erleichterung der Scheidung usw. die Familie hoch und heilig halten.) Man könnte sich vorstellen, daß es dafür eine ausreichende Basis in der Bundesrepublik gibt. Es sind vielleicht zufällige konjunkturelle Umstände und eben jene unnormale Normalität der Bundesrepublik, daß es gegenwärtig so aussieht, daß dieser Rechtspopulismus bei 20 bis maximal 33 % auf Resonanz trifft, einfach die Geladenheit mit Ressentiments dieser Herkunft nicht groß genug ist und nicht beliebig manipulierbar ist. Ich würde aber meinen, daß insbesondere auch im internationalen Kontext, also unter bündnispolitischen Strategien und Rücksichten, wie auch im Hinblick auf schlichte wirtschaftspolitische Rationalität, eine solche Basis, wenn sie einmal zur Machtergreifung oder »Machtübernahme« — das ist ein sehr dramatisierender Ausdruck — benutzt worden ist, wieder in sich zusammenbrechen wird, einfach, weil man — wie man am Beispiel Thatcher sieht — nicht die *tatsächliche* Macht, zwar das nominelle Mandat, aber nicht die tatsächliche Macht hat, Dinge wie staatliche Bürokratien, das Steuersystem und den Wohlfahrtsstaat oder gar so etwas wie Ostverträge wieder vom Tisch zu nehmen. Die weitgehende Irreversibilität der wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften erweist sich selbst an einem so harten Beispiel wie Thatcher. Dieses Gewerkschaftsgesetz, das sie jetzt versucht hat, bleibt ja weit hinter dem zurück, was sie ihren Wählern in Aussicht gestellt hat und die Praxis dieses Gesetzes wird wiederum weit hinter dem, was jetzt im Text steht, zurückbleiben. D.h. es gibt points of no return, die nur durch temporäre Aktivierung von Massenphantasien rechtspopulistischer Herkunft verdrängt, aber nicht wirklich überwunden werden können.

Das Argument: Wir sind ausgegangen von der Krise des Staates, von der Frage, wie diese Krise auf ihre Gefahren und ihre Bewältigung hin gedacht werden kann. Für die Linke stellt sich auch das Problem, ob sie ein Projekt formulieren und organisieren kann, das für viele einen Ausweg, eine aktive Perspektive weist. Die Fähigkeit der Linken, ein solches Projekt für viele auszuarbeiten, hängt aber entscheidend von ihrer eigenen Verfassung, ihrer politischen Organisationsform ab. Das wird unter uns diskutiert unter dem Begriff der »neuen sozialen Bewegungen«, ihres Verhältnisses zu Parteien, auch zu Arbeiterparteien und zum Parlamentarismus. Der Blick auf die Ökologie-, Frauenbewegung usw. ist innerhalb der Linken ganz gegensätzlich: für die einen sind

sie Ausdruck der Unreife der politischen Situation, der Arbeiterbewegung und der Linken; da wird häufig ein unvermittelter Gegensatz von sozialen Bewegungen und Parteien unterstellt. Für andere sind die neuen sozialen Bewegungen die Form, in der überhaupt ein neuer Ansatz linker Politik gemacht werden kann — da werden die Parteien als politische Form negiert und ganz auf die sozialen Bewegungen gesetzt. Wieder andere, z.B. Michael Jäger in seinem Aufsatz im Argument-Sonderband AS 51 (Sozialliberalismus oder rechter Populismus?), behandeln die sozialen Bewegungen als mögliche Vorformen von Parteien, sehen also eher ein Kontinuum zwischen beiden Formen. Wie siehst Du das?

Offe: Das Parteiensystem der Bundesrepublik ist seit jeher, speziell seit 1956, ein westeuropäisches Vergleichsmaßstab exzeptionell unvollständiges Parteiensystem; das richtet sich nicht so sehr auf die Zahl der Parteien, in England gibt es auch bloß drei, aber das Spektrum der vertretenen Projekte, Konzepte, Ideologien, Theorien ist außerordentlich eingengt, alles drängt sich in der »Mitte«, dadurch werden die Parteien in der Wahrnehmung der Wähler vielfach ununterscheidbar, und sie müssen viel tun, um die Fiktion ihrer Unterscheidbarkeit aufrechtzuerhalten. Die Lächerlichkeiten und inszenierten Nichtigkeiten des Wahlkampfes sind zu interpretieren als Versuch aller Parteien, ihre im Grunde schon längst jedermann bekannte Ununterscheidbarkeit zu legitimieren und so zu tun, als müßte man sich um jede Stimme bekriegen. Unvollständigkeit, Ununterscheidbarkeit, und der dritte Punkt wären eben diese enormen und in der Bundesrepublik untypisch weit entwickelten innerparteilichen cleavages, die innerparteilichen Spaltungen, wo man sich immer wieder fragt, wenn man die Person A und die Person B hört, und dann hört, daß sie in derselben Partei sind, wie sie in dieser Partei miteinander reden und miteinander auskommen können.

Es ist außerdem bekannt, daß die politischen Eliten längst ausgewichen sind auf extra-parlamentarische Formen der Abstimmung und Konfliktlösung, die in den Regierungsapparat selbst eingebaut sind, die sich in den zahlreichen Bund-Länder-Ministerkonferenzen äußern oder in der Konzierten Aktion, also in allem, was unter den neokorporatistischen Arrangements gefaßt wird. Es ist auch nicht zu erwarten, daß schon geschene oder zukünftige Parteigründungen auf der parlamentarischen Ebene und im Wege der Parteienkonkurrenz irgendwelche Erneuerungschancen mit sich bringen werden. Das führt jetzt nicht unbedingt zu dem Umkehrschluß, daß die Parteien passé sind und der Parlamentarismus sowieso nur ein Betrug ist und man sich jetzt auf die neuen sozialen Bewegungen im Nahbereich der dort artikulierten kollektiven politischen Identität verlassen kann. Diese neuen sozialen Bewegungen, hervorgehend aus der Studentenbewegung, reflektieren ja nicht nur die Krise des Parteiensystems in der Bundesrepublik, sondern auch das, was ich eine *strukturelle Pluralisierung gesellschaftlicher Konflikte* nennen möchte. Es ist eben, trotz angestrengtester Bemühungen der marxistischen Orthodoxie in den 60er und 70er Jahren nicht gelungen, und es wird ihr vermutlich in Zukunft noch weniger gelingen, die Gesamtheit der gesellschaftlichen Widersprüche auf den einen Fokus des Klassenverhältnisses zu reduzieren und dann alle Konfliktebenen wiederum aus diesem einen Kernverhältnis abzuleiten.

Ich möchte vier Angriffspunkte des gesellschaftlichen Gegners unterscheiden: 1. das Kapitalverhältnis, 2. davon unterschieden, die Herrschaft technologischer Rationalität, davon wiederum unterschieden, 3. die Herrschaft bürokratischer Rationalität und schließlich 4. die Formen des Patriarchats und der Familie, der alltäglichen Reproduk-

tion der Gesellschafts-Mitglieder. All das, alle diese Ebenen stellen Teilaspekte eines Systems dar, das es zu verändern gilt. Und das kann man nicht mehr aus dem einen Bezugspunkt des Kapitalverhältnisses allein rekonstruieren — und dieser Einsicht sind, sicherlich mit einigen antiintellektuellen und theoriefeindlichen Überschüssen, die neuen sozialen Bewegungen gefolgt. Die haben gesagt — jetzt plakativ verkürzt —: es interessiert mich einen Scheißdreck, ob hier diese Autobahn oder die Sanierung in diesem Stadtviertel in irgendeiner Weise aus dem Kapitalverhältnis abgeleitet werden kann. Sie zerstört eine Lebenswelt und es bedarf keines politisch-ideologischen Einigungsprozesses, woher das kommt, und weshalb das so ist und wie das in der gesellschaftlichen Totalität steht, sondern sie greifen das jetzt an und protestieren dagegen — also die typische Bürgerinitiativkonstellation, die ja nur ein Ausdruck der latenten Krise des Marxismus ist, der nicht mehr diese ideologisch und organisatorisch totalisierende Interpretation liefert, sondern diese Vielfalt und dieses unverbundene Nebeneinander der sozialen Bewegungen hervorbringt.

Nun liegt in dieser Vielfalt der sozialen Bewegungen eine objektive Berechtigung, aber auch eine Gefahr, nämlich des Rückzugs von Politik in Kultur und zum Teil Ökonomie, in eine Protestkultur und in marginale Ansätze zu einer Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens. Es kommt nicht zu einer Machtbildung, die zu einer Herausforderung an den herrschenden Block wird, sondern nur zu periodischen Störungen des Systems. Die sozialen Bewegungen bekommen eine Art Blockierungsfunktion. Und die Konsequenz wäre die, daß man die beiden negativen Seiten, das Parteiensystem einerseits, die Fragmentierung der sozialen Bewegungen andererseits zusammenbringt zu einer Schlußfolgerung, die grob skizziert so aussehen würde: daß man die Form der Partei zu anderen Zwecken, als sie normalerweise von Parteien vertreten werden, benutzt, d. h. zur Vereinheitlichung, Selbstklärung und Machtbildung vielfältiger sozialer Bewegungen, eine Partei für außerparlamentarische Zwecke sozusagen, eine Partei, die sich allenfalls ganz nebenbei um parlamentarische Erfolge und Wahlen, ganz zu schweigen von Regierungsbeteiligung kümmert, sondern in erster Linie versucht, Verbindungslinien und Vereinheitlichungsprozesse und die Ausgangspositionen für politische Herausforderungen zu schaffen gegenüber und innerhalb einer — im wörtlichen Sinne — *bunten* Basis. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß so etwas sich aus der grünen Partei ergeben könnte, die ja weit über den Umkreis der rein ökologischen Themen hinaus zu einer sozialistischen kleinen Partei neuen Typs geworden ist — das wird man zumindest für die meisten Bundesländer sagen können. Und ich denke, daß es angesichts des besonders engen Parteienspektrums in der Bundesrepublik für dieses Land eine Lösung sein könnte, während z. B. in Italien die Kommunistische Partei trotz des auch dort festzustellenden Prozesses der Sozialdemokratisierung mit allen Konsequenzen, die ich eben genannt habe —, daß also die Kommunistische Partei trotz dieser Tendenzen noch nicht unfähig geworden ist, den hegemonialen Vereinheitlichungsprozeß selbst zustandezubringen.

Das Argument: Bevor wir auf diesen Punkt zurückkommen, habe ich noch eine Frage zur Einschätzung der herrschenden Parteien. Ist es nicht ein Widerspruch, einerseits zu konstatieren diesen Gegensatz von »was die Parteien eigentlich sein wollen« und wie sie dann wirklich auftreten, und auf der anderen Seite die »unnormale Normalität« der Bundesrepublik? Unterschätzt du nicht die Legitimationsfunktion, die unter Umständen diese Differenz selbst hat — ich weiß nicht, ob man einfach von dem Zynismus re-

den kann, den die Fernsehzuschauer bei der Tagesschau entwickeln, im Sinne einer Entfunktionalisierung der Parteien oder Entlegitimierung. Könnte es nicht sein, daß gerade dieser Zynismus auch ein Symptom für Stabilisierung ist — eine ganz andere Form der Legitimitätsbeschaffung?

Offe: Die Abweichung der Parteipraxis von dem, was sich ein naiver Bürger unter ihnen vorstellen mag, führt ja in der Tat keineswegs dazu, daß die Parteien Überlebensschwierigkeiten hätten. Sie flüchten sich umso entschlossener unter das Dach ihrer verfassungsmäßigen etatistischen Garantien. Parteien können heute so wenig untergehen wie Großunternehmen. Wenn es ganz schlimm kommt (das ist ja auch eine Definition von Monopolen: Monopole sind solche Unternehmen, um die sich der Staat, bevor sie endgültig untergehen, schon rechtzeitig kümmern wird), sie werden — und sei es mit Leihstimmen — am Leben erhalten. Wir haben immer Koalitionsregierungen auf Bundesebene, das wird auch weiterhin so bleiben, so daß etwa Polarisierungsprozesse oder Kristallisierungsprozesse, klare, alternative theoretisch ausgewogene gesellschaftspolitische Projekte gar nicht möglich sein werden. Die latente große Koalition ist, worauf sich jede der Parteien einrichtet, und daraus folgt die Bereitschaft, sich keine Hindernisse zuzulegen, die es mittelfristig verbieten würden, an einer solchen Koalition teilzunehmen.

Das Argument: Im Marxismus beginnt eine erneuerte Diskussion über das Verhältnis von Klassen und Parteien, da gibt es verschiedene Ansätze. Auf der einen Seite die traditionelle Form, die Parteien als Klassenparteien zu denken, z.B. die CDU als Partei des Großkapitals. Dem stehen ganz andere Versuche gegenüber, z.B. die Parteien als Bündnisse aufzufassen (vgl. M. Jäger im Argument-Sonderband AS 44) — so z.B. die CDU als Bündnis zwischen Großkapital und alten Mittelschichten, die Sozialdemokratie als Bündnis zwischen Großkapital und Arbeiterklasse. Dann gibt es Versuche, die Ebene, auf der Parteien untersucht werden können, analytisch scharf zu unterscheiden von der Ebene der Klassenanalyse. Du hast gesprochen von unverbundenen Momenten, die einfach nebeneinanderstehen, und die Frage ist, ob es nicht doch einen Zusammenhang zwischen ihnen gibt. Politisch stellt sich für eine Partei auf jeden Fall die Aufgabe, will sie erfolgreich sein, zwischen diesen verschiedenen Fronten: Befriedigung der Profitinteressen, rationales technologisches Entwicklungsmodell, die Fähigkeit, den Staat zu regieren und ein Kulturkonzept, einen Zusammenhang herzustellen. Was stiftet die Einheit zwischen den unverbunden nebeneinanderstehenden Fronten? Gramsci z.B. faßt die Parteien auch als Klassenparteien auf, allerdings denkt er das nicht so, daß aus einem Kern des Klassenverhältnisses, aus der Klassenbestimmung heraus sich bruchlos bestimmte Parteien entwickeln würden. Dagegen arbeitet er gerade an und hebt das Moment der politischen Tätigkeit der »organischen Intellektuellen« hervor, die eine ideologische, kulturelle und politische Formation schaffen, die sich überhaupt erst Partei nennen kann und die dann nicht nur die Mitglieder der betreffenden Klasse umfaßt, sondern auch andere Klassenindividuen.

Offe: Zunächst können wir, glaube ich, die Vorstellung abhaken, die jetzt auch so merkwürdig populär ist bei den Trotzkiten in Bezug auf die SPD, daß die heutigen Parteien »Klassenparteien« sind. Sie sind es weder ihrer Programmatik nach noch ihrer Wählerbasis nach.

Ich denke, wir können uns stattdessen darauf einigen, daß Parteien heute in keinem vernünftigen Sinne als Klassenparteien, oder — wenn wir kulturelle Kategorien zugrundelegen — als Weltanschauungs- oder Konfessionsparteien zu verstehen sind. Sie

haben weder eine Klassenprogrammatik, noch eine spezifische Führerschaft, noch eine solche Basis. Sie sind der Organisationsform nach klassenneutral. Parteien sind Organisationen, die auf der Grundlage einer bestimmten Programmatik versuchen, den Klassenkompromiß politisch zu organisieren. Das hält sie zusammen. Sie sind Organisationen, die konkrete Aussagen, und zwar politikfähige Aussagen darüber anbieten, wie der Klassenkonflikt — oder wie das immer genannt wird (der industrielle Konflikt, die soziale Frage usw.) — so zu vereinheitlichen ist, so auf Kompromisse zu bringen ist, daß der ungestörte Fortgang des gesellschaftlichen Lebens auf der Grundlage dieser Kompromißformel möglich ist. Aber die Parteien in der Bundesrepublik sind auch das nicht mehr. Niemand gibt vor, eine solche Kompromißformel noch denken zu können, die Parteien versagen vollkommen in ihrer programm bildenden Aufgabe; wo solche dennoch produziert werden, in Wahlplattformen, da begegnet alle Welt ihnen auch mit dem entsprechenden Zynismus. Parteien werden heute zusammengehalten durch die Erfolgsbedürfnisse bestimmter Parteieliten, durch ihren ungemein privilegierten Zugang zu öffentlich sichtbaren Entscheidungspositionen. Ihre garantierte Monopolstellung als politische Artikulationsorgane sind dem Zwang enthoben, die — auch intellektuelle — Anstrengung auf sich zu nehmen, solche Kompromißformeln, von denen es ja nicht beliebig viele gibt, auszudenken und sie mit Regierungs- oder Oppositionspraxis in Zusammenhang zu bringen.

Diese intellektuellen programmatischen Vereinheitlichungsprozesse sind ersetzt worden durch die Pragmatik der Parteienkonkurrenz, des Dauerwahlkampfes, die Besetzung von Positionen der möglichst vielseitigen aber deshalb noch nicht zusammenhängenden Darstellung des eigenen parteilichen Machtanspruchs. Daß das richtig ist, kann man z.B. daran ablesen, daß Parteien heute ohne Programm auskommen; z.B. der sogenannte Orientierungsrahmen der SPD, der ist so tot wie irgendetwas, niemand nimmt ihn zur Kenntnis, niemand hat auch nur vage eine Ahnung, was da drin steht. Das Godesberger Programm ist gelegentlich gut für bestimmte Abwehrformeln oder Selbstlegitimationsanstrengungen — aber man kommt im Grunde ohne das aus. Man braucht — und das ist sozusagen die schleichende plebiszitäre Entwicklung in den Parteien — ein vorzeigbares Personal, man braucht organisatorische Stärke und Allgegenwart, und das durchaus auch auf Kosten von programmatischer Vereinheitlichung. Das alles reicht aus, weil man als Parteienkartell konkurrenzlos abgesichert ist, durch die Positionen im Staatsapparat, in den Medien, durch die Fünfprozentklausel — und weil sichergestellt ist, daß einem niemand gefährlich werden kann, es sei denn, andere Parteien, die genauso sind, mit denen man eben ein latentes Verhältnis der potentiellen Koalitionspartnerschaft unterhält.

Das Argument: Wir haben angefangen bei dem Problem »Krise des Staates«, bei den Gefahren im Sinne einer möglichen Rechtsentwicklung, dann die Entwicklungen, die sich dagegen stemmen, am wirkungsvollsten die neuen sozialen Bewegungen, Frauenbewegung und Ökologiebewegung, Alternativbewegung — und du hast nun als praktische Perspektive gesagt, daß diskutiert werden müsse eine Partei zu außerparlamentarischen Zwecken, eine Partei, die zum Ziel hätte zu verhindern, daß diese sozialen Bewegungen sich von der Politik zurückziehen (Offe: keine »politische« Politik mehr machen), daß sie nicht mehr darauf zielen, die Funktionen der traditionellen politischen Institutionen auch zu übernehmen, und dafür auch Formen zu finden, übergreifende Programmatiken, das Feld des eigenen Einflusses zu erweitern. Nun ergibt sich für eine

solche Perspektive ein Problem, das mit der Frage der sozialen Bewegungen und der Parteien zusammenhängt: das Problem, daß die Kräfte für eine linke und demokratische Formation in verschiedenen, teils gegeneinander abgeschotteten, teils gegeneinanderstehenden politischen Formationen sitzen, einerseits in den Gewerkschaften, in traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, auch in der Sozialdemokratie; da gibt es sozusagen alte soziale Bewegungen, die Anti-Atomtod-Bewegung, alte radikal-demokratische Bewegungen, z.B. die humanistische Union, Teile der Kirchen, und es gibt die neuen sozialen Bewegungen; und die Frage ist doch, eine Form zu finden, in der die Abschottungen gegeneinander aufgeknackt werden können.

Offe: Das ist eine ganz schwierige Sache. Der sehr vorläufige Stand meiner Überlegungen dazu ist dieser: Einmal würde ich sagen, daß die korporatistischen Entwicklungen, von denen ich gesprochen habe, die Einbindung gesellschaftlicher Organisationen in staatliche Politikformulierungen die Kehrseite einer Umkehrung der Willensbildung hat; die Willensbildung verläuft von oben nach unten, jedenfalls unter wachsender Nichtbeteiligung oder bei Ausschluß bestimmter Teile und Bedürfnisse der Basis. Und man geht vielleicht nicht fehl, wenn man denkt, daß das die Loyalität der Organisierten, den Organisationspatriotismus der Mitglieder schwächt, und hier übergreifend oder quer zu den etablierten Fronten Koalitionen zustandekommen können. Hier wie an anderen Punkten zeigt sich die unmittelbare Relevanz guter politischer Theorie. Wenn man politikrelevante Analysen anbieten kann, die zeigen, daß diese verdinglichten organisationspolitischen Alternativen und Zugehörigkeitsregeln entweder nicht bestehen, oder nur unter bestimmten Bedingungen, die dann selbst infragezustellen sind, dann lockert sich auch dieses Alternativverhältnis zwischen den Zugehörigkeiten zu der einen oder anderen Organisation.

Es zeigt sich ja in der Politik der Bundesrepublik seit den 50er Jahren, daß wegen der besonderen Charakteristika des Parteiensystems und seiner Dynamik, die ich kurz charakterisiert habe, gesellschaftliche Innovation, neue Politikziele, die Wahrnehmung neuer Probleme in ganz hohem Maße von außerhalb des Parteiensystems gekommen sind. Die Entwicklungs-, Ost- und Berlinpolitik der Sozialdemokratie wäre undenkbar ohne die Politik der evangelischen Kirche, oder was im bildungspolitischen Bereich in Bewegung gekommen ist, wäre undenkbar ohne die Studentenbewegung. Das Thema Humanisierung ist selbstverständlich keine Erfindung irgendeiner Partei, sondern der Gewerkschaften, die darüber schon Kongresse veranstaltet, Erfahrungen ausgewertet haben, bevor sich im Regierungs- oder Parteienapparat überhaupt jemand darum gekümmert hat. Die Literatur in der Bundesrepublik, die 50 Leute, die hier bei uns die Belletristik machen, haben für rechtspolitische Fragen, in Grundrechtsfragen mehr getan, als alle politischen Parteien zusammen. An allen diesen Beispielen kann man sehen, wie wenig diese Parteiapparate selbst eine eigene »disjunktive« politische Substanz und programmatische Potenz aufweisen.

Ich denke, daß bei genügender Klarheit der Problemverständnisse und hinreichend großem außerparlamentarischen Druck auch die von den Parteien gezogenen Organisationsgrenzen und Inkompatibilitätsbeziehungen teilweise aufgehoben werden können. Ich würde auch vor einer mechanistischen Organisationsanalyse warnen wollen, die sagt: wenn man einmal Partei ist, dann unterliegt man einem Diktat der politischen Form, und man begibt sich, etwa im Falle einer neuen sozialistisch-grünen Partei, auf den sowieso aussichtslosen Weg auf Parlaments- und Regierungssitze hin, auf dem man

dann auch keine Querverbindungen mehr aufrechterhalten kann. Ich denke, daß gerade auch angesichts des Zynismus und der geringen politischen und programmatischen Potenz der Parteien die Infiltrierbarkeit der Mitglieder, gleich welcher Gruppierung, sei es Parteien oder Gewerkschaften, außerordentlich groß ist, daß das Vakuum auch hier eine Sogwirkung erzeugt. Es ist z.B., was die Ökologiefrage angeht, ein völlig anderes Verhältnis anzutreffen in den Gewerkschaften als vor zwei Jahren, wo man heute wegen des offensichtlichen Zusammenhangs von Ökologie- und Humanisierungsfragen oder sozialhygienischen Problemen im weitesten Sinne sehr wohl bereit ist, dort Zusammenhänge zu sehen und über die Organisationsgrenzen hinweg zu erörtern. Motive wandern ein, sickern ein in die Apparate, wenn sie — und das ist auch ein Problem der Intellektuellen, das wir nicht sehr gut gelöst haben bei uns — mit hinreichender Deutlichkeit, Klarheit und Dringlichkeit dargestellt werden. Das halte ich nicht für unmöglich, daß das geschieht. Es ist immer das Problem, wie man solche Organisations-Patriotismen, die aus manchen Gründen sowieso schwächer werden, aufweichen kann und versucht, issue-bezogene überparteiliche Allianzen zustandezubringen. Da sehe ich keine grundsätzlichen Schwierigkeiten, und es hat häufig den Charakter eines Alibis für Intellektuelle, die es nicht schaffen, wenn man sagt: die Grenzen und Eigengesetzlichkeiten der Parteien sind so hart, daß es zwecklos ist. Damit redet man sich nur hinaus durch eine dramatisierende Übersteigerung der Schwierigkeiten, die das etablierte Parteiensystem der Bundesrepublik den neuen sozialen Bewegungen in den Weg zu legen vermag.



Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Kampf der Blöcke um Sozialpolitik, Gewerkschaften, Medien usw. Handlungschancen der Linken. Greven, Haug, Kröll, Krumbein, Offe u.a.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)



Stamokap-Theorie. Krisenpolitik. Nationalisierungsprogramm BRD. Demokratische Wirtschaftsplanung Italien. Albers, Goldschmidt, Jung.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

»Außenpolitik« zwischen Legalität und Legitimität Henry Kissingers »Memoiren. 1968 — 1973«

»Die auswärtige Politik erfordert nahezu keine der Eigenschaften, die der Demokratie eigen sind, dagegen verlangt sie die Entfaltung von fast lauter solchen, die ihr abgeben.«

Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*

1. »Primat der Außenpolitik« versus »Primat der Innenpolitik«?

»Ich war nie damit einverstanden, daß die politischen Schwerpunkte sich immer mehr auf den Bereich der Innenpolitik verlagert haben«, erklärte Franz Josef Strauß im Februar 1980. »Ich weiß zwar, daß die Gesetze jener Zeit, in der man vom Primat der Außenpolitik sprach, heute nicht mehr mit demselben Vorrang gelten; aber ein Land mit unserer Geschichte, unserer Geographie, unserer Abhängigkeit von der wirtschaftlichen wie von der militärischen Sicherheit kann es sich nicht erlauben, nur in gesellschaftspolitischen Modellen zu denken.«¹

So zögernd abwägend die Aussage scheint, folgeschwer ist ihr analytischer Angelpunkt: das Gegenüberstellen von *außen-* und *gesellschaftspolitischem* Denken bzw. umgekehrt: das *Gleichsetzen* von *Gesellschafts-* mit *Innenpolitik*. Strauß definiert damit erstens eine Kompetenzgrenze und zweitens eine Kompetenzhierarchie. Eine *Kompetenzgrenze*, weil das Einsperren der Gesellschafts- in die »Innenpolitik« die *Außenpolitik* zu einem gesonderten, davon abgegrenzten Politikfeld macht, das gegen gesellschaftliche Veränderungen immun ist. Und eine *Kompetenzhierarchie*, weil umgekehrt die außenpolitische Rason sehr wohl als Mittel eingesetzt werden kann, um Schluß zu machen mit unerwünschtem »Denken in gesellschaftspolitischen Modellen.«

Strauß reformuliert ein Grundmodell bürgerlicher Herrschaft. Viel spricht für die These, daß die politische Einheit und das »Staat-Werden« (Gramsci) des in sich parzellierten Bürgertums stets der »negativen Integration« bedurfte, der Abgrenzung gegen »äußere« Feinde. Und die *Arbeiterbewegung* wurde — als »nationales Sicherheitsrisiko« oder »vaterlandslos« ghettoisiert — oft genug *Opfer* dieser Strategie, weil sie *praktisch* die Kompetenzabgrenzung zwischen Innen- und Außenpolitik akzeptierte. Das Wort, es gebe keine *marxistische Außenpolitik*, allenfalls *Marxisten als Außenpolitiker*², markiert die historisch begründete innenpolitische Bornierung der Arbeiterbewegung: Ihre zentralen Themen — die soziale und politische Gleichheit — waren eingelassen in die innere Konsolidierung des bürgerlichen *Nationalstaats*. Wo sie sich zu »ausenpolitischen« Problemen zu äußern hatte, tat sie es unter dem »*Primat der Innenpolitik*«. Phänomenen wie Nationalismus, Imperialismus oder Militarismus glaubte sie oft genug begegnen zu können, wenn sie nachwies, welcher ihrer innenpolitischen Gegner (Rüstungsindustrie, Großagrarien) davon profitierte.

Politische Klassenherrschaft als Effekt spezifischer Selektionsleistungen des politischen Systems³ ist auf das durchgliederte Organisieren gesellschaftlicher Inkompetenz angewiesen. Sie bedarf der Departmentalisierung gesellschaftlichen Wollens und

Handelns, eines Systems ausschließender Kompetenzverteilungen und Grenzziehungen zwischen Politikfeldern.⁴ Im *Kapitalismus* verläuft die wichtigste dieser Kompetenzgrenzen zwischen »Innen-« und »Außen«politik: während die Innenpolitik als Bühne begrenzter korporativer Interessenkonflikte wirkt, ist auf der Ebene der Außenpolitik *das* politische Subjekt par excellence — die »Nation«, verwirklicht im »Nationalstaat« — abrufbar; hier gibt es »keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche«, hier entspringt eine formal *parteilose* Staatsräson. Die Kompetenz sozialistischer Systemveränderung erlischt in diesem Diskurs spätestens an der Landesgrenze. Dadurch wird ihre Wirkungsweise inhaltlich verändert. Denn die Trennung von »Innen-« und »Außen«politik ist nicht fiktiv. Sie wird durch die Entwicklung des modernen *Nationalstaats* gestiftet, die ihrerseits geschichtliches Ergebnis, Bewegungsform und Lebensbedingung der Entwicklung des kapitalistischen *Weltsystems* seit dem 16. Jh. ist.⁵ Das moderne Weltsystem ist mehr als die Summe nationaler Teile. Es ist eine eigenständige Macht. Noch hinter den »Grabensystemen« der nationalen Überbauten⁶ liegen — dem bloß nationalen Zugriff entzogen — die Verteidigungsanlagen des Weltsystems, die den Gegensatz von »unten« und »oben« in den Gegensatz von »innen« und »außen« übersetzen. Bürgerliche Hegemonie ist auf diese Weise immer schon in letzter Instanz durch den *Primat des Weltsystems* strukturiert und kann in systemverändernder Absicht weder vom Standpunkt eines »Primats der Innenpolitik«, noch von dem eines »Primats der Außenpolitik« her durchbrochen werden: denn beide Standpunkte implizieren letztlich eine Logik des *Primats der Nation*, d. h. eine Logik, die nur den Primat des kapitalistischen Weltsystems unangreifbar macht, weil es in ihrem Rahmen unmöglich ist, die übernationale Struktur dieses Weltsystems selbst als hegemoniales Kampfbjekt zu thematisieren.^{6a}

Heute legt die vielzitierte »Krise der Regierbarkeit« der westlichen Industriestaaten eine *allgemeine* Umstrukturierung bürgerlicher Programmatik nahe: den Rückgriff auf den klassischen Diskurs des *Leviathan*, auf die gemeinschafts- und politikstiftende Rolle »äußerer« Bedrohungen.⁷

2. »Legitime« versus »revolutionäre« Außenpolitik?

Politische Vorstöße in diese Richtung haben z. Zt. Konjunktur.⁸ Ihren programmatischen Schlüsseltext haben sie schon: Henry A. *Kissingers* brillante, als »Memoiren« organisierte Studie über die Weltpolitik seit 1968.⁹ Kissingers Stärke besteht darin, die *Grenze* zwischen Innen- und Außenpolitik souverän zum Ausgangspunkt eines konservativen Diskurses zu machen, der strategisch über »internationalen Klassenkampf« handelt, ohne je davon zu reden. Die Grundelemente dieses Diskurses hat Kissinger lange zuvor, in seiner 1954 fertiggestellten, 1957 zuerst veröffentlichten Dissertation über die Politik Metternichs und Castlereaghs von 1812-1822 entwickelt¹⁰ und seither mit geringen Modifikationen immer wieder wiederholt.¹¹ Sie sind gruppiert um die strategisch zentrale Unterscheidung zwischen »legitimer« und »revolutionärer« Außenpolitik, genauer: um eine *Aufspaltung* des Legitimitätsbegriffs¹²:

Oberstes — aber nicht einziges¹³ — Ziel von Politik ist der *Friede*. Dieser beruht auf *Stabilität*, die wiederum *Legitimität* voraussetzt. Kissinger unterscheidet zwei Arten von Legitimität: eine internationale und eine innenpolitische. Die innenpolitische ist auf gesellschaftliche *Gerechtigkeitsvorstellungen* gegründet, die internationale nicht. Da Gerechtigkeitsvorstellungen von inneren Strukturen abhängen, die inneren Struk-

turen der Nationen aber voneinander abweichen, kann internationale Legitimität nur in allgemein akzeptierten *Regeln* des Interessenaustrags bestehen. Das setzt ein *Gleichgewicht der Kräfte* voraus. Eine *revolutionäre* Lage entsteht dann, wenn eine Macht diesen legitimen Modus durchbricht, indem sie *ihre* innenpolitischen Gerechtigkeitsvorstellungen *international* durchsetzen will und dadurch sowohl das internationale Gleichgewicht als auch die *innere* Legitimität der anderen Staaten bedroht, die bisher durch die internationale Legitimität abgesichert wurde. An die Stelle je »begrenzter« zwischenstaatlicher Konflikte tritt damit der »unbegrenzte« Konflikt um die Legitimität der internationalen Ordnung selbst.

Wie Kissinger am Beispiel der Bündnispolitik Metternichs gegen das napoleonische Frankreich zeigt, gibt es zwei Wege für die legitimen Mächte, mit der revolutionären Macht fertig zu werden: (1) einen internationalen Bürgerkrieg gegen die revolutionäre Macht zu entfesseln, d.h. im Namen gesellschaftlicher Gerechtigkeitsvorstellungen an die Initiative der *Massen* zu appellieren *oder* (2) die revolutionäre Macht durch eine Allianz von Staaten einzukreisen, d.h. im Namen der Legitimität des internationalen *Gleichgewichts* an die Rationalität der nationalen *Staatsapparate* zu appellieren. Für Metternich hatte die erste Variante einen entscheidenden Nachteil¹⁴:

»Denn Österreich ging es nicht um die Freiheit der Völker, sondern um die Freiheit der historisch gewachsenen Staaten. Ein Volkskrieg hätte möglicherweise zur Auflösung des Vielsprachenreiches geführt. Ein nationaler Kreuzzug konnte zum Sturz der Dynastien führen, auf denen Österreichs Stellung in Deutschland beruhte ... Alles hing daher nicht nur entscheidend von der Niederlage Napoleons, sondern auch von der Art und Weise ab, wie sie ihm beigebracht wurde. Es ging nicht nur um die Schaffung einer Koalition, sondern auch um das Grundprinzip, in dessen Namen sie kämpfen sollte ... Es war jedoch klar, was Österreichs moralische Stellung verlangte: einen Krieg zwischen Staaten, nicht zwischen Völkern, eine Koalition, die unter der Doktrin des Konservatismus und der Stabilität stehen, und die, wenn möglich, lieber im Namen bestehender Verträge als durch deren Bruch zustande kommen sollte.«

Dies ist auch mutatis mutandis Kissingers Position. Er will den Kampf um das durch die »revolutionäre« Sowjetunion herausgeforderte *Weltsystem* organisieren als Kampf um die Legitimität des *Gleichgewichts* der internationalen *Staatenordnung*. Kissinger grenzt sich damit implizit sowohl von der amerikanischen Tradition demokratischer Kreuzzugsideologie gegen den »Totalitarismus« als auch von der Tradition einer bloß nationalegoistischen Realpolitik ab. Er argumentiert vom Standpunkt des Weltsystems.

3. Kissingers »Revolutionierung der amerikanischen Außenpolitik«

Von hier begründet Kissinger in seinen Memoiren jene Strategie, die unter seiner Amtsführung eine »Revolution der amerikanischen Außenpolitik« eingeleitet habe.¹⁵ Ihre Schlüsselformel ist das Prinzip der »*Verknüpfung*« (linkage).¹⁶ Im engeren Sinne bedeutet sie, zwischen verschiedenen Konflikten ein diplomatisches Junktim *herzustellen*, z.B. amerikanische Zugeständnisse im Orient an sowjetisches Entgegenkommen in Südostasien zu koppeln. In einem breiteren »viel wichtigeren Sinne« (143) läuft sie aber darauf hinaus, aus der globalen Sicht der Erhaltung des internationalen Gleichgewichts tendenziell allen andern Konflikten der Erde die *politische Autonomie* abzusprechen bzw. sie dem Primat des Ost-West-Konflikts zu unterwerfen — und entsprechend zu behandeln. Bereits in früheren Arbeiten hatte Kissinger darauf hingewiesen, daß die »innere Struktur« der USA die Vorherrschaft einer *juristischen* Sichtweise auf internationale Probleme begünstige.¹⁷ Wie ein Jurist versuche die Diplomatie des State Department jeden Konflikt für sich, nach seiner eigenen Logik anzugehen.¹⁸ Das führe zu ei-

ner »Voreingenommenheit für verfassungsmäßige Lösungen«, die internationale Fragen »unter dem Gesichtspunkt des Rechtes der Länder diskutiert, unabhängige Entscheidungen zu treffen.«¹⁹ Eine solche Haltung verkenne die *historische Situation*: die ständige Bedrohung der internationalen Legitimität durch die Sowjetunion.²⁰ Diese Bedrohung beraube lokale Konflikte ihrer Autonomie und mache Innenpolitiken zum Gegenstand der Außenpolitik:

»Die Arena, in der dieses internationale Ringen ausgetragen wird, erstreckt sich also auch auf die Innenpolitik und die Sozialstrukturen der Länder und bedeutet damit eine Verhöhnung der überlieferten Maßstäbe des Völkerrechts, das die Einmischung in die Innenpolitik eines Landes verurteilt ... Aber in der Nachkriegsperiode ist es möglich geworden, das Gleichgewicht der Kräfte durch Entwicklungen innerhalb des souveränen Territoriums eines anderen Landes zu verändern — durch Unruhen, Revolutionen und Subversion.« (130) »In dieser Lage können innenpolitische Unruhen in jedem beliebigen Land zu einer spürbaren Verlagerung innerhalb der internationalen Bündnissysteme führen. Daher beginnen Nationen sich nicht nur durch außenpolitische, sondern auch und vielleicht besonders durch innenpolitische Umwälzungen bedroht zu fühlen.« (79)

Kissinger schlägt deshalb vor, von einer *juristischen* zu einer *historischen* Sicht der internationalen Politik überzugehen²¹, d. h. alle Probleme aus der Sicht des Gesamtzusammenhangs, der Erhaltung des Gleichgewichts zu behandeln. Wichtigstes Ergebnis dieser Strategie ist die amerikanische Annäherung an *China*. Kissinger sagt offen, er habe sie primär eingeleitet, um die Sowjetunion damit anderswo erfolgreicher zu Konzessionen nötigen zu können.²² Aber dieser »Erfolg«, dessen stabilisierendes Wirken auf das internationale Gleichgewicht — denkt man an den chinesisch-vietnamesischen Krieg oder an Afghanistan — noch keineswegs ausgemacht ist, dient zugleich als Rechtfertigung für ein Programm der Reorganisation politischer Macht in den westlichen Demokratien: Die geforderte Abkehr vom juristischen Denken läuft darauf hinaus, die Abkehr von bürgerlich-demokratischen Verkehrsformen in der Weltpolitik nicht — wie früher — zu verschweigen, sondern zu *legitimieren*:

In Kissingers Schilderung der amerikanischen Vorbereitungen zum Sturz Allendes (713ff.) kommt Respektierung des Völkerrechts nicht einmal als Problem vor. Bedauern für die Opfer amerikanischer Kriegführung in Vietnam? — Fehlanzeige. Um so lyrischer sind die Passagen zum späteren Schicksal führender »Falken«²³ oder inzwischen gescheiterter »zuverlässiger Verbündeter« der USA wie des Schahs von Persien (1334ff.), Yahya Khans (786, 901, 905ff.) oder Lon Nols (1467ff.). Er beklagt die innenpolitischen Schwierigkeiten für die außenpolitisch unerläßliche CIA (700ff.), rechtfertigt die militärischen Eingriffe in Kambodscha (262ff., 497ff., 517ff., 552ff.), empört sich aber über ihre Enthüllung in der Öffentlichkeit²⁴ ebenso wie über die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere (776ff., 1082). Alles in allem stand Kissingers »weltpolitische« Konzeption in scharfem Gegensatz zum liberal-demokratischen Selbstverständnis breiter Teile der amerikanischen Öffentlichkeit. Der außenpolitische Konsens der Ära anti-totalitärer Kreuzzüge zerfiel und seine liberalen Elemente erwiesen sich für die Staatsführung als Bumerang (322).

»Angesichts dieser innenpolitischen Schwierigkeiten erhob sich die grundsätzliche Frage nach der Verantwortlichkeit der Führung gegenüber der Öffentlichkeit in einer Demokratie. Glücklicherweise ist der politische Führer, dessen Vorstellungen von dem, was im nationalen Interesse liegt, mit denen der Öffentlichkeit übereinstimmen. Doch was ist seine Pflicht, wenn diese Auffassungen auseinandergehen?« (317)

Mit seiner Scheidung von innerer und internationaler Legitimität hatte Kissinger schon in den 50er Jahren davor gewarnt, Außenpolitik an innenpolitische Ideologien zu

binden.²⁵ In seinen Memoiren entwickelt er unterschiedliche Formprinzipien für beide Legitimitätsräume: Innenpolitik arbeite durch *Gesetze* (143, 997). Ihre Grundlagen sind daher in der Demokratie schwankend und vergänglich: »Gesetze entstehen oft aus einem Kompromiß bei Interessenkonflikten; es bilden sich zufällige Koalitionen, die bald wieder aufgegeben werden.« (998; 24) Dem Wesen der Diplomatie *widerspricht* die Gesetzesform: »In der Außenpolitik muß das nationale Interesse unablässig im Auge behalten werden.« (998) Entsprechend haben auch »parteipolitische Gesichtspunkte« hier nichts zu suchen.²⁶ Im Klartext: der Innenpolitiker mag sich durch *Mehrheiten* legitimieren, der »Staatsmann« legitimiert sich vor der *Geschichte*.²⁷ Gleichwohl muß auch er sich innenpolitisch durchsetzen.²⁸ Sein Problem besteht aber weniger darin, Mehrheiten für seine operative Politik zu finden, als vielmehr zunächst Mehrheiten für sein Kompetenz*monopol*, also für die *Unanwendbarkeit* des Mehrheitsprinzips in seinem Kompetenzbereich, zu mobilisieren. Nixon und Kissinger standen aber gerade vor der Schwierigkeit, daß die demokratische Kontrollinstanz, der *Kongreß*, unterstützt von der Presse, seine Kompetenz immer mehr auf die Außenpolitik ausdehnte (997ff., 1081) und dadurch auch die *Bürokratie* bis in die höchsten Ränge verunsicherte.²⁹ Nixon antwortete mit dem Organisieren der berühmten »*schweigenden Mehrheit*«, dem Versuch, durch den *direkten* Appell des Präsidenten an die Bevölkerung einen akklamativen, passiven Konsens herzustellen, um den Widerstand aus den demokratischen *Institutionen* zu neutralisieren, d. h. im Namen der außenpolitischen Handlungsfreiheit der Regierung *Vertrauen ohne Kontrolle* zu erlangen.

Der gesamte Tenor der *Memoiren* zeigt, daß Kissinger sie schrieb, um *heute* Sympathien für die historische *Leistungsfähigkeit* dieses Politikstils zu wecken. Angesichts der raurigen Bilanz der Regierung Carter ist ihm — auch international — breite Zustimmung sicher: Die angebliche »*Demokratisierung*« der amerikanischen Politik nach Watergate, sprich: die Ausweitung der Regierungskompetenzen des Kongresses, hat die Außenpolitik eher noch irrationaler und entspannungsfährender gemacht, als sie es vorher schon war.³⁰ Stehen wir heute also vor der Alternative *Demokratisierung oder Frieden?* — Trotz aller Brillanz Kissingers: *Nein*. Denn *erstens* wird der internationale Frieden spätestens seit 1973 zunehmend durch Konfliktstoffe wie Energieversorgung, Neue Weltwirtschaftsordnung, Hunger, Umweltverschmutzung usw. bedroht, Probleme, die die *Trennung* von Innen- und Außenpolitik obsolet machen³¹, weil sie *gesellschaftliche* Antworten erfordern und daher durch *Geheimdiplomatie* nicht zu lösen sind.³² Und *zweitens* sind die beklagten »*Folgen*« der Demokratisierung auch nicht dieser anzulasten, sondern der amerikanischen Organisationsform bürgerlicher Hegemonie: Die USA haben für die *politische* Angleichung der beiden Regierungs- zu fast ununterscheidbaren »*Volksparteien*« mit der Versäulung einer unerhörten *gesellschaftlichen* Zersplitterung gezahlt³³, die nach der Schwächung des Präsidentenamts voll als »*Balkanisierung der politischen Macht*« durchschlägt, weil die Abgeordneten sich primär ihren jeweiligen wirtschaftlichen, ethnischen, religiösen oder regionalen »*Lobbies*« verpflichtet fühlen.³⁴ Auch der entspannungsfährende Zickzackkurs gegenüber der Sowjetunion ist jüngst z.T. damit erklärt worden, daß die Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen über keine ausreichend stabile *innenpolitische* Klientel in den USA verfüge — im Gegensatz zu ihren Gegnern.³⁵

Unter diesen Bedingungen mag die Beschneidung der Regierungskompetenz der Legislative zugunsten eines starken Präsidenten *außenpolitisch* plausibel scheinen. In

Wirklichkeit würden sich dadurch die Widersprüche nur noch stärker in die *Administration* verlagern und damit noch unkontrollierbarer werden — wie schon die permanente Staatskrise des wilhelminischen Kaiserreichs nach Bismarcks Entlassung gezeigt hat.³⁶ Die Folge wäre — wie dort — eine unausgeglichene Zickzackpolitik, die die innere Fragmentierung und Reformunfähigkeit durch nationalistische Hysterie und außenpolitische Aggressivität ausgleichen müßte.³⁷ Eine Politik also, die — zumindest theoretisch — den beiden organisierenden Elementen in Kissingers Diskurs widerspräche: Der Forderung einer entideologisierten Außenpolitik und der Behauptung der Legitimität des Gleichgewichts. Damit ist auf Blindstellen in Kissingers Anschauungen selbst verwiesen, die nicht in möglichen Denkfehlern, sondern gerade in ihrer analytischen Geschlossenheit wurzeln.

4. Blindstellen eines konservativen Diskurses

»Es ist das Dilemma des Konservatismus«, bemerkte Kissinger einmal über Metternich, »daß er anonym durch das, was er *ist*, und nicht durch das, was er *sagt*, eine Revolution bekämpfen muß.«³⁸ Das ist nur z.T. richtig. Jede politische Strömung *kämpft* durch das »Wort«. Die Schwierigkeit des Konservatismus besteht nur darin, nicht *sagen* zu dürfen, folglich auch nicht *denken* zu können, was er ist und daher stets vor unerwarteten Konsequenzen seines theoriegeleiteten Handelns zu stehen. Es ist das Dilemma Kissingers, den Kampf um die Erhaltung des Kapitalismus als Kampf um »Frieden« und »Gleichgewicht« organisieren zu müssen. Die logisch widerspruchsfreie Lösung *dieses* Problems bewirkt aber eine selektive Wahrnehmungsweise weltpolitischer Probleme, die deren *gesellschaftliche* Ursachen als eigenständiges Problem systematisch ausblendet und alle Konflikte nur als Schachfiguren eines auf die staatliche Dimension reduzierten »Ost-West-Konflikts« abzubilden vermag. Eine Politik, die auf diesem Wahrnehmungsraster beruht, wird in dem Maße versagen, wie sie mit Spannungslinien zu tun hat, die *nicht* dem Ost-West-Gegensatz entspringen (z.B. religiösen Erneuerungsbewegungen wie der Re-Islamisierung, nationalen Emanzipationsbestrebungen oder alten ethnischen, religiösen und nationalen Rivalitäten) — also mit lokalen Konfliktlagen, wie sie zunehmend die Dritte Welt prägen.³⁹

Typisch die Beurteilung des inzwischen zum Weltkrisenherd Nr. 1 aufgerückten Orients: Kissinger rechnet es sich zum Verdienst, eine umfassende Lösung des Nahostkonflikts und v.a. die Bestrebungen des State Department, Israel durch amerikanischen Druck zum Einlenken zu nötigen, nach Kräften *blockiert* zu haben. Begründung: Zugeständnisse der USA hätten wie ein Erfolg der *Sowjetunion* ausgesehen.⁴⁰ Erhalten eines Spannungsherds, um die Sowjetunion aus ihm herauszuhalten? Als ob nicht *gerade* im Orient *diese* Politik seit Jahrzehnten die Resultate *produzierte*, die sie zu verhindern trachtet!⁴¹ Mittlerweile werden bereits in der FAZ Leitartikel veröffentlicht, die sich »mit der unangenehmen und gegenwärtig schwer erträglichen Wahrheit auseinandersetzen«, daß eine Lösung des Nahostkonflikts »erst durch ein Mitwirken der Sowjetunion sinnvoll würde.«⁴²

Für europäische Leser noch aufschlußreicher ist die Beurteilung der sozialliberalen »Ostpolitik« seit 1969. Kissinger macht aus seiner Abneigung kein Hehl⁴³: Er habe *Adenauers* Westorientierung bewundert (442, 108ff.) und in der Ostpolitik *Brandis* die Gefahr einer »neuen Form des klassischen deutschen Nationalismus« von »Bismarck bis Rapallo« gesehen (441), der sich außenpolitisch traditionell als *Mittler* zwischen Ost

und West begreife (565). Als politischen Träger eines solchen nationalistischen *Neutralismus* macht Kissinger nun die deutsche *Sozialdemokratie* aus.⁴⁴ Die Porträts von Willy Brandt und Egon Bahr gehören zu den distanziertesten des Bandes. Wiederholt werden die *kühlen* Beziehungen Nixons zu Brandt unterstrichen (449, 457, 1024) und Egon Bahr wird neben »Eitelkeit« und »Verschlagenheit« v. a. atlantische Unzuverlässigkeit bescheinigt:

»Bahr gehörte zwar zur Linken, aber ich hielt ihn jedoch vor allem für einen deutschen Nationalisten, der Deutschlands zentrale Lage ausnutzen wollte, um mit beiden Seiten zu feilschen. (...) Offensichtlich war Bahr kein überzeugter Anhänger der westlichen Gemeinschaft wie die Politiker, die wir aus den früheren deutschen Regierungen kannten; er war auch frei von allen gefühlsmäßigen Bindungen an die Vereinigten Staaten.« (443)

Kissinger fürchtet im Grunde die *politische Autonomie Europas*. Die deutsche Entspannungspolitik hätte sich zum »Ptäzedenzfall« entwickeln können, der *ganz* Europa in eine Neutralisierungsdynamik führen und dadurch die USA isolieren könne (565, 435). Dies zu verhindern und »ohne Begeisterung« hätten sich die USA dann selber an der Entspannungspolitik beteiligt.⁴⁵ Das ist eine klassische Anwendung der »Verknüpfungs«-Politik, autonome regionale Interessen der bipolaren Logik des Ost-West-Konflikts zu *unterwerfen*. Mehrere eurokommunistische Theoretiker haben jüngst versucht, durch eine interessante Qualifizierung der Strategie des »*Dritten Wegs*« die Entspannungsproblematik *dieser* Logik zu entziehen. In der Verteidigung der »Ostpolitik« gegen amerikanischen Druck, so Romano Ledda, verteidige Kanzler Schmidt auch *europäische* Interessen.⁴⁶ Und: Der Sinn des Dritten Wegs bestehe in der Zusammenarbeit der Eurolinken — Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten — bei der Bewältigung der grenzüberschreitenden Probleme der historischen Verantwortung *Europas* in der gegenwärtigen Weltkrise: Frieden und Sicherheit, Dialog mit der Dritten Welt, Energiekrise usw.⁴⁷

Kissinger spielt nun wiederholt auf die *Angst* der Europäer an, die USA könnten sich über ihre Köpfe hinweg mit der Sowjetunion einigen. Implizit behauptet er, die Europäer seien mehr auf die Amerikaner angewiesen als umgekehrt. Den USA stünden zur Not auch andere Optionen offen.⁴⁸ — Aber in Wirklichkeit sind die USA heute der Staat, der am *meisten* auf Spannungen mit der Sowjetunion *angewiesen* ist, weil ihre innenpolitisch blockierte Reformfähigkeit ihre politische Führung zunehmend auf den »Primat der Außenpolitik« und das Beschwören »historischer Krisen« verweist.⁴⁹

Kissinger sagt, die sowjetische Außenpolitik sei prinzipiell rücksichtsloser und aggressiver als die amerikanische: die sowjetische Führung brauche keine innenpolitischen Rücksichten auf eine demokratische Öffentlichkeit zu nehmen.⁵⁰ — Aber selbst wenn es sich so verhält — hat nicht eben dies der Sowjetunion auch erlaubt, von Brest-Litowsk bis zur Kubakrise immer wieder friedenssichernde politische *Rückzüge* durchzuführen⁵¹ — Rückzüge, die kaum ein amerikanischer Präsident, zumal zu Wahlkampfzeiten, heute hinzunehmen bereit wäre?

In diesem Sinne kann das Bewußtsein der *Gefahr* der gegenwärtigen Weltlage nach Afghanistan auch eine *Chance* sein: »Ich habe bewußt gesagt, wir müssen jetzt europäische Solidarität großschreiben«, erklärte der SPD-Vorsitzende Brandt im Januar 1980. »Das hat also schon, ohne daß es antiamerikanisch sein darf, aus meiner Sicht sein eigenes Gewicht.«⁵² — In einer Situation, in der die integrative Kraft der *Institutionen* der Europäischen Gemeinschaft zu versagen droht⁵³ und die politische Rechte den Schul-

terschluß mit den USA befürwortet, kommt dem Problem der Einheit der europäischen Linken eine neue Bedeutung zu. Überlegungen zum »Dritten Weg« sind wieder international diskussionswürdig geworden.⁵⁴

Anmerkungen

- 1 Franz Josef Strauß, »Ich kann eiskalt austeilen«, Interview in: DIE ZEIT, 29.2.1980, S.9.
- 2 Theodor Haubach, *Sozialistische Außenpolitik*, in: Die Gesellschaft, Jg.1 (1924), Bd.1, H.4, S.418f.
- 3 Hierzu: Claus Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt/Main 1972, S.65ff.
- 4 Vgl. hierzu: Projekt Ideologie-Theorie, *Theorien über Ideologie*, Berlin 1979 (AS40), S.113ff.
- 5 Vgl. Immanuel Wallerstein, *The Modern World System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World Economy in the Sixteenth Century*, New York 1974, S.348ff., 352ff.
- 6 Antonio Gramsci, *Selections from the Prison Notebooks*, London 1971, S.235ff.
- 6a Vgl. hierzu auch Anm.54.
- 7 Vgl. Murray Forsyth, *Thomas Hobbes and the external relations of states*, in: British Journal of International Studies, Jg.5, H.3, Oct. 1979, S.196-209; Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien (1963), Berlin 1979, S.26ff.
- 8 Vgl. Thomas Scheffler, *Außenpolitik und Hegemonie in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Sozialliberalismus oder rechter Populismus, Berlin 1980 (AS 51).
- 9 Henry A. Kissinger, *Memoiren. 1968-1973*, München 1979. Alle nicht weiter gekennzeichneten Seitenangaben beziehen sich auf diesen Band.
- 10 Ders., *A World Restored. Castlereagh, Metternich and the Restoration of Peace, 1812-1822*, Boston 1957. Die deutsche Ausgabe trägt den programmatisch farbloseren Titel: *Großmacht Diplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs* (1962), Frankfurt/Main usw. 1975.
- 11 Vgl. Michael Roskin/Dieter O.A. Wolf, *Henry A. Kissinger — Versuch eines Porträts*, in: aus politik und zeitgeschichte, H.23, 8.6.1974, S.5ff. Kissingers wichtigste Arbeiten sind inzwischen alle ins Deutsche übersetzt: *Kernwaffen und auswärtige Politik* (1957), München 1959 und 1974; *Die Entscheidung drängt. Grundfragen westlicher Außenpolitik* (1961), Düsseldorf 1961; *Was wird aus der westlichen Allianz?* (1965) Wien-Düsseldorf 1965; *Amerikanische Außenpolitik. Analysen und Tendenzen* (1969), Düsseldorf-Wien 1969 und München 1980.
- 12 Zum folgenden vgl.: *Großmacht Diplomatie* (1975), S.7ff., 385ff.; *Memoiren*, S.212f.
- 13 *Memoiren*, S.81.
- 14 *Großmacht Diplomatie*, S.35-36.
- 15 Vgl. *Memoiren*, S.763, 803, 1133, 1559, 1566.
- 16 Vgl. S.142ff., 149ff.
- 17 *Amerikanische Außenpolitik*, S.36ff.; *Memoiren*, S.143f.
- 18 Ein Vorwurf, den Kissinger seinem Rivalen, dem damaligen Außenminister Rogers, macht (*Memoiren*, S.38f.) und der erst jüngst wieder, beim Rücktritt Außenminister Vances, eine zentrale Rolle spielte; vgl. H.E.T., *Anwalt und Diplomat. Demission Staatssekretär Vances*, in: NZZ, FA, 30.4.1980, S.1-2.
- 19 *Amerikanische Außenpolitik*, S.43.
- 20 Vgl. *Memoiren*, S.126ff.
- 21 *Amerikanische Außenpolitik*, S.44; *Memoiren*, S.143f.
- 22 *Memoiren*, S.189ff., 592ff., 728ff., 812ff., 889ff., 1132.
- 23 S.320: »Nachdem Dean Rusk acht Jahre selbstlos und tüchtig den Posten des Außenministers bekleidet hatte, konnte er monatelang keine Stelle finden ... Der freundliche und persönlich so liebenswerte Hubert Humphrey wurde so scheußlich behandelt, daß ihm noch nach Jahren beim Gedanken daran die Tränen kamen.«
- 24 S.274f., 528: zur Kritik von Kissingers Kambodscha-Politik vgl. William Shawcross, *Side-show — Kissinger, Nixon and the Destruction of Cambodia*, London 1979.
- 25 *Großmacht Diplomatie*, S.385ff.

- 26 Memoiren, S.31; vgl. auch: Henry Kissinger, *Bemerkungen zur Weltlage nach der Besetzung von Afghanistan*, in: NZZ, FA 10./11.2.1980, S.6.
- 27 Vgl. Großmacht Diplomatie, S.381, 387f.; Memoiren, S.317.
- 28 Memoiren, S.10f.
- 29 S.548ff., 148ff. Der sarkastische *Antibürokratismus*, der die gesamten »Memoiren« durchzieht, zielt weniger auf die Bürokratie als solche, als auf ihre symbiotische Verflechtung mit Legislative und Öffentlichkeit, die einer straffen politischen Führung nach Kissingers Bild entgegensteht (S.894, vgl. auch: 25, 28, 32f., 40f., 528).
- 30 Vgl. die Auflistung bei: Hartmut Wasser, *Die Carrier-Administration. Probleme einer Präsidenschaft*, in: aus politik und zeitgeschichte, H.13, 29.3.1980, S.8ff.
- 31 In der amerikanischen Diskussion ist hierfür der Begriff »intermestic« geprägt worden (Kompositum aus »internationale« und »domestic«). Vgl. Bayless Manning, *The Congress, the Executive and Intermestic Affairs: Three Proposals*, in: Foreign Affairs, Jg.55, H.2, Jan.1977, S.306ff., bes. 309f.
- 32 Vgl. Douglas Bennet, Jr.: *Congress in Foreign Policy: Who Needs It?*, in: Foreign Affairs, Jg.57, H.1, Fall 1978, S.40-50, bes.43ff.
- 33 Zur prinzipiellen Problematik der *Volkspartei* im System bürgerlicher Herrschaft jetzt: Claus Offe, *Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität*, in: Roland Roth (Hrsg.), *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt/Main 1980, 26-42.
- 34 Wasser 1980, a.a.O., S.10ff., 15ff., 20ff.; Dieter Buhl, *USA-Macht und Ohnmacht* (I), in: DIE ZEIT, 9.5.1980, S.3. Unter diesen Umständen mußte die Kompetenzerweiterung der parlamentarischen Institutionen dem zentralen Ziel von Demokratisierung gerade entgegenwirken: statt herrschaftsminimierender Selbstvergesellschaftung beförderte sie den Zerfall gesellschaftlichen Zusammenhangs und zeigte damit einmal mehr, wie unzulänglich es ist, die Forderung nach Demokratisierung der Außenpolitik auf die nach parlamentarischer Kontrolle von Außenpolitik zu reduzieren.
- 35 Dimitri K. Simes, *The Anti-Soviet Brigade*, in: Foreign Policy, H.37, Winter 1979/80, S.28-42, bes. 30ff.
- 36 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, ³Göttingen 1977, S.69ff.
- 37 Vgl. die ähnliche Diagnose, die Kissinger selbst dem deutschen Kaiserreich stellt, in: Amerikanische Außenpolitik, S.33ff.
- 38 Großmacht Diplomatie, S.17.
- 39 Vgl. David Watt, *Kissinger's Track Back*, in: Foreign Policy, H.37, Winter 1979/80, S.65ff.
- 40 Vgl. Memoiren, S.379ff., 392ff., 404ff., 596ff., 840, 1322ff., 1356, 1360ff., 1366.
- 41 Vgl. Thomas Scheffler, *Moskou in het Midden Oosten konflikt. Sovjet-politiek remde arabiese kommunisten*, in: Oost Europa Verkenningen (Utrecht), H.45, Okt.1979, S.26ff.
- 42 Robert Held, *Israels gefährdete Existenz*, in: FAZ, 22.4.1980, S.1; vgl. auch: William B. Quandt, *Decade of Decisions. American Policy Towards the Arab-Israeli Conflict 1967-1976*. Berkeley usw. 1977, S.297ff.
- 43 Diese ist aus früheren Verlautbarungen bereits materialreich dokumentiert bei Günther Schmid, *Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/1970*. Köln 1979, S.254ff.
- 44 Vgl. Memoiren, S.109, 441ff., 565ff., vgl. auch Schmid 1979, a.a.O., S.254, 430.
- 45 Memoiren, S.567, 435, 442ff., 447ff., 850.
- 46 Romano Ledda, *Autonomia dell'Europa e ruolo del movimento operaio*, in: Rinascita, H.13, 28.3.1980, S.17.
- 47 Ledda, S.18; vgl. auch: *La sinistra e l'Europa. Un' intervista con il compagno Riccardo Lombardi*, in: Rinascita, H.17, 25.4.1980, S.19; »Wir wollen Seelen, nicht Boden gewinnen«. KPI-Vorstandsmitglied Giancarlo Pajetta über den Pariser KP-Gipfel und China, in: DER SPIEGEL, H.19, 5.5.1980, S.144ff.; Jean Elleinstein, *Le charme discret de l'archéo-communisme*, in: Le Monde, 26.4.1980, S.16.
- 48 Vgl. Memoiren, S.92ff., 238ff., 412, 421ff., 434ff., 1023.
- 49 Vgl. die Analyse amerikanischer Politik nach Afghanistan bei Judith Perera, *The Superpowers' Last Stand*, in: The Middle East (London), H.65, March 1980, S.10ff. Vgl. auch: Guy Hermet, *Entre l'utopie et la stratégie. La hierarchie des nations dans le système mondial*, in: Revue française de science politique, Jg.30, H.2, avril 1980, S.210f.

- 50 Vgl. Memoiren, S.128ff., 445f.; ebenso: Rudolf Augstein, *Krieg in Sicht?*, in: DER SPIEGEL, H.4, 21.1.1980, S.18.
- 51 So schon Alexander Schfrin, *Die außenpolitischen Probleme der Sowjetunion*, in: Die Gesellschaft, Jg.6 (1929), Bd.1, H.5, S.439.
- 52 »Möglich, daß wir in den Krieg schlittern«. *Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt über die Entspannungspolitik und Afghanistan*. in: DER SPIEGEL, H.3, 14.1.1980, S.23.
- 53 Ralf Dahrendorf, *Europa droht die Balkanisierung. Die Institutionen laufen den Interessen zuwider*. In: DIE ZEIT, 25.4.1980, S.9.
- 54 Für die Linke ist das umso bedeutsamer, als der Kapitalismus seine Lebenskraft aus dem scheinbaren Paradox schöpft, *ökonomisch* als Weltsystem, politisch aber als nationalstaatliches »Pluriversum« (Schmitt) organisiert zu sein. Das bedeutet, daß kein »internationaler Überbau« existiert, der *politische* Zugriffsmöglichkeiten auf das Wirken des Weltsystems selbst bietet und damit einen internationalen reformistischen »Stellungskrieg« (Gramsci) systemverändernder Kräfte erlauben würde. Die Sozialisten in einem Land werden dadurch letztlich immer wieder vor die Alternative gestellt, entweder in einen nationalistischen Etatismus zurückfallen oder für einen »Export der Revolution« eintreten zu müssen, d.h. für einen internationalen »Bewegungskrieg« gegen die dominanten *Staaten* des kapitalistischen Weltsystems; — einen »Bewegungskrieg«, dessen letztlich *imperiale* Tendenzen das Programm der sozialen Emanzipation diskreditieren und ebenfalls wieder in die nationalstaatlichen Schranken des kapitalistischen Weltsystems zurückführen.

Demgegenüber versuchen die Ansätze eines *europäischen Dritten Wegs* die Verschränkung von Weltsystem und Nationalstaat durch eine Strategie zu unterlaufen, die weder nationalistisch noch abstrakt-internationalistisch ist, sondern an der Identität einer *regionalen* (europäisch-arabisch-afrikanischen) Einheit arbeitet, um in ihr Elemente einer neuen, *politisierten*, internationalen Wirtschaftsordnung zu verwirklichen (vgl. hierzu die Vorstellungen des CERES zum »compromis géographique«, in: *repères*, Nr.33, juin 1976, S.44-90; *ebd.*, Nr.36, octobre 1976, S.45-50; *ebd.*, Nr.41, mars 1977, S.90-95; von anderen Ansätzen aus: Jacques Bourrinet, *L'enjeu économique du dialogue Euro-Arabe: La recherche d'un accord intercommunautaire de développement*, in: Le Tiers Monde et la Communauté économique européenne, Paris 1978, bes. 185ff.; Bernard Corbineau, *Le dialogue euro-arabe. Instance du nouvel ordre international (1973-1978)*, in: Revue française de science politique, Bd.30, H.3, juin 1980, S.560-596).

Solche regionalistischen Strategien sind als solche noch nicht »revolutionär«. Aber die Schaffung neuer regionaler Machtzentren trägt dazu bei, die Anstrengungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung von der bipolaren Gleichgewichtslogik des Ost-West-Konflikts zu befreien und in der stückweisen, regionalen Festigung von Elementen eines neuen internationalen Überbaus das Terrain für einen internationalen sozialistischen »Stellungskrieg« zu öffnen.



Staats-/Parteitheorie Gramscis.
Austromarxismus. Revolutionstheorie.
Verfassungspolitik i.d. BRD.
Albers, Altvater, Kievenheim u.a.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Wieland Elfferding, Volker Gransow, Michael Jäger

Polen: Triumph des Sozialismus in den sozialistischen Ländern?

*Mein Freund Georg Hoffmann-Ostenhof, Journalist aus Wien, erfand folgendes Bonmot:
Marx glaubte, der Sozialismus werde in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern zuerst ausbrechen.
Nach dem zweiten Weltkrieg haben wir alle geglaubt, er wird in der Dritten Welt siegen.
Jetzt stellt sich heraus, der Sozialismus triumphiert zuerst in den sozialistischen Ländern.*

Michael Siegert: Polnisches Machtspiel geht weiter. In: Die Tageszeitung vom 3.9.1980, S. 1

Daß wir auch in der Analyse sozialistischer Länder von den sozialen Bewegungen, besonders von der Arbeiterbewegung ausgehen und von da aus fragen können, wie Staat und Partei im Lichte der Entwicklung von deren politischer Handlungsfähigkeit zu beurteilen sind — das ist auch ein Resultat der polnischen Streiks. Sie haben für die Analyse einen Anhaltspunkt gegeben, der vielen schon verloren schien: daß die Menschen den Staat umbauen und nicht nur umgekehrt; daß die Instanz zur Beurteilung sozialistischer Staaten nicht das in ihrem Innern geheimnisvoll auskristallisierte und versteinerte Arbeiterwesen ist, sondern die Praxis und die Erfahrungen der Arbeiter selbst. Das ist das wirklich Ermutigende an den »polnischen Ereignissen« und wird letztlich auch zur Entmutigung der hiesigen Arbeiterfeinde beitragen, die im Sommer nicht laut genug für die Erfüllung der Arbeiterforderungen schreien konnten.¹

I.

Das Schlagwort von der »Krise des Kommunismus« enthält, bezogen auf die sozialistischen Länder Osteuropas, Richtiges und Falsches. *Falsches* — denn in diesen Gesellschaften sind die alten herrschenden Klassen beseitigt worden, sind die Arbeitsplätze gesichert, die Frauen haben sich das Berufsleben erobert, der Lebensstandard ist gestiegen, die Qualifikationsstruktur ist gewaltig verbessert worden. *Richtiges* — denn wie soll es zum Sozialismus oder gar zum Kommunismus weitergehen, wenn der Konsumismus vom Warenmangel bloß behindert bzw. beflügelt wird, ein Kult des Privaten sich ausbreitet, zu dem auch Egoismus und Verantwortungsscheu im Betrieb gehören. Dem entspricht der Schrecken der Wirtschaftsplaner über die viel zu niedrigen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität und das Entsetzen der Arbeiter über die Fehlplanungen der Funktionäre. Diese allgemeine Situation wurde seit Mitte der siebziger Jahre noch verschlimmert durch die inzwischen gestiegene Abhängigkeit vom Weltmarkt. Die westliche Wirtschaftskrise, insbesondere die Erhöhung der Rohstoffpreise und die teilweise Verengung des Weltmarktes, verschlechterten die Versorgung breiter Schichten. Zu diesen ökonomischen Problemen — die in Ländern mit dem Machtmonopol der kommunistischen Partei direkt politische sind — traten für die Machterhaltung destabilisierende Einflüsse wie die Menschenrechtskampagne (die auf Teile der »alten« Intelligenz wirkt) und der Eurokommunismus (der kommunistische Intellektuelle anzieht).

Diese Herausforderungen setzen den Staat im Realen Sozialismus unter Druck. Eine Lösung der Probleme setzt immer Teile der Bevölkerung in Bewegung, die Anspruch

auf Mittun bei politischen Entscheidungen erheben und damit die übermächtige Kompetenz der Inhaber der Macht in Frage stellen. In den hochentwickelten kapitalistischen Staaten des Westens werden diese Bewegungen durch die vielfältigen Artikulations- und Reintegrationsformen, die »Befestigungsgräben« (Gramsci) der bürgerlichen Herrschaft aufgenommen, in denen ihre systemtranszendierende Kraft versickert. In den sozialistischen Ländern fehlt diese hegemoniale Struktur der Macht und jede Forderung nach grundlegenden Reformen bekommt die Bedeutung des Sturzes von Partei- und Staatsführung. Da diese sich aus dem sozialistischen Eigentum als Garanten der Herrschaft der Arbeiterklasse legitimiert, scheint jede Kritik an Machtstrukturen an die Grundlagen des Systems zu rühren. Umgekehrt wird bei fehlender Selbstbestimmung in Gesellschaften mit öffentlichem Eigentum »das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln fiktiv, weil die Arbeiter kaum einen direkten Einfluß auf die Verwendung dieser Produktionsmittel haben« (Lange 1964, 28). Diese Überlegung entspringt nicht einer allgemeinen, moralisch begründeten Demokratie-Forderung. Die sich rasch entwickelnde Vergesellschaftung der Arbeit stellt erhöhte Anforderungen an die Fähigkeit zur Selbstkontrolle der Kollektive und der einzelnen Arbeiter. Eben damit begründen zahlreiche sozialwissenschaftliche Arbeiten über Produktionsdemokratie in den sozialistischen Ländern ihre Kritik an westlichen Technokratiethesen und behaupten für sich das Gegenteil. Umso schärfer kontrastieren damit die realen politischen Machtverhältnisse, in denen sich politische Inkompetenz der Arbeiter, ökonomische Desintegration ihrer Arbeiten (»Disproportionalitäten«) und Unfähigkeit zu ihrer Reintegration auf Seiten der »allmächtigen« Planer und Leiter in einem unheiligen Zirkel bedingen. Die Macht-Elite² verfügt über nichts als die Macht — ohne gesicherte Grundlage in den Produktionsverhältnissen. Das erklärt die Verbissenheit, mit der sie sich an die Macht klammert, blockierte und blockierende politische Strukturen zu konservieren sucht. Das erklärt aber auch die spezifische Labilität dieser »exzessiv machtorientierten Ordnung« (Hofmann 1968, 12; vgl. Gransow). Die Arbeiter versuchen immer wieder den Sprung von der betrieblichen zur gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung. Sonst bleibt nur der Rückfall in den Neostalinismus oder der Taumel in eine Serie gesellschaftlicher Katastrophen. Alle drei Möglichkeiten sind für die gegenwärtige Macht-Elite existentiell gefährlich. Also müßte sie — wenn sie rational handelt — einen Kompromiß suchen zwischen dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Demokratisierung und dem eigenen Interesse an Macht-Erhaltung. Vor dieser Problemlage stehen die Sowjetunion und die industriell entwickelten sozialistischen Länder Osteuropas. Das Abkommen von Gdansk weist genau in diese Richtung mit seiner Kernbestimmung: »Für sinnvoll erachtet wird die Schaffung von neuen, sich selbst regierenden Gewerkschaften, die echte Repräsentanten der arbeitenden Klasse darstellen« (Protokoll, 14). Mit dem Danziger Kompromiß wird einerseits die Reform des politischen Systems durch die Schaffung neuer Organisationen ermöglicht, andererseits das Machtmonopol von der Opposition anerkannt. Das Arrangement ist ein auch gegenüber Jugoslawien, China und der CSSR von 1968 völlig neuartiger Versuch. Wenn er sich durchsetzen kann, wird er vielleicht zum Modell für andere sozialistische Länder werden. Die Danziger Lösung ähnelt bemerkenswert Vorschlägen, die anderswo — nämlich in Ungarn — entwickelt worden sind: »Die osteuropäische Machtstruktur einerseits und die osteuropäische Opposition andererseits stehen vor einem großen geschichtlichen Kompromiß. Die Machthaber müssen darauf verzichten, wie bisher jede Bewegung sofort integrieren zu wol-

len. Sie müssen autonome Organisationen erstmals gesetzlich zulassen. Gleichzeitig muß die Opposition sich selbst beschränken ... Wenn ich von autonomen Organisationen rede, denke ich weniger an marginale Gruppen als in erster Linie an große soziale Gruppen wie Arbeiter, Bauern, Intellektuelle« (Hegedüs 1980, 104f.; vgl. Hegedüs 1974). Das Zitat unterstreicht, daß es nicht um ein rein polnisches Phänomen geht. Auch handelt es sich keineswegs um eine besondere polnische Zurückgebliebenheit. Gleichwohl gibt es bestimmte Konstellationen, die Art und Ort der Übereinkunft mit bestimmen.

II.

So liegt die Schwelle für eine sowjetische militärische Intervention in Polen höher als in Ländern am Rande des sozialistischen Lagers. Aus außenpolitischen Gründen wäre ein Einmarsch einige Monate nach dem in Afghanistan desgleichen nicht ratsam gewesen. Zudem gibt es in Polen neben ausgeprägtem Antisowjetismus eine schwer quantifizierbare und westliche Beobachter überraschende Ost-Orientierung breiter Schichten, die zwar nicht unbedingt das Gesellschaftssystem der Sowjetunion schätzen, aber die jahrhundertelange Instrumentalisierung Polens als »Vorposten des Westens« ablehnen; ist doch Polen 1939 vom westlichen Deutschland überfallen und vom westlichen Frankreich im Stich gelassen worden. Diese Stimmung ist mitverantwortlich für eine Tradition im öffentlichen Leben, die einen eigenen Stil der Politik und gewisse zensurfreie Räume (etwa im Kunstbereich) gegenüber der Kritik aus der Sowjetunion durchgesetzt hat. In diesen Zusammenhang gehört, daß die Revolten in Volkspolen keineswegs Niederlagen waren — selbst wenn 1956, 1970 und 1976 Blut vergossen wurde. Es wurden in jedem Fall Forderungen der revoltierenden Arbeiter erfüllt; zweimal kam es zum Führungswechsel und 1976 zum Nachgeben der Regierung bezüglich der Preise. Die Erfahrung war die des Erfolgs; darauf folgte dann die Enttäuschung über seine schleichende Entwertung, nicht aber das Gefühl der Niederlage. Aber nicht nur die Arbeiter-Opposition verzeichnete Erfolge. Auch die Ergebnisse der sozialen Transformation, die die Regierung zu Recht ihren politischen Anstrengungen zuschrieb, waren beeindruckend. Es stieg die Stadtbevölkerungszahl von 31,8 % 1946 auf 56,4 % im Jahre 1976 und soll weiter wachsen. Polen wurde zu einem entwickelten Industrieland, das 4 % der europäischen Produktion erzeugt (nach Kolodziejczyk, 62 und 69). Der Anteil der Arbeiter ohne Grundausbildung sank von 43,4 % im Jahre 1958 auf 16,5 % 1973 (nach Wajda, 127).

Gerade eine gebildete Arbeiterschaft stellt Fragen nach dem Verhältnis dieser Ziffern zu ihrem Alltag — und da stößt sie auf solche Defizite des Realen Sozialismus wie das politische Oszillieren zwischen Mobilisierung und Apathie, den ökonomischen Wechsel von Hektik und Schlawfrheit im Betrieb, die Erfahrung von Verschwendung bei Warenmangel in der Versorgung. Daß die Arbeiter zur Artikulation ihres Protestes nicht auf sozialistische und sozialdemokratische Formen verfallen wie die der DDR in den fünfziger Jahren (rote Fahnen, Arbeiterkampflieder; vgl. Jänicke), ist wenig überraschend, denn die Arbeiterklasse Polens ist jung im demographischen, soziologischen und technischen Sinn (vgl. Wesolowski 1974) und beginnt erst, ihren eigenen Nachwuchs hervorzubringen (vgl. Szczepanski). Nicht unwichtig sind jene Arbeiter, die als »Arbeiter-Bauern« auf dem Lande wohnen und eine kleine private Landwirtschaft betreiben (vgl. Kolodziejczyk, 62; Szczepanski, 35). Nicht nur deren Anhänglichkeit an

die Kirche wird dann verständlicher, wenn man bedenkt, daß die Kirche von 1795 bis 1918 die nationale Identität gestiftet hat. Insofern ist die Rolle des Katholizismus hier von vornherein politisch einzigartig, was durch die polnische Herkunft des derzeitigen Papstes noch unterstrichen wird.³ Mindestens ebenso bemerkenswert wie die religiösen Elemente der Streiks von 1980 ist die Zusammenarbeit der Streikräte mit Intellektuellen. Es ist auffallend, daß in Polen sozialwissenschaftliche Daten und Überlegungen in weit größerem Maß als in anderen sozialistischen Ländern öffentlich zugänglich sind. So lagen seit Jahren Untersuchungen vor, die einen Trend der Reduzierung von Arbeiter-Teilhabe an der Leitung der Gewerkschaften feststellten (vgl. Ostrowski). Dabei beschränken sich die durchaus etablierten polnischen Sozialwissenschaftler nicht auf Industriesozio­logie. Während z.B. in der Sowjetunion die Erforschung der Partei weitgehend von den in der Regel konservativen Lehrstühlen für »Geschichte der KPdSU« dominiert ist, hat Politische Soziologie in Polen einen festen Platz. Es sei hingewiesen auf ältere Analysen des Verhältnisses von Klasse und professioneller Macht-Elite von Wesolowski (1979) sowie des Pluralismus im politischen System von Wiatr (1966). Später interpretierte Wiatr die Machtstruktur als »in keiner Weise« die sozialen Verhältnisse reflektierend (Wiatr 1973). In der Krise von 1980 rückte er die Frage der Informationspolitik in den Vordergrund und kritisierte das »Bestreben, eine künstliche Einmütigkeit herzustellen, jenes verschwörerische Schweigen um all die Fragen, die heute im Klima des engagierten gesellschaftlichen Handelns aufgegriffen werden« (Wiatr 1980). Wiatr ist keineswegs ein Dissident, sondern offizieller Repräsentant polnischer Politikwissenschaft.

Nun ist die Lektüre politikwissenschaftlicher Texte weder im Westen noch im Osten die Lieblingsbeschäftigung praktizierender Politiker oder auch Arbeiter. Trotzdem stehen solche — offiziell ermöglichten — Diskussionsbeiträge im Zusammenhang mit den polnischen Klassenkämpfen und der Taktik der Danziger Arbeiter, sich erstens über Jahre organisatorische Voraussetzungen informeller Art zu schaffen und sich zweitens der Beratung von Soziologen und Politologen zu bedienen, die nicht offiziell approbiert sind. Wie weit deren Tätigkeit übrigens noch von legaler zu unterscheiden ist, wird dann fragwürdig, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß der »Samisdat«-Verlag Nowa allein seit 1977 50 Titel mit Auflagen von 300 bis 5000 Exemplaren publiziert hat, darunter Arbeiten von Bienkowski, Kuron, Liehm, Michnik, Zensur-Dokumente u.v.a. Fortschritte in der etablierten Sozialwissenschaft und Verbreitung der nicht-etablierten kritischen Sozialwissenschaft schufen so einen Rahmen, in dem Arbeiter- und Intellektuellenbewegung aufeinander treffen konnten.

III.

Aus diesem Zusammentreffen und aus der oben erörterten »Erfolgsbilanz« der Arbeiter, die in ihrem Bewußtsein und in ihrer Praxis (teilweise personelle Identität der Danziger Streikkomitees von 1970 und 1980) eine im Realen Sozialismus sonst unübliche Kontinuität der politischen Auseinandersetzung schafft, mag verständlich sein, warum das nicht eintritt, was in vergleichbaren politischen Krisen des Realen Sozialismus und auch in partiellen Krisen der westlichen Demokratie vom Pariser Mai bis zum Züricher Sommer Kennzeichen fundamentaler Opposition ist: die »totale« Herausforderung der staatlichen Macht. Daß die polnische Arbeiterklasse ihre Forderungen beschränkte, ist nicht nur als Selbstbescheidung und schon gar nicht als teilweise Kapitulation vor

dem unangemessenen politischen System zu verstehen, sondern als Einsicht in die Logik strategischer Situationen. Jede »totale« Konfrontation stellt sich als total »äußerlicher« Legitimitätskonflikt dar, dem nach kürzester Zeit die Phase des Krieges folgen muß, in dieser aber ist die Niederlage der Oppositionskräfte gegen die Gewaltmittel des Staates vorgezeichnet.

In der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der CSSR 1968 nahm der Legitimitätskonflikt stets einen massiv »äußerlichen« Charakter an, indem der Ideologie der jeweiligen Macht-Eliten mal der »Sozialdemokratismus«, mal ein Wirtschaftsliberalismus, der aus dem Blickwinkel des herrschenden Diskurses als prokapitalistisch denunziert werden konnte, mal ein offen gegen die Sowjetunion gerichteter Nationalismus entgegentrat. Obwohl alle diese Elemente auch gegenwärtig in Polen eine Rolle spielen, sind sie doch im Diskurs der Oppositionskräfte einer programmatischen Linie eindeutig untergeordnet, die genauso wie die führenden Parteideologen die Ziele Bewahrung des sozialistischen Systems und Bündnistreue zur Sowjetunion formuliert und *innerhalb dieses Rahmens* die Forderung nach autonomen Gewerkschaften erhebt. So wird die Macht-Elite auf ein Feld der Auseinandersetzung um dieselbe Legitimität gezwungen, in deren Kategorien sie selbst denkt, und dadurch die Schwelle des Gewalteinsatzes höher geschoben.

Die skizzierte Besonderheit der polnischen Auseinandersetzungen läßt sich noch besser verstehen, wenn man sie vor dem Hintergrund der Problematik von »ökonomischem und politischem Kampf« betrachtet. Die Streiks wurden anfangs zur Durchsetzung *ökonomischer Forderungen*, Lohnerhöhungen und Rücknahme der Fleischpreiserhöhungen, geführt. Nach negativen Erfahrungen mit der Durchsetzungsmöglichkeit dieser Forderungen gegenüber Staat (Betriebsleitungen) und Partei, kamen nach und nach politische Forderungen hinzu: Freilassung inhaftierter Streikführer, Zugang zu den öffentlichen Medien — und schließlich die Bildung neuer, autonomer Arbeitervertretungen. Die Streiks gehorchten damit einer »klassischen«, aus dem Kapitalismus bekannten Entwicklungsllogik: von der Ökonomie zur Politik. Dieser Typ der Entwicklung politischer Aktionen der Arbeiter ist uns so bekannt, daß wir uns auch im Falle Polens gar nicht darüber wundern. Gleichwohl ist die Verlaufsform für sozialistische Verhältnisse alles andere als selbstverständlich. Im Kapitalismus entspricht die Bewegung von der Ökonomie zur Politik keineswegs einem Gesetz der organischen Entstehung des Politischen aus dem Ökonomischen. Sie ist vielmehr dem Umstand geschuldet, daß die Arbeiter von der Politik, insbesondere von der Bestimmung über den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang von Produktion und Reproduktion ihres Lebens, ausgeschlossen sind und zur Durchsetzung ihrer Lebensinteressen immer erst die verschiedenen Schranken politischer Inkompetenz durchbrechen müssen. Die »Ökonomie« ist nicht unpolitisch, sondern der politischen Kontrolle der Arbeiter entzogen. Die Eroberung der »Sphäre des Politischen« im Streik ist das Infragestellen der bürgerlichen Hegemonie auf der »untersten Ebene« der politischen Regulierung des Klassenverhältnisses (Arbeitsrecht, Gewerkschaftsrechte).

Von da aus mag deutlich werden, daß der Übergang zum politischen Streik im Sozialismus unselbstverständlich ist: der »Normalfall« wäre, daß die Arbeiter ihre Organe haben, mittels derer sie in die Politik eingreifen, ihre Interessen auf der politischen Ebene artikulieren und durchsetzen. Das Auftreten eines »ökonomischen Streiks« ist daher schon als solches ein Anzeichen für Störungen. Der Übergang zu politischen Forderungen

gen ist demnach der Versuch eines *Aufbaus der politischen Kompetenz*, die in den bestehenden Institutionen abgebaut ist.

IV.

Was die Beteiligten auch immer tun werden, sie werden gezwungen sein, den *Widerspruch* aufzulösen — oder zu ersticken —, daß jener Versuch der Rekonstruktion der politischen Kompetenz in einem sich als sozialistisch verstehenden Land gemacht wird. — Grundsätzlich gesprochen, verschwindet mit der Beseitigung von Grundlagen der Klassenantagonismen die Notwendigkeit eines hegemonialen Typs von Politik nicht etwa, sondern wird für die proletarische Partei zur Hauptaufgabe. Sozialistische Planung und Leitung von Ökonomie und Kultur ist nur denkbar, wenn sich die Arbeitermassen in ihren politischen Organen zur Entscheidung der großen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung »hinaufarbeiten« können. Die Hegemonie der Arbeiterklasse im Sozialismus durch ihre Partei wird durch die Fähigkeit dieser Partei realisiert, diesen Prozeß zu initiieren und in Gang zu halten. Partei der Arbeiterklasse ist sie im Sozialismus in dem Maße, wie sie die Individuen verschiedener Klassen und Schichten dazu befähigt, ihre Interessen und besonderen Fähigkeiten in das politische Projekt des sozialistischen Aufbaus zu »übersetzen« und einzubringen.

Für unvorhergesehene Interessenartikulationen in den sozialistischen Ländern war häufig charakteristisch, daß diese organische Verbindung zwischen sozialen Interessen und politischer Kompetenz zerrissen war und der *Übergang zur Politik* nur in Form der *direkten Aktion* und *unrealistischer Programme* getan wurde. Der Mangel an Führungsfähigkeit der Partei, die *latente* Desintegration der Menschen aus dem sozialistischen Projekt schlug leicht um in die *manifeste* Desintegration aus sozialistischer Politik und war als solche leicht zu denunzieren und zu ersticken. Hinzu kommt ein anderer, damit verknüpfter »Mechanismus«: ist auch der Faden politischer Artikulation und Organisation von sozialen Interessen gerissen, so ist doch den politischen Institutionen im Rahmen einer Reihe diskursiver Praxen (z.B. politischer Rituale) *objektiv die Bedeutung* eingeschrieben, *die legitimen politischen Organe der Arbeiter zu sein*. Jede politische Artikulation wird also sofort auf sie verwiesen; hält sie nicht den »Instanzenweg« ein, gerät sie »automatisch« in den Bereich außer- oder gar anti-sozialistischer *Bedeutungen*.

Kurz, für die polnischen Arbeiter hat sich mit dem Übergang vom ökonomischen zum politischen Streik objektiv die Frage gestellt, ob oder inwiefern sie an der Rekonstruktion proletarischer Hegemonie, an einer neuen Partei arbeiten. Eben dies aber wirft, paradoxerweise, für die schon bestehende Partei die Frage auf, ob die Aktionen der Arbeiter »antisozialistisch« seien. Das ist der zu lösende Widerspruch.

Diese Sicht mag allzu überspitzt erscheinen. Aber auch dann muß man sich doch fragen, welche nächsten Schritte die polnische Arbeiterbewegung tun kann und wird, um ihre jetzt erreichte Stellung zu konsolidieren. Fest steht, daß Stillstand in der polnischen Konstellation auf Rückfall und noch nachträgliche Niederlage hinauslaufen müßte. Die Gewerkschaften werden bei Aufnahme ihrer Arbeit kaum um jenes Dilemma herumkommen, das in westlichen Ländern als Korporatismusproblem diskutiert wird: Wenn sie mit dem Staat verhandeln, werden sie entweder im Rahmen des gesamtnationalen Wirtschaftsprogramms der Staatspartei ihre Forderungen als Forderungen zu Teilaspekten (Lohn und Preis aus der Perspektive der Betroffenen) formulieren. In diesem

Fall werden ihre verhandelnden Führer gezwungen, diese Forderungen *aus der Logik* des gesamtnationalen Programms heraus zu begründen, damit aber sie mindestens partiell aufzugeben. Daraus wiederum müßte sich eine Trennung von Gewerkschaftsführung und -basis und in letzter Konsequenz die spontane Restauration der alten Staatsgewerkschaften, die ein Element der inneren Gliederung der Partei sind, ergeben. Oder sie begründen ihre Forderungen vielmehr aus einem *alternativen* gesamtnationalen Plan. Aber dann sind sie auch eine alternative Partei, und niemand wird sich darüber täuschen. Damit wäre der »harte Kern« des politischen Systems für alle erkennbar tangiert. Es ist vorläufig weder sichtbar, wie der letztere Entwicklungstyp ähnlich »evolutionär« ablaufen könnte wie die Ereignisse der letzten Monate, noch wie die Arbeiterführung von ihren gegenwärtigen ziemlich illusionären Wirtschaftsvorstellungen zur Entwicklung eines realistischen ökonomischen Alternativprogramms finden könnte, um der Selbstkorporativierung zu entgehen. Dieses Problem hat vielleicht sogar einen kurzfristigen Vorteil. Denn auch die polnische Staatsführung mag sich nicht völlig mit Unrecht sagen, daß angesichts des großen Mangels an realistischen Alternativen ihre Hegemoniekapazität vielleicht doch ausreicht, um die polnischen Arbeiter bei geduldiger Arbeit zu reintegrieren, zumindest, daß sie schneller einen gesamtnationalen Ausweg aus den ökonomischen Dilemmata findet als die Arbeiter. Es könnte also ein Wettlauf um hegemoniale Neustrukturierung eintreten, der für die Arbeiteropposition gerade so viel Friedenszeit einbringt, wie man braucht, um sich auf den Frieden als Gewohnheitsrecht berufen zu können. Wenn dann jener Wettlauf von der Arbeiteropposition gewonnen werden sollte, hätten auch die daraufhin erforderlich werdenden politischen Schritte wieder eine Chance auf »evolutionäre« Durchsetzung. Zeit ist eines der wichtigsten Medien politischer Macht.

Anmerkungen

- 1 Die folgenden Überlegungen wurden direkt nach dem Danziger Kompromiß Anfang bis Mitte September 1980 verfaßt. Wir zielen weder auf eine Komplettierung der Zeitungsberichte noch auf eine empirisch-historische Analyse. Wir wollen lediglich eine bestimmte Sichtweise der Vorgänge in Polen anbieten.
- 2 Wir haben uns auf den Terminus »Macht-Elite« zur Bezeichnung osteuropäischer Führungsschichten deshalb geeinigt, weil er weniger wertet als etwa »Bürokratie«, »neue herrschende Klasse« oder auch »Parteidiktatur« und daher leichter soziologisch operationalisierbar ist. Siehe zur Präzisierung und Vertiefung Wesolowski 1979, 119-121 u.ö.; Gransow, 4. Kapitel (immanente Ansätze der Kommunismusforschung).
- 3 Am Beispiel der polnischen katholischen Kirche könnte der Zusammenhang von mangelnder hegemonialer Politik der Kommunisten und kultureller sowie ideologischer Hegemonie einer konkurrierenden Macht untersucht werden. Das Dilemma ist schlaglichtartig verdichtet in dem Bild des Papstes am Zaun der Danziger Lenin-Werft und der während des Streiks aufgestellten Forderung, die Betriebe sollten nicht mehr die Kosten für die kommunistische Schulung tragen müssen. Vgl. auch die Ansprache des stellvertretenden Leiters des staatlichen Warschauer Kirchenamtes vom Januar 1980 vor Lektoren des ZK der PVP (FAZ v. 19.9.1980, 8), wo ein Vordringen der Religion bis weit in Parteikreise hinein diagnostiziert wird.

Literaturverzeichnis

- Brus, *Włodzimierz* 1975: Sozialisierung und politisches System. Frankfurt.
Dokumente zur jüngsten Entwicklung in Polen 1980: In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 9.

- Gransow, Volker* 1980: Konzeptionelle Wandlungen der Kommunismusforschung, Frankfurt / New York.
- Hegedüs, Andreas* 1974: Über die Aktualität der »Gewerkschaftsdiskussion«. In: Die Neue Linke in Ungarn. Berlin.
- ders.* 1980: Ich will nie wieder KP-Mitglied sein (Interview). In: Der Spiegel Nr. 35.
- Hofmann, Werner* 1968: Stalinismus und Antikommunismus, Frankfurt / M.
- Jänicke, Martin* 1964: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953. Köln.
- Kolodziejczyk, Ryszard* 1978: Prozesse der sozialistischen Industrialisierung und der Verstädterung. In: Wajda / Wesolowski.
- Lange, Oskar* 1964: Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, Wien.
- Ostrowski, Krzysztof* 1970: Labor Unions and the Working Class. An Analysis of Participation in Power. In: Slomczynski / Krauze.
- Protokoll der Vereinbarung zwischen dem Regierungsausschuß und dem überbetrieblichen Streikkomitee vom 31. August 1980 in der Werft von Gdansk.* In: Frankfurter Rundschau vom 6.9.1980.
- Slomczynski, Kazimierz / Krauze, Tadeusz (Hrsg.)* 1978: Class Structure and Social Mobility in Poland. White Plains, New York.
- Szczespanski, Jan* 1973: Early Stages of Socialist Industrialization and Changes in Social Class Structure. In: Slomczynski / Krauze.
- Wajda, Augustin* 1978: Die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterklasse. In: Wajda / Wesolowski.
- Wajda, Augustin / Wesolowski, Włodzimierz (Hrsg.)* 1978: Sozialismus und Arbeiterklasse in der Volksrepublik Polen, Frankfurt / M.
- Wesolowski, Włodzimierz* 1974: Entwicklungsperspektiven der Arbeiterklasse. In: Geburt der sozialistischen Arbeiterklasse, Warszawa.
- ders.* 1979: Classes, Strata and Power, London / Boston.
- Wiater, Jerzy J.* 1966: Elements of the Pluralism in the Polish Political System. In: The Polish Sociological Bulletin 1.
- ders.* 1973: Political Effects of Changes in the Social Structure. In: Polish Round Table Yearbook 5. Warsaw.
- ders.* 1980: Offene Sprache in Polen. In: Internationale Presseschau, Nr. 444 vom 11.9.1980.

ARGUMENT-
SONDERBAND
AS 61

Internationale Sozialismus-Diskussion 1.
Theorie der Selbstverwaltung.
Arbeiterkontrolle und alternative
Technologien. Dezentralisierung und
Staatsabbau. — Beiträge aus allen
Kontinenten.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Staatliche Kulturpolitik in Schweden

1. Was macht schwedische Kulturpolitik interessant?

Schweden ist ein kapitalistisches Land, dessen Arbeiterbewegung, begünstigt durch eine lange Friedenszeit, sich ein hohes Niveau des öffentlichen Reichtums und Konsums erkämpft hat: Um die Jahrhundertwende noch zu den ärmsten Ländern Europas zählend, ist Schweden heute das Land mit dem vermutlich höchsten Lebensstandard auf der Erde. Die Kulturpolitik ist Teil der öffentlichen Wohlfahrtspolitik, gleichzeitig aber auch das Ergebnis der bewußten Bemühung, die Nationalkultur einer relativ kleinen Bevölkerung zu pflegen und am Leben zu erhalten.

In dieser besonderen Situation ist in Schweden eine staatliche Kulturpolitik entwickelt worden, die für die Staatstätigkeit auf dem Kultursektor neue Akzente setzt und deswegen unser besonderes Interesse verlangen kann.¹

2. Motive der neuen schwedischen Kulturpolitik

Die neue schwedische Kulturpolitik², die mit den Traditionen einer repräsentativen, vom Hof oder dem besitzenden Bürgertum getragenen Kulturpolitik bricht, begann nach einer Phase, in der die Bildungspolitik im Vordergrund stand. Anlaß war zunächst der Wunsch nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Kulturarbeiter. Da aber Künstler eine besondere Gattung von Arbeitern repräsentieren, ist Arbeitsbeschaffung für sie in vielen Fällen identisch mit der Beschaffung eines Publikums. Nach vorausgegangenen, auf die Kulturarbeiter beschränkten Überlegungen und Plänen entstanden 1974 der »Staatliche Kulturrat« und ein Dreijahresplan zur Kulturpolitik, der von allen Parteien angenommen wurde.³ Ein gutes Kulturmilieu wird in Schweden als selbstverständlicher Teil des Lebensstandards betrachtet. Kulturpolitik ist Bestandteil der Gesellschaftsplanung.⁴ Die Kulturpolitik ist von einer bemerkenswerten Kontinuität, die Regierungswechsel überdauerte. Der Übergang von der sozialdemokratischen Regierung zur bürgerlichen, zur liberalen Minderheitsregierung und 1979 wieder zur bürgerlich-konservativen Regierung brachte nur unwesentliche Akzentverschiebungen.

3. Dezentralisierung

Eines der wesentlichen, aus der Forderung nach Chancengleichheit resultierenden Prinzipien der schwedischen Kulturpolitik ist das der Dezentralisierung. In einem Staat mit extrem ungleicher Bevölkerungsverteilung, der zudem noch historisch und staatsrechtlich zentralistisch organisiert ist und mit Stockholm eine dominierende Hauptstadt besitzt, bedeutet dies einen deutlichen neuen Akzent. Vorreiter dabei war das öffentliche Bibliothekswesen, das mit 100 Millionen Ausleihen bei 8,2 Millionen Einwohnern eine sehr hohe Leistung erbringt. Heute ist es der Landbriefträger, der (neben anderen Serviceleistungen) Bücher der öffentlichen Büchereien in jedes Haus bringt.

Auch am Beispiel der Musikpolitik läßt sich die Praxis der Dezentralisierung erläutern: Ziel der schwedischen Musikpolitik ist es, Musik als »natürliches, allen zugängliches und für jedermann verwendbares Kommunikationsmittel«⁵ präsent zu machen. Seit 1968 gibt es neben kommunalen Musikschulen in allen 277 Großgemeinden⁶ die ständige Einrichtung »Reichskonzerte«, die, von traditionellen Konzerten ausgehend,

zu einer intensiven zielgruppenspezifischen und komplexen musikpflegerischen Arbeit gelangt ist. Die Förderung von Musikwochen⁷ durch Geld und Programmorschläge ist einer der Schwerpunkte der Arbeit dieser 1968 gegründeten Einrichtung, die (bei 8,2 Millionen Einwohnern!) im Rechnungsjahr 1977/78 über einen Haushalt von 31,2 Millionen Kronen (ca. 15 Millionen DM), wovon 9/10 Staatszuschüsse sind, und 120 Vollzeitplanstellen verfügen konnte. Eine bedeutende Rolle spielen in dieser Arbeit ferner die Schulkonzerte. Im Durchschnitt kommt jeder Schüler in jedem Jahr in den Genuß eines derartigen Konzertes.

Die »Musikanimation« von Rikskonserter bezieht sich heute auf Musik aller Sparten, von der Volksmusik über Pop und Jazz bis zu experimenteller Musik (für die auch Kompositionsaufträge vergeben werden). So gibt es auch in kleineren Gemeinden wenigstens ein kleines Publikum für moderne Musik. Gleichzeitig wird aber auch die musikalische Laienarbeit qualitativ beeinflusst, indem die Zusammenarbeit von Musikprofionalisten und Gesangs- und Musikvereinen gefördert wird.⁸

Dezentrale Arbeit dieser Art betreiben auch die Einrichtungen »Riksstallninger« (für das Museums- und Ausstellungswesen)⁹ und »Riksteatern« (für das Theater).¹⁰

4. Aufsuchende Arbeit und Animation

»Aufsuchende« Arbeit im Sinne des Herangehens an ein Publikum mit der Anregung, Angebote wahrzunehmen oder selbst aktiv zu werden, ist die notwendige Konkretisierung der sozialpolitischen Aufgaben der Kulturpolitik, speziell der Sicherung der Chancengleichheit. Aufsuchende Arbeit etwa von »Rikskonserter«, Musikanimation genannt¹¹, geht in die Schulen, Altersheime, Krankenhäuser und Gefängnisse, beschränkt sich aber auch dort nicht auf das bloß zu konsumierende Konzert, sondern stellt immer durch mündlichen Kommentar, Erklärungen, Beantwortung von Fragen und Vorstellen der Instrumente den Kontakt zwischen Musik und Publikum her (in einem 75minütigen Cembalo-Konzert z.B. gibt es 15 Minuten Erklärungen).

Die Schüler der Komponistenklasse in Karlskoga schreiben Musik für verschiedene Abnehmergruppen (Chöre und Musikvereine), aber sie arbeiten dazu mit diesen Gruppen zusammen und lernen dabei selbst neue Lebensbereiche kennen und erwerben neue Kompetenzen. Von den 15-20 Kompositionsaufträgen, die Rikskonserter zur Pflege der schwedischen Musikkultur vergibt, beziehen sich immer mehr auch auf Kompositionen für ein spezielles Zielpublikum. Vorgesehen ist ein Projekt, welches für 1981 5-6 Komponisten in verschiedenen Orten als Lokalkomponisten für bestimmte Zeit subventioniert und sie zur Zusammenarbeit mit der regionalen, lokalen Musik auffordert.

Animation, teils über die Institutionen der Erwachsenenbildung, teils über staatliche Dezentralisierungsinstitutionen wie »Riksteatern«, »Riksstallninger« vermittelt, finden auch mit anderen Medien statt, z.B. in Zirkeln zur Erforschung und Darstellung der lokalen Geschichte (die sich oft im Schwerpunkt mit Sozialgeschichte, Geschichte der Lebensverhältnisse, der Arbeiterbewegung usw. befassen). Sie haben schriftliche Darstellungen, Ausstellungen oder Film- und Videoprojekte zum Ergebnis. Parallel zu ihnen hat sich in den 70er Jahren ein ständig steigendes Interesse an der Geschichte der frühen schwedischen Arbeiterbewegung auch in der Literatur entwickelt.¹² Soziokulturelle Animation, wie sie in westeuropäischen Ländern z.B. im Rahmen kultureller Gemeinwesenarbeit¹³ zur Entwicklung der Möglichkeit der Interessenwahrnehmung oder als soziale Prophylaxe betrieben wird, ist im Rahmen dieser Animation möglich und

wird auch betrieben; sie wird jedoch nicht gesondert diskutiert.

Laienbetätigung wird im Sinne eines modifizierten Subsidiaritätsprinzips gefördert. Darin konkretisiert sich das Bestreben, von einer gängelnden zu einer anregenden Kulturpolitik zu gelangen: Gesellschaft und Staat sehen keinen Grund, »eine Tätigkeit zu betreiben, die im Rahmen des Vereinslebens gleich gut oder noch besser geführt werden könnte«. Damit läßt der Staat sich jedoch nicht die Kompetenz nehmen, anregend und animativ auf die Arbeit auch dieser Organisationen einzuwirken, z.B. mit 2 Millionen Kronen für Experimente im Rahmen der Vereinstätigkeit.

5. Liberalität und Toleranz

Die Garantie der künstlerischen Freiheit gehört zu den zentralen Prinzipien der schwedischen Kulturpolitik, denn diese soll »beim Schutz der Freiheit der Meinungsäußerung mitwirken und reelle Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Freiheit ausgenutzt werden kann«. ¹⁴ Kritische Potenzen, wenn sie auch die gewohnten Selbstverständlichkeiten noch so sehr infragestellen, werden eher integriert statt kriminalisiert. Die freien Theatergruppen sind dafür ein Beispiel. In den 60er Jahren flossen wesentliche Energien der politischen Jugendbewegung in freie Theatergruppen. 1975/76 gab es etwa 70 solcher Theatergruppen, von denen aber bereits 38 vom Staat oder von den Städten Subventionen erhalten — ohne Auflagen, versteht sich. Andere haben ihre Selbständigkeit ganz aufgegeben. ¹⁵

Haben diese Gruppen dadurch an politischer Potenz verloren? Diese Frage kann man nur beantworten, wenn man die gesamte, auch die innere und ästhetische Entwicklung betrachtet. Auch dort sind Veränderungen eingetreten, hat man Lernprozesse durchgemacht, z.B. bezogen auf das Selbstverständnis der Schauspieler: Während man früher die Zusammenarbeit mit dem Publikum fetischisierte und alle Antworten von ihm erwartete, sind die Künstler sich heute wieder mehr ihrer eigenen spezifischen Aufgabe bewußt, ohne sich deswegen von der Zusammenarbeit mit dem Publikum abzuwenden. Geändert hat sich auch die politische Funktion. Vom Agitprop-Theater gelangte man zur Diskussion des ästhetischen Inhalts und der Form. Man weiß inzwischen: Theater können nicht die Rolle der Parteien übernehmen, die Künste haben ihre spezifischen Aufgaben.

6. Antikommerzialisismus

Ein weiteres Ziel der schwedischen Kulturpolitik ist es, »den negativen Auswirkungen der Kommerzialisierung auf dem Gebiet der Kultur entgegen(zu)wirken«. ¹⁶ Darin drückt sich die Erkenntnis aus, daß es nicht genügt, mäzenatisch die Künste zu fördern, im übrigen aber den Kulturprozeß dem Selbstlauf zu überlassen. Die ökonomische Dynamik drängt diesen Prozeß in Richtungen, die in Konflikt geraten mit sozialen, gesellschaftspolitischen und bildungspolitischen Bedürfnissen. Die schwedische Kulturpolitik führt nicht nur in ihrer Programmatik solche Forderungen auf, sondern bietet auch die Möglichkeit, Strategien der Realisierung kennenzulernen.

Bei der Presseförderung ist durch ein System der Förderung der regionalen und politischen Vielfalt mit Hilfe von Subventionen inzwischen ein Zustand erreicht, der keine Umkehr mehr möglich macht: Ohne die Subventionen würde das schwedische Pressewesen vermutlich zusammenbrechen. Ähnlich ist es bei der Buchproduktion. ¹⁷

Nach dem Selbstverständnis der Musikpolitik werden traditionelles »schönkulturel-

les« und »alternatives« Musikleben vom »dritten« Musikleben, der *kommerziellen* Musik bedroht. Das ist nicht nur ein Problem der Qualität, sondern auch eines der Struktur; kommerzielle Musik bedeutet »Gleichrichtung und Passivierung«, sagt Hendrik Sjögren von »Rikskonserter«. Statt ein quantitatives Gegengewicht gegen den Musikmarkt zu entwickeln, tendiert diese Institution gegenwärtig eher dazu, mit einem pädagogisch orientierten Programm das Musikleben zu beeinflussen. Von »Rikskonserter« profitieren nicht nur Volksmusik (deren aktuelle Wiederbelebung nicht ohne die Hilfe solcher Institutionen denkbar ist) und die Interpreten und Komponisten der »E-Musik«, sondern auch die alternative (politische) Musikbewegung. Gerade in diesem Bereich aber ergeben sich Probleme, die von der großzügigen Subventionierung (die eine Professionalisierung erleichtert) sogar gefördert werden:

»Eine relativ dünne Schicht von Musikern wird professionell und begibt sich auf Tournee von Musikforum zu Musikforum. Die Aktivisten der Musikforums sehen sich plötzlich nur in der Rolle des Distributeurs progressiver Paketshows. Die Verschmelzung verschiedener Funktionen und Fragestellungen, die während der ersten Zeit der Bewegung so typisch war — als die Musiker gleichzeitig Veranstalter, Administrateure, politische Aktivisten waren — verliert sich. Nicht nur eine Musikerelite, sondern auch die verschiedenen Massenmedienstrukturen, Plattengesellschaften u. a. neigen dazu, sich zu isolieren und verlieren damit den Kontakt zur Basis.«¹⁸

Ein Gegengewicht dazu könnte durch eine stärkere lokale, regionale oder sozialgruppenspezifische Verankerung der Musikarbeit geschaffen werden (das neu geschaffene dezentrale Rundfunk-Netz könnte neben der Regionalarbeit von Rikskonserter ein Mittel dazu sein).

7. Probleme der kulturpolitischen Perspektive

Parallel mit der Reintegration oppositioneller Gruppen sind Veränderungen in der Landschaft der oppositionellen Kulturgruppen eingetreten: Die Konservativen würden sagen, diese Gruppen seien weniger militant geworden, in Wirklichkeit aber handelt es sich um die Reflexion neuer Erfahrungen und neuer Mittel. Das hat auch Auswirkungen auf das Verhältnis der Linken zu anderen Organisationen. Zunächst war es so, daß sie in heftiger Opposition zu den traditionellen Kultur-Institutionen standen. Auch zu den für Schweden sehr wichtigen 10 großen Bildungsverbänden, die politischen Parteien, sozialen Gruppen oder Massenbewegungen wie den Antialkoholikern zugeordnet sind (der sozialdemokratische Bildungsverband ABF, eng verknüpft mit den Gewerkschaften, ist einer davon), gab es früher kaum Kontakte. Die Zeitschrift »Das Fenster« des gewerkschaftlichen Bildungsverbandes führt inzwischen eine intensive Diskussion über fortschrittliche Kulturpolitik; die Zirkelarbeit der Bildungsverbände ist gleichzeitig der Ort, wo die sonst in der schwedischen Politik getrennten Bereiche Kultur (im engeren Sinne) und Freizeit (konzentriert auf Sport und freiraumorientierte Erholung)¹⁹ verbunden sind.

Traditionellerweise arbeitete der Bildungsverband ABF an der diffusionistischen Verbreitung eines mehr oder weniger kanonisierten Kultur- und Bildungsangebotes und stand daher den neuen Formen der alternativen Szene zunächst skeptisch gegenüber. Eine »gewerkschaftliche Orientierung« der politischen Studenten- und Jugendbewegung gab es nicht. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Bildungsorganisationen boykottierten die freien Gruppen. Inzwischen sind die Spannungen geringer geworden, und im »Zelt«-Projekt des Jahres 1977 wanderte ein von mehreren progressiven Theatergruppen gebildeter »Musiktheaterzirkus« mit Unterstützung der traditio-

nellen Arbeiterbewegung den Sommer über durch Schweden und spielte ein Programm mit Szenen aus der Geschichte der schwedischen Arbeiterbewegung.

Insgesamt ist die schwedische Kulturpolitik noch in kräftiger Bewegung befindlich. Im gemeinsamen Regierungsprogramm der französischen Linken lautet die programmatische Forderung: »Kultur darf weder Ware noch Luxus sein.« Die Realisierung blieb leider aus. Das Studium der schwedischen Kulturpolitik ist unerlässlich, wenn man sich Gedanken über Inhalte und Formen antimonopolistischer Kulturpolitik in einem kapitalistischen Land machen will: Nicht um alles zu übernehmen, wohl aber um Informationen über Modelle, Probleme und Schwierigkeiten zu bekommen.

Anmerkungen

- 1 Das »Svenska Institutet« (Box 7434, S 10391 Stockholm), dessen Direktor und Bibliothekarin ich für großzügige freundliche Hilfe danke, stellt u. a. in den Informationsfolgen »Aktuelle Informationen aus Schweden« und »Tatsachen über Schweden« eine ganze Anzahl von deutschsprachigen Texten auch zur Kulturpolitik zur Verfügung. Im folgenden sind vornehmlich deutsche und englische Veröffentlichungen angeführt, um dem nicht der schwedischen Sprache mächtigen Leser den Zugang zu ermöglichen. Soweit keine Quellen angegeben sind, stammen die Informationen aus Gesprächen mit Experten in Schweden. — Vgl. zu Schweden allgemein u. a. Victor Pfaff, Mona Wikhäl, Das schwedische Modell der Ausbeutung. Köln 1971, Kiepenheuer u. Witsch, Pocket 22; wertvolle Informationen für den Reisenden in Stockholm in: Alternative Guide Stockholm (Klara Papper, Bryggargatan 8, Stockholm, Box 133, 10121 Stockholm, o.J.). — Der Artikel wurde 1979 abgeschlossen. Die neue Phase der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die mit dem Streik im Sommer 1980 einen Höhepunkt erreichten, und die strukturelle Probleme des »Wohlfahrtsstaates« zum Hintergrund haben, konnten in ihren Auswirkungen nicht mehr einbezogen werden.
- 2 Vgl. allgemein: Die schwedische Kulturpolitik (Tatsachen über Schweden, TS 66 BF, 1979); Die neue schwedische Kulturpolitik (Aktuelle Informationen aus Schweden Nr. 112, 1976).
- 3 Vgl. Government Bill on State Cultural Policy (1974: 28). Stockholm 1974 (hektogr. Ms., Swedish Ministry of Education and Cultural Affairs), sowie: Kulturstatistik 1970-1975. Sveriges officiella statistik. Statens Kulturråd och Statistiska centralbyrån, Stockholm 1977, mit Appendix. — Ein neuer Bericht, von dem noch keine Auszüge übersetzt sind, ist: Kulturpolitisk forskning och utveckling. Statens Kulturråd 1978, Preliminär version. — Wichtig ist auch: Culture and Working Life. A Discussion Report from the joint study on culture and working life conducted within the frame work of UNESCO collaboration. Stockholm 1977.
- 4 In der Sowjetunion wird Kulturplanung ebenfalls als Bestandteil der Sozialplanung betrachtet, vgl. Hund/Kramer (Hrsg.). Beiträge zur materialistischen Kulturtheorie, Köln 1978, S. 33f. Von der Theorie her wäre auch eine umgekehrte Rangordnung rechtfertigbar, wie sie in der Österreichischen Sozialdemokratischen Partei programmatisch vertreten wird. Der österreichische Bildungsminister Fred Sinowatz schreibt 1978: »Kulturpolitik ist nun eigentlich ein Oberbegriff — ich sage das wohl wissend, daß es in der Realität nicht so ist — über die Gesamtheit des politischen Wirkens und nicht nur die Umschreibung für Kunstförderung und Subventionspolitik, ist nicht Entscheidung zwischen Karajan oder Arena, Kulturpolitik ist die Gesamtheit der Lebensbezüge, Ideen und Fakten in diesem Leben, der Vorstellungen und Tatbestände, ist Lebensstandard und Lebensqualität, Wohlfahrt und Wohlbefinden. Zu dieser Umfassenheit von Kultur und Gesellschaft zählen nicht nur Einrichtungen, Vorstellungen, Phänomene der Kunst, sondern die Gesellschaftsformation an sich, die alle ökonomischen, sozialhistorischen und kulturellen Bezüge in einer Weise mit einbezieht, in der sie miteinander tatsächlich korrelieren. Daher ist der eigentliche Aufgabenbereich der Kulturpolitik die Gesellschaft, und nur so bekommen alle Definitionsversuche für den Kulturbegriff überhaupt erst einen Sinn«. Sinowatz, in: Firnberg/Sinowatz/Blecha: Kultur, die wir meinen. Wien 1978 (Zeitdokumente, Dr.-Karl-Renner-Institut, 16), S. 18. Es heißt an anderer Stelle: »Politik ist in gewisser Hinsicht immer auch Kulturpolitik und ist das auch früher immer gewesen«. Fred Sinowatz, Kulturpolitik für alle. Wien 1976 (Zeitdokumente, Dr.-Karl-Renner-Institut, 3), S. 5.

- 5 Henrik Sjögren, Das Musikleben und die Musikpolitik in Schweden. Aktuelle Informationen aus Schweden Nr. 163 (1977), S.1. — Vgl. auch Fred K. Prieberg, Musik und Musikpolitik in Schweden. Herrenberg (BRD) 1976, Musikverlag G.F. Döring, und: Schwedische Musik einst und heute (deutschsprachige Sonderausgabe von Musikrevy, Stockholm 1970).
- 6 Vgl. Agne Gustafsson, Kommunale Selbstverwaltung in Schweden. Ministerium für Bezirks- und Gemeindeverwaltung, Stockholm 1978, S.27.
- 7 1979 fanden mit Unterstützung von »Rikskonserter« 37 solcher Musikwochen statt, in allen Teilen des Landes, ohne Seitenblicke auf die Touristen oder ein internationales Festivalpublikum; Ziel sind die Bewohner selbst.
- 8 Interessant ist der Vergleich dieser zentral initiierten dezentralen Arbeit in Schweden mit den Elementen einer neuen Musikkultur in Italien, die — mit wesentlich stärkeren politischen Impulsen — von fortschrittlichen Komponisten und linken Stadtregierungen entwickelt wurden. Vgl. Luigi Pestalozza: Die Erfahrungen von musica realtà. In: Hans-Klaus Jungheinrich, Luca Lombardi (Hrsg.): Musik im Übergang. Von der bürgerlichen zur sozialistischen Musikkultur. München 1977, S.109-134.
- 9 »Riksstallninger« hat z.B. einen Report über Ausstellungsbesuche gemacht. Ulla Arnell, Inger Hamner, Göran Nylöf (Going to Exhibitions. Stockholm 1976, englische Fassung eines Regierungs-Reports von 1974).
- 10 Henrik Sjögren, Das schwedische Theater auf dem Wege zu jedermann (Aktuelle Informationen aus Schweden Nr. 138, 1976).
- 11 Musikanimation in Schweden. Rikskonserter Stockholm 1976.
- 12 Das Stockholmer Stadtmuseum (nahe Slussen) straft mit seinen Ausstellungen zur Arbeitergeschichte alle jene Lügen, die behaupten, man könne Kultur und Lebensweise der Arbeiter mangels Masse nicht ausstellen.
- 13 Gerhard Kappius, Sozial-kulturelle Aufbauarbeit (Animation) in städtischen Neusiedlungen. Der Städtetag 5/1977, S.229-233.
- 14 Die kulturpolitischen Ziele: vgl. die in Anm.2 angegebenen Texte.
- 15 Vgl. Henrik Sjögren, Stage and Society in Sweden. Aspects of Swedish Theatre since 1945. Stockholm, The Swedish Institute 1979, und: Théâtre suédois aujourd'hui. Svensk Teaterunion, Stockholm 1977.
- 16 Die kulturpolitischen Ziele: vgl. die in Anm.2 angegebenen Texte.
- 17 Die Presse und andere Medien in Schweden (Tatsachen über Schweden, TS 45 e Odc, 1977); Karl Erik Gustafsson, Stig Hadenius, Swedish Press Policy. Stockholm 1976. The Swedish Institute; Olof Hultén, Mass Media and State Support in Sweden Stockholm 1979, The Swedish Institute; Maj-Britt Imnander, Kulturpolitik und Literaturpolitik. Aktuelle Informationen aus Schweden Nr. 194 (1978); vgl. zur Diskussion darüber Jürgen Hassel, Literatur im Selbstbedienungsladen. Schweden — kein Modell. Die Zeit Nr. 43 v. 14.10.1977, S.43.
- 18 Musik in Schweden (deutschsprachige, 1-2mal jährlich erscheinende kleine Zeitschrift von Rikskonserter, Box 1225, 11182 Stockholm) 1/1978, Thema Alternative Musik, S.2 (Leif Nylén). — Vgl. auch Klaus-Jürgen Liedtke (Hrsg.), Musikbewegung in Schweden: Progressiv? Alternativ? Oder was? München 1979 (Hanni Manni Sonderh. 1)
- 19 Vgl. Wolfgang Nahrstedt (Hrsg.), Freizeit in Schweden. Düsseldorf 1975.



Gegenstand, Standpunkt und Perspektive materialistischer Kulturtheorie. Kultur und Ideologie. Produktästhetik. Alltag der Lohnarbeiter. Vereinskultur. Tourismus. Stadtfest. Haug, Hillgärtner, Maase u.a. 15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Winfried Schwarz

Zum Verhältnis von Logischem und Historischem im »Kapital«

Antwort auf zwei Rezensionen im Argument 123*

Nur durch begründete Zurückweisung der These, daß das »Kapital im allgemeinen«, welches das unveränderliche Wesen des Kapitalismus kennzeichnet, solange dieses Verhältnis — ein Ausbeutungsverhältnis — besteht (741), um die »Konkurrenz« erweitert worden sei, und durch den Aufweis, daß das »Kapital im allgemeinen« mit dem einfachen Profitverhältnis endet und somit die im »Kapital« dargestellte, eine gleich große Profitrate für alle Kapitale erzeugende Konkurrenz nicht auf der gleichen Abstraktionsebene wie es steht, ist eine Theorie des heutigen Kapitalismus als Theorie vom Monopolkapitalismus und von veränderten Konkurrenzbedingungen marxistisch möglich.

Daß der zweite *Argument*-Rezensent, Göbel, sich nur auf das erste Kapitel des ersten Abschnitts meines Buches konzentriert hat, das er korrekt referiert, halte ich für schade. Mein »methodisches Marxverständnis« (742) realisiert sich nämlich nicht nur dort, wo der Ausgangspunkt allgemein fixiert wird: daß es bei materialistischer Methode nicht mehrere gleich »richtige« Aufbaupläne für die Darstellung desselben Gegenstands geben kann, — sondern das ganze Buch dient unter der Form einer Analyse sämtlicher Marxscher Gliederungen dem Zweck, das »innere Band des Stoffes« (Marx), den Leitfaden des ökonomischen Kategoriensystems zu enthüllen. Daß ich in jenem Methodenteil noch offenlasse, wie der Leser des »Kapital« überprüfen kann, »ob die Kategorienfolge den konkreten Gegenstand adäquat erfaßt« (743), ist somit zwar richtig, trifft mich aber nicht. Denn nahezu alles nachfolgend Geschriebene gilt der methodologischen Frage, welche ökonomischen Kategorien unverzichtbar sind im Sinne von »notwendigen Mittelgliedern« (Marx) zwischen dem allgemeinen Gesetz bzw. der allgemeinen Formel des Kapitals und seiner konkreten Einlösung (im Kapital-Profit-Verhältnis) und welche ökonomischen Formbestimmungen am Maßstab einer in sich konsistenten Kategorienkette, welche ich im »Kapital im allgemeinen« verkörpert sehe, »zusätzliche« Bestandteile sind und warum diese zusätzlichen ökonomischen Bestimmungen des Kapitals überhaupt in die Darstellung aufgenommen worden sind. Im Besonderen geht es dabei um den Status der Abschnitte »Arbeitslohn«, »Akkumulation«, »Reproduktionsprozeß des Gesamtkapitals«, »Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses« u.ä., die über die stringente Kategorienentwicklung des »Kapital im allgemeinen« hinausragen. Vor diesem Hintergrund der Unterscheidung in notwendige und zusätzliche Systemkategorien kann erst die Frage der dialektischen Übergänge vom ersten zum zweiten, oder vom zweiten zum dritten Buch sinnvoll beantwortet werden. Und mich hätte offengestanden eine inhaltliche Auseinandersetzung mit meinen entsprechenden Thesen im eigenen und im Interesse ihrer Bedeutung für eine materialistische Methodologie stärker berührt.

Nachdenklich macht mich indessen der zweite Vorwurf Göbels, den ich so auffasse, daß ich mir über das Verhältnis von Logischem und Historischem nicht im klaren sei — zumal u. a. H. Jung mir ähnlich vorgeworfen hat, infolge Überbetonung des »logischen Entwicklungsverhältnisses der Kategorien deren historischen Charakter zu ignorieren« (Marx.Bl., 6/79, S.118). Göbel wirft mir vor, ich übernehme »den Begriff 'genetische Entwicklung' von Haug/Holzkamp«, biete aber nach einer Uminterpretation »schließlich die 'logische Methode' als genetische« an (743).

In der Tat teile ich Haugs Auffassung der Einheit von logischer und genetischer Methode nicht ganz. Für mich ist — in subjektiver Übereinstimmung mit Marx (MEW, * Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf die Besprechungen von Katzenstein und Göbel in *Argument* 123

26.3., S.491) — genetische Formenentwicklung identisch mit der von Engels so genannten »logischen Methode« der Darstellung, während Haug unter genetischer Methode die von der logischen unterschiedene historische Entwicklung versteht, die er allerdings nicht mit der realhistorischen Entwicklung zusammenwirft (Vorlesungen, S.9), sondern sozusagen als die gesetzmäßig gereinigte historische Entwicklung davon unterscheidet (S.151). Haugs Anliegen ist es, die Einheit von logischer und (historisch-)genetischer Methode am ersten Kapitel des »Kapital«, der Warenanalyse, zu verfolgen, was ihm in meinen Augen hervorragend gelungen ist, und diese Einheit »als grundlegend für die Methode der Kritik der politischen Ökonomie aufzuweisen«, wo ich allerdings Bedenken anmelden muß.

Die These von der Einheit von logischer und historischer Methode bewährt sich stets dann am Stoff, wo der Geschichtsprozeß selber, »auch von den einfachsten zu den komplizierteren Verhältnissen fortgeht« (Fr.Engels: Karl Marx, »Zur Kritik der politischen Ökonomie«, in: MEW 13, S.474). Solche Parallelität ist möglich, kommt des öfteren vor, ist jedoch nicht notwendiges Gesetz der Geschichte, weshalb die historische Methode, auch nicht in der zur genetischen gereinigten Einheit mit der logischen Methode, durchgängiges Kriterium für die ideelle Abfolge der ökonomischen Bestimmungen des Kapitals sein kann.

Schmerzhaft zu spüren bekommt man das Festhalten an jener Auffassung, sobald man sich mit dem methodischen Leitfaden von der Einheit von Logischem und Historischem über den ersten Abschnitt des »Kapital«, Ware und Geld, hinausbegibt und unter diesem Aspekt das gesamte Werk untersucht. Und worum es mir ging, war eben die Aufdeckung eines einheitlichen und durchgängigen Strukturprinzips für die Reihenfolge sämtlicher Kategorien. Gerne hätte ich jene »Selbstbewegung des Objekts« (Haug, a.a.O., S.144) überall gefunden, jene Eigendynamik, jenes immanente Vorwärtstreiben der Formen auf die entwickeltere und komplexere Gestaltung hin unter dem Druck der Mängel der keimhaften und elementareren — so wie es Haug hinsichtlich der Wertformen vom einfachen Wertausdruck bis zur reifen Geldform hervorragend logisch analysiert und (historisch-)genetisch nachgewiesen hat. Das Faszinierende der Waren- und Geldanalyse, daß es eine Einheit von logischem Aufbau und historisch-gesetzmäßiger Entwicklung so sinnfällig gibt, verführt manche Forscher offenbar zur Extrapolation in Bereiche der Darstellung, wo diese Einheit einfach nicht existiert. Ich will hier noch darauf verweisen, daß auch Engels, als er schrieb, daß das Logische nur das von Zufälligkeiten gereinigte Historische sei, erst die Kapitel »Ware und Geld« (1859) von Marx zur Rezension vor sich hatte.

Auf der Suche nach einem einheitlichen Anordnungsprinzip für die ökonomischen Kategorien entfällt das historisch oder sonstwie zeitlich bestimmte Kriterium, weil es nur für Ausnahmen gilt. Ich habe die Übergänge vom Produktionsprozeß zum Zirkulationsprozeß und vom Zirkulationsprozeß des Kapitals zu seinem Gesamtprozeß innerhalb der Darstellung analysiert und gefunden, daß sich gerade an solchen entscheidenden Stellen ausschließlich der logische Aufbau bewährt. Der unterschiedliche Kompliziertheitsgrad der verschiedenen gleichzeitig existierenden Seiten des realen Konkreten, die stufenweise Verkomplizierung (was Haug logische Methode nennen würde) der ökonomischen Bestimmungen ist der einzige Maßstab, dem die Kategorienabfolge voll gehorcht. Eine konsequente, geschlossene Linie der Gesamtdarstellung gibt es nur als »logische«. Richtiger muß man von einer geschlossenen Logik *innerhalb* der Gesamtdarstellung sprechen, weil man unter Anlegung jenes logischen Maßstabs — aber erst wenn man ihn hat — Kategorien und Formbestimmungen ausmachen kann, die sich dem strengen inneren Entwicklungsband nicht fügen, sondern wegen eigenständigen Erkenntniswertes, aber ohne die »dialektische Entwicklung« (Marx) zu stören, einbezogen werden. Klar ist, daß ich Holzkamp nicht akzeptieren kann, der in der Absicht, ge-

gen gewisse freischwebende Konstruktionen einer Kapitallogik den Realitätsbezug herzustellen, die Entwicklung der Wertformen (auch er verbleibt im Rahmen des ersten Abschnitts!) m.E. ausschließlich als historisch-praktische zur Kenntnis nimmt.

Zum Schluß zu den Gefahren meiner Interpretation, die von den genannten Rezensenten auf ihre Weise angesprochen worden sind. Zugegeben sind Folgerichtigkeit der Kategorien (welche die formale Logik oder die Syntaxregeln gleichfalls kennen) genauso wenig wie Vollständigkeit (im Sinne von Ganzheit des geistig Konkreten) ausschließlich Eigenschaften dialektischer Darstellung. Dialektik ist mehr. Ihrem Verständnis gerechter wird man eher anhand der Kategorie Entwicklung. In Übereinstimmung mit Zeleny würde ich die methodische Differenz der Marx'schen Vorgehensweise in der Überwindung des Quantitativismus der bürgerlichen Klassiker sehen — aufgrund seines Entwicklungskonzepts, mit dem neue qualitative Bestimmungen zu gewinnen sind. Doch will ich und kann ich an dieser Stelle keine allgemeinen Aussagen über eine Theorie der Dialektik machen. Auf die hier behandelte Problematik eingeschränkt könnte ich nur sagen: sie ist die dem Gegenstand angemessene Forschungs- und Darstellungsmethode. Eine Vorentscheidung für die subjektive Dialektik des Forschers zugunsten eines historisch bestimmten oder eines logischen Maßstabs oder ihrer notwendigen Einheit bei der ideellen Reproduktion eines Gegenstands läßt sich m.E. daher prinzipiell nicht allgemein-verbindlich ableiten. Die Sache muß in ihrer objektiven Dialektik dargestellt werden (Haug, Vorlesungen, S.10).

Gerade deshalb versuchte ich, durch Nachvollzug des gesamten »Kapital« den dort gültigen methodischen Leitfadens dialektischer Darstellung zu finden. Gestoßen bin ich dabei auf eine in sich geschlossene Kategorienabfolge, das »Kapital im allgemeinen«, die allerdings von weiteren Kategorien überlagert wird. Was der *Argument*-Rezensent Göbel als »verkürztes, auf die Logik der Kategorienabfolge konzentriertes Methodenverständnis« empfindet, das ist die Gefahr, daß die Betonung der immanent-strukturellen Konsistenz das Kategoriensystem als idealistisches Konstrukt erscheinen läßt oder sogar wirklich ein starres Korsett hervorbringt, innerhalb dessen sich nichts mehr bewegt — womit die Dialektik wiederum draußen wäre. Ich sehe das Dilemma. Zu entgehen versuchte ich ihm durch eine Analyse »hart am Text«. Und immerhin bin ich auf die Unterscheidung zwischen notwendigen Systemkategorien und zusätzlichen Bestimmungen gestoßen, wodurch ich die Auffassung eines einheitlichen und durchgängigen Ordnungsmaßstabs relativieren konnte. Es gibt Grenzen dialektischen Vorgehens bei der Erforschung und Darstellung der realen Dialektik. Oder, wie ich es im Buch formulierte: »Selbst dialektische Darstellungsweise muß sich offenbar — im Interesse des Begreifens ihres Gegenstands — vorübergehend vom inneren Entwicklungsband der Formbestimmungen untereinander lösen können.« (S.285)



Hrsg. v. Frigga Haug
Alltagsgeschichten und Entwurf einer
Theorie weiblicher Sozialisation.
Rezensionen.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

Kongreßankündigungen und -berichte

Fachtagung des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zum Arbeitsbereich Therapie, 23. — 25.1.1981 in Oldenburg

Im Mittelpunkt wird der Erfahrungsaustausch zwischen überwiegend in Forschung und Lehre tätigen und in der Berufspraxis arbeitenden Kollegen stehen.

Geplant sind u.a. folgende *Arbeitsschwerpunkte*: 1. Diagnostik (Alternativen zur Testdiagnostik). 2. »mißlungene Schulkarrieren« (Funktion des Schulpsychologischen Dienstes; lernbehinderte, »verhaltensgestörte« Schüler). 3. Schwerstbehinderte. 4. Psychiatrische Dienste. 5. primäre Prävention. 6. Psychotherapeuten-Gesetz. 7. Therapie — allgemeine Theorie (Handlungstheorie und Tätigkeitspsychologie versus Verhaltenstherapie und Psychoanalyse). 8. Therapie — speziellere Alternativen (Familientherapie, Bewegungstherapie, spezielle »Unterschichts«-Therapie, Drogentherapie). 9. Legasthenie. 10. psycho-soziale Versorgung. 11. berufliche Rehabilitation Behinderter.

Kontaktadressen: Harald Werner, Postenweg 13, 2900 Oldenburg, Tel.: 0441/591119; Bernhard Wilhelmer, Ginsterweg 6, 2901 Ofen, Tel.: 0441/69 633; Wolfgang Jantzen, Hildesheimer Str. 47, 2800 Bremen, Tel. 0421/44 7166.

Gewerkschaftliche Betriebspolitik in Westeuropa.

16. Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund, 16. — 18.2.1981
(in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut).

Leitende Fragestellungen: Was können Gewerkschaften voneinander lernen? Was können Gewerkschaften gemeinsam tun? — *Themenkreise*: 1. Gewerkschaftliche Organisationsstrukturen in Betrieb und Unternehmen. 2. Probleme der Integration gewerkschaftlicher Tarif- und Betriebspolitik. 3. Grad der Verrechtlichung betrieblicher Arbeitsbeziehungen. 4. Veränderungen der Arbeitsstrukturen durch gewerkschaftliche Betriebspolitik. 5. National übergreifende gewerkschaftliche Organisationsstrukturen in ihrer Bedeutung für die gewerkschaftliche Betriebspolitik in Europa.

Anmeldungen / Anfragen: Sozialakademie Dortmund, Hohe Straße 141, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231/12 2979.

Biederer Alltag — Radikale Träume

Realität und Utopien erwerbstätiger Frauen, 5. Sommeruniversität für Frauen, Berlin/West, 29.9. — 4.10.80

Die Frauensommeruniversität in Berlin hat inzwischen Tradition. In der Gewöhnung verschwindet fast schon das Staunen über den Vorgang, daß da etwa 7 000 Frauen zusammenkommen, um voneinander zu lernen. Das Vorlesungsverzeichnis gibt auf 144 Seiten Auskunft über die Unmenge der Veranstaltungen (ca. 50 pro Tag und jeweils etwa 10 zur gleichen Zeit). Viele Themen werden in Fortsetzungen bearbeitet: oft bis zu 5 Stunden am Tag und/oder über mehrere Tage; so etwa: Eßsucht-Magersucht; Frauen/Lesben und Alkoholismus; Sprache und Erotik; Rockmusik für Frauen; Sexualität und Gefühle; Frau und Bewegung usw. Der Vorteil, daß hier ein Thema wirklich bearbeitet werden kann, hat den Nachteil, daß dies auf Kosten anderer Veranstaltungen, vielfältiger Kommunikation geht. Die arbeitenden Gruppen sondern sich ab, behandeln später Hinzukommende als Eindringlinge. Der Zug ist abgefahren.

Daß die einzelnen Veranstaltungen eine solch große zeitliche Ausdehnung haben, verweist auf eine zweite Besonderheit der Sommeruniversität, die ebenso faszinierend wie beschränkt ist. Die Dauer der Veranstaltungen verbietet es natürlich, daß eine einzige Referentin ein weitgehend stummes Publikum stundenlang mit einem Vortrag konfrontiert. Statt dessen hat sich eine Arbeitsform herausgebildet, in der ein Einlei-

tungsreferat zumeist nur als Aufhänger dient für eine Diskussion, die — sei es in Arbeitsgruppen, sei es in Plenen mit bis zu 500 Teilnehmerinnen — als eine Art Erfahrungsaustausch ausgetragen wird. Diese Diskussionskultur ist zugleich neu, ungewohnt, vorwärtsweisend, wie auch problematisch. Sie ermöglicht ein tolerantes und konstruktives Vorgehen, auch wenn — wie häufig — das Referat nicht allzuviel hergibt; dann wird das Thema halt — wie in einem Konzert — von anderen Stimmen weiter getragen. Die Leichtigkeit, mit der dies geschieht, hat etwas Spielerisches. Dieser Begriff ist geeignet, das Problem zu benennen. Daß in diesen Sitzungen nicht auf herkömmliche Weise gearbeitet wird — niemals sieht man zum Beispiel jemanden sich Stichworte notieren, die Gedanken ordnen, strukturieren, auch Kritisieren ist verpönt —, ermöglicht eine demokratischere Weise des Umgangs miteinander, verhindert aber auch, daß Erkenntnisse gewonnen werden, daß vorangeschritten wird. Dabei werden eine Menge ungelöster Probleme angesprochen, zu denen Forschungen notwendig wären — was wissen wir zum Beispiel wirklich über menschliche Sexualität und ihr Verhältnis zur Liebe? —; da viele Einzelnes berichten und die vielen einzelnen Berichte unterschiedlich sind, kann man sich eine Weile darüber hinwegtäuschen, daß nichts Neues herauskommt. Die Bescheidenheit gegenüber den Diskussionszielen erstreckt sich auch auf die Sprache. Daß sie Jahrhunderte aus den Wissenschaften ausgeschlossen waren, nahm viele Frauen aus der Bewegung so sehr gegen die herkömmliche Sprache der Wissenschaften ein, daß sie sich einer Ausdrucksweise bedienen und sie tolerieren, die jede Erkenntnis verunmöglicht. Entnommen einer Szene, in der der Eindruck erweckt wird, daß jede immer schon weiß, worum es geht, verbieten die Worthülsen jede Nachfrage. Wo Fragen nicht gelernt wird, wird man gelähmt auf der Stelle stehen bleiben. Was soll man zum Beispiel von solchen Beiträgen halten (aus einer Diskussion um menschliche Liebe): »also, ich find' das unheimlich gut, wenn ich power hab' und hektisch bin und nicht jede Scheiße mitmache«; oder »meine neurotische Macke muß ich stehen lassen und mich selber lieben«; »hier läuft es, ich kann mit mir in Führung bleiben und merke, daß ich mich gern habe und das echt dem andern rüberbringen kann«. Nicht, daß es für diejenigen, die solcher Sprache unkundig sind, unmöglich wäre, das Gemeinte zu erahnen. Nur ist der Akzent solcher Botschaften derart ausschließlich auf dieses einverständige Nachempfinden gelegt, daß jede Frage in den Geruch sich selbst ausgrenzenden Ketzertums käme. Warum zum Beispiel hat jemand eine »neurotische Macke«? Wie kann man damit leben? Kann man damit lieben? Warum sollte man sich nicht verändern? Liebt man sich nicht eher in der Veränderung oder weil man sich verändert? Soviele Fragen, so wenig Antworten.

Andere Veranstaltungen waren weniger rätselhaft beunruhigend in ihrer Bescheidenheit als sie vielmehr meinen Zorn erregten. In der vielstündigen Erzählung: »Auf der Suche nach der verschütteten Geschichte der Frauen im Mittelalter« hielt es mich nicht allzu lange. Im vollen Hörsaal wurde hier versucht, weibliches Selbstbewußtsein zu erzeugen, indem mit krampfhaft geschlossenen Augen das Mittelalter nicht als ein Ort großen Elends für soviele Frauen vorgeführt wurde, sondern geradezu als Ursprung weiblicher Kultur, idyllischen Lebens erschien. Wir sollten der Mär nicht länger Glauben schenken, daß es in den steinernen Häusern, den Heimen der Frauen etwa ungemütlich gewesen wäre. Die Frauen, so erfuhren wir, webten den ganzen Tag die herrlichsten Teppiche. Erinnerungen aus 1001 Nacht stellen sich ein, sieht man statt der durch zuviel Arbeit und zuviele Kinder geschundenen Frauen »ganz herrlich schöne Teppiche überall, an den Wänden, auf dem Boden; da war es unheimlich toll und gemütlich und ganz warm und die Frauen konnten ganz viel zusammen quatschen.« »Jede Frau hatte soviele Teppiche; und machte unheimlich schöne Sachen«. Nur Großstadtfrauen unter 40, die in der Nachkriegszeit nicht versuchten, den großen Nahrungsmangel durch das Sammeln von Bucheckern auszugleichen und als Frucht mehrtägiger Arbeit einen Ged-

genwert von einem viertel Liter Öl bekamen, konnten angerührt sein von der per Lautsprecher verkündeten Idylle, daß die Frauen, wenn sie die warmen Teppiche verließen, in die Wälder gingen, um Bucheckern zu sammeln, soviel sie wollten. Diese Früchte unterlagen offenbar nicht dem Privatbesitz, was sie — nebenbei — auch heute noch nicht tun. Werden die Zuhörerinnen wirklich selbstbewußter, bei solchen Umdeutungen? Sicher werden sie bei solcher Rückwärtsschau das Kämpfen um das Heute und Morgen nicht lernen. Grund genug, daß etwa im Berliner Tagesspiegel gerade auf solches »Geschichtsbewußtsein« lobend gewiesen wurde?

Die traditionellen Themen der sozialistischen Frauenbewegung »Arbeitslosigkeit«, »Erwerbstätigkeit«, »Lohndiskriminierung«, »Frau und Gewerkschaft« usw. waren im Programm durchaus vorhanden, fanden aber kaum nennenswertes Interesse. Es ist deshalb notwendig für die Sozialistinnen in der Frauenbewegung, das Verhältnis ihrer Fragen zu den Fragen der vielen »bewegten« Frauen — und vor allem die Art und Weise der Vermittlung — neu zu bedenken.

Wirklich überfüllt war dann noch, bei aller Abstinenz von den sonstigen mehr politischen Themen, die Veranstaltung zur Bundestagswahl. Die als Autonomie bezeichnete Organisationsfeindlichkeit der Frauenbewegung zeigt ihre Schwäche immer dann, wenn irgendwo ein Sinn für Macht auftritt. Diesen kann man Alice Schwarzer gewiß zusprechen. Auf einem Podium mit 5 anderen Frauen, von denen zwei nominell die Diskussionsleitung hatten, riß sie die Veranstaltung schnell an sich. Günstigerweise hatte sich ein internes SPD-Papier gegen Schwarzer, eilig veröffentlicht von einigen Tageszeitungen, als Außenfeind gefunden, gegen den die anwesenden Frauen zur »Bewegung« zu einen waren. Zudem mag der in EMMA verkündete Wahlboykott angesichts eines allgemeinen Zögerns und Abwägens zumindest als Provokation annehmbar erschienen sein. Aber Alice Schwarzer hatte die Frauen zugleich unter- und überschätzt. Ihre lange Einführungsrede, in der sie den Aufruf zum Wahlboykott als nicht ernst gemeint — »bitte, wir kokettieren mit der Idee« —, als Generalprobe, als Test bezeichnete, brachte die Anhängerinnen des Boykotts gegen sie auf, die, also geföppt, den Raum verließen. Daß sie die Übermacht der Mikrofonbesitzenden rücksichtslos gegen jede mögliche Reihenfolge beim Reden für sich ausnutzte, brachte die in den bisherigen Veranstaltungen an ganz anderes gewohnten Frauen so sehr gegen sie auf, daß es schließlich Alice Schwarzer war, die Podium und Saal verließ. Der Rest der Veranstaltung ging ziemlich rasch in einem wachsenden Chaos unter. Als ernstzunehmende Position schälte sich ein skeptisches Befürworten der Grünen heraus und der Vorschlag, sich nicht selbst organisatorisch ins Parlament zu verwickeln — schließlich ist die Frauenbewegung an sich außerparlamentarisch —, wohl aber den Staat als Adressaten so zur Kenntnis zu nehmen, daß für berechtigte und notwendige Forderungen staatliche Gelder in Anspruch zu nehmen seien. Diese Politik muß in jedem Fall das Wohlwollen staatlicher Stellen finden. Hier wird auf jede Einflußnahme auf Staat, Politik, Gesellschaft von vornherein verzichtet mit dem Versprechen, die Unruhe, die aus einer die Bevölkerung nicht einbeziehenden Politik entspringt, dadurch zu befrieden, daß man bereit ist, sich — übrigens mit kleinen Summen — bestechen zu lassen. Die Inanspruchnahme von Mitteln für ein Haus für geschlagene Frauen hier, einen »weiblichen Lehrstuhl« dort, auch mal vielleicht sogar ein Frauenhaus für die Bewegung wie in Kopenhagen, erfordert lange zähe Kämpfe mit kurzfristigen Lösungen für einzelne auf der Grundlage individuellen Wohlwollens einzelner Politiker. So wichtig der gemeinsame Kampf auch um kleine Ziele ist und so nötig der Erfolg für die Kraft zum Weitermachen, wird das Sich-Einlassen in tatsächliche Macht- und Herrschaftsstrukturen unserer Gesellschaft der Frauenbewegung nicht erspart bleiben, will sie Verallgemeinerbares für die Zukunft sichern. Auch dies wäre ein notwendiges Thema für die nächste Frauensommeruniversität.

Frigga Haug (Berlin/West)

Gesundheitstag '80

Berlin-West, 14. — 18. 5. 1980

Vom 14. bis 18. Mai 1980 fand in Berlin parallel zum »83. Deutschen Ärztetag« der erste Gesundheitstag statt. Ca. 10000 Menschen aus dem Gesundheitsbereich versammelten sich unter dem Motto »Kranken und Irren ist menschlich«. Unter ihnen waren 2000 Ärzte, 4000 Medizinstudenten und 4000 Angehörige anderer Berufsgruppen im Gesundheitswesen. Der Gesundheitstag wollte für einige Tage die verschiedenen Strömungen der Gesundheitsbewegung zusammenführen, um eine Neuorientierung in der Medizin anzugehen.

Anlaß dieser Veranstaltung war die anhaltende Krise im Gesundheitswesen. Die Veranstalter (der Gesundheitsladen Berlin, ein freiwilliger Zusammenschluß von Ärzten und anderen Gesundheitsarbeitern) vertraten die Auffassung, daß die Institutionen des Gesundheitswesens wie auch die traditionelle Medizin eine Inkompetenz der Menschen über ihren eigenen Körper organisierten. Der Körper wird mit einem großen Aufwand an pharmakologischen Erzeugnissen und Technik zum Schweigen gebracht, ohne daß nach den Ursachen des Leidens geforscht wird. Offenkundig ist zu Beginn der 80er Jahre, daß die Medizin und ihre Institutionen den heutigen Volkskrankheiten gegenüber machtlos ist. — Dieser Entwicklung setzen die Veranstalter das Motto: »Gesundheit« entgegen, denn gesund kann nur werden, wer sich in seinem eigenen Körper auskennt, wer lernt und in der Lage ist, seine »Körpersprache«, z. B. »Schmerzen« richtig zu lesen. Daher dürfen sich die Patienten nicht mehr gedulden, sondern müssen ungeduldig und zäh die eigentlichen Ursachen ihrer körperlichen Leiden und Probleme erforschen, um ihre gesellschaftlichen Lebensbedingungen entsprechend zu verändern. Dies gelingt ihnen nach Meinung der Veranstalter nur, wenn sie erst einmal ihren Körper gegen die Medizin und deren Ideologie verteidigen. Sie müssen den herrschenden medizinischen Diskurs zugunsten ihrer eigenen Kompetenz durchbrechen.

Das Symbol des Gesundheitstages, eine lachende und sympathische Figur im »Kreis-Quadrat« von Leonardo da Vinci, die gerade im Begriff ist, das normierende Kreis-Quadrat zu sprengen, steht für die Selbstbefreiung des Durchschnittsmenschen aus den ihn inkompetent machenden Strukturen des Gesundheitswesens.

Die Eröffnungsveranstaltung im überfüllten Audi-Max der TU-Berlin stand unter dem Motto »Medizin und Nationalsozialismus«. Diskutiert wurden u. a. folgende Fragen: Welche Rolle spielte die Ärzteschaft im Faschismus? Welche Funktion hatte die »KZ-Medizin« für die medizinische Wissenschaft? Welche ungebrochenen Traditionen aus dem Faschismus wirken noch heute im ärztlichen Diskurs? Wie muß sich die alternative Medizin gegen Begriffe wie z. B. »Volksgesundheit« aus dem Faschismus abgrenzen? Als Demonstration eines neuen Geschichtsbewußtseins hatte der Gesundheitsladen emigrierte sozialistische Berliner Ärzte der 20er Jahre als Gäste eingeladen.

Im Themenschwerpunkt »Frauenbewegung und Gesundheit« ging es im wesentlichen um den Kampf der Frauen für die Rückeroberung des eigenen Körpers (§218, Hausgeburten, Selbstuntersuchungen u. a.).

Das große Interesse an »alternativen Heilmethoden« ist ebenfalls als Versuch zu werten, durch Rückbesinnung auf volksmedizinische Traditionen Kompetenzen zurückzugewinnen. In den theoretischen Diskussionen und praktischen Übungen war umstritten, ob man an die alternativen Mittel und Methoden den wissenschaftlichen Anspruch nach Erforschung der Wirkungszusammenhänge anlegen sollte. Viele Teilnehmer des Gesundheitstages lehnten eine solche wissenschaftliche Überprüfung neuer/alter Heilmethoden spontan ab.

Neu innerhalb der alternativen Gesundheitsbewegung seit der Studentenbewegung ist die Beschäftigung mit Kindern als sich entwickelnde Subjekte in der Gesellschaft.

Das »Elend der herrschenden Psychiatrie« war auf dem Gesundheitstag als Thema immer noch notwendig. Obwohl sich in den 70er Jahren der »Mannheimer Kreis« als Opposition gegen die herrschende Psychiatrie etablieren konnte, sind Experimente einer »demokratischen Psychiatrie«, wie sie in Italien entwickelt wurde, in der BRD bisher noch nicht realisierbar. »Demokratische Psychiatrie« bedeutet die Auflösung von großen gefängnisähnlichen Irrenanstalten und die Wiedereingliederung von Kranken in die Gemeinde. Hier gilt es, die in der BRD verbreitete Intoleranz gegenüber »Andersartigen« zu überwinden, damit »irren« nicht mehr tabu sein muß.

In einem weiteren Schwerpunkt wurde in der antiimperialistischen Tradition der Studentenbewegung das Thema »Dritte Welt und Gesundheit« diskutiert. Erörtert wurden im wesentlichen Probleme der Entwicklung einer autonomen basismedizinischen Versorgung, die sich gegen die Abhängigkeit von der Geräte- und Pharma-Industrie der ersten Welt zur Wehr setzen muß und zugleich die vorhandenen volksmedizinischen und medizinischen Traditionen in sich aufhebt.

Daß sich Mediziner nicht aus dem gesellschaftlichen Diskurs um Atomkraftwerke heraushalten dürfen, wurde durch die Auseinandersetzung mit Forschungsansätzen und -ergebnissen über Folgen von Radioaktivität dokumentiert.

Erstaunlich selten kontrovers waren die Begegnungen zwischen Vertretern der »sozialen Medizin«, den »Strukturreformern« (gemeint sind damit diejenigen, die Gesundheits-Verbesserungen vorwiegend über Strukturreformen im Gesundheitswesen durchsetzen wollen und sich in der BRD etwa seit Beginn der 70er Jahre artikulieren) und den »Alternativen«, obwohl Vertreter aller Richtungen auf zahlreichen Veranstaltungen gemeinsam als Referenten und/oder Teilnehmer vertreten waren. Die Chance, voneinander zu lernen und gemeinsame Erkenntnisfortschritte zu erringen, wurde leider viel zu wenig genutzt. Dies mag auch daran liegen, daß die beiden wissenschaftspolitischen Hauptströmungen auf diesem Gesundheitstag erstmals nicht als Individuen, sondern als politische Kulturen aufeinandertrafen. Die dabei auftretenden Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten konnten nicht ohne weiteres ausgeräumt werden. Dieser Hauptkonflikt zwischen neuer und alter Gesundheitsbewegung bleibt ohne eine Darstellung der Genese der Bewegung unverständlich.

Die Vorgeschichte zum Gesundheitstag reicht bis in die Mitte der 60er Jahre zurück. Damals veranstaltete der Asta der FU-Berlin im Rahmen der »Kritischen Universität« 1967/68 zwei Semester lang alternative Lehrveranstaltungen zum offiziellen Lehrangebot u. a. auch im Fach Medizin. In diesen Veranstaltungen wurde von jungen Ärzten und Medizinstudenten gemeinsam mit Sozialwissenschaftlern die »Kritik an der bürgerlichen Medizin« formuliert und die durch sie vernachlässigten sozialen Aspekte als Forschungsaufgaben erörtert. Daraus entwickelten sich u. a. auch die gleichnamige Reihe in dieser Zeitschrift. Der damalige Versuch, als Gegengewicht zum vorherrschenden Standesdiskurs die Artikulation sozialer Bedürfnisse in der Medizin und die Bedingungen einer sozialen Medizin in einem Zentralinstitut an der FU Berlin zu etablieren, wurde von der Reaktion alsbald gestoppt (vgl. *Das Argument* 71, 1972).

1973 fanden sich in Marburg erstmals in der Nachkriegsgeschichte 1500 Ärzte, Gesundheitsarbeiter und offizielle Vertreter des DGB unter dem Motto »Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt« zusammen, um Alternativen zum Gesundheitsbereich zu entwickeln. Vertreter des »langen Marsches durch die Institutionen« entwickelten dort strukturreformerische Konzepte, um die »Krise des Gesundheitssystems« überwinden zu können. Durchgreifende Reformen konnten jedoch nicht durchgesetzt werden, und die Auswirkungen der ökonomischen Krise verringerten bis heute den »Spielraum« für linke Reformen in den Institutionen. Zugleich sind seit Ende der 60er Jahre Bausteine einer Theorie der »sozialen Medizin« weiterentwickelt worden, die auch auf dem Gebiet der Krankheitstheorien Erfolge vorweisen kann. Wohl auch als Reaktion auf die Tatsa-

che, daß sich trotz aller politischen Arbeit Strukturreformen im Gesundheitswesen, die diesen Namen verdienten, bis heute nicht durchsetzen ließen, entwickelte sich auch im Gesundheitsbereich eine neue Kultur »von unten«, die zunächst nicht auf die Arbeit an und in Institutionen setzt, sondern Gesundheit vor allem selbst — individuell und kollektiv — organisieren will. Diese »Latzhosenmediziner«, »Frauen mit gefärbten Windeln um den Hals und bärtige Männer in roten Latzhosen« (Berliner Rundschau v. 5.6.80, Die Zeit v. 23.5.80) wollen sich 1981 zu einem 2. Gesundheitstag in Hamburg treffen, weil die alternativen Gesundheitsinfrastrukturen noch viele neue Initiativen benötigen. Zu hoffen steht, daß dort der notwendige Dialog zwischen den verschiedenen Gesundheits-Strategien ohne selbstzerstörerische Fraktionierungen geführt werden kann, ohne den die wichtigen Ansätze und Impulse der »Alternativen« allzuleicht ins Leere oder ins Ghetto laufen könnten.

Eberhard Göbel (Berlin/West)

Wissenschaftler analysieren Konzeption und Funktion von Franz Josef Strauß

Veranstaltet vom Bund demokratischer Wissenschaftler, Bonn, 27./28. 6. 1980

Die Drohung der Kanzlerkandidatur von Strauß und die Umgruppierung in den Kräften der Linken mit der Chance eines Einstiegs ins Parlament *und* der Verhinderung von Strauß hatten ein Klima geschaffen, in dem wir nicht mehr nur die alten Formeln vom Kapitalvertreter oder gar Kryptofaschisten Strauß wiederholten, sondern uns herausgefordert sahen, die Konzepte politischer Analyse und Praxis zu überdenken. Ähnlich wie in Großbritannien, wo die Linke sich einer noch weithin unbegriffenen Formation der Rechten gegenüber sieht, deren deutlicher Unterschied zu bekannten konservativen Regimen mit dem Namen *Thatcherism* nur markiert ist, galt es, die besondere Wirksamkeit eines unter Strauß sich formierenden Blocks zu analysieren. Diese Aufgabe hat sich mit der Wahlniederlage von Strauß nicht erledigt. Bei anhaltender und — soweit absehbar — sich verschärfender Krise, bei nachlassender Integrationskraft wohlfahrtsstaatlicher Regelungen unter den abhängig Arbeitenden, wird Strauß sein Konzept in der einen oder anderen Form aufs Neue probieren.

Frank Deppe eröffnete die Kontroverse um das Verhältnis von *Klassenfunktion* und *Massenbasis* von Strauß mit der Bemerkung, daß es für die Linke nicht ausreiche, die von Strauß vertretenen sozialökonomischen Interessen zu analysieren, sondern daß die Elemente plebiszitärer Politik und die Regierungsfähigkeit der Kräfte um Strauß untersucht werden müßten. Zugleich meldete er Bedenken an gegen die Versuche von Elfferding und Jäger, gegen den Ökonomismus »Pflöcke in den Sumpf der Theorie des Politischen« zu rammen (vgl. *Argument* 119, 74 und jetzt auch *Argument-Sonderband AS 51: Sozialliberalismus oder rechter Populismus?*). Sie würden den Zusammenhang von bestimmendem Klasseninhalt und politischer Form bei Strauß vernachlässigen.

Wieland Elfferding begründete den Versuch, das Spezifische der CSU-Politik unter Strauß mit dem Begriff des *Rechts-Populismus* in der Weiterentwicklung von Ernesto Laclau zu fassen (vgl. *Populismus-Theorie* in *Argument* 119). Er stimmte mit Deppe darin überein, daß es nicht darum gehe, die Analyse der Klassenfunktion der Straußschen Politik zu *ersetzen*, sondern sie zu ergänzen durch eine Untersuchung der hegemonialen Wirkung dieser Politik. Diese lasse sich aber weder durch die *Reduktion* auf ökonomische Klasseninteressen, noch durch eine Theorie der massenhaften Bewußtseinsfälschung erklären. Strauß mobilisiere den Protest des von der sozialliberalen Krisenpolitik bedrohten »kleinen Mannes« gegen den Staat. Die zentralen *Anrufungen* entstammen einem klassenübergreifenden Volksdiskurs.

Wolfgang Fritz Haug beobachtete Strauß bei der ideologischen Transformationsar-

beit: er artikuliere den Gegensatz des »kleinen Mannes« gegen den sozialliberal regierten Staat über sich selbst als »großen kleinen Mann« mit dem Gegensatz des Unternehmers gegen den Staat. In dieser diskursiven Herstellung des *Volkes* im Gegensatz zum Block an der Macht spielen populistische Anrufungen die entscheidende Rolle: gegen die *Bonzen*, gegen *die-da-oben*, die einen um den sauer verdienten Lohn und um die individuelle Freiheit bringen usw. Haug führte am Beispiel Strauß vor, wie politische Diskurse ohne Rekurs auf die Intentionen des Politikers als Organisation von Bündnissen durch die Verknüpfung von elementaren zu komplexeren Bedeutungen analysiert werden können. Für die Linke wird damit die Perspektive eröffnet, den Kampf um die Bedeutungen aufzunehmen, die massen-orientierende, -zusammenhaltende und -mobilisierende Funktion haben.

Trotz scharfer Kritik an dem Populismus-Ansatz signalisierte *Reinhard Opitz* mit *Haug* und *Elfferding* Konsens darüber, daß Begriffe wie *konservativ* zur Analyse von Strauß nicht ausreichen und daß die politische Formation unter Strauß besonders unter dem Aspekt ihrer *Integrations- und Mobilisierungskonzeption* untersucht werden muß. Opitz faßt den Kern dieser Konzeption in der *Gleichsetzung von Faschismus mit Sozialismus* über das vermittelnde Glied des *Kollektivismus*. Sie habe die Funktion, nun auch die keynesianisch-reformistischen Teile des Sozialliberalismus in das Feindbild der CSU einzubauen und damit eine *rechte Sammlungsbewegung* nach der Art der Jungkonservativ-Völkischen in der Weimarer Republik gegen alle demokratischen Kräfte zu formieren. Die »Sozialismus-Deماغogie« des deutschen Faschismus werde — wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen — von Strauß wieder aufgenommen.

Michael Jäger schlug vor, zwischen *Politik des Kapitals* und *Politik der Strauß-Fraktion* zu unterscheiden. Die Politik des Frontalangriffs auf die Gewerkschaften sei für das Kapital dysfunktional und anachronistisch. Es verfüge im *sozialliberalen Korporatismus* über ein überlegenes Konzept, das in einem Tausch von Streikverzicht und Einkommensrestriktion gegen relative Beschäftigungsgarantie, sozialdemokratische Regierung und ein Stück Staatsmacht für die Gewerkschaften bestehe. Eben in dieser Selbstentmachtung als Verlängerung des bürgerlichen Staats in die Gewerkschaften hinein bestehe der Vorteil für das Kapital, aber auch die größere Gefahr für die Linken und die Arbeiterbewegung.

Reinhard Kühnl wandte dagegen ein, es gebe nicht *das* überlegene politische Konzept für das Kapital. Die Frage sei, ob Strauß *eine* mögliche Variante der Kapitalherrschaft repräsentiere und ob die Bedingungen für ihre Realisierung bestünden. In der Geschichte könne man deutlich *Strategiewechsel* in der Politik des Kapitals ausmachen, so 1928/30 und — in umgekehrter Richtung — 1968/70. Heute sei wiederum ein solcher Strategiewechsel zu beobachten. Der Inhalt der Straußschen Politik sei, wie man am Beispiel Bayern zeigen könne, gar nicht anachronistisch, sondern höchst modern.

Die Vertreter der Sozialistischen Studiengruppen (SOST) *Weden* und *Maldaner* deuteten Strauß als Ausdruck der Radikalisierung der traditionell in den Unionsparteien dominierenden *Mittelschichten* in der Krise. Zur Sicherung ihrer Privilegien sei die Kürzung der Sozialleistungen die naheliegendste Lösung. Darin seien sie sich mit besser verdienenden Lohnarbeiterschichten einig. Strauß sei also nicht aus Manipulation der Massen durch das Großkapital zu erklären, sondern aus den ökonomischen Interessen (ständische und gruppenegoistische) seiner Basis.

Gegen die direkte Ableitung der Kanzlerkandidatur von Strauß aus den ökonomischen Interessen der Mittelschichten durch die SOST wandte *Kühnl* ein, man könne weder den Faschismus noch Strauß aus den Klasseninteressen der Mittelschichten ableiten. Historisch hätten die Mittelschichten verschieden votiert, mal auf der Linken (so die Staatsangestellten 1918), mal auf der Rechten (Faschismus). Das hänge von politischen Kräfteverhältnissen ab.

In der Podiumsdiskussion am 27.6. und am zweiten Kongreßtag wurde die spannende Frage diskutiert, ob wir von einem *autoritären Potential* in der Bevölkerung ausgehen müssen, das von Strauß mobilisiert wird. *Ute Holzkamp-Osterkamp* und *Klaus Holzkamp* meinten, es gebe keine besonderen Charaktere, die Strauß wählen. Wir dürften nicht von dem Strauß-in-uns ausgehen, sondern wir müßten die Situation analysieren, in der Strauß für »normale« Leute zur Alternative wird. In derselben Richtung sprach *Kühnl*: Wir müßten uns fragen, was in der Krise mit den Subjekten passiert. Die Verständnistraster, in denen die Welt wahrgenommen wird, werden unsicher. Entscheidend sei jetzt, *welche Alternativen wie* angeboten würden. Die Linke dürfe die Form der *Rettung von oben* nicht bedienen, sondern müsse alle Bewegungen entwickeln helfen, in denen die Massen auf ihre eigenen Kräfte bauen. Das sei das wirksamste Mittel gegen Strauß. Daher die enorme Bedeutung der Frauenbewegung (Gaby Zipfel, Sigrid Matzen-Stöckert und Thea Holleck), der Friedensbewegung (Wolfgang Harich) und der Christen gegen Strauß (D. Kreck).

Wir können guten Gewissens nicht sagen, daß wir eine ausreichende Antwort auf die Frage gefunden haben, worin nun Konzeption und Funktion von Strauß bestehen und wie dagegen zu kämpfen ist. Darauf hat *John Schwartzmantel* von der Universität Leeds (Großbritannien) mit drei Fragen aufmerksam gemacht, die hier abschließend und als Anregung zum Weiterdenken referiert seien:

1. Wie fassen wir das Verhältnis von Strauß zum Faschismus? Strauß sei kein Faschist, eher mit *Thatcher* vergleichbar. Wie nutzt Strauß die legitimierende Kraft des Parlamentarismus? In mehreren Ländern der westlichen Welt sei eine Rechtswende zu beobachten. Wie entwickelt sich dabei die parlamentarische Demokratie? Wie ist das Verhältnis von Autoritarismus und Faschismus zu fassen? 2. Die Wirkungsweise des Thatcherism könne man nur im Zusammenhang der Schwächen der Labour-Politik analysieren. Wie ist das bei Strauß? Wie entfaltet Strauß Massenwirkung? 3. Wie kann Widerstand gegen Strauß organisiert werden? Diese Frage kann nur unter Einbeziehung der SPD-Politik in die Analyse beantwortet werden. Wieland Elfferding (Berlin / West)

20. Deutscher Soziologentag

Bremen, 16. — 19.9.1980

Noch bevor der Soziologentag überhaupt eröffnet war, hatte *E.K. Scheuch* in der »Welt« schon das Schlüsselwort gesprochen: von der Hoffnung des Bremer Senats, die Akzeptierung des Tagungsortes in ein Gütesiegel für »seine« Universität umdeuten zu können, was ihm immerhin 80000 DM wert gewesen sein soll, war da die Rede, von zu erwartenden Instrumentalisierungsversuchen des Soziologentages durch Ad-hoc-Gruppen am »Rande der Legalität« — ein Vorwurf, der auch auf die neugegründete Sektion Frauenforschung zielte —, von der Umwandlung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie aus einer wissenschaftlichen Gesellschaft in einen reinen Berufsverband, von der beklagenswerten Entwicklung der Disziplin zum grauen Schulfach schließlich. Nun, dieser Soziologentag hatte Interessanteres zu bieten.

In seinem Eröffnungsvortrag nahm *J. Matthes* die Auseinandersetzung mit der »Anti-Soziologie« Schelskys und den kulturkritisch überhöhten Thesen Tenbrucks zur Bedeutung moderner Sozialwissenschaften zum Anlaß einer Bestandsaufnahme dessen, »was Soziologen heute tun und bewirken«. Daß sie etwas getan und bewirkt haben, dafür spricht die Ausbreitung soziologischer Wissensbestände im Alltagsleben, die Sozialisierung der Semantik, deren Folgeprobleme (Reifizierung des eigenen Gegenstandes, Verschlüsselung der gesellschaftlichen Realität) die Disziplin zur Selbstreflexion geradezu nötigt. Daß die Soziologen darüber auch einiges Wesentliche unterlassen haben, verdeutlichte Matthes am unbefriedigenden Zustand innerwissenschaftlicher Kri-

tik, den Tendenzen zur Domänenwirtschaft, zur Sekten- und Zirkelbildung — ein Befund, dem der Verlauf dieses Kongresses mit über 250 Referaten in 5 Themenbereichen, den Veranstaltungen der 14 Sektionen und verschiedenen Ad-hoc-Gruppen nicht widersprach. Der Erprobung innerwissenschaftlicher Kritik, zumindest in der Form kritischer Diskussion, waren enge zeitliche Grenzen gesetzt, eine Organisation voller Überschneidungen ließ Übersicht zudem kaum zu. — Orientierungsmarken bildeten so die Plenarvorträge, die einer verbreiteten Theoriemüdigkeit begegnen sollten: *J. Habermas* rekonstruierte Konstruktionsprobleme der Gesellschaftstheorie am Beispiel des Strukturfunktionalismus von *T. Parsons*. Die für den Parsonsschen Entwurf charakteristische Spannung zwischen Handlungs- und Systemtheorie solle nicht zu einer der beiden Seiten hin aufgelöst, sondern zur Weiterentwicklung eines grundbegrifflichen Instrumentariums genutzt werden. *N. Luhmanns* neuere Forschungsfragen nach der Herausbildung gesellschaftlicher Semantik — im Bremer Vortrag u. a. am Beispiel des Bedeutungswandels von Liebe, Freundschaft und Tugend im 17./18. Jahrhundert — beleben spürbar seine an der Vielfalt soziologischer Themen ermüdete Theorie gesellschaftlicher Komplexitätsniveaus. Von historisch-materialistischen Ansätzen gleichweit entfernt, kann sie gegen eine allzu ungebrochene Wissenssoziologie — welche sozialen Gruppen tragen welche Ideen? — und gegen ideengeschichtliche Interpretationslinien — wer hat wen beeinflusst? — Punkte machen. *A. Giddens* (Cambridge) gelang es, eine Brücke zur angloamerikanischen soziologischen Diskussion zu schlagen; seine Kritik an den Hauptströmungen der soziologischen Theorie — ausgeführt am Funktionalismus — weist auf eine »zeitlich-räumliche Analyse«, die — anders als globale Evolutionstheorien — die unterschiedlichen Entwicklungsgrade sozialer Strukturen berücksichtigt und deren gegensätzliche Bedingtheit untersucht.

Was in den Plenarvorträgen gelang, nämlich für »Theoriearbeit« Interesse zu wecken, brachte die Sektion »Soziologische Theorien« kaum zustande. Diese neue Sektion steht übrigens für den seit dem letzten Soziologentag (Berlin 1979) unübersehbaren Trend, Theoriediskussionen nicht mehr allgemein zu führen — wie noch in Kassel 1974 und Bielefeld 1976, sondern zur speziellen Sache einiger Theoretiker zu machen. Obwohl sich die Sektionsthemen an klassischen Konfliktlinien — Soziologie und Nachbarwissenschaften, Handlung und Struktur — orientierten, standen die Referate unvermittelt nebeneinander. Das Vorhandensein kontroverser innermarxistischer Positionen zu Problemen der Ökonomie, Politik und Ideologie wertete *S. Herkommer* nicht als Krise des Marxismus, sondern als erfreuliche Vielfalt, die eine Erstarrung des Marxismus überwinden helfe. Das von Herkommer u. a. in der Sektion Industrie- und Betriebssoziologie vorgestellte Projekt zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit (am Beispiel von Vereinen) blieb allerdings dem mit »Krise des Marxismus« auch gemeinten kapitallogischen Ansatz weitgehend verhaftet. *H. Joas* versuchte, die Dichotomie von Struktur- und Handlungstheorien durch Rekurs auf die von *H. Mead* ausgehende Theorietradition des symbolischen Interaktionismus aufzuheben und dadurch der marxistischen Diskussion ergänzende Perspektiven zu eröffnen. Aus dem gleichwohl spürbaren Desinteresse des Soziologentags an Strukturtheorien allgemein und historisch-materialistischen Ansätzen im Besonderen auf die Abwesenheit diesbezüglich zentraler Fragestellungen zu schließen, ist jedenfalls nur dann möglich, wenn man die Frage der subjektiven Handlungsdimension nicht als ein in der Marxismusdiskussion dringlich zu erörterndes Problem ansieht.

Das größte Interesse auf dem Soziologentag fand *N. Elias*. In seinem Vortrag »Zivilisation und Gewalt« zeigte er am Beispiel der Weimarer Republik, wie der lange zivilisatorische Prozeß der Monopolisierung physischer Gewalt durch den Staat von Mitgliedern der Freikorps durchbrochen wurde. Die dabei von Elias entworfene Skizze terroristischer Gewalt bleibt zwar gegenüber ökonomischen und politischen (Faschismus-)

Theorien auf eine verblüffende Weise ignorant, kann aber durch die subtile historische Rekonstruktion der »Deutungsmuster« und Interpretationslagen der handelnden Individuen den im Zivilisationsprozeß verflochtenen Zusammenhang von Machtmonopolisierung, veränderten gesellschaftlichen Normen und Psychostrukturen, sowie dem Alltagshandeln herstellen. Elias' schon vor reichlich 30 Jahren ausgearbeitete »Figurationssoziologie«, vielleicht als Variante der Freudschen Kulturtheorie zu kennzeichnen, war jedenfalls auf einem Soziologentag hochaktuell, bei dem nicht nur in der Arbeitsgruppe »Lebenslauf- und Biographieforschung« die subjektiven Interpretationen von Welt im Vordergrund standen, sondern auch viele die vereinseitigende Perspektive »Wirklichkeit ist das, was die Leute für Wirklichkeit halten« für der Weisheit letzten Schluß zu halten schienen. Auch außerhalb der Ad-hoc-Gruppe »Zivilisationsprozeß und Figurationssoziologie« wurde über Elias verhandelt. Im Themenbereich »Interpretative Sozialforschung« umriß Ch.v. Ferber einige empirische Anwendungsmöglichkeiten der Zivilisationstheorie, so zur Analyse der individuellen Folgen (»Kultivierung der Befindlichkeit« u.a.), die sich aus der Monopolisierung gesellschaftlicher Chancen durch Sozialbürokratie und Gesundheitssystem ergeben. Eine Interpretation der Rolle von Elias auf dem Bremer Soziologentag steuerte die FAZ bei, die amüsiert von einem »beispiellosen Bedürfnis nach Autorität unter den Nachfolgern der skeptischen, der kritischen und der antiautoritären Generation« schrieb. Einleuchtender scheint eher, daß angesichts einer auseinandertretenden Vielfalt von Arbeits- und Diskussionsfeldern eine Tendenz stärker wird, sich der theoretischen Traditionen des eigenen Fachs zu verschern. Dafür mögen auch die Referate der Ad-hoc-Gruppe stehen, die nach dem Standort der Kritischen Theorie zwischen Marx und Weber fragte. Herausragend hier die Lehrstunde in politischer Ökonomie, die K. Mandelbaum, der sich selbst als »Paleo-Marxist« bezeichnete, am Beispiel der Staatskapitalismuskritik zwischen Pollock und Grossmann Ende der Zwanziger Jahre gab.

Die Spannweite der nicht erwähnten Themengebiete reichte von Veranstaltungen der Rechtssoziologie über Bildung und Erziehung, Soziale Indikatoren bis zu Wissenschaftsforschung und Staatlicher Sozialpolitik. — Man darf erwarten, daß Angriffe, wie die eingangs geschilderten auf die Reformuniversität Bremen, beim nächsten Soziologentag 1982 in Augsburg ausbleiben. Helmuth Berking / Eberhard Sens (Berlin / West)

Partizipation, Selbstverwaltung, Sozialismus

5. Internationale Konferenz »Sozialismus in der Welt«, Cavtat, 22. — 27.9.1980

Selbstverwaltung ist nicht nur das kommunistische Fernziel des Sozialismus, sondern sein Beginn. Ihn markieren die ersten Sowjets 1905 in Petrograd. Mit Elementen der Selbstverwaltung versuchen heute Arbeiter in Frankreich, Großbritannien und Italien, die Produktion, Rationalisierung und Beschäftigung unter ihre Kontrolle zu bringen. In vielen Ländern der Dritten Welt wird die Erfahrung gemacht: Die gegen Unterdrückung und Hunger Kämpfenden brauchen Organe ihrer Selbstbestimmung, um von den tiefverwurzelten Strukturen der Fremdbestimmung in Arbeit, Kultur und Politik nicht eingeholt zu werden.

So kamen die mehr als 130 sozialistischen Wissenschaftler aus allen Kontinenten nicht mehr nur, um vom Mutterland der Arbeiterselbstverwaltung zu lernen (vgl. den Bericht von der ersten Cavtat-Konferenz 1976 in *Das Argument* 102, 240ff.). Es wurden keine »Modelle« gehandelt. Es ging um die gegenseitige Besichtigung der vielfältigen Erfahrungen und der oft gegensätzlichen Positionen. Spannend und kontrovers ist das Thema Selbstverwaltung, weil darin der Zusammenhang von Arbeit, Kultur und Politik gefaßt ist. Keiner kann sich so leicht auf *einen* Aspekt gesellschaftlicher Praxis

zurückziehen: greifen die Arbeiter nach der Verstaatlichung der Produktionsmittel auch in die Produktion des Staates ein? Bewirkt die Eroberung der Fabriken und der Staatsmacht schon die Brechung der Marktmacht? Erlauben zentralstaatliche Planung oder dezentralisierte Selbstverwaltung, eine eigene Kultur der Sinne gegen die ästhetische Macht der Waren zu entwickeln? *Selbstverwaltung* hat mit dem Zusammenhang und dem Verwirrspiel der Mächte zu tun: Markt, Staat und herrschende Klasse. Eröffnet sie die Front gegen eine allein, droht sie von den anderen besiegt zu werden. Die Hauptgefahren sind der Reformismus, in dem die Selbstverwaltung vom Sozialismus abgeschnitten ist, und der Etatismus, in dem sie auf Partizipation und Erziehung von oben reduziert wird.

Gewiß liegen jugoslawische Selbstverwaltungseinheiten, Volvoarbeiter, polnische selbstbestimmte Gewerkschaften, algerische Kooperativen, Klassenkämpfe in Obervolta und Indien weit auseinander. Ihre Diskussion unter *einer* Fragestellung rückt sie aber in die Perspektive eines Zusammenhangs, ohne dessen Herstellung und Stärkung das weltweite Regime von Ausbeutung und Unterdrückung nicht besiegt werden kann. Das ist eine Art neuer Internationalismus, in dem sich die Abteilungen des Sozialismus in der Welt nicht in der Befolgung ein- und derselben Weisung ernstnehmen, sondern im Beratschlagen der verschiedenen und autonomen Wege. In dieser Art pluralistischem, der verfestigten Blöcke nicht ausschließenden, sondern übergreifenden »Plurilog«, in der Offenheit und Solidarität der Auseinandersetzung über die zentralen Fragen sozialistischer Strategie, liegt die Bedeutung dieses Forums in Cavtat. Es repräsentiert nicht nur die Blockfreiheit in der marxistischen Diskussion, sondern erlaubt auch einen veränderten Blick auf die innersozialistischen Kräfteverhältnisse. Was sonst, besonders in der Bundesrepublik, als staatsbewehrtes Übergewicht des Realen Sozialismus erscheint, kommt hier eher wie eine, wenn auch unverzichtbare, Sonderbildung vor, die vom großen Strom des Sozialismus — besonders in der Dritten Welt — positiv überholt werden kann. Eine leninistische Perspektive.

Ausgewählte Beiträge der Konferenz, u.a. von Anouar Abdel-Malek, Robin Blackburn, Ken Coates, Daniel Debatisse, Frank Deppe, Thomas Heilmann, Joseph Ki-Zerbo, Carl-Henrik Hermansson, Miloš Nikolić, Harry Magdoff, Bruno Trentin erscheinen demnächst als Argument-Sonderband AS 61: *Selbstverwaltung*. Internationale Sozialismus-Diskussion 1. Wieland Elfferding (Berlin/West)

33. Historikertag

Würzburg, 26. — 30.3.1980

Noch deutlicher als auf dem letzten Historikertag (vgl. *Das Argument* 113, S.118ff.) wurde sichtbar, daß Geschichte und Geschichtswissenschaft sich wieder im sicheren Besitz öffentlicher Anerkennung fühlen. In dieser Auffassung bestärkt wurden die Historiker dieses Mal durch den bayerischen Kultusminister, der ihnen den schwierigen Part, »die Welt zu interpretieren« (wohlgemerkt: nicht den — nach Maier — »leichteren«, sie zu verändern), antrug und im übrigen das beharrliche Festhalten Bayerns an der Eigenständigkeit des Schulfaches Geschichte allen anderen Bundesländern nachdrücklich als Vorbild empfahl. »Geschichte« präsentierte sich also in Würzburg mit »wiedererwachtem Selbstbewußtsein« (Bayer. Staatszeitung v. 3.4.80) als »etablierte Wissenschaft« (FAZ v. 31.3.80), sie zeigte sich »revitalisiert« und demonstrierte »saftige Fülle« (SZ v. 31.3.80).

Die thematische Breite des — mit rund 1600 Teilnehmern außerordentlich gut besuchten — Kongresses war zunächst beeindruckend: in 16 Sektionen mit rund 70 Einzelreferaten wurden alle chronologischen Bereiche europäischer und »außereuropäi-

scher« Geschichte sowie fachdidaktische Fragen behandelt; personen-, ereignis-, ideen-, struktur-, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Ansätze waren nebeneinander vertreten; Aktualitätsbezüge wurden ausdrücklich betont. Alles in allem schien der Historikertag damit bestens geeignet zu sein, dem vom scheidenden Vorsitzenden des Historikerverbandes G. A. Ritter formulierten Anspruch gerecht zu werden, nicht nur Anstöße für weitere Forschung zu liefern, sondern auch der breiten Öffentlichkeit einen Eindruck von der Arbeit der Historiker zu vermitteln und sie so vom Sinn und Nutzen der Geschichte zu überzeugen.

Allerdings warnte der, ebenfalls scheidende, Vorsitzende des Verbands der Geschichtslehrer sogleich vor einer »erheblich gesteigerten Erwartungshaltung an den Geschichtsunterricht«: Dieser werde zunehmend als »Reparaturbetrieb der Gesellschaft« für ihre individuellen und kollektiven »Nöte und Pannen« betrachtet. *Graßmanns* Kritik an entsprechenden staatlichen Richtlinien und Lehrplänen wurde von der Mehrzahl der Zuhörer beifällig aufgenommen. Da er zudem auch das Offenheits-Postulat nicht vergaß, konnte *Die Welt* (v. 31.3.80) beruhigt vermelden: Die »Tendenz eines zurückliegenden Jahrzehnts, sich der Geschichte agitatorisch als eines 'Steinbruchs der politischen Propaganda' zu bedienen«, sei nun »offenbar endgültig ermattet«.

Nach der Konsolidierung der eigenen Disziplin soll die Rettungsarbeit nunmehr auf andere Fächer ausgeweitet werden: Der Althistoriker *Christian Meier*, neugewählter Vorsitzender des Historikerverbands, empfahl mit der Forderung nach der Vermittlung einer umfassenden Kenntnis der deutschen Sprache sowie einer breiten literarischen Bildung einen diesbezüglich defizitären Deutschunterricht der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Die Überwindung der »Krise« der Geschichtswissenschaft kann jedoch die Existenz alter und neuer Probleme nicht verdecken. Demonstrativer Beifall für Beiträge, die auf personen-, ideengeschichtlich und/oder narrative Geschichtsschreibung orientierten — etwa: K. Bosl (»Die Wittelsbacher als Landesherren, Kurfürsten und Könige 1180-1918«); A. Heuß (»Weltreichsbildung im Altertum«); J. Fleckenstein (»Das Großfränkische Reich«) —, ist keinesfalls als allgemeine Wiederhinwendung zum alten deutschen Historismus zu werten, wie es tendenziell FAZ (v. 31.3.80) und expressis verbis Stuttgarter Zeitung (v. 1.4.80) vermuten. Forschungsorientierte Sektionen wie z. B. »Palästina als Problem regionaler und internationaler Politik von 1917 bis 1948«, »Soziale Probleme der Urbanisierung in der Industrialisierung« und »Die Weltwirtschaftskrise (1929/30) in Afrika, Asien und Südamerika« repräsentierten eine sozial- bzw. strukturgeschichtliche Vorgehensweise, verzichteten keineswegs auf Relevanznachweise, Identifikationsangebote oder Gegenwärtserklärungen, ließen die Notwendigkeit auch kontrafaktischer Betrachtungsweise erkennen und boten schließlich — unbeschadet möglicher Kritik — interessante, beachtenswerte Ergebnisse. Sozial- und strukturgeschichtlich orientiert sowie gegenwartsbezogen war außerdem auch der Schlußvortrag G. A. Ritters über »Staat und Arbeiterbewegung in Deutschland von der Revolution 1848/49 bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung«, in dem dieser erneut die Konzeption »Emanzipation der Arbeiterklasse durch Integration in den bürgerlichen Staat« (vgl. *Das Argument* 75, S. 104ff.) vertrat, das bis Ende der Weimarer Republik auf Seiten der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen vorfindbare Ausmaß an »Staatsferne« und Rezeption marxistischer Theorie im wesentlichen Fehlern und Versäumnissen staatlicher Politik (Repression, Reformunfähigkeit) anlastete, und damit zugleich historisch fundierte Handlungsanweisungen für gegenwärtige Politik anbot.

Die Verdrängung der Sozial- und Strukturgeschichte stand demnach nicht zur Debatte. Nachdem die Modernisierungskrise der traditionellen Geschichtswissenschaft durch die Integration der anfänglich als grundsätzlich oppositionell begriffenen und bekämpften »Historischen Sozialwissenschaft« überwunden wurde (vgl. *Das Argument*

113, S. 118ff.), gerät den Historikertagen gerade nicht die kontroverse Diskussion zwischen dort vertretenen Richtungen, sondern vielmehr deren eher spannungsloses, zum »Versöhnlichen« und »Ausgleichenden« (Stuttgarter Zeitung v. 2.4.80) tendierendes Neben- und Miteinander zum Problem: »Diskussionen waren in Würzburg selten, Kontroversen unbekannt« (FAZ v. 31.3.80).

Die Sektion »Deutsche Nachkriegsgeschichte nach 1945 — Neuaufbau oder Restauration« verwarf einträchtig das »Oder« zugunsten eines »Sowohl-Als-auch«, beschränkte sich auf die faktenreiche, isolierte Behandlung gesellschaftlicher Teilbereiche (Berufsbeamtentum, Rechtsordnung, Parteiensystem, Sozialversicherung, Wiederaufrüstung) und klammerte den — möglicherweise konfliktträchtigeren — Bereich der Wirtschaftsordnung als »in letzter Zeit überbehandelten« (M. Broszat) bewußt aus; die Nachfrage aus dem Publikum, ob die Tragfähigkeit der diskutierten Begriffe sich nicht erst auf der Ebene des gesellschaftlichen Gesamtsystems erweise, wurde von A. Mintzel sofort als unzulässige Verwendung von »Begriffen aus der polemischen Diskussion« zurückgewiesen. In der Podiumsdiskussion über »Offene Fragen in der Erforschung des Nationalsozialismus« vertraten A. Hillgruber, E. Jäckel und K.D. Bracher die These von der Alleinherrschaft Hitlers gegen den Widerspruch H. Mommsens und W. Schieders; im Kontext der Frage nach dem »historischen Ort des Nationalsozialismus« bestand K.D. Bracher auf der Totalitarismuskonzeption, während W. Schieder und H. Mommsen für die Subsumierung des Nationalsozialismus unter den Faschismus eintraten. Die Diskussion signalisierte mit der Verwendung von Begriffen wie »totalitärer Faschismus« eine Annäherung der Standpunkte. Die Bedeutung des Ganzen konnte zumindest der Presse nicht vermittelt werden: »Scheingefechte« attestierte *Die Zeit* (v. 4.4.80); »Pseudostreite sowie »intellektuelle Farce« konstatierte P. Diehl-Thiele in der SZ (v. 31.3.80) mit der Begründung, der Streit sei »mit Kommunisten und Linkssozialisten auszufechten«. Dem hielt W. Schieder entgegen, die erzielte Annäherung zwischen Totalitarismus- und Faschismusforschung sei »auch eine Antwort auf neomarxistische Faschismusforscher, die in ihrer anhaltenden Realitätsferne zur wissenschaftlichen Kooperation mit anderen Forschungsrichtungen nicht fähig sind« (Leserbrief, SZ v. 8.5.80).

Hier wird das entscheidende Dilemma dieses Historikertages zumindest benannt. Und auch am Rande des Kongresses wurde — mit anderen Intentionen als denjenigen Diehl-Thieles und ohne die polemische Schuldzuweisung Schieders — wiederholt bedauert, daß insbesondere marxistische Positionen nur zum Adressaten im- und explizit formulierter Kritik gerieten, selbst jedoch wiederum nicht öffentlich vertreten war. Die in dieser Zeitschrift (vgl. *Das Argument* 113, S. 121) bereits angeregte Diskussion darüber, ob und wie letzteres tatsächlich möglich ist, hat allerdings nach wie vor noch nicht begonnen.

Peter W. Reuter (Duisburg)



Commonwealth und Dritte Welt:
Afrika/Karibik.
Proletariat in Lagos. Black Nationalism.
Lyrik und Revolution in Südafrika.
Shakespeare in der Dritten Welt.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Erich Wulff

Zum Tod Franco Basaglias

Franco Basaglias Tod am 29.8.1980 ist ein schwerer Schlag für die gesamte Erneuerungsbewegung der Psychiatrie in Europa, die sich in den letzten 10 Jahren zunehmend an seiner Arbeit in Italien (Gorizia, Triest und zuletzt in Rom) orientierte.

Wie für die französischen Psychiatrie-Reformer (Bonnetfé, Daumezon, Tosquelles u. a.) war auch für Franco Basaglia der antifaschistische Widerstand der erste Anstoß zu dem späteren Werk. Als Partisan kämpfte Franco Basaglia gegen Terror und Unterdrückung. Als Psychiater ging er daran, die Entrechtung und Entwürdigung der psychisch Kranken in den Asylen schrittweise aufzuheben. Das Gesetz vom Mai 1978, das die Neuaufnahme psychisch Kranker in den Großkrankenhäusern verbietet und zum ersten Mal in der italienischen Psychiatrie-Geschichte die psychisch Kranken den körperlich Kranken gleichstellt, war die Krönung seiner jahrzehntelangen psychiatrischen und politischen Arbeit. Anfang 1980 war Franco Basaglia nach Rom gegangen, um die psychiatrische Arbeit der dortigen Region zu koordinieren und den gesetzlichen Voraussetzungen anzupassen. Als er starb, war diese Arbeit kaum erst begonnen.

Wie manche andere später sozial und politisch engagierte Psychiater war Franco Basaglia zunächst von der klassischen Psychiatrie zur phänomenologischen Anthropologie gelangt. Trotz aller irrationalen Versuchungen, denen er im übrigen nicht verfiel, postulierte diese psychiatrische Schule im Gegensatz zur traditionellen Psychiatrie, daß Sprache und Handeln auch des Wahnkranken vom Verständnis des Gesunden erreicht werden können. Damit erhob sie auch den moralisch-therapeutischen Anspruch, den »Irren« nicht alleine zu lassen, sondern ein Bündnis mit ihm zu schließen. Dieses Bündnis konnte darin bestehen, ihn zur gemeinsamen Sprache und zu gemeinsamem Handeln zurückzuholen; es konnte aber auch sich darauf beschränken, ihn in seiner Andersartigkeit zu respektieren. Franco Basaglia zog daraus die Folgerung, daß diese Andersartigkeit niemals ein Grund sein dürfe, die psychisch Kranken in die Asyle zu verbannen. Diese Verbannung mußte rückgängig gemacht werden. Er stellte aber zugleich auch die Frage, wie es zu einer solchen Verbannung der psychisch Kranken gekommen war und welche gesellschaftlichen Kräfte, welche ökonomischen Interessen und welche verbogenen Bedürfnisse sie bis heute aufrechterhielten. Damit fand er den Weg von der Phänomenologie zu einer materialistisch orientierten Analyse.

1961, mit 37 Jahren, übernahm Franco Basaglia die Leitung der Irrenanstalt von *Gorizia*, einem kleinen norditalienischen Städtchen, das vor 1918 der Donau-Monarchie angehört hatte. In 7 Jahren gelang es ihm dort, ein Asyl, das im Sinne *Goffmans* eine totale Institution mit praktisch vollständiger Entrechtung seiner Insassen gewesen war, völlig zu öffnen. Innerhalb der Anstalt gewannen die Insassen die Verfügung über sich selber nahezu vollständig zurück. Es gab keine verschlossenen Türen mehr, die anstaltsinterne Zwangsarbeit wurde abgeschafft, die Kranken konnten ihre Wünsche und Bedürfnisse auf den Stations- und Anstaltsvollversammlungen vorbringen. In dem Buch »Die negierte Institution«, in dem Franco Basaglia diese Arbeit dokumentiert, wird die Stimme dieser entrechteten Menschen, die vorher jahrzehntelang unter manchmal schlimmeren als gefängnisähnlichen Umständen vegetiert hatten, zum ersten Male vernehmbar: zunächst noch in ihrer Abruptheit und Unverbundenheit, in der ihre Bedürfnisse und Ängste laut wurden. Diese Öffnung brachte natürlich nicht mit sich, daß die aus ihrer Einsperrung befreiten Insassen nun plötzlich genauso sprachen oder handelten wie die »gesunden« Menschen ihrer Umgebung. Franco Basaglia und seine Mitarbeiter haben nie vorgegeben, die Öffnungen der Anstalten genüge, um die Patienten zu »heilen«, und ebensowenig, daß Etikettierung und Einsperrung die einzigen Ursa-

chen ihrer »Krankheit« seien. Aber sie haben gezeigt, daß die Einsperrung in Asyle weder aus Gründen der Sicherheit noch aus therapeutischen Gründen gerechtfertigt war: daß mit ihr Menschen, die sich den sozialen Normen nicht anpassen wollten oder konnten, aus dem Gesichtskreis der Mehrheitsbevölkerung gebracht worden waren, die einen solchen Anblick nicht ertragen wollte. In *Gorizia* mußte es bei der Öffnung des Irrenhauses nach innen bleiben. Die Entlassung der Patienten und damit die schrittweise Auflösung der Anstalt stieß damals noch auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Diese waren sowohl in der Gesetzgebung, als auch im Mangel eines sozialen Netzes begründet, das die aus der Anstalt herausdrängenden Kranken nunmehr auffangen konnte. Franco Basaglia und seine Mitarbeiter sahen, daß sie diese nächste Aufgabe der »Negierung« der Institution Irrenhaus nicht mehr in einem persönlichen Bravourstück durchsetzen konnten, sondern daß dazu eine geduldige politische Arbeit vonnöten war. Es mußten für ein solches Vorhaben Verbündete gewonnen werden; gleichzeitig ging es darum, die gesetzlichen Voraussetzungen, die in Italien noch von 1904 datierten (mit Ausnahme einiger weniger Modifikationen von 1968) grundlegend zu verändern. Um diese Arbeit möglich zu machen, initiierten Franco Basaglia und seine Mitarbeiter die Gründung eines Verbandes, der »Demokratischen Psychiatrie«. Die »Demokratische Psychiatrie« arbeitete hinfort auf mehreren Ebenen zugleich:

1. wurden lokale Bündnisse mit Gewerkschaften, politischen Parteien und reformfreundigen Verwaltungen gesucht und auch gefunden, vor allem, aber nicht ausschließlich, im sozialistisch-kommunistisch dominierten Mittelitalien. In Perugia, aber auch in Arezzo übernahmen frühere Schüler von Franco Basaglia die dortigen Irrenasyle, öffneten sie nach innen, setzten aber auch ihre schrittweise Auflösung durch. Franco Basaglia selber erreichte als erster 1976 die vollständige Auflösung des Irrenasyls von Triest.

Dabei wurden die psychisch Kranken nicht, wie konservative Psychiater hierzulande ohne jede Spur eines Beweises immer wieder behaupteten, einfach aus den Kliniken hinausgeworfen und sich selber überlassen. Gerade die politische Koalition, die mancherorts mit den Verwaltungen, aber auch mit Parteien und Gewerkschaften möglich wurde, erlaubte es, sowohl die notwendigen ambulanten Behandlungseinrichtungen zu schaffen (durch ein flexibles psychiatrisches Budget, das nun nicht mehr bettengebunden war), aber auch Wohngemeinschaften, Heime, aber auch Arbeitsmöglichkeiten für die entlassenen Kranken bereitzustellen. Kooperativen entstanden unter Anleitung früherer Krankenschwestern oder Sozialarbeiter der Asyle, die einem Teil der Kranken erlaubten, auch wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Für die anderen, die dazu nicht in der Lage waren, mußten die Gemeinden die Kosten des Lebensunterhaltes übernehmen. Auch die Familien sahen sich mit der Forderung ihrer nunmehr freigelassenen Angehörigen konfrontiert, sie wieder in ihren Schoß aufzunehmen. Das Elend, das sich in den Asylen versteckt hatte, kam nun wieder in die Gemeinde, zu den Familien zurück.

2. Damit dies möglich wurde, war Überzeugungsarbeit zu leisten: in den Familien, bei den Gemeindeverwaltungen, bei den Bewohnern der Orte, in denen sich die nunmehr in Auflösung begriffenen Asyle befanden. Diese Öffentlichkeitsarbeit, die zum Ziel hatte, die Menschen dazu zu bringen, die Andersartigkeit der früheren Patienten zu akzeptieren, wurde in beispielhafter Weise von der »Demokratischen Psychiatrie« geleistet. Manchem von uns ist noch der Film aus Parma in Erinnerung, wo durch Zusammenwirken mit den Gewerkschaften erreicht werden konnte, daß in einem Betrieb schwer-geistig Behinderte (Mongoloide) Seite an Seite mit »geistig gesunden« Arbeitern tätig sein konnten. Der Versuch, Ausgrenzung rückgängig zu machen, erstreckte sich bald auch auf die Schulen. Mancherorts in Italien wurden die Sonderschulen aufgelöst und die Behinderten nur auf dem Gebiet ihrer Behinderung durch fachkundige Lehrer besonders gefördert. In anderen Fächern blieben auch die behinderten Schüler im nor-

malen Klassenverband.

3. bemühte sich die demokratische Psychiatrie, die positiven Erfahrungen, die nunmehr verschiedenen Ortes mit der Auflösung von Großkrankenhäusern gesammelt worden waren, gesetzlich abzusichern. Dazu wurden — in Zusammenarbeit mit der »Demokratischen Magistratur« — Musterprozesse geführt, aber das Ziel war nicht nur eine veränderte Rechtsprechung, sondern eine neue Gesetzgebung. Im Gesetz 180, das im Mai 1978 in Kraft trat, wurde dieses Ziel, wenn auch noch nicht vollständig, so doch in wesentlichen Zügen erreicht. Zwangsinternierungen aufgrund von besonderer Gefährlichkeit psychisch Kranker wurde in diesem Gesetz ganz aufgehoben, die notwendigen Zwangsbehandlungen therapeutisch motiviert und auf effektive Notsituationen begrenzt. Zwangsbehandlungen psychisch Kranker wurden im übrigen mit notwendigen Zwangsbehandlungen somatisch Kranker (beispielsweise bei ansteckenden Leiden) gleichgestellt.

Die entwürdigende Zwangsentmündigung, die bisher aus psychiatrischen Gründen Internierte getroffen hatte, wurde aufgehoben. Der wichtigste Schritt des neuen Gesetzes war jedoch die Bestimmung, daß keine neuen psychiatrischen Krankenhäuser mehr gebaut und auch keine ersterkrankten Patienten mehr in die bestehenden psychiatrischen Krankenhäuser aufgenommen werden durften. Schrittweise sollten die noch bestehenden psychiatrischen Krankenhäuser — wie Triest — völlig aufgelöst werden, und psychisch Kranke nur noch auf Allgemeinstationen in Allgemeinkrankenhäusern, dort allerdings unter besonderer psychiatrischer Betreuung, stationär behandelt werden.

Bemerkenswert war dabei, daß dieses neue Gesetz im Parlament auf breite Zustimmung stieß, die sich bis hinein in die »Democrazia Christiana« erstreckte. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind in der Tat Zehntausende von psychisch Kranken aus den Asylen frei gekommen. An vielen Orten sind alternative Betreuungseinrichtungen, so mobile Kriseninterventionszentren in den Stadtteilen, entstanden. Gleichzeitig allerdings machte sich der Widerstand konservativer Ärzte und Politiker gegen das neue Gesetz bemerkbar, und die Versuche nahmen zu, die gesetzlichen Bestimmungen durch Einweisungen in private (in Italien zumeist klerikale) Behandlungseinrichtungen zu umgehen. So hatte der Kampf um die Verwirklichung des Gesetzes 180 bei Franco Basaglias Tod gerade erst begonnen. Als eine weitere Etappe dieses Kampfes sollte nun demonstriert werden, daß die Auflösung der Irrenanstalten nicht nur in den landwirtschaftlich-handwerklich dominierten Gegenden Mittelitaliens durchführbar ist, sondern auch in den Großstädten des Landes. Agostino Pirella, einer der wichtigsten Mitarbeiter Basaglias, ging nach Turin, Basaglia selber nach Rom.

Was ist nun das Charakteristische der Veränderungsarbeit an der Psychiatrie, die von Franco Basaglia und seinen Mitarbeitern in Italien geleistet worden ist? Auf theoretischer Ebene die Tatsache, daß sie den medizinisch-biologischen Aspekt, aber auch die psychoanalytische Perspektive, die die Ursache der Leiden der Patienten in Versagungen und deren pathologischer Verarbeitung in der Kindheit lokalisierte, nicht einfach leugnete, wie etwa die Antipsychiatrie oder die Labeling-Theorie, sondern sie vielmehr nur in Parthese setzte. Ihr Ansatz war, zunächst irrationale institutionelle Zwänge aufzubrechen, denen die psychisch Kranken sich ausgesetzt sahen. In einem nächsten Schritt — und die mobilen Behandlungszentren unternahmen diesen nächsten Schritt bereits alltäglich — ging es darum, Aktualkonflikte in der Familie und am Arbeitsplatz zu klären. War dies geleistet, so war bei den meisten Patienten zumindest die aktuelle Krise überwunden. Erst wo dies nicht gelang, erst da wurde auf Psychoanalyse oder auf biologische Behandlungsmethoden zurückgegriffen.

Das zweite Charakteristikum der italienischen Psychiatrie ist ihre Insistenz auf die Institutionalisierung der Gewalt und auf den Kampf gegen sie. Die Institutionalisierung der Gewalt gegen Minderheiten ist nicht erst von Franco Basaglia entdeckt worden — er

war im übrigen auch weit entfernt davon, einen solchen Anspruch zu erheben. *Foucault, Goffman, Szasz* u. a. sind in der Theorie hier ein ganzes Stück weitergekommen. Franco Basaglia kann allerdings das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die objektiven und die subjektiven Mechanismen der Institutionalisierung der Gewalt (also diejenigen, die von der politischen Ökonomie und diejenigen, die von der Gruppenpsychologie beschrieben werden) miteinander in Beziehung gesetzt zu haben, ohne sie ineinander aufgehen zu lassen. Die Ehrlichkeit, in der beide Aspekte nebeneinander stehen gelassen werden, wo ihre Kausalität nicht eindeutig festzumachen ist — die Unmenschlichkeit der Interessendurchsetzung der kapitalistischen Ordnung ebenso wie die subjektive Unmenschlichkeit der Ausgrenzung von Minoritäten — hat mich immer wieder beeindruckt, wenn ich Franco Basaglias Texte las. Demgegenüber fällt wenig ins Gewicht, daß an manchen Stellen seine theoretischen Äußerungen in Richtung auf eine Konvergenztheorie repressiver Institutionen hinauslaufen, wobei die besonderen gesellschaftlichen Bedingungen vielleicht manchmal etwas zu kurz kommen.

Das Wichtigste jedoch an der Demokratischen Psychiatrie, die von Franco Basaglia inspiriert wurde, ist die Tatsache, daß sie mit politischer Umsicht und Klugheit sofort an ihre Veränderungsarbeit ging. Sie hat, im Interesse der psychisch Kranken, den »historischen Kompromiß« im Bereich der Psychiatrie ein Stück weit vorweggenommen. In Italien wurde nicht nur geredet, sondern es wurde etwas getan. Und es wurde gezeigt, daß dies bei einer vernünftigen Bündnispolitik auch möglich ist. Aber Bündnispolitik heißt hier nicht, die eigenen Forderungen langsam von unten nach oben hin geltend zu machen, bis sie schließlich auf der höchsten Entscheidungsebene auch akzeptiert und erfüllt werden können, sondern ihre gleichzeitige Verwirklichung auf allen Ebenen: vor Gericht, im Bereich der lokalen Verwaltungen, der Betriebe, bis hin zum Parlament. Wir haben daraus zu lernen, daß es nicht genügt, dafür zu werben, daß die Bundesregierung — oder wer auch immer — uns die Erlaubnis zu Veränderungen gibt, die wir diesen Instanzen geduldig vorschlagen, sondern daß wir, wenn nötig, auch unter Risiken, selber an die Arbeit zu gehen haben.



Gesellschaftliche Zielsetzungen
ärztlicher Ausbildung; Praktisches
Studienjahr; 2. Novellierung
der Approbationsordnung; Novellierung
der AO statt Studienreform.

SH 43

54 S.; 4,50 DM

Dokumentation

Kurt Steinhaus

Welche Westpolitik?*

Probleme des zukünftigen Verhältnisses der Bundesrepublik zu den USA und Westeuropa

I.

Aus der Sicht der herrschenden Kreise der Bundesrepublik ist die grundsätzliche Entscheidung für eine »Westorientierung«, wie sie bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gefällt wurde, unwiderruflich und ohne Alternative. Diese Haltung beruht auf der Erkenntnis, daß die Bundesrepublik mit einem Anteil von rund 5 % an der Weltindustrieproduktion (die entsprechenden Anteile des Deutschen Reiches am Vorabend des Ersten und des Zweiten Weltkrieges waren drei- bzw. zweimal so hoch!) keine Großmacht mehr ist (vgl. Steinhaus 1980, 50ff., 88ff.). Die expansionistischen Bestrebungen bundesrepublikanischer Politik, wie sie sich vor allem aus dem Festhalten an der Fiktion einer angeblich fortbestehenden »Einheit der deutschen Nation« ergeben, stützen sich wesentlich auf die Zugehörigkeit zur NATO und zur EG.

Dabei genießt das Bündnis mit den Vereinigten Staaten die höchste Priorität. Diese Konstellation hat sich aus der Spezifik des internationalen Kräfteverhältnisses in der unmittelbaren Nachkriegszeit ergeben, als allein die überragende militärische und ökonomische Stärke der USA die Möglichkeit zu eröffnen schien, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges im Sinne des deutschen Imperialismus zu revidieren. Die Orientierung auf eine solche Strategie führte folgerichtig zur Preisgabe grundlegender nationaler Interessen. So wurde die Einheit Deutschlands verspielt, und bis heute ist die offizielle bundesdeutsche Politik und Staatsdoktrin tiefst von der Unterordnung unter die »Schutzmacht« USA geprägt.

Hier liegt die entscheidende Ursache dafür, daß alle Bundestagsparteien der amerikanischen Regierung »Solidarität« auch dann versichern und erweisen, wenn diese bundesdeutsche und europäische Interessen völlig mißachtet. Daß im Weißen Haus mit Carter ein unberechenbarer politischer Abenteurer residiert, weiß man in Bonn sehr genau. Aber das hat die Bundesregierung bekanntlich keineswegs daran gehindert, etwa in der Frage der Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen auf westeuropäischem Territorium, des Olympia-Boykotts und der Iran-Sanktionen den Carterschen Konfrontationskurs einzuschlagen.

Die verheerenden Folgen dieser Politik sind deutlich zu erkennen. Wesentliche Ergebnisse der Entspannungspolitik sind gefährdet, die Beziehungen unseres Landes sowohl zur sozialistischen Staatengemeinschaft als auch zu den Entwicklungsländern werden auf das schwerste belastet. Nicht übersehen werden darf schließlich, daß die Bundesrepublik dadurch zunehmend in einen Gegensatz zu ihren westeuropäischen Nachbarn gerät: Die Vorreiterrolle bei der Vorbereitung und Durchsetzung des Brüsseler Raketenbeschlusses vom Dezember 1979 hat insbesondere in den kleineren westeuropäischen Ländern Widerstand hervorgerufen; in Sachen Olympiade hat das Drängen auf »Solidarität« mit Washington sogar zu einer weitgehenden Isolierung der Bundesrepublik in Europa geführt.

Man wird es in Bonn zur Kenntnis nehmen müssen: In Westeuropa ist ein Vasallen-Verhältnis zu den USA nicht mehr gefragt; eine bundesdeutsche Politik der Unterordnung europäischer unter amerikanische Interessen ist für unsere westlichen Nachbarn letztendlich nicht akzeptabel. Die Zeiten haben sich gewandelt. Vor allem hinsichtlich der Beziehungen zu Washington hat sich seit den 50er und 60er Jahren eine Reihe von Veränderungen vollzogen, deren Auswirkungen jetzt zunehmend hervortreten und die aller Wahrscheinlichkeit nach in den 80er Jahren noch weiter an Bedeutung gewinnen werden.

II.

Grundlegend geändert hat sich vor allem das Kräfteverhältnis USA-Westeuropa. Zum einen haben die Vereinigten Staaten ihre einstmals — ökonomisch wie militärisch — dominierende internationale Position eingebüßt. Zum anderen ist in Westeuropa ein neues, relativ eigenständiges Machtzentrum entstanden.

* Zuerst erschienen in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9 '80, 1053-1061.

Als Mitte der 50er Jahre die Römischen Verträge unterzeichnet wurden, hatte die »Europäische Wirtschaftsgemeinschaft« sechs Mitgliedsländer. Jetzt sind es neun, und der Beitritt von weiteren drei Staaten steht bevor.¹ Zunächst war dieses westeuropäische Staatenbündnis nicht viel mehr als eine Freihandelszone, inzwischen ist es jedoch zunehmend zu einem ökonomischen und politischen »Block« geworden. Und wenn die Probleme der heutigen EG auch sehr groß sind und die zwischen ihren Mitgliedern bestehenden Widersprüche — nicht zuletzt auch durch die regionale Erweiterung — teilweise beträchtlich zunehmen, so ist sie doch in weit stärkerem Maße als etwa in den 60er Jahren imstande, nach außen hin politisch relativ geschlossen aufzutreten.

Um 1950 machte das industrielle Potential der späteren sechs EWG-Gründungsmitglieder weniger als ein Drittel des amerikanischen aus. Ende der 70er Jahre produzierte die Industrie von neun EG-Mitgliedern schon fast 70% so viel wie die US-Industrie, bei Einbeziehung der drei nächsten Mitgliedsländer würde diese Zahl auf über 75% ansteigen (vgl. *Ekonomičeskoe položenie*, 21). Auch hat sich die »technologische Lücke« gegenüber den Vereinigten Staaten spürbar verringert. Die westeuropäischen Konzerne haben ihre Positionen — auf Kosten der US-Konzerne — wesentlich ausgebaut (vgl. *Institut*, 81ff.; »horizont« 10/1980, 8f.; »horizont« 15/1980, 4ff.). Ähnlich bedeutsame Verschiebungen lassen sich im Außenhandel sowie — besonders deutlich — im Währungsbereich feststellen. Der Dollar hat seine frühere Funktion als kapitalistische Leitwährung in den 70er Jahren weitgehend verloren. Vergleicht man etwa die Währungsreserven der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens mit denen der USA, so ergibt sich für das Jahr 1950 ein Verhältnis von weniger als 1 zu 4, für 1979 demgegenüber ein Verhältnis von gut 6 zu 1 (vgl. IPW-Forschungshäfte 7/1977, 163; OECD: Main Economic Indicators 12/1979, 22f.). Das entspricht einer Veränderung etwa um den Faktor 25!

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die EG sowohl zwei Atomkräfte in ihren Reihen hat als auch über ein beträchtliches konventionelles Militärpotential verfügt: 1962 machten die Truppenstärken der sechs EG-Länder weniger als zwei Drittel der amerikanischen aus; demgegenüber verfügten 1979 die neun EG-Länder über mehr als 95% der Truppenstärke der USA — bei 12 EG-Ländern wären es sogar fast 125% (vgl. The Institute for Strategic Studies, 25; The International Institute for Strategic Studies, 5ff.).

Mit diesen Veränderungen des ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisses hat sich der politische Handlungsspielraum Westeuropas gegenüber den USA wesentlich vergrößert. Zugleich haben sich in bezug auf die Beziehungen sowohl zu den sozialistischen Staaten als auch zu den Entwicklungsländern zunehmend unterschiedliche Interessenlagen herausgebildet.

In Westeuropa ist die Zustimmung nicht nur der werktätigen Bevölkerung, sondern auch innerhalb der herrschenden Klasse zur Entspannungspolitik stärker als in den USA. Das letztere erklärt sich nicht nur aus der zunehmenden Erkenntnis, daß Westeuropa einen Atomkrieg nicht überleben würde. Auch aus ökonomischen Gründen ist die »materielle Interessiertheit« der europäischen Bourgeoisie an der Entspannung deutlich ausgeprägter als die der amerikanischen: 1977 war z.B. der »Osthandel« der EG mehr als achtmal so groß wie der der USA (vgl. Statistisches Jahrbuch für die BRD 1979, 651f.).

Was das Verhältnis zur Dritten Welt angeht, so war etwa 1977 das Außenhandelsvolumen der EG mit dieser Staatengruppe mehr als 40% höher als das der USA (vgl. ebd.). Vor allem ist Westeuropa viel mehr als die Vereinigten Staaten auf Roh- und Brennstoffeinführen aus den Entwicklungsländern angewiesen (vgl. *Institut*, 315, 317). Der EG fehlen die Möglichkeiten für eine Kanonenboot-Politik großen Stils, sie hat ein vitales Interesse an der ungestörten Aufrechterhaltung der überseeischen Waren- und Kapitalströme.

III.

Die enormen Veränderungen des Kräfteverhältnisses innerhalb der kapitalistischen Staatenwelt sowie die Herausbildung unterschiedlicher außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Interessenlagen haben in Westeuropa den Einfluß jener Kräfte gestärkt, die auf mehr Eigenständigkeit gegenüber den USA pochen. Besonders ausgeprägt ist das in Frankreich der Fall, dessen herrschende Kreise durch das Ausscheiden aus der militärischen Kommandostruktur der NATO bereits 1966 diesbezüglich deutliche Signale setzten.

Natürlich ist die Bundesrepublik aufgrund ihrer nach wie vor revisionistischen außenpolitischen Zielsetzung, nicht zuletzt aber auch wegen der Nichtverfügbarkeit eigener Kernwaffen, in einer wesentlich anderen Lage als Frankreich. Jedoch stellt sich auch für die herrschenden Kreise der Bundesrepublik die Frage, ob den eigenen Machtinteressen und -ansprüchen durch eine stärkere

Orientierung auf die EG nicht mehr gedient ist als durch die Aufrechterhaltung eines fast totalen Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber den USA. Als deren »Juniorpartner« kann die Position der Bundesrepublik immer nur zweitrangig sein — in Westeuropa zeichnen sich demgegenüber durchaus »günstigere« Perspektiven ab:

In dieser Region hat sich der deutsche Imperialismus eine beachtliche Machtposition geschaffen. Ende der 70er Jahre verfügte er z. B. über ein Industriepotential, das nur noch um etwa 15 % unter dem des französischen und britischen Imperialismus zusammen lag. Dieser Abstand ist nicht nur wesentlich geringer als 1950 (57 %), sondern auch kleiner als 1913 bzw. 1937 (24 % bzw. 26 %). Daten aus anderen Bereichen der Ökonomie (Waren- und Kapalexport, Außenwert der Währung, Devisenreserven etc.) lassen ein ähnliches Bild erkennen (vgl. Steinhaus, 71ff.). Dazu kommt, daß die Bundesrepublik — nimmt man die konventionelle Rüstung als Maßstab — inzwischen auch die stärkste westeuropäische Militärmacht geworden ist (vgl. ebd., 78ff.).

Seine Wirtschaftskraft und seine militärische Stärke eröffnen dem BRD-Imperialismus durchaus bestimmte reale Möglichkeiten, innerhalb der EG eine führende Rolle zu übernehmen und damit auch das beträchtliche westeuropäische Machtpotential in den Dienst seiner spezifischen Expansionsinteressen zu stellen. Hier liegt ein wirksamer Anreiz, in Zukunft mehr auf die »westeuropäische Karte« zu setzen.

Eine wesentliche Rolle in diesem Zusammenhang kommt dem Streben nach Kernwaffen zu. Es war Franz Josef Strauß, der schon in den 60er Jahren seine Vorliebe für die westeuropäische Integration damit begründete, daß es »auf die Dauer nur eine Lösung (gibt), die der Bundesrepublik die wirkliche Gleichberechtigung mit vergleichbaren Partnern bringt, nämlich ein europäisches Atomwaffenpotential unter Kontrolle und Verfügungsgewalt einer europäischen Regierung« (Strauß, 102).

Zwar sind alle bisherigen bundesdeutschen Vorstöße in diese Richtung immer an einem strikten französischen Nein gescheitert. Im Sommer 1979 gab es jedoch erneut einen bemerkenswerten Vorschlag für eine bundesdeutsche Beteiligung an der »Force de frappe« — und zwar in Gestalt eines aufsehenerregenden Interviews hochstehender französischer Militärexperten. Die Tatsache, daß dieser Vorschlag kaum ohne Zustimmung höchster Regierungskreise erfolgt sein dürfte und ausdrücklich damit begründet wurde, nur bei Inanspruchnahme des bundesdeutschen Wirtschafts- und Finanzpotentials sei die Atommacht Frankreichs auf dem erforderlichen technischen Niveau zu halten, gibt dem ganzen Vorgang ein beträchtliches Gewicht.

Die entsprechenden Hoffnungen und Absichten reaktionärer militaristischer Kreise der Bundesrepublik hat besonders deutlich der Militärexperte der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ), Adelbert Weinstein, ausgesprochen. Weinstein frohlockt, daß Frankreich »der Kosten nicht mehr Herr« wird, und schlußfolgert: »Wir sollten also weiter aufmerksam nach Westen schauen. Vielleicht erscheint demnächst jenseits des Rheins ein praller offizieller Versuchsballon« (FAZ v. 30. 8. 1979).

Es ist gegenwärtig schwer vorstellbar, jedoch keineswegs für alle Zeiten auszuschließen, daß eine französische Regierung Bonn in der Kernwaffenfrage wesentlich entgegenkommt. Die Möglichkeit einer bundesrepublikanischen Beteiligung an der »Force de frappe« sollte jedenfalls für die Zukunft ebenso wenig völlig außer acht gelassen werden wie »eine atomare Dreiecks-Konstruktion Paris-Bonn-Washington« (ebd.). Hier liegen zweifellos sehr große Gefahrenmomente einer zukünftigen Intensivierung der westeuropäischen Integration, die sorgsam im Auge zu behalten sind.

IV.

Es gehört zu den bemerkenswerten Erscheinungen im politischen Leben der Bundesrepublik von heute, daß trotz einer beispiellosen antisowjetischen Hetzkampagne im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan die große Mehrheit unseres Volkes die Rückkehr zum Kalten Krieg, wie sie von der Carter-Administration betrieben wird, ablehnt. Im Februar 1980 stellte der Psychologie-Professor Hofstätter in der »Welt« verärgert fest: »Obwohl die Leute sich von den Russen bedroht fühlen und obwohl sie ihnen nicht glauben, plädiert eine hohe Majorität für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik (74 Prozent). Daß sich die Ostpolitik 'bisher gelohnt hat', meint jeder zweite (51 Prozent) und von den CDU/CSU-Anhängern immerhin noch jeder dritte (35 Prozent)«. (»Die Welt« v. 1. 2. 1980).

Augenscheinlich sind auch nicht wenige Bundesbürger zu der Erkenntnis gelangt, daß die »Solidarität mit den USA« eine sehr riskante Angelegenheit ist. Nicht zufällig beklagt der sozialde-

mokratische Verteidigungsminister Apel das Vorhandensein von »anti-amerikanischen Ressentiments« überall in der Gesellschaft« (»Der Spiegel« 18/1980, 42). Denn nach einer im März 1980 von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Repräsentationsumfrage sind von den Bürgern der Bundesrepublik

- 49% für und nur 29% gegen »mehr Eigenständigkeit der Bundesrepublik gegenüber den USA«;
- 52% gegen und nur 26% für eine »bedingungslose Anlehnung der Bundesrepublik an die Außenpolitik der USA«;
- 60% gegen und nur 24% für »die Stationierung von mehr und neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik« (ebd. 19).

Das, was in diesen Umfrageergebnissen zum Ausdruck kommt, ist natürlich nicht die Meinung der herrschenden Kreise. Allerdings ist auch dort die Haltung gegenüber den USA differenzierter geworden. Interessant in diesem Zusammenhang ist bereits, wie sich das in jüngster Zeit aufgrund der Erfahrungen mit der Carter-Administration in der bundesdeutschen Presse widerspiegelt. Bei aller Apotheke sind doch die kritischen Töne nicht mehr zu überhören.

In der FAZ werden beispielsweise die Kandidaten für die nächste Präsidentschaft der USA — Carter und Reagan, damals auch noch Kennedy — folgendermaßen charakterisiert: »Der Gedanke an weitere vier Jahre mit dem derzeitigen Bewohner des Weißen Hauses weckt in den europäischen Kanzleien Unbehagen. Zugleich verbindet niemand Hoffnung mit dem in jedem Sinne Letzten der Kennedys oder dem siebzighährigen Westernhelden der Republikaner.« (FAZ v. 8.4.1980)

Man beschränkt sich jedoch keineswegs auf die Klage, »daß sich aus 200 Millionen Amerikanern solche Auswahl darbietet« (ebd.). Man erkennt offensichtlich auch, daß die USA bei der Wahrnehmung ihrer Weltgendarmen-Rolle zunehmend auf Probleme stoßen. »Wer den Zustand der westlichen Welt im Frühjahr 1980 bedenkt, dem fallen zuhauf die Symptome eines Niedergangs ein« (ebd.), schreibt ein FAZ-Leitartikel im April 1980, und im Monat darauf jammert ein anderer, daß von der »Welt-Vormundschaft« der USA bereits im Übergang von den 60er zu den 70er Jahren »nicht mehr viel da (war): weder die Substanz noch der Wille« (FAZ v. 7.5.1980).

In einem Korrespondenten-Bericht der gleichen Zeitung über Afghanistan wird »aus asiatischer (?) Sicht« festgestellt, daß die »Führungsschwäche Amerikas kein vorübergehender, sondern ein struktureller Vorgang (sei). Weder die Erholung Carters noch die Wahl eines neuen Präsidenten würde daran etwas ändern« (FAZ v. 9.5.1980).

Und so umschreibt ein FAZ-Redakteur die mögliche Alternative: »Die Europäer müssen auf jeden Fall darauf gefaßt sein, daß Carters Außenpolitik nicht ein einmaliger Unglücksfall ist, sondern die durchaus typische erste Phase einer Epoche, in der Amerika andere, von Europa wegführende Wege beschreitet. Heftiges Bemühen der Europäer kann diesen säkularen Vorgang nicht aufhalten, sollte ihn aber doch so lange wie möglich bremsen. Die so gewonnene Zeit müßte Europa nutzen, um die so oft beschimpfte und dann doch wieder als selbstverständlich betrachtete und gratis genommene Vormundschaft Amerikas durch etwas anderes zu ersetzen. Reumütiges Nachdenken scheint schon im Schwange zu sein.« (FAZ v. 7.5.1980)

V.

Zu denjenigen, die darüber bereits laut »nachdenken«, gehört der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der in einem »Spiegel«-Gespräch immerhin folgende bemerkenswerte Formulierungen verwandte: »Westliche Solidarität ist wichtig, europäische ist besonders wichtig in dieser Lage ... Ich habe bewußt gesagt, wir müssen jetzt europäische Solidarität großschreiben. Diese muß dann natürlich wieder eingebettet sein in ein gutes, vertrauensvolles Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, schon wegen unserer speziellen Sicherheitsinteressen. (...) Ich möchte, daß unsere Politik so eng wie möglich eingebunden bleibt in die westeuropäische, in die mit Frankreich und unseren anderen westeuropäischen Partnern gemeinsam entwickelte Politik, die dann im Atlantischen Bündnis abzustimmen ist« (»Der Spiegel« 3/80, 23f.).

Fast zum gleichen Zeitpunkt schrieb der sozialdemokratische »Vorwärts«, beim »Drama der amerikanischen Politik« gehe es »um den verzweifelten Versuch der USA, ihre traditionelle Dominanzposition sowohl gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber den Bündnispartnern zurückzuerobern«. »Das Schlimme aber ist«, so der Politik-Professor und »Vorwärts«-Autor Zieburg, »daß den USA immer mehr die Instrumente zur Erreichung dieses Ziels entgleiten.« »Der Kern des Problems scheint darin zu liegen, daß die USA in ihrer Funktion als eine der beiden Weltführungs-

mächte in einer Art Identitätskrise stecken, weil die Kluft zwischen Anspruch und Mitteln immer größer wird« (»Vorwärts« 20/1980, 19).

Gerade angesichts der Abhängigkeit Westeuropas »in zwei existentiellen Bereichen«: »der Sicherheit und der Versorgung mit Rohstoffen« sei eine »bedingungslose Solidarität« mit den USA falsch: »Europa tut dem welthistorischen Auftrag des Westens(!) den besten Dienst, wenn es alle Kraft auf die Aufgabe konzentriert, seinen Handlungsspielraum gegenüber den USA zu vergrößern, was ja nicht bedeutet, die grundlegenden Gemeinsamkeiten aufzugeben, sie vielmehr voraussetzt. Die atlantischen Beziehungen bleiben für Westeuropa weiterhin prioritär. (...) Den eigenen Handlungsspielraum erweitern, bedeutet nichts anderes, als seine Abhängigkeit nach Maßgabe seiner Mittel zu reduzieren.« (ebd.)

Für die Redakteure der bundesdeutschen Massenmedien ebenso wie für die Führungen aller im Bundestag vertretenen Parteien genießt die enge Allianz mit den Vereinigten Staaten nach wie vor politischen Vorrang. Aber angesichts der unübersehbaren Widersprüche im Verhältnis USA-Westeuropa werden die Zweifel an den Perspektiven einer allzu einseitigen »atlantischen« Politik heute doch schon bemerkenswert offen artikuliert — übrigens auf beiden Seiten des Atlantik. »Die Zeit« im Mai 1980: »Sogar in der Bundesrepublik wächst neuerdings das Gefühl, daß bedingungslose Anlehnung an die Vereinigten Staaten nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann« (»Die Zeit« v. 2. 5. 1980, 1). Und die »New York Times« im gleichen Monat: »Was so aussieht, als wären es politische Querelen, sind viel wahrscheinlicher die Zeichen für tiefe strukturelle Gegensätze. Guter Wille allein oder neue Regierungschefs reichen nicht aus, das zu reparieren.« (zit.n.: »Die Welt« v. 23. 5. 1980)

VI.

So spricht manches dafür, daß unter den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik die Auseinandersetzungen zwischen »atlantischen« und »europäischen« Positionen, die bereits in den 60er Jahren eine gewisse Bedeutung erlangt hatten, in Zukunft verstärkt wiederaufleben werden. Im Wesen der Dinge wird es dabei um die begrenzte, aber doch wichtige Fragestellung gehen, inwieweit es für die Bundesrepublik möglich und sinnvoll ist, die Beziehungen vor allem zu Frankreich und zu den anderen westeuropäischen Staaten auszubauen — also die Relationen innerhalb der Gesamtheit der »westlichen« Bündnisbeziehungen zu verschieben.

Um es ganz deutlich zu sagen: Die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik werden auch in Zukunft an einem engen Bündnis zu den USA festhalten. Das schließt jedoch nicht aus, daß es mittel- und langfristig zu einer stärkeren Akzentuierung der Zusammenarbeit innerhalb Westeuropas kommt. Bis zu einem gewissen Grade ist das sogar wahrscheinlich. Niemand kann heute mit einiger Sicherheit voraussagen, wie ein solcher Entwicklungsprozeß verlaufen und zu welchen Ergebnissen er führen wird. Eins ist aber klar: die westeuropäischen Staaten und Völker werden sich auf die Dauer nicht damit abfinden können, daß über ihre Existenz und ihre Zukunft letztendlich in Washington entschieden wird. Die Möglichkeit, jederzeit in irgendwelche von den USA angezettelte Kriegsabenteuer hineingezogen zu werden, ist ein völlig unerträglicher Zustand.

Bei der jetzt aufgebrochenen Diskussion über das Verhältnis zu den USA dürfen die Völker Europas die Herrschenden und Regierenden nicht unter sich lassen. Die Unterordnung unter die Globalstrategie der USA, derzufolge Westeuropa in eine gegen die Sowjetunion gerichtete Raketenabschlußbasis verwandelt und damit zum Hauptschlachtfeld eines möglichen Atomkriegs gemacht werden soll, widerspricht elementaren nationalen und kontinentalen Interessen. Die europäischen Völker können Sicherheit lediglich durch Entspannung und Abrüstung gewinnen; eine Perspektive haben sie nur unter den Bedingungen der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Anmerkung

1 Gründungsmitglieder: BRD, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg; weitere Mitglieder nach dem Stand von 1980: Großbritannien, Irland, Dänemark; ab 1981: Griechenland; Beitragsverhandlungen laufen mit Spanien und Portugal.

Literaturverzeichnis

Steinhaus, K.: Auferstehung einer Großmacht? Zum Problem der Kontinuität des »alten« und »neuen« deutschen Imperialismus. Köln 1980.

Ekonomiceskoe polozenie kapitalisticeskich i razvivajuscichsja stran. Obzor za 1978 g. i nacalo 1979 g. Beilage zu: *Mirovaja ekonomika i mezunarodnye otnosenija*, 8/1979, Moskau.

Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR und Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der UdSSR: Westeuropa in der heutigen Welt. Berlin/DDR 1979.
IPW-Forschungshefte 7/1977: Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen.
The Institute for Strategic Studies: The Communist Bloc and the Western Alliances. The Military Balance 1962/1963, London 1962.
The International Institute for Strategic Studies: The Military Balance 1979/1980. London 1979.
Strauß, F.J.: Entwurf für Europa. Stuttgart 1966.

Zur Diskussion über sozialistische Strategie

Überlegungen von ehemaligen SEW-Mitgliedern

Wir dokumentieren in Auszügen ein Referat, das auf einer Tagung (11./12. Juli 1980) von verschiedenen aus der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) ausgetretenen bzw. ausgeschlossenen Gruppen als Diskussionsgrundlage diente.

Wir wissen, daß wir selbst weder die alternative politische Partei gründen noch uns als ihre Keimzelle begreifen können. Aber wir halten eine sozialistische bzw. kommunistische Partei für notwendig und die vorhandene für unfähig, den anstehenden Aufgaben gerecht zu werden.

Wir wollen in der Perspektive einer solchen Partei handeln, die unserer Meinung nach jedoch nur aus der sozialistischen Bewegung insgesamt entstehen kann. Dazu brauchen wir aber heute schon einen eigenen produktiven, organisierten Zusammenhang, für den wir uns also auch eigene Verbindlichkeiten schaffen müssen.

In diesem Referat werden bei dieser Aufgabenstellung also vor allem für uns offene Fragen, Probleme und Aufgaben im Vordergrund stehen — neben Einschätzungen zur politischen Lage in der BRD und Westberlin, die unseren bisherigen Diskussionsprozeß wiederzugeben versuchen. Diesen Diskussionsprozeß hat man in der Presse als eurokommunistisch bezeichnet.

Der Begriff Eurokommunismus kommt nicht aus den westeuropäischen kommunistischen Parteien selbst, sondern wird zur Bezeichnung der Strategie und Taktik z.B. der kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens, Schwedens, Großbritanniens u.a. ziemlich unterschiedslos verwendet. Wir verwenden ihn also eher als Hilfsbegriff für das, was wir anstreben.

Wir verbinden mit dieser Bezeichnung neue Ansätze einer marxistischen Strategie unter den Bedingungen hochentwickelter kapitalistischer Staaten mit einem ausdifferenzierten Staatsapparat und unterschiedlichen Formen parlamentarischer Demokratie. Wir verstehen unter *eurokommunistischer Politik* einen langfristigen Weg gesellschaftlicher Veränderungen zum Sozialismus, der sich auf die Formen der parlamentarischen Demokratie und des politischen Pluralismus einläßt. Wir verstehen darunter eine Politik, die um einen mehrheitsfähigen sozialistischen Konsens (d.h. Zustimmung) ringt und diesen durch entsprechende Masseninitiativen selbst hervorbringt.

Eurokommunismus bedeutet für uns die Abgrenzung von gescheiterten sozialdemokratischen Reform-Strategien ebenso wie von gescheiterten kommunistischen Revolutions-Strategien. Unter gescheiterten kommunistischen Revolutionsstrategien verstehen wir jene in den entwickelten kapitalistischen Staaten gescheiterten Auffassungen, die — verkürzt gesagt — von folgendem Modell ausgehen: zunächst einmal die politische Macht erobern und den kapitalistischen Staat zerschlagen, dann mit der gewonnenen Macht die Eigentümer der entscheidenden Produktionsmittel enteignen und im weiteren Verlauf der Geschichte die Menschen überzeugen, daß der Sozialismus gut für sie ist.

Diese Linie ist von der KPD in den Jahren von 1929 bis 1933 mit Konsequenz verfolgt worden. Die Arbeiterklasse erlitt 1933 eine entscheidende Niederlage — allerdings nicht nur wegen der Politik der KPD, sondern auch wegen der Ablehnung gemeinsamer Aktionen der KPD und SPD durch die Sozialdemokratie! Die deutschen Kommunisten haben die Erfolge der Faschisten nach 1945 jedoch nicht prinzipiell verarbeitet, sondern im wesentlichen ihre Politik der unmittelbaren Interessenvertretung und der »Aktionseinheit von unten« fortgesetzt. Und sie haben in ihrer politischen Theorie nicht mit einem Ökonomismus gebrochen, der alles politische und individuelle Handeln einzig und allein aus Klassenstandpunkten ableitet. Die Folge ist, daß bei den kommunistischen Kämpfern laufend Enttäuschungen über die »uneinsichtigen Arbeiter« produziert werden.

Wir stehen also vor dem Problem, das Scheitern traditioneller kommunistischer Interessenvertretungspolitik zu erkennen, die Aufgaben für eine neue kommunistische Politik jedoch erst noch entwickeln zu müssen. Wir müssen dabei aus verschiedenen Traditionslinien des Marxismus lernen, ein produktives Verhältnis zu den Vorschlägen anderer linker Organisationen entwickeln und den Anschluß an den Stand der Theorie und Praxis eurokommunistischer Parteien finden. Nicht nur die SEW, sondern auch wir haben hier noch erhebliche Defizite.

Uns fehlt insbesondere eine Theorie darüber, wie sich die Erfolge der Herrschaft der Bourgeoisie erklären, deren unvermeidlicher Untergang von Kommunisten ebenso oft gewissagt wurde, wie die ständige Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen. Wie also halten und stabilisieren die Herrschenden ihre Macht? Wie ist diese Hegemonie anders zu erklären als dadurch, daß die Massen erfolgreich manipuliert werden — ein für uns massenfeindlicher Erklärungsansatz? Der Begriff »Hegemonie«, der z.Z. innerhalb der Linken inflationsmäßig gebraucht wird, ist dabei für uns selbst erst noch fruchtbar zu machen — er bedeutet für uns vorläufig nur folgendes: Eine von Mehrheiten akzeptierte Herrschaft stützt sich auf die Zustimmung von Mehrheiten und nicht nur auf ökonomische und politische Gewalt. Wie diese Zustimmung organisiert ist und wird, müssen wir wissen, wenn wir selbst eine überzeugende sozialistische Politik machen wollen. Zur Zeit können wir eine diesen Anforderungen des politischen Kampfes und unseren Vorstellungen entsprechende politische Analyse dieser Gesellschaft noch nicht vorlegen; wollen aber mit dem beginnen, was wir erkannt haben und machen wollen.

1. Zur allgemeinen politischen und ökonomischen Lage

Auch wenn die BRD (und in wirtschaftlicher Hinsicht heißt dies für uns: einschließlich Westberlin) im Vergleich zu anderen kapitalistischen Industriestaaten heute relativ günstig dazustehen scheint, wird sie sich auf die Dauer nicht von der Entwicklung in anderen Ländern der EG und insbesondere in den USA abkoppeln können. Für 1980 und die folgenden Jahre sieht die OECD für alle entwickelten kapitalistischen Staaten deutliche Stagnationstendenzen und damit auch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit voraus.

Man kann davon ausgehen, daß diese Prognose die künftigen Entwicklungen eher unter- als überschätzt. In den letzten Jahren haben wir schließlich genügend Erfahrungen mit Prognosen der verschiedensten Institutionen gesammelt. Die sich bereits seit einigen Jahren rapide ausbreitende Automatisierung — und zwar in sämtlichen Produktionsbereichen! — wird zwangsläufig zu einem immensen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen führen. Diese Entwicklung bedeutet eine Herausforderung für die herrschenden Parteien ebenso wie für die gewerkschaftliche und demokratische Bewegung. Wenn es nicht gelingt, gesamtgesellschaftliche Lösungen durchzusetzen, werden sich die Probleme und Konflikte weiter zuspitzen und neue Formen sozialer Not entstehen. Auf der Tagesordnung steht eine *gesellschaftlich nützliche* Umverteilung von Arbeit genauso wie eine grundlegende Reform in der gesamten Bildungs- und Forschungspolitik (Stichwort: staatliche Technologiepolitik).

Wir stehen heute bestimmten ökonomischen und politischen Lösungsversuchen zu diesen aufbrechenden Konflikten gegenüber — genauer: weitverzweigten staatlichen Eingriffen einer SPD/FDP-Regierung in sämtliche Bereiche des sozio-ökonomischen Lebens und einer schrittweisen Abschaffung demokratischer Freiheitsrechte.

Ökonomisches Krisenmanagement ist dabei nur eine Form von Staatseingriffen. Eine andere — in unserer politischen Vergangenheit fast völlig vernachlässigte! — ist der politische und ideologische Zugriff staatlicher Instanzen auf die Gesellschaft. Wie wir die ökonomische Krise in ihrer politischen Austragungsform begreifen (und das heißt auch politische Krisen im herrschenden Block), davon hängt unsere Handlungsfähigkeit, die Handlungsfähigkeit der gewerkschaftlichen und demokratischen Bewegung insgesamt ab.

Die bisherigen Instrumente kapitalistischer Krisenbewältigung greifen jedenfalls nicht mehr. Arbeitslosigkeit *und* Inflation werden zu Dauerproblemen. Die Mechanismen der internationalen Währungsregulierung versagen und die Inflation erreicht in den meisten kapitalistischen Staaten wieder zweistellige Zuwachsraten. Welche Folgen das hat, beschreibt u.a. der Genosse Pietro Ingrao wie folgt:

»Die Bilanzen vieler Staaten weisen erschreckende Defizite auf und deshalb gelingt es der sogenannten 'Wohlfahrtspolitik' nicht, für Gebiete, die am Rande des Fortschritts stehen und für die Schichten der Bürger, die keine Aussicht auf eine stabile Beschäftigung haben, geeignete Auswege und Mittel zu finden.« Aber: »Die Krisen, die sich vor uns mit von Land zu Land verschiedener

Intensität entfalten, bedeuten weder den 'katastrophalen' Zusammenbruch des Kapitalismus, noch seinen Stillstand. Wir können schon die Antworten erkennen, zu denen die kapitalistischen Hauptgruppen greifen. Sie schreiten zu einer gigantischen Internationalisierung der Produktion mit neuen Verschiebungen in Gebiete Asiens, Lateinamerikas, des Arabischen Golfs, wo sie Arbeitskraft zu niedrigsten Kosten finden und ein niedriges Niveau politischer und gewerkschaftlicher Organisation. Die Multis wollen aus den wichtigsten Metropolen die 'Gehirne' der Produktion machen, indem sie die Handarbeit in bestimmte Peripherien der Welt dezentralisieren und die großen Fortschritte an sich reißen, das Monopol der fortgeschrittenen Technologie, die neuen Avantgarde-Sektoren der Industrie. So wurde ein harter Kampf begonnen um eine neue internationale Arbeitsteilung. Die Wirtschaftskriege, die militärischen Spannungen, die konservativen und ultraradikalen Vorstöße verschärfen sich.« (Das Argument 121, 325)

Diese erkennbare kapitalistische Strategie hat Folgen für das gewerkschaftliche Handeln: Lassen sich die Gewerkschaften darauf ein, dann organisieren sie sich erstens den Interessenkonflikt in den eigenen Reihen (so wehrte sich z.B. die Textil- und Bekleidungsgewerkschaft gegen Vorschläge aus den Reihen der IG Metall, arbeitsintensive Produktion aus Gründen der Effektivität der Wirtschaft der BRD ins Ausland zu verlagern!) und unterstützen zweitens die weitere Teilhabe der nationalen Arbeiterklasse an der Ausplünderung der Völker der dritten Welt. Auf diese Weise würde internationale Gewerkschaftspolitik gegen internationale Monopole blockiert. Welche Folgen für das spontane Bewußtsein der Arbeiter aus der langjährigen Nutznießung an der Ausbeutung anderer Völker längst alltäglich sind, muß endlich einmal kritisch bei einer Gewerkschaftspolitik bedacht werden, die internationale Solidarität erreichen will und muß.

Insbesondere die USA versuchen verstärkt, ökonomische und politische Einflusssphären in Europa wie der 3. Welt zu verteidigen bzw. zurückzugewinnen und scheuen dabei auch vor massivem Druck auf die ölproduzierenden Länder nicht zurück. Erinnerung sei hier nur an die Bildung einer »mobilen Eingreiftruppe« und das Hubschrauber-Fiasko in der persischen Wüste. Diese vor allem mit dem Namen Brzezinski verbundene Politik der USA und der — trotz Angeboten der sozialistischen Staaten zu Verhandlungen — durchgepeitschte NATO-»Nachrüstungsbeschluß« haben zu einem gefährlichen Klima der *internationalen Spannung* geführt. Vor diesem Hintergrund der Gefährdung der Entspannungspolitik müssen wir auch das Eingreifen sowjetischer Truppen in Afghanistan sehen. Niemand von uns wünscht sich den Sieg der afghanischen Mullah's und ihrer Verbündeten. Über den Stellenwert der afghanischen Revolution und die Notwendigkeit des Eingreifens sowjetischer Truppen gehen die Meinungen bei uns trotzdem auseinander. Einig sind wir uns allerdings darin, daß die Folgen dieses Eingreifens für den internationalen Entspannungsprozeß wie für die Entwicklungen auch in progressiven Staaten der 3. Welt weitreichender sind als dies aus Verlautbarungen der Sowjetunion erkennbar wird.

Die *nationale* politische Situation in der BRD und Westberlin ist unsicher. Wird es den zur Zeit Regierenden des herrschenden Blocks gelingen, ihre Führung zu behalten? Wird die sozial- und freidemokratische Politik des Abbaus demokratischer Rechte, der reduzierten Bildungsreform, der Kürzung von Sozialausgaben und der »Effektivierung« öffentlicher Dienstleistungen auch weiterhin eine Mehrheit der Bevölkerung überzeugen können? Oder läßt die Integrationskraft sozialdemokratischer Bildungs-, Mitbestimmungs- und Außenpolitik nach? Lassen sich Mehrheiten der Bevölkerung auf einen Rückzug aus der Perspektive nach »mehr Demokratie« und »sicherem Frieden« ein? Werden die Krisenerscheinungen schließlich gerade als Folgen sozialdemokratischer Politik und Perspektiven gesehen und werden sich die reaktionärsten Kräfte im herrschenden Block mit Anti-»Sozialstaats«-Parolen und dem gleichzeitigen Versprechen, »harter durchzugreifen«, durchsetzen können? Von der Beantwortung dieser Fragen hängt nicht nur ab, wie die nächste Bundesregierung aussieht, sondern auch, in welchem politischen Kräftefeld die Linke künftig arbeiten und wirken muß.

Die in der *CDU/CSU* organisierten konservativen bis reaktionären Kräfte haben mit Strauß den Repräsentanten ihres reaktionärsten Flügels zum Kanzlerkandidaten gemacht. Sie schlagen unter den Begriffen »Leistung«, »Privateigentum« und »Familie« ein Programm der gesellschaftlichen Umverteilung zugunsten der Besitzenden vor. Sie argumentieren, durch den Abbau »überhöhter« sozialer Leistungen und des »Sozialstaats« insgesamt sowie die Reprivatisierung weiter Teile der öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen funktioniere der Staat effizienter und billiger. Neben traditionellen Mittelschichten verfehlt dieses Programm auch bei Teilen der Lohnabhängigen nicht seine Wirkung. Außenpolitisch wird ein Konzept der Stärke vor allem gegen die sozialistischen Staaten (mit Ausnahme der VR China!) verfochten, ohne jedoch schon vollständig von der Entspannung abzurücken: die sogenannte »Strategie der begrenzten Spannung«.

Die *Sozial-Liberalen* unter Führung der SPD setzen innenpolitisch darauf, die gegenwärtigen Probleme durch die wiederkehrende »wirtschaftliche Gesundung« lösen zu können und bis dahin die Lage durch die »Gleichverteilung der Krisenlasten« unter Kontrolle zu halten. Außenpolitisch halten sie zwar weiter an der Politik der Entspannung fest. Durch die starke Anlehnung an die Politik der USA ergeben sich jedoch immer mehr Probleme, die die Realisierung der Entspannung (Abrüstung, wirtschaftliche Zusammenarbeit etc.) gefährden müssen. Die SPD verfügt über kein festes und haltbares Reformprogramm — ganz zu schweigen von der FDP, deren rechter Flügel um Genscher langsam Absetzbewegungen von der Koalition zu machen scheint. Auch dadurch besteht die Gefahr einer weiteren Rechtsentwicklung und ist auch bei einer Niederlage von Strauss bei der Bundestagswahl keineswegs vom Tisch!

Unser Verhältnis zur SPD ist jedoch mit dieser Einschätzung keineswegs zureichend beschrieben. Die Sozialdemokratie ist eine Strömung der Arbeiterbewegung, die in der BRD und Westberlin für viele die Arbeiterbewegung schlechthin ist. Das Verhältnis zur Sozialdemokratie und ihren Mitgliedern und Wählern ist für uns eine nach wie vor wichtige Frage — sowohl in der gewerkschaftlichen Arbeit als auch bei allen aktuellen politischen Auseinandersetzungen.

Sowohl in einer Reihe von Gewerkschaften als auch in verschiedenen neuentstandenen sozialen Bewegungen ist das *demokratische und antikapitalistische Potential* stärker geworden. Die Linke ist jedoch weiterhin programmatisch und organisatorisch zersplittert. Die vier wichtigsten Konzepte der letzten Jahre sind dabei als solche mehr oder weniger in der Sackgasse gelandet (was nicht bedeutet, daß einige ihrer wesentlichen Elemente nicht im positiven Sinne aufhebbar sind):

- Die *Jusos* sind trotz »Doppelstrategie« und dadurch erreichten vereinzelter Erfolge keineswegs die SPD der 80er Jahre;
- die basisdemokratische Strategie vor allem des *SB* hat es bislang nicht vermocht, »sozialistische Inseln« inmitten der kapitalistischen Gesellschaft zu schaffen;
- die Strategie der *DKP/SEW* des Bruchs mit der kapitalistischen Gesellschaft, ihrer einfachen Negation, der Erringung der Staatsmacht, ohne an den materiellen und ideologischen Elementen der Vorbereitung des Sozialismus schon in dieser Gesellschaft anzuknüpfen, hat nicht gegriffen;
- die Politik »Klasse gegen Klasse«, Basis gegen Führung, revolutionärer Wille gegen den Rest der Welt der *Maoisten* ist völlig gescheitert.

An dieser Stelle auch einige Worte zur Entwicklung im *DGB* und seinen Einzelgewerkschaften. Verstärkt werden dort prinzipielle politische Konflikte über Ziele und Aufgaben ausgetragen (Hat der *DGB* eine Gestaltungs- oder eine Integrationsaufgabe?), über sich widersprechende Zielsetzungen (Sicherung der Arbeitsplätze contra Friedenspolitik und Abbau der Rüstungsproduktion, Sicherung der Arbeitsplätze contra Umweltschutz), über Kampfformen (betriebs- oder gesellschaftsbezogen?), über die Formen der eigenen Organisation (Stichwort »Stellvertreterpolitik«). Aber den Streit über das neue *DGB*-Grundsatzprogramm führen die Funktionäre der Arbeiter fast völlig unter sich.

Und doch wird in diesen Auseinandersetzungen über den Gehalt der Einheitsgewerkschaft und über innergewerkschaftliche Demokratie mit darüber entschieden, ob und wie das in den vergangenen Jahren entwickelte Widerstandspotential von Betriebsarbeitern produktiv von der Gewerkschaftsbewegung aufgenommen wird. In ihren praktischen Kämpfen stoßen die Gewerkschafter auf die Grenzen reiner Lohn- und Arbeitsplatzstrategien genauso wie auf die Grenzen eines lediglich betriebsbezogenen Handelns. Kaum eine Konferenz über Automatisierung und Rationalisierung vergeht, auf der nicht Betriebsräte und Vertrauensleute ihren wachsenden Bedarf an gesamtgesellschaftlichen Strategien anmelden. Diese strategischen Konzepte müssen innerhalb der Gewerkschaften diskutiert und Konflikte ausgetragen werden. Dabei ist allerdings nicht zu verkennen, daß Konflikte auch mit dem bisherigen Selbstverständnis als Einheitsgewerkschaft entstehen können, das sich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner des Lohnkampfes entwickelte. Ohne die Angriffe von rechts auf die Einheitsgewerkschaft, die den *DGB* auf seine Integrationsrolle festklopfen wollen, zu unterschätzen, sind hier auch für die Linke neue Überlegungen notwendig.

Zurück zu »neuen« politischen Alternativen. Die *Grünen* bzw. verschiedene alternative und bunte Listen bieten zwar Ansatzpunkte für die Durchsetzung einer antikapitalistischen Politik, verfügen jedoch unserer Meinung nach über keine tragfähige alternative Konzeption zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die auch relevante Teile der Arbeiter und Angestellten mittragen könnten. »Um des lieben Friedens willen« wurden zulange Probleme ausgeklammert und Zuge-

ständnisse an antigewerkschaftliche Positionen gemacht. Eine Politik, die selbst ein qualitatives Wirtschaftswachstum ablehnt und Sparmaßnahmen im Sozialhaushalt befürwortet, ist für uns unannehmbar — auch wenn wir nicht verkennen, daß sie nur von einem Teil der »Grünen« verfochten wird. Die »Grünen« bzw. alternative Gruppen repräsentieren wesentliche Teile jener neuen sozialen Bewegungen, die die Möglichkeit eines neuen, großen »Fortschrittsblocks« bieten. Sie stellen dabei Anforderungen, auf die die traditionellen linken Parteien und Organisationen bislang nur eine unzureichende Antwort gefunden haben: nach Freiheit, Kreativität und Selbstentfaltung, nach der Verwirklichung individueller Bedürfnisse. Mißtrauisch und aufgebracht gegenüber Parteien, Parlamenten und Verwaltungen nehmen sie ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände. Vom Anspruch und den Kampfformen der Bürger- und Mieterinitiativen, der Frauenbewegung, der Ökologiebewegung, der Anti-AKW-Gruppen, des alternativen Gesundheitstages, des Netzwerks etc. ist zu lernen.

Zwischen all diesen linken Kräften beginnt ein vorsichtiger Dialog (u. a. im Zusammenhang mit der »Sozialistischen Konferenz«, aber auch bei der »Volksuniversität« oder der »Sommeruniversität« der Frauenbewegung); finden ansatzweise gemeinsame Aktionen statt (z. B. gegen den »Weißen Kreis« und die Stadtpolitik des Senats, im Kampf gegen Rechts, bei Aktionen für Frieden und Abrüstung, beim Kampf gegen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei). Diese Ansätze müssen weitergeführt werden. Denn erst eine sozialistische Politik, die in *positiver Programmatik* Antworten auf die gesellschaftlichen Probleme geben kann, wird in der Lage sein, das »nolens-volens-Einverständnis« der Mehrheit der Bevölkerung (und das heißt vor allem der Arbeiter und Angeestellten!) mit den bestehenden Verhältnissen zu durchbrechen.

Sozialistische Politik steht vor der Aufgabe, die Hegemonie des herrschenden Blocks der Bourgeoisie, d. h. der herrschenden Klasse, ihrer Verbündeten und politischen Formationen und ihre ideologische und kulturelle Führung zu überwinden. Die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zum bestehenden Gesellschaftssystem läßt sich nicht mit den Wirkungen von Repression, Manipulation und »Verschleierung der wahren Machtverhältnisse« hinreichend erklären — wäre es so, käme sozialistische Politik mit Gegengewalt und Aufklärung aus. Aber so oft Sozialisten und Kommunisten »alle Schleier beiseite rissen« — die Arbeiter und das Volk haben immer noch mehr gesehen als das profitiergende Kapital und die unterdrückende Staatsgewalt.

Die einfache Zerschlagung der ganzen Staatsmaschinerie, von staatlichen, privaten und kirchlichen Organisationen und Institutionen, vom Parlament bis zum Sportverein, kann in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten nicht erfolgreich sein. Es muß vielmehr untersucht werden, wie die freiwillige Zustimmung der Beherrschten zum vorhandenen System der Klassenherrschaft zustandekommt; wie es der Bourgeoisie auch in Perioden ökonomischer und politischer Krisen gelingt, ihre Hegemonie zu sichern. Eine neue sozialistische Politik muß in den vorhandenen Arbeitsfeldern genauso wirken und sich entwickeln wie beim Aufbau neuer alternativer Formen und Praxis. Nicht eine Fremdbestimmung der Menschen, sondern ihre Selbstregierung ist unser Ziel.

Insgesamt müssen wir selbst hegemoniale Politik, also den Kampf um die ideologische und kulturelle Führung als Voraussetzung sozialistischer Umgestaltung betreiben. Sozialistische Politik steht vor der Aufgabe, über einen Klärungs- und Vereinheitlichungsprozeß der linken Ansätze und Strömungen — in dem es keinen per Definition existierenden Führungsanspruch gibt und geben kann! — eine *politische Alternative* zum staatsmonopolistischen Kapitalismus zu formulieren und praktisch in die Politik einzugreifen. Gebunden ist diese Aufgabe an eine umfassende Ist-Analyse und eine breite Diskussion über Ziel und Strategie.

Notwendige Bedingung dafür ist jedoch, daß in verbindlichen Arbeitszusammenhängen, organisiert und theoretisch abgeleitet, Politik *betrieben* wird — um sowohl der Gefahr des Seminar-Marxismus wie des Pragmatismus zu begegnen. Wir verstehen uns dabei als eine Gruppe der Linken, die zusammen mit allen Interessierten diesen Versuch macht. Nur über die gemeinsame Klärung strittiger Positionen können schließlich weitere organisatorische Schlußfolgerungen gezogen werden. Neben anderen linken Gruppen und Organisationen leisten wir so unseren Beitrag zur Herausbildung einer umfassenden linken Organisation / Partei, die den Erfordernissen des Kampfes in Westberlin — und der BRD — entspricht.

2. Unsere Erfahrungen mit einer traditionellen Organisationsform der Arbeiterbewegung

Welche theoretischen und praktischen Überlegungen haben uns zur jahrelangen Mitarbeit in einer Partei bewogen? Auch wenn hier noch manches aufzuarbeiten ist, gelten einige davon auch

nach dem Austritt oder Ausschluß aus der SEW weiter. Für eine linke Politik in der Perspektive gesamtgesellschaftlicher Veränderungen halten wir nach wie vor für wichtig

- die Sicherung der Langfristigkeit des Kampfes;
- die Diszipliniertheit und Einheitlichkeit des *Handelns*;
- die Vermeidung der Gefahr, einzelne Fragen und Kampfformen zu verabsolutieren;
- die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für alle Bereiche.

Dennoch besteht immer die Gefahr einer »Stellvertreterpolitik« und einer Verselbständigung des zentralen Apparats, der organisatorisch auch dann noch hervorragend funktioniert, wenn er längst den Kontakt mit den Menschen und ihren Fragen verloren hat (das trifft übrigens nicht nur für Parteien, sondern auch für Gewerkschaften zu). Dieses Problem läßt sich auch nicht durch den Verweis auf die Praxis anderer westeuropäischer kommunistischer Parteien lösen — auch die KPI hatte in den letzten Jahren erhebliche Schwierigkeiten beim Aufgreifen der Fragen neuer sozialer Bewegungen!

Wir schätzen für uns ein, daß wir in den letzten Jahren einiges verlernt haben und unsere politische Sensibilität gelitten hat. Stichpunktartig sei hier angeführt, was wir wieder lernen müssen:

- Entwicklung der Entscheidungskompetenz aller;
- basisdemokratische Entscheidungsprozesse *vor* dem gemeinsamen Handeln;
- ständige Überprüfung der eigenen Praxis und Verarbeitung neuer und widersprüchlicher Prozesse, die im Widerspruch zu scheinbar »gesicherten Erkenntnissen« stehen;
- Aufgreifen neuer Fragen (z.B. alternative Lebensformen, Frauenbewegung, Rechte von Minderheiten) und spontaner Widerstandsformen;
- Entwicklung einer Strategie und Taktik, die ökonomische, politische und ideologische Veränderungen berücksichtigt.

Ob der *demokratische Zentralismus* die Form sein kann, die beiden Aufgaben gerecht wird, ist unter uns noch nicht ausdiskutiert. Was wir aber auf alle Fälle vermeiden und verhindern wollen, ist eine Organisation, die in ihrem Selbstverständnis vorgibt, ein Monopol für die Theorie und Wahrheit zu haben. Für die Veränderung der Gesellschaft sind Kreativität und subjektive Entfaltung der Individuen nötig, aber keine Politik in den Händen weniger, keine bürokratische Verflachung, keine gezähmten Hauselefanten. Wir brauchen Parteien, die sich als die Fördernden einer breit angelegten Emanzipation, einer Erziehung zur Selbstregierung, eines Strebens nach einer allgemeinen Synthese verstehen, die ständig mit den Massen gebildet und geprüft werden muß.

Das bedeutet aber auch, daß wir — auch wenn wir zum Erreichen des sozialistischen Ziels Parteien für notwendig halten — keiner ein Monopol zubilligen können. Wir kommen damit zu einem Problem, bei dem uns einige Genossen gesagt haben, so richtig sie vieles bei uns fänden, könnten sie uns da nicht mehr folgen. In einer der Erklärungen unserer Gruppen heißt es:

»Die parlamentarischen Traditionen entwickelter kapitalistischer Länder (Mehrparteiensysteme, parlamentarischer Wechsel der Mehrheiten, Bildung einer Opposition — also politischer Pluralismus) sind Kampfpositionen, die nicht zerschlagen, sondern mit neuen Inhalten weiterentwickelt werden müssen.«

Einige Genossen in der SEW werfen uns vor, von solchen Auffassungen zum Sozialdemokratismus sei es nur noch ein kleiner Schritt. Ob wir denn glaubten, den Sozialismus aufbauen zu können, wenn z.B. Franz-Josef Strauß alle politischen Möglichkeiten hätte, als Störfaktor zu wirken? Ob eine solche »Freiheit der Kritik« nicht zum Zerfall der neuen Ordnung führen müsse?

Haben wir mit der Forderung nach politischem Pluralismus tatsächlich den »Klassenstandpunkt« verlassen und uns sozialdemokratischen Positionen angenähert? Zunächst einmal gibt es einen wichtigen Unterschied. Sozialdemokraten stellen sich den Übergang zu einer neuen Gesellschaft — sofern sie am sozialistischen Ziel festhalten! — als geradlinige Verlängerung der Reformen vor, die hier und heute schon als Teilerfolge erreicht wurden. Wir glauben nicht an diesen bruchlosen Übergang. Auch bei Gewährleistung umfassender demokratischer Freiheitsrechte wird der Übergang zu einer neuen, nichtkapitalistischen Entwicklung auf den massiven Widerstand der Nutznießer der bisherigen ökonomischen Logik stoßen. Dies muß einkalkuliert werden, auch wenn wir unter einem »revolutionären Übergang« nicht mehr das romantische Bild von Arbeitern auf Lastwagen verstehen, die rote Fahnen schwenken.

Wir glauben sogar, daß unsere Konzeption eine entschiedenere Absage an Reformismus und Opportunismus enthält als die herkömmliche Revolutions- und Staatstheorie. Denn je mehr die Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung für alle Etappen des revolutionären Prozesses

notwendig ist, um so bewußter muß in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung das Ziel der Veränderung verankert werden, muß diese sozialistische Zielsetzung mit jedem einzelnen Kampf verbunden werden. Das aber bedeutet nicht weniger, sondern mehr klassenbewußte Orientierung. Das bedeutet unvermeidlich auch ideologische Konkurrenz zwischen reformistischen und konsequent sozialistischen Positionen, bedeutet ständig neue Überzeugungsarbeit statt einer Standpunktlogik, die so tut, als ob sie die Wahrheit gepachtet hätte und deshalb niemand mehr bewegt und zum Kampf anspricht.

3. Revolutionärer Weltprozeß und Friedenskampf

Als revolutionäre Strömungen im Weltmaßstab gelten in der kommunistischen Weltbewegung die sozialistischen Staaten, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staaten und die nationalen Befreiungsbewegungen. Abstrakt ist das sicher richtig. Aber damit ist noch nichts über den Weg der jeweiligen Veränderungen und die durchaus nicht unkomplizierten Zusammenhänge zwischen diesen 3 Hauptströmen ausgesagt. Damit ist übrigens auch noch nichts über das Verhältnis von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen in den kapitalistischen Staaten gesagt.

Das internationale Kräfteverhältnis hat sich in den letzten Jahrzehnten entscheidend verändert, wenn auch nicht durch eine sozialistische »Weltrevolution«, sondern durch revolutionäre Veränderungen in den verschiedensten Formen. Statt in den Zentren der kapitalistischen Welt siegte die Revolution 1917 in einem kapitalistisch erst teilweise entwickelten Land. Die folgende ständige Bedrohung durch ein unvergleichlich reicheres, technisch und ökonomisch überlegenes System verlich dem Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion spezifische Merkmale. Nicht nur der reale Sozialismus regierte und regiert in unser Gesellschaftssystem hinein, sondern umgekehrt auch der reale Kapitalismus in die sozialistischen Staaten. Der so eigentlich nicht gewollte Aufbau einer Rüstungsindustrie zu Lasten des Lebensstandards der Bevölkerung war und ist durch diese Konkurrenz der Systeme bestimmt.

Heute ist eine Vernichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung mittels Krieg nur noch um den Preis der Selbstvernichtung des Angreifers möglich. In Europa wurde der nach dem 2. Weltkrieg erreichte »Status quo« mit der Konferenz von Helsinki festgeschrieben. Der Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus hat jedoch längst die gesamte Erde ergriffen — auch die nationalen Befreiungsbewegungen der 3. Welt operieren nicht außerhalb dieses Gegensatzes. Die Erfolge dieser Befreiungsbewegungen beschränken zunehmend das Manövrierveld der Herrschenden in den kapitalistischen Staaten — auch wenn diesen wie in Chile vereinzelt »Rückeroberungen« in ihrem »ökonomischen Hinterhof« gelingen mögen. Angesichts des atomaren Vernichtungspotentials auf der Erde wächst jedoch bei solchen Auseinandersetzungen die Gefahr für die gesamte Menschheit — Beispiele mögen die Vorgänge im Nahen und Mittleren Osten sein, wo sich die USA und die Sowjetunion schärfer als in den letzten Jahren gegenüberstehen.

Über den Zusammenhang von Kapitalismus und Rüstungsindustrie brauchen wir hier in diesem Kreis kaum besondere Ausführungen zu machen, genausowenig wie über den theoretischen und praktischen Zusammenhang von Sozialismus und Frieden. Dennoch haben die meisten Menschen in Westberlin weniger Angst vor dem NATO-Nachrüstungsbeschluß als vor der »Gefahr aus dem Osten«, den SS 20-Raketen der Sowjetunion und der »roten Flotte« auf den Weltmeeren. Auch bei vielen Linken und den meisten Staaten der 3. Welt ist die bei der Verteidigung der Revolution in Angola noch begrüßte militärische Hilfe sozialistischer Staaten seit Afghanistan dem Verdacht gewichen, es gehe der Sowjetunion weniger um die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit der Staaten der 3. Welt als um deren Anschluß an den eigenen Block.

Uns scheint vor allem die Arbeit zu folgenden Fragen dringend:

- Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen und der militärischen Stärke der sozialistischen Staaten?
- Hat der Rüstungs- und militärische Bereich in den sozialistischen Staaten eine Eigenständigkeit erlangt, die ihm nach unseren sozialistischen Zielsetzungen nicht zukommen darf?
- Wie ist die Auflösung der Militärböcke zu erreichen?
- Wie ist eine Massenbewegung für gegenseitige Abrüstung zu erreichen (oder könnten es sich die sozialistischen Staaten heute leisten, einseitige Abrüstungsmaßnahmen einzuleiten)?

Eine Antwort auf diese Fragen ist unserer Meinung nach geeignet, der Mehrheit der Bevölkerung den Zusammenhang von Sozialismus und Frieden deutlicher als bisher zu machen und eine

wirkungsvolle Mobilisierung gegen den von der US-Regierung forcierten Rüstungswahnsinn zu erreichen.

4. Unsere Haltung zu den Staaten des »real existierenden Sozialismus«

Wir sehen mit dem »Kommunistischen Manifest« unser Ziel in einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«

Der Sozialismus ist eine historische Entwicklungsstufe auf diesem Weg, in der (Zitat aus dem »Kapitale) »der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten ... ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen.«

Sozialismus heißt für uns auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln

- Teilhabe und Kontrolle aller Produzenten an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens;
- institutionell abgesicherte Beteiligungs- und Freiheitsrechte;
- Pluralität verschiedener Auffassungen und Parteien.

Dies entspricht nicht der Realität in den heutigen sozialistischen Staaten. Die Gründe, die zur dortigen Entwicklung geführt haben, haben wir in unseren Erklärungen sowie an anderer Stelle dieses Referats angesprochen. Die Einschränkung sozialistischer Demokratie und individueller Freiheiten ist jedoch weder mit diesen äußeren Faktoren zu rechtfertigen noch lediglich auf die Person Stalins zu reduzieren. Die kommunistische Gesellschaft als Assoziation, in der die Freiheit *eines jeden* Bedingung für die Freiheit aller ist, stellt Kommunisten die Aufgabe, diese Freiheiten im gesamten Prozeß gesellschaftlicher Veränderungen weiterzuentwickeln. Wir kritisieren die sozialistischen Länder nicht wegen ihrer historisch bedingten Besonderheiten der Entwicklung, sondern dort, wo durch ihre Praxis Grundsätze und Ziele sozialistischer Politik verletzt werden.

Wir erkennen die große Bedeutung jenes historischen Bruchs an, der aus den Umwälzungen nach der Oktoberrevolution entstanden ist, die Herausbildung einer Alternative zur kapitalistischen Logik, den entscheidenden Beitrag der Sowjetunion beim Sieg über den Faschismus, die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen. Aber wir solidarisieren uns deshalb nicht blind mit Entwicklungen, die wir für Fehlentwicklungen halten und in Westeuropa vermeiden wollen.

Diese »kritische Solidarität« ist für uns die normale Arbeitsgrundlage unter Sozialisten — im Umgang untereinander ebenso wie im Verhältnis zu sozialistischen Staaten.

Unsere Aufgabe kann es nicht sein, Initiativen der sozialistischen Staaten jeweils propagandistisch zu unterstützen. Aber bestimmte, in kritischer Solidarität für richtig erkannte Initiativen zu unterstützen, liegt auch im wohlverstandenen Interesse der eigenen sozialistischen Bewegung. Wir halten das für eine der Voraussetzungen, einen eigenen nationalen Weg zum Sozialismus zu finden. Internationalismus und Solidarität müssen die verschiedenen Positionen und Erfahrungen der gesamten kommunistischen und antiimperialistischen Bewegung in einem gemeinsamen, konstruktiven Austauschprozeß einschließen.

Wir verstehen, daß Genossen, die von der Sowjetarmee vor dem Faschismus gerettet wurden und die damals nötige bedingungslose Solidarität mit der Sowjetunion gegen die faschistischen Armeen praktizierten, nur schwer zu einer solchen Sicht des Internationalismus finden können. Aber wir glauben, daß heute Schweigen und Scheinheiligkeit unter Kommunisten und Sozialisten ihre Beziehungen nicht stärken, sondern vergiften. Es geht nicht darum, die bürgerliche Propaganda nachzubeten, sondern darum, daß es für uns selbst notwendig und nützlich ist, sich immer wieder über die Frage des Wegs zum Sozialismus zu vergewissern. Die gesamte kommunistische und antiimperialistische Bewegung braucht keine diplomatischen Umgangsformen untereinander, sondern solidarischen Austausch der Erfahrungen und gegenseitige Kritik, um das gemeinsame Ziel zu erreichen.

Weil es sich hier um eine zentrale Frage handelt, fassen wir nochmals unsere Stellung zu den sozialistischen Staaten zusammen: Die Konkurrenz antagonistischer Systeme ist für die internationalen Auseinandersetzungen bestimmend. In der Frage von Krieg und Frieden, im Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus sind die sozialistischen Staaten ein entscheidender Faktor.

Durch bestimmte historische Entwicklungen bedingt, haben sich jedoch insbesondere in der Sowjetunion Formen der Ausübung der sozialistischen Staatsmacht herausgebildet, die wir keines-

wegs als »allgemeine Gesetzmäßigkeiten« anerkennen können. Das politische Modell der sowjetischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus sind für Westeuropa nicht schematisch übertragbar. Weil es innerhalb der 3 revolutionären Weltströmungen keine führende Rolle geben kann, schließt sozialistische Politik die Unterordnung unter einen Teil oder die Interessen einer Partei der revolutionären Weltbewegung aus.

In den sozialistischen Staaten sind jedoch grundlegende Voraussetzungen für die sozialistische Demokratie geschaffen worden. Ihre weitere Entwicklung ist nicht *unsere* Aufgabe — entsprechende Prozesse können nur durch Erfolge auf dem Weg zum Sozialismus in Westeuropa unterstützt werden. Antisowjetismus — und wir halten dort an diesem Begriff fest, wo es um die Abwehr bürgerlicher Kampagnen geht, die den Zerfall der Sowjetunion anstreben — gefährdet die internationalen Rahmenbedingungen eines demokratischen Weges zum Sozialismus in Europa. Die Linke kann kein Interesse daran haben, den innenpolitischen Zerfall der Sowjetunion zu betreiben, weil eine starke UdSSR für den internationalen Entscheidungsprozess notwendig ist und bleibt.

Interventionen

»Erstarrte Marx-Orthodoxie« oder »philosophischer Revisionismus«?

Hermann Engster aus Göttingen kündigte sein Argument-Abonnement mit folgender Begründung:

(...) Ich habe am Anfang viel gelernt vom »Argument«. Im Lauf der Zeit aber drängte sich mir zunehmend der Eindruck auf, daß ich mich in einem sterilen und kreisförmig sich in sich selbst drehenden Diskussionszusammenhang befinde. Ein paar Stichworte sollen dies charakterisieren: die erstarrte Marx-Orthodoxie; die stereotypen Kapital-Ableitungen; das Rekurrieren auf die ständig gleichen Theoreme; das Jonglieren mit denselben Begriffen; das mehr oder minder aufdringlich zur Schau getragene Bewußtsein, im Besitz des Steins der Weisen zu sein und alles ... besser zu wissen; die fehlende Bereitschaft, sich auf ein andres Denken einzulassen, wirklich von ihm lernen zu wollen und der daraus folgende Mangel an innovatorischem, neue Dimensionen eröffnendem Denken. — Da würd an überkommenen marxistischen Lehrsätzen wie an Glaubenssätzen festgehalten, ohne daß man sich bewußt macht (oder will man es nicht?), in welche fundamentale Krise sie geraten sind, z.B. die Beschwörung der Entfesselung der Produktivkräfte, deren implizite Destruktivität zwar gesehen, die aber schlicht als Sekundärproblem der Kapital-Logik betrachtet wird; extremes Beispiel für diese Borniertheit ist der Aufsatz von Massarrat in Arg.Heft 118, der mich mit seiner brutalen Ausplünderungsideologie gradezu angewidert hat. — Schließlich ist da noch die klobig, substantivisch verklumpte Wissenschaftssprache, ... die das »Argument« unlesbar macht. (...)

In den Materialien des V. Philosophie-Kongresses der DDR (»Dialektik des Geschichtsprozesses in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus«, Dietz Verlag Berlin 1980) liest man (S.323f.):

(...) Zur Notwendigkeit der Kritik pseudosozialistischer Theorien, die in Kreisen der fortschrittlichen Intelligenz in Berlin (West) wirken, sprach F. Stern (Berlin [West]), Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift der SEW »konsequent«. Stern ging davon aus, daß die ständige Reproduktion pseudosozialistischen Denkens in Westberlin vor dem Hintergrund der Ausstrahlungskraft der sozialistischen Gesellschaft ein objektives Erfordernis ist. (...) Stern analysierte zwei theoretische Zirkel, die jeweils um linksorientierte Zeitschriften gruppiert sind. Die Mitsreiter der Zeitschrift »Prokla« stellen die Frage nach der »Krise des Marxismus«, verneinen die Bedeutung der Eigentumsfrage für die Analyse des Imperialismus, bezeichnen den Marxismus-Leninismus als ökonomistisch, ersetzen Inhalte der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie durch bürgerliche Theorien. Ähnlich, so ergänzte Stern auf eine Anfrage von V. Wrona, argumentieren die Theoretiker des Kreises um die Zeitschrift »Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus«. Eine zweite Variante entwickelt die Zeitschrift »Argument«, wo der Versuch unternommen wird, der marxistisch-leninistischen Ideologie ein ganzheitliches theoretisches System entgegenzusetzen,

das sich auf die Traditionen des philosophischen Revisionismus stützt. Beide Varianten versuchen, die vermeintlich führende Rolle der Intelligenz zu begründen. Ihre Imperialismuskritik bleibt — da auf die Eigentumsfrage verzichtend — an der Oberfläche. Stern folgte, daß die philosophische Zurückdrängung dieser pseudosozialistischen Theorien notwendig sei, um Teile der Intelligenz für die Ideen der marxistischen Philosophie und damit für ein aktives Bündnis mit den Kommunisten zu gewinnen.

Eine Annotation und die Deutsche Demokratische Republik

Unerwartete Entrüstung hat die Annotation zu Antonio Gramsci »Zu Politik, Geschichte und Kultur« in Argument 122, S.622, ausgelöst. Rita von der Grün aus Berlin/West schreibt:

1. Ich würde es nicht wagen, eine derartige Arbeit (habe zwar erst eine Rezension bei Euch veröffentlicht) einzureichen. — 2. Polemik ist eine gute Sache, aber dann muß sie gekonnt gemacht sein! — 3. Wenn sich der Verfasser noch nicht einmal die Mühe macht, inhaltlich zu argumentieren, weder analysiert noch einen wissenschaftlichen Anspruch mit dieser Kritik verbindet, möchte ich wissen, was bei Euch in der Redaktion abläuft, wenn ihr die Texte redigiert. (Ist Euch dieser aus Versehen dazwischengerutscht?) — Ich habe »Das Argument« bisher für eine anspruchsvolle Zeitschrift gehalten und mich intensiv mit etlichen Texten beschäftigt. Ich komme mir aber langsam etwas veralbert vor, wenn ich in dieser Zeitschrift auf solche Schnitzer stoße. Ist das jetzt Eure Taktik, Euch mit DDR-Positionen auseinanderzusetzen? Dann setzt Euch aber auch gefälligst damit auseinander und laßt es nicht soweit kommen, daß man Euch nicht mehr ernstnehmen kann.

R. Kreuzberger aus Berlin/West schreibt uns:

(...) Man/Frau muß lange in vorhergegangenen »Argumenten« suchen, um eine solch formal kurze Besprechung zu finden! Bedenkt man dies bei der tatsächlichen Qualität dieser unglaublich wichtigen und erfreulich preiswerten Sammlung von Gramscis Schriften, so ist es völlig unverständlich, will man nicht Börsartigkeit und politische Kurzsichtigkeit unterstellen, wie, bei sonst üblicher und durchaus begrüßenswerter Besprechungs-Praxis im »Argument«, hier der Leser in des Wortes wahrsten Sinne »verarscht« wird! Ihr habt Euch einen recht schlechten Dienst erwiesen, ein »Versehen« darf man ja wohl hier nicht vermuten. Ihr schlagt den Sack und meint den Esel! Dies ist ein Stil, dessen Ihr gern in der Vergangenheit, und dies nicht mal immer zu Unrecht, andere bezichtigt habt. (...).

Als wir Heft 122 in Satz gaben, erschien das Buch gerade. Wir fanden es notwendig, die interessierten Leser sofort auf diese wirklich wichtige und erfreulich preiswerte Gramsci-Auswahl aufmerksam zu machen und bedienten die Form der Annotation. Nun haben wir noch einmal nachgelesen, wo der Rezensent »polemistert« und den »Sack schlägt«. Er schrieb: »Die in der DDR entstandene Auswahl von Schriften Gramscis stellt den Parteiführer ins Zentrum ... Relativ knapp wird dagegen der marxistische Theoretiker dargestellt, die 'Kerkerhefte' sind nur mit wenigen Texten vertreten.«

In der Vorbemerkung des Herausgebers heißt es, »daß Gramsci vor allem als der Führer der revolutionären Arbeiterklasse Italiens zu Worte kommen sollte« (5). Der Band enthält etwa 180 Seiten politische Texte aus den Jahren 1919-1926, ca. 90 Seiten aus den »Kerkerheften«.

ARGUMENT-
STUDIENHEFT
SH 40

H. Gollwitzer: Christentum/
Demokratie/Sozialismus II
Sozialismus und Revolution;
Chile; Berufsverbote; Terrorismus;
Sowjetkritik und Antikommunismus;
Kampf für Menschenrechte.
SH 40 112 S., 7,00 DM.

Besprechungen

Philosophie

Anders, Günther: Die Antiquiertheit des Menschen. Band II: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution. Verlag C.H. Beck, München 1980 (465 S., Ln., 38,— DM).

Dieses Buch ist eines der wichtigsten in diesen Jahren, unerlässlich für jeden, der wissen will, in welcher Welt wir leben, und der in dieser Welt über seinen Privatbereich hinaus mitwirken, gar verändernd wirken will. Aktionen und Programme, die nicht durch das Fegefeuer der Anders'schen Beobachtung gegangen sind, dürften sich als vor dem Beginnen schon überholt erweisen. Philosophie, die von dieser Art Philosophie sich nicht berühren läßt, dürfte sich als Luxus erweisen, der über das Selbstvergnügen des Autors hinaus nicht sinnvoller ist als das Abstauben der Vitrinen in einem brennenden Hause. Als wir 1959 G. Anders an der FU Berlin haben wollten, hat er die Berufung abgelehnt, weil er 1. neben der Schulphilosophie den außerakademischen Häretiker für unentbehrlich halte, und 2. weil er an einer kritischen Zeitanalyse arbeite, die ihm dringlicher sei als die Verwaltung des Philosophischen Lehrstuhls. Das Ergebnis dieses in jedem akademischen Sinne unorthodoxen Weges ist nun dieses Hauptwerk, neben allem, was Anders in den vierundzwanzig Jahren, die seinen 1. Band von seinem 2. trennen (ohne ihren Zusammenhang zu trennen!), getan hat: seine vielfältigen Stellungnahmen, literarisch und praktisch, zu den Herausforderungen der Atombombe, des Vietnam-Krieges, zuletzt im III. Russell-Tribunal über die BRD, alles zusammen ein ergänzender Kommentar zu diesem Hauptwerk.

Dessen 1. Band ist mit dem Untertitel »Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution« schon 1956 (Neuaufgabe 1980) erschienen, und Anders sagt jetzt (418) von ihm freilich, daß ihn »echolos zu nennen negative Protzerei wäre«. Der 2. Band schließt sich bruchlos an, kann zwar selbständig gelesen werden, weil er den 1. nicht nur fortführt, sondern seine Grundgedanken auch aufgreift und wiederholt (z.B. in der nun noch schärferen Analyse der Massenmedien: I, 97-212; II, 210ff.; 248-258), macht aber den ersten nicht entbehrlich. Das damals schon aufsehenerregende Atombombenkapitel hat nicht das mindeste an Aktualität verloren, und die Einleitung zum 1. Band, gänzlich unverbraucht, faßt die auch für den 2. Band geltenden Intentionen aufs deutlichste zusammen. Im 2. Band aber weitet sich die Analyse der Phänomene aus auf eine Vielzahl von Aspekten: vom Wandel des Aussehens der Maschinen (das »Unphysiognomisch«-Werden etwa eines Großcomputers gegenüber einem alten Dampfhammer) über die Technisierung des Sterbens in der Intensivstation bis zur Entpersonalisierung der Bosheit, von den Personen weg in den apokalyptischen Sog der Großtechnik hinein.

Anders will die Tabuisierung der Technik, rechts wie links mit Hilfe des Maschinenstürmer-Verdikts (63, 126f.), brechen. Er sieht die entmenschlichenden Folgen der modernen Entfaltung der Technik überwiegen und stellt damit innerhalb der heutigen Industrialismus-Kritik am unüberhörbarsten die positive Einschätzung der Entfaltung der Produktivkräfte in der marxistischen Theorie in Frage — mit ihr geeint in der Sorge um die Rettung des Menschen vor seinen eigenen Produktionen. Dies aber nicht nur in simpel verneinender Umkehrung, sondern mit der Aufforderung, Dialektik ernstzunehmen und deshalb »den dialektischen Punkt ausfindig zu machen und zu bestimmen, wo sich unser Ja der Technik gegenüber in Skepsis oder in ein unverblühtes Nein zu verwandeln hat« (127). Indem wir die Unumkehrbarkeit der technischen Evolution und Revolution, wie es täglich geschieht, beteuern, sprechen wir schon unser Unterworfenheit unter ihren Totalitarismus (hier ist das Wort tatsächlich angebracht) aus und

sind, »im Unterschied zu den Sklaven seligen Angedenkens, sogar der Freiheit beraubt, den Freiheitsverlust zu bemerken« (256). In dieser konformistischen Welt ist die Blindheit so total, daß weder der Herrschende noch der Beherrschte weder sich selbst noch die andern als Herrschenden und Beherrschten zu erkennen vermag (196). Daß die Menschheit Subjekt ihrer Produktionen werde, worum es doch im Marxismus immer gegangen ist, setzt also voraus, daß die Freiheit gegenüber dieser übermächtigen Entwicklung, zunächst vor allem die Freiheit, ihre uns alle prägenden Wirkungen überhaupt zu erkennen, erhalten bleibt oder wiedergewonnen wird: »In der Tat ist heute ein ganz ungewöhnliches Maß an Widerstandskraft vonnöten, um unmodern zu sein« (302), nämlich sich vom Diktat der »Ideale« des technischen Zeitalters freizukämpfen. »Als wir vor einem halben Jahrhundert auf der Quarta den 'Zauberlehrling' auswendig lernten, da ahnten wir natürlich nicht, daß Texte wahrer werden können als sie am Tage ihrer Abfassung gewesen waren; daß Goethes Ballade bereits sehr viel realistischer war als zu dessen Zeiten, und daß sich in den knappen 150 Jahren die gesamte Menschheit in ein Milliardenheer von 'Zauberlehrlingen' und die Welt selbst in ein Milliardenheer von 'Geistern' verwandelt hatte. Freilich, zu glauben, daß wir das heute nun endlich wissen, wäre illusionistisch, im Gegenteil: Heute wissen wir Zauberlehrlinge nicht nur nicht, daß wir die Entzauberungsformel nicht wissen, oder daß es keine gibt; sondern noch nicht einmal, daß wir Zauberlehrlinge sind« (398).

Das ist eine »völlig neue Ohnmacht« (405), nämlich »der Effekt unserer, über unsere Köpfe hinweggehenden menschlichen Geschichte« (407), die gerade nur apokalyptisch, als »Endzeit« gesehen werden kann — im Unterschied zur frühchristlichen Apokalyptik aber nicht wegen einer geglaubten und dann nicht eingetretenen, sondern wegen der »realen Bedrohung« (408; vgl. Anders' Buch: »Endzeit und Zeitwende. Gedanken über die atomare Situation«, München 1972).

Der Reichtum der Analysen ist nicht dazu angetan, sich daran zu erbauen. Denn mit Hoffnungen tröstet Anders nicht. Cassandra (446) steht ihm näher als Ernst Bloch (413), das »Prinzip Verzweiflung« (452) näher als das Prinzip Hoffnung. Der Frage: »Wo bleibt das Positive?« versagt er sich, und er gesteht seine Zweifel »daran, daß uns ... nach Darstellung der Umwälzung noch Zeit genug bleiben werde, um diese Revolution zu revolutionieren« (31). Man könnte ihm, um seine eigene Darstellung aufzuheben, entgegenhalten, er habe die Grundzüge dieses Zeitalters zu einseitig am Beispiel des american way of life gezeigt, offenbar überzeugt, daß die europäischen Völker widerstandslos diesem Sog nachgezogen würden, und 2. er blicke zu einseitig auf die Technik als Schicksal des von ihr geprägten euro-amerikanischen Bereichs und ignoriere die Gegenbewegungen in den übrigen Weltgegenden, aber auch bei uns, sie offenbar vorschnell für machtlos haltend. Vielleicht würde er zustimmen. Aber so sehr apokalyptischer Fatalismus seine Versuchung sein mag — predigen will er ihn uns nicht, nur uns die ungeheure Bedrohung bewußt machen, die wir uns selbst bereitet haben und fortwährend bereiten. Deshalb setzt er diesem Band ein Motto voran, in dem es im Anklang an Marx' 14. Feuerbach-These heißt: Wir haben die heute sich vollziehende Veränderung der Welt »auch zu interpretieren. Und zwar, um diese zu verändern. Damit sich die Welt nicht weiter ohne uns verändere. Und nicht schließlich in eine Welt ohne uns«. Und deshalb erlaubt er, dieser tätige Mann, seiner Verzweiflung nicht, daß sie ihn untätig mache, sondern setzt ihr in seinen »Geboten des Atomzeitalters« die Sätze entgegen: »Ängstige deinen Nächsten wie dich selbst!« und: »Wenn ich verzweifelt bin, was geht's mich an?« (vgl. das Gespräch mit G. Anders in Mathias Greffrath: »Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern«, Rowohlt, 1979, 19-57).

Helmut Gollwitzer (Berlin/West)

Blumenberg, Hans: *Arbeit am Mythos.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (699 S., Ln., 68,— DM).

Blumenberg führt in diesem Buch seine vor knapp 10 Jahren in seinem Beitrag zu »Terror und Spiel« (Hrsg. v. M. Fuhrmann, München 1971, 11-66) vorgetragene These zum Mythos und zur Mythenkritik aus; sein Interesse ist es, gegen die theologisch-dogmatische und eine noch vom unreflektierten Fortschrittsglauben bestimmte wissenschaftliche Kritik des Mythos das Recht des Mythos und seiner Rezeption zu begründen. Zwar habe der Mythos keine besseren Argumente als die Wissenschaft, auch keine »Blutzeugen« wie das »Dogma« und das »Ideologem« und schließlich auch nicht die Intensität der mystischen Erfahrung, es komme ihm aber doch eine besondere Qualität zu, die Blumenberg unter Berufung auf Dilthey mit »Bedeutsamkeit« bezeichnet (76/77). Deshalb sei die Konstruktion eines Fortschritts vom Mythos zum Logos verfehlt, zumal da auch der Mythos bereits »ein Stück hochkarätiger Arbeit des Logos« enthalte (18). Seine erste Leistung sei es gewesen, den »Absolutismus der Wirklichkeit« durch die mythischen Geschichten in einem Verfahren der Distanzierung zu brechen und den »bitteren Ernst« der Welt abzumildern. Der Mythos habe zuerst durch seine Namengebungen Ordnung geschaffen und die Welt der reinen Willkür entzogen (50). Dieser Prozeß, »die Angst vor dem Unbekannten oder gar noch Unbenannten zu überwinden«, in welchem der Mythos in einem ungern eingestandenen Bündnis mit der Aufklärung stehe (180), beginne mit der »Arbeit des Mythos«, in der der Absolutismus der Wirklichkeit aufgehoben wird, und setze sich mit der »Arbeit am Mythos« in einer langen Kette von »Depotenzierungen« des Mächtigen und Angsterzeugenden fort. Unter »Arbeit am Mythos« versteht Blumenberg, den Mythos »zu Ende zu bringen, die äußerste Verformung zu wagen, die die genuine Figur nicht oder fast nicht mehr erkennen läßt. Für die Theorie der Rezeption wäre dies die Fiktion eines letzten Mythos, eines solchen also, der die Form ausschöpft und entschärft« (295). Blumenberg führt diese These an einer ausgedehnten, den Hauptteil des Buches ausmachenden Darstellung der Rezeptionsgeschichte des Licht und Feuer bringenden Prometheusmythos vor. Die Umgestaltungen dieses Mythos begannen bereits in der Antike und setzten sich in der Gnosis, im Mittelalter und der Renaissance bis hin zu den Prometheusdichtungen von Goethe, denen Blumenberg ausführlich nachgeht, fort und finden ein vorläufiges Ende bei Gide und Kafka. Voraussetzung dieser Umgestaltungen und Verformungen des Mythos sei in der Antike gewesen, daß der Mythos kein festgelegtes und von einer Priesterschaft bewachtes Dogma war, sondern daß er den Dichtern und der Phantasie überlassen gewesen ist und auch später nie wie das Dogma in der Kirche kanonisiert und ein Abweichen nie mit gesellschaftlichen Sanktionen belegt war; vielmehr habe der antike Mythos im Gegensatz zum christlichen Dogma gestanden. Der Mythos garantiere gegenüber der Theologie zumal eines Monotheismus insoweit ein Stück Freiheit. Diese sieht Blumenberg insbesondere durch den Polytheismus gewährleistet, den Blumenberg aber zu modern als Gewaltenteilung auffaßt; denn in der Antike findet zwischen den Göttern keine Gewaltenteilung im Sinne demokratischer Staatsverfassungen statt, sondern Polytheismus bedeutet eine Vielheit von Mächten, denen die Menschen unterworfen sind, zwischen denen es keinen geregelten Ausgleich gibt, die sich in der Regel auch nicht durch List gegeneinander ausspielen ließen. Bei Blumenberg findet das reale Zerissenwerden zwischen diesen verschiedenen polytheistischen Mächten und ihren Ansprüchen keine Erwähnung, ebensowenig die Opfer, die diesen Göttern und polytheistischen Instanzen zu bringen sind: Der Prometheusmythos aber enthält gerade auch die Einsetzung dieser Opfer. Darüber hinaus muß Blumenberg, wie jedem, der heute eine Rehabilitierung und Wiedereinsetzung des Mythos — und sei es auch nur in der Poesie — vertritt, die Frage gestellt werden, wie sich dieses Unternehmen zu den politischen Strömungen zumal unserer jüngsten Geschichte verhält, die im Namen ei-

nes »Mythos des 20. Jh.« die Gesellschaft und Geschichte und ihre Konflikte mit Hilfe mythischen Denkens gestalten wollten. Dies ist in dem umfangreichen Buch ausgespart.
Hartmut Zinser (Berlin/West)

Brockmeier, Jens: Die Naturtheorie Giordano Brunos. Erkenntnistheoretische und naturphilosophische Voraussetzungen des frühbürgerlichen Materialismus. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1980 (228 S., br., 34,— DM).

Die spekulative Naturphilosophie des italienischen Renaissance-Philosophen Giordano Bruno wird in der vorliegenden Arbeit als Kulminationspunkt jener bereits im Mittelalter einsetzenden Strömung frühbürgerlich-materialistischen Denkens begriffen, das sich in einem langwierigen und verwickelten Kampf gegen den Geltungsanspruch des feudalgesellschaftlichen Weltbildes durchsetzte und zum Wegbereiter neuzeitlichen Selbstverständnisses wurde. Brockmeier führt seine Untersuchung mit der Intention, im Falle Brunos »eine gewisse innere Logik seiner Argumentationen aufzuspüren« (58) und sich zugleich von der häufig vertretenen Lehrmeinung abzugrenzen, nach der sich die Leistungen des Italieners auf »die chaotisch-unsystematische Schwärmerei eines spekulativen Phantasten« (57) reduzieren.

Brunos Philosophie wird als frühbürgerliche Kampftheorie interpretiert, die aus den astronomischen Entdeckungen des Kopernikus radikale Konsequenzen zieht. Während Kopernikus noch an der traditionellen Vorstellung eines durch eine fixe Sternsphäre begrenzten Kugelkosmos festhält, schreitet Bruno in Weiterführung der Kopernikus-Kritik des englischen Astronomen Thomas Digges zur Annahme eines unendlichen Universums fort: Bruno begreift das Weltall als ein polykosmisches System ohne festes Zentrum und ohne Peripherie. Mit dieser sehr modern anmutenden Konzeption eines Universums, das aus einer unendlichen Zahl jeweils eigenständiger Welten besteht, begibt sich der Italiener in direkten Widerspruch zur aristotelisch-thomistischen Tradition. Einen weiteren Konfliktpunkt mit den zeitgenössischen Aristotelikern stellt Brunos Unternehmen dar, unter Verzicht auf die Vorstellung von einer äußeren Bewegungsursache eine der Materie selbst immanente Kraft zu postulieren. Diese interne, die Einheit des unendlichen Universums stiftende Kraft trägt bei Bruno die Bezeichnung »Weltseele« (104). Wie sehr sich der Anspruch von Brunos materialistischer Naturphilosophie kritisch gegen jede Form des philosophischen Dualismus richtet, wird nicht zuletzt aus Brunos Stellung zum Atomismusproblem ersichtlich, dem Brockmeier besondere Aufmerksamkeit widmet. Nach dem Urteil Brockmeiers steht der Renaissance-Philosoph in der Tradition des demokratisch-epikuräischen Atomismus, dem Bruno als der erste bedeutende Zeuge des Atomismus in der Neuzeit wesentliche Elemente seines Naturbegriffs verdankt (181). Brunos Versuch einer Lösung des Atomismusproblems liegt die Absicht zugrunde, in Übereinstimmung mit den Forderungen seiner naturtheoretischen Konzeption »eine monistische Weltansicht des materiellen Gesamtzusammenhangs zu begründen« (191).

Als den spezifischen Mangel des spekulativen Materialismus begreift der Autor den bei Bruno zu konstatierenden Widerspruch zwischen materialistischem Erkenntnisanspruch und der Unmöglichkeit, diesem Anspruch auf der Ebene empirisch-naturwissenschaftlicher Begründung gerecht zu werden (109). Die Möglichkeit einer Lösung dieses Widerspruchs ist nach Brockmeier erst mit der Entstehung der modernen Naturwissenschaft gegeben, die wiederum das Vorhandensein bestimmter, zu Brunos Zeit noch nicht existierender materieller Bedingungen voraussetzt. Es soll nicht verschwiegen werden, daß Brockmeiers Buch in einigen Partien — z.B. in den Ausführungen zur Korpuskulartheorie — ein hohes Abstraktionsniveau erreicht und daher kaum geeignet sein dürfte, als erster Einstieg in die Problematik der Brunoschen Naturtheorie zu dienen.
Jürgen Maruhn (Marburg)

Sachsse, Hans: Kausalität — Gesetzlichkeit — Wahrscheinlichkeit. Die Geschichte von Grundkategorien zur Auseinandersetzung des Menschen mit der Welt. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1979 (201 S., br., 36,50 DM).

Hans Sachsse, Naturwissenschaftler und Philosoph, sucht in seinen Veröffentlichungen die Stellung von Mensch und Technik zu klären. Die Technik gilt ihm als Prisma, worin sich die Erscheinungen der Natur epochenspezifisch brechen und im Wandel naturphilosophischer Konzeptionen verdichten. Diesem Umkreis entlehnt auch die vorliegende Studie ihre Fragestellung. Wachsen dem technischem Wissen stehe eine zunehmende Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit philosophischer Systeme zu Letztbegründungen gegenüber. Unserer Determinationskraft gegenüber der Technik korrespondierte ein sich verstärkendes Bewußtsein realer Indeterminiertheit der Welt. In dieser Frage will Sachsse Klarheit finden durch Nachvollzug des Entwicklungsganges philosophischen Denkens über Kausalität und Begründbarkeit der Welt. Fluchtpunkt seiner begriffsgeschichtlichen Odyssee bilden Ansätze moderner Naturphilosophie, welche aus den Ergebnissen der Quantenmechanik die Vorstellung durchgängiger Akausalität der Natur ableiten. Sachsse teilt diese Auffassung nicht.

Die mystischen und religiösen Weltbilder hätten die Frage nach dem Ursprung der Welt durch die Annahme einer Erstursache gelöst, welche zudem als »unbewegter Bewegter« konzipiert wurden (1ff.). Am Prinzip göttlicher Erstursache festhaltend, wendete sich die mit Descartes anhebende neuzeitliche Philosophie dem System der Zweitursachen zu, verkörpert in der Unmittelbarkeit mechanischer Bewegungsabläufe. Doch schon Leibniz gewann in seinem Bild der Welt als Vielfalt wirkender substantieller Formen verursachende Prinzipien, die nicht mehr am Modell der einfachen Maschine, sondern an der Zweckgerichtetheit des Organischen gewonnen worden waren (38ff.). Mit seiner Synthese von existentieller und Denknorwendigkeit hielt er jedoch fest an der Auffassung einer begründeten und daher auch begründbaren Welt. Dahinter fiel der Empirismus zurück: Hume verdünnte Kausalität zur reinen Denkgewohnheit, zur Bewußtseinstatsache, die das äußerliche Nacheinander als auseinander hervorgehend empfand. Diesen Weg der Subjektivierung des Kausalprozesses sieht Sachsse weiter in Schopenhauers Welt als Wille und Vorstellung beschritten. Der Existentialismus folgte diesem Pfad, indem er kausale Strukturen in die bloße Innenwelt des menschlichen Subjekts verlegt (55).

Einen elementaren Einbruch im kausalen Verständnis der Welt brachten die Ergebnisse moderner Physik. Sie sprengten nicht nur die Koordinaten der klassischen Physik, sondern darin zugleich die Grundlagen des mechanistischen Weltbildes. Schon mit der Mathematisierung des Naturgesetzes werde die Determiniertheit der Naturwirklichkeit in diejenige des Modells zurückverlegt. Die moderne wahrscheinlichkeitstheoretische Erfassung von Naturprozessen schreibe diesen Prozeß endgültig fest (110ff.). Das sich in der wahrscheinlichkeitstheoretischen Fassung des Naturgesetzes niederschlagende Verhältnis von Zufall und Notwendigkeit werde allerdings unterschiedlich interpretiert. Und zwar hinsichtlich der Frage, ob dieses Moment des Zufälligen, Indeterminierten nur ein erkenntnistheoretisches Problem des Nicht-Wissen-Könnens sei, oder ontologischer Verweis auf die objektive Indeterminiertheit der Natur. Sachsse selbst hält daran fest — und er versteht darin seine Position als die des »kritischen Realismus« —, daß der Übergang von strikt notwendiger zur bloß wahrscheinlichkeitstheoretischen Bestimmung des Naturgesetzes nicht bloß subjektivem Unvermögen geschuldet sei, sondern sein Substrat in der Naturwirklichkeit selbst habe. Der Zufall gilt ihm nicht als Hinweis auf die Unbestimmtheit der Welt, sondern als eine Form, in der sich die Bedingungsbeziehungen der Wirklichkeit realisieren.

In seinem begriffsgeschichtlichen Durchgang spannt der Autor einen kühnen Bogen von der Mystik bis zur modernen Naturwissenschaft. In diesem, auseinanderstrebende

Denkweisen mit Macht vereinheitlichendem Zugriff liegt Potenz und Beschränkung der Studie. Ihr Wert besteht darin, daß die Reise durch das Labyrinth des Denkens eine Fülle von Literaturhinweisen liefert, die die ernsthafte Beschäftigung mit den Autoren nicht ersetzen, zu ihr aber hinführen kann. Beschränkung, insofern keine neuen Gesichtspunkte zum Kausalitätsproblem beigesteuert werden, noch das gewaltsame Zusammenbringen von auseinanderliegenden Positionen Material einer spezialisierteren Auseinandersetzung mit dem Determinismusproblem sein könnte. Ausgespart wird zudem die Frage, inwiefern das konstatierte Spannungsverhältnis von determinierter Technik und als interdeterminiert empfundener Welt nicht Bewußtseinsreflex eines realgeschichtlichen Tatbestandes ist: bestehend in dem Gefälle zwischen den Funktionsmechanismen des technischen Prozesses und der Art und Weise, in der sich die den sozialen Verhältnissen geschuldeten Mechanismen der Steuerung des technischen Progresses gleichsam hinter dem Rücken der Beteiligten durchsetzen.

Sybille Krämer-Friedrich (Marburg)

Nitschke, August: Revolutionen in Naturwissenschaft und Gesellschaft. Verlag Frommann-Holzboog, Stuttgart-Bad Cannstadt 1979 (207 S., br., 34,— DM).

Die Entwicklung der Naturwissenschaft mit Sozialgeschichte in Verbindung zu bringen, scheint in letzter Zeit auch außerhalb der dafür bisher bekannten theoretischen Ansätze in Angriff genommen zu werden. Nitschke, der von einer »umweltbezogenen Anthropologie« (18) ausgeht, legt seiner Feststellung von »verblüffenden Parallelen« zwischen der Geschichte der Gesellschaft und der Entwicklung der Naturwissenschaften zwei Prinzipien zu Grunde: *Raum und Bewegung*. These ist, daß der Mensch im Laufe der Jahrhunderte seine Wahrnehmungsweise von Bewegungsabläufen geändert habe, woraus schließlich Wandlungen im gesellschaftlichen Handeln und in der Sicht- und Verfahrensweise der Naturwissenschaften resultieren (12f.). Nach diesem Schema wird nun die gesamte Menschheitsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart durchforscht. Während die Reduktion auf Raum und Bewegung in der Naturtheorie noch eher plausibel erscheint, hat sie zur Beurteilung gesellschaftlicher Prozesse nur noch eine metaphorische Bedeutung. Der bloß analog gebildete Begriff des »sozialen Raums« bleibt somit diffus; einmal wird der »soziale Raum« als einheitliches Rechtsgebiet bestimmt, ein andermal soll er die Aufhebung von Standesunterschieden, dann wieder ganz anschaulich die Ausdehnung von nationalen Territorien umfassen. Ebenso werden unter dem Begriff der Bewegung alle möglichen »Tätigkeiten« der Menschen (politische Machtausübung, Arbeit, wirtschaftliches Streben, Vorbereitung und Durchführung einer Revolution) subsumiert. Diese Abstraktheit, in der alle Spezifik der abgehandelten Gesellschaftsformationen verschwunden ist, erscheint notwendig, damit der intendierte Vergleich von gesellschaftlicher Wirklichkeit und Naturerkenntnis überhaupt möglich wird. Denn nun werden die jeweils zu bestimmenden sozialen Bewegungsformen *unmittelbar* den sich wandelnden Naturvorstellungen oder Erkenntnissen der Naturwissenschaft gegenübergestellt. Daneben sollen Beispiele aus der Malerei (mit Abbildungen) das sich ändernde Verständnis von Raum und Bewegung belegen. Teilweise erscheinen die Resultate dieses Verfahrens geradezu grotesk, wenn etwa die Ausdehnung der oberitalienischen Stadtstaaten direkt mit der Erweiterung der Raumvorstellung in der Astronomie in Verbindung gebracht wird, oder wenn die politische Abhängigkeit der Menschen im Absolutismus der Entdeckung von Kräften mit Fernwirkung (Gravitation und Magnetismus) entsprechen soll. Ebensowenig wird man einen unmittelbaren Bezug zwischen der Französischen Revolution und der Untersuchung lebendiger Materie herstellen können. Mit Hilfe derartiger Analogien glaubt der Verfasser, eine

parallele und zugleich zyklische Abfolge ähnlicher Raum- und Bewegungsvorstellungen beschreiben zu können.

Zur Beantwortung der Frage, warum die Menschen ihre Wahrnehmungsweise ändern, werden drei Erklärungsversuche angeboten (70ff.): 1. eine *psychologische* Begründung, die von einem Grundbedürfnis des Menschen ausgeht, »neue Bereiche zu erschließen«, 2. eine *biologische* Begründung mit dem Hinweis auf einen »angeborenen Rhythmus« von Tier und Mensch, und 3. schließlich eine von Nitschke selbst favorisierte Kombination aus neueren *physikalischen* Modellen der Synergetik und *behavioristischen* Erklärungsmustern. Demnach sollen alle historischen Prozesse und Erkenntnisfortschritte letztlich auf die individuelle »Körpererfahrung« des Menschen zurückgeführt werden (32/44/76).

Abgesehen von der Frage, ob Geschichte auf diese Weise erklärt werden kann, wurden die naturwissenschaftlichen Begriffe und Theorien gerade nicht aus der konkret-sinnlichen Wahrnehmung, sondern durch Abstraktion von ihr gewonnen. Indem Nitschke ferner die Entwicklung der Naturwissenschaft ausschließlich auf soziale Erfahrungen zurückführt, die tätige Auseinandersetzung mit der Natur als Bestimmungsgrund unberücksichtigt läßt, reduziert er Naturwissenschaft auf ein rein gesellschaftliches Phänomen. Dann würde sich eine Untersuchung des Zusammenhangs von »Naturwissenschaft und Gesellschaft« letztlich erübrigen. Johannes Rohbeck (Berlin / West)

Wittgenstein und sein Einfluß auf die gegenwärtige Philosophie. Akten des 2. Internationalen Wittgenstein-Symposiums 1977. Verlag Holder-Pichler-Tempsky, Wien 1978 (550 S., br., ÖS 520,—).

Wittgenstein, der Wiener Kreis und der Kritische Rationalismus. Akten des 3. Internationalen Wittgenstein-Symposiums 1978. Wien 1979 (544 S., br., ÖS 590,—).

Noch vor der faschistischen Ära ist Wittgenstein aus Österreich weggegangen. Für das Verhältnis, das sein Heimatland in der Nachkriegszeit zu Wittgenstein hatte, ist charakteristisch, daß die Wiederentdeckung Wittgensteins wesentlich organisiert wurde von dem Tierarzt und Hobby-Philosophen Adolf Hübner in Kirchberg am Wechsel. Er begann sich seit 1968 als »Heimatsforscher« mit der Biographie Wittgensteins zu beschäftigen, sammelte Dokumente u.a. von den ehemaligen Schülern und Lehrerkollegen Wittgensteins aus den Dörfern um Kirchberg und ergriff schließlich die Initiative zu den Wittgenstein-Symposien. Deren wissenschaftliche Organisatoren (Elisabeth und Werner Leinfellner, Rudolf Haller und Paul Weingartner) haben ihnen eine klare wissenschaftspolitische Bestimmung gegeben: der Empirismus schickt sich an, sein Ausgangsland zurückzuerobern. Die Wirkung der vor den Toren Wiens veranstalteten Philosophen-Schau wird durch gezielte Einladungspolitik erhöht: die Philosophen sollen sich mit den anderen Wissenschaftlern mischen. Im vergangenen Jahr waren es die Linguisten, 1980 sind es unter dem Thema »Ethik« Mediziner und Ökologen, Sozialwissenschaftler und Rechts theoretiker. Wittgenstein spielt dabei als allmählich wiederentdecktes »Nationalgut« bisweilen mehr die Rolle eines wirklichen Korrektivs und einer kritischen Instanz gegenüber der Analytischen Philosophie. Trotz dieser Einschränkung sind beide Bände mit ihren jeweils über 100 Beiträgen anregende Ideensammlungen zu allen Aspekten der Philosophie Wittgensteins.

Gerhard Herrgott und Jörg Zeller (Berlin / West)

Hegel-Jahrbuch 1977/78, herausgegeben von Wilhelm Raimund Beyer im Auftrage der Hegel-Gesellschaft e. V. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979 (416 S., br., 85,— DM).

Jahrbücher (gleich welcher Art) bieten die Möglichkeit zu einer ersten, sicher oberflächlichen Orientierung über die Themen und Gegenstände, die in einem Diskussionszusammenhang entweder als entscheidende und ungelöste Probleme angesehen und verhandelt werden, oder aber wenigstens die Bedeutung der Aktualität genießen. Man mag diesen Aspekt des »what's going on?« geringschätzen, gleichwohl liegt in ihm ein Ansatz, zu den strittigen Fragen vorzudringen, die das Bild einer wissenschaftlichen Disziplin, ihr Selbstverständnis gegenüber den von außen kommenden Ansprüchen und ihr Verständnis dieser letztlich gesellschaftlichen Aufforderungen zur Denkarbeit bestimmen. Exemplarisch läßt sich dies am Hegel-Jahrbuch 1977/78 zeigen, das die Vorträge des Salzburger Hegel-Kongresses zum Thema »Philosophie der Praxis und Praxis der Philosophie«, sowie im Anhang — mit Blick auf den 150. Todestag Hegels im Jahre 1981 — Dokumente zu den Hegel-Feiern 1870/71, die Salzburger Begrüßungsrede Wilhelm R. Beyers und einige kluge Anmerkungen Jörg Schreiters zum Vortrag von Ernst Topitsch enthält: In der Tat zielte das Thema auf die Suche nach der zutreffenden Bestimmung von Praxis, somit auf jenes philosophische Kernproblem, das durch Hegels Erkenntnis des fundamentalen Charakters der Poiesis, also der Arbeit, in den Rang einer Grundfrage erhoben worden war. Daraus erklärt sich, daß die heutige Gestalt des Problems, nämlich — methodologisch gesprochen — die Auseinandersetzung zwischen kritischem Rationalismus und Marxismus, immer schon die Philosophie in Beziehung zur Gesellschaft setzt. Alle Beiträge des Hegel-Jahrbuches 77/78 verlassen somit notwendig — ohne deswegen an philosophischer Substanz und Stringenz zu verlieren — die Ebene akademisch-begrifflicher Auseinandersetzung und wenden sich in irgendeiner Weise der gesellschaftlichen Realität zu, die sich in den verschiedenen Vorstellungen niederschlägt — und sei es, daß sie diesen Bezug zur Wirklichkeit explizit negiert sehen wollen, indem sie das Denken als in sich selbst zentriert interpretieren. Generell läßt sich jedoch feststellen, daß die Kongreßbeiträge mit ihrer begrifflichen Struktur und ihren Urteilen die Wirklichkeit der Praxis zugänglich machen. Gerade die Vielfalt der Themen, die von erkenntnistheoretischen (etwa im Beitrag Werner Hartkopfs über »Dialektik und Heuristik«), psychologie-nahen (Peter Damerov sprach über »Handlung und Erkenntnis in der genetischen Erkenntnistheorie Piagets und in der Hegelschen Logik«), philosophiehistorischen (z.B. zur faschistischen Hegelrezeption), bis zu soziologischen und juristischen Problemansätzen reicht, ermöglicht eine Annäherung an die Praxis als eine konkrete Totalität, die als Resultat differenzierter und komplexer Prozesse einsehbar wird. Zugleich enthalten die Beiträge kaum überschätzbares Begriffsmaterial für nahezu alle human- und sozialwissenschaftlichen Bereiche.

Hinzu kommt die in Salzburg hervorgetretene wissenschaftspolitische Polarisierung: Denn das Problem der Praxis kann nicht abstrakt gestellt werden; in seiner Formulierung als Problem wird ihm immer schon ein Ort bezüglich der Veränderung von Gesellschaft zugeordnet. In dieser Ortsbestimmung drücken sich die positionellen Differenzen in der Praxis der Philosophie aus. Im Hegel-Jahrbuch 77/78 lassen sich — aufgrund der Kongreß-Thematik — die unterschiedlichen philosophischen und politischen Positionen gerade deswegen in aller Schärfe erkennen, weil in Salzburg der Zwang zur Überspitzung und Heraushebung des jeweils eigenen Grundverständnisses bestand. Eine Zuordnung wird möglich, weil die Autoren selbst ihre Grundpositionen und methodische Verfahrensweisen klarlegen mußten. Letzteres betrifft allerdings noch einen Punkt jenseits des positionellen Unterschiedes: Trotz der unbestreitbaren Solidität aller Beiträge werden doch die Differenzen in der Qualität des Argumentierens an und für sich deutlich; Ebenso, wie mancher von linker Seite vorgebrachten Überlegung (deren Prä-

missen man u.U. gerne teilen möchte) wenigstens das Mißverständnis von Philosophie als Hermeneutik vorzuwerfen wäre, wenn sie sich auf das Nach-Denken des bei Lenin schon Gesagten beschränkt, muß etwa die Brillanz des Vortrags von Hermann Lübke anerkannt werden. Unberührt davon bleibt freilich, daß weder seine (von mehreren Autoren geteilte) Problemstellung, noch sein Schluß, nämlich die Wahrheitsfrage in der Philosophie zugunsten der Sicherung von philosophischer Kommunikation als eigentlicher Substanz methodischen Denkens aufzugeben, zu akzeptieren wären.

Ärgerlich bleibt das mangelnde Interesse des Verlegers, das sich nicht nur in dem unerhörten Preis des Jahrbuches, sondern auch darin niederschlägt, daß der Umfang des Anhangs aus »Forschung und Lehre« zunehmend geringer wurde. Daß das Jahrbuch 77/78 als Doppelband erschien, zeigt darüber hinaus an, daß der Verlag um eine kontinuierliche Publikation dieser in gewisser Hinsicht natürlich pluralistischen Sammelwerke kaum bemüht ist.

Michael Winkler (Nürnberg)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Geier, Manfred: Kulturhistorische Sprachanalysen. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979 (256 S., br., 18,— DM).

Daß in einer kulturhistorischen Sprachbetrachtung sachaufschließende Möglichkeiten liegen, die gewöhnlich übersehen werden, demonstriert der vorliegende Band in sieben Aufsätzen. Beiträge zum »sprachkritischen Blödsinn« Karl Valentins, zu S. Lems Science-Fiction-Roman »Solaris« oder zum logisch-sprachphilosophischen Problem der Dispositionsprädikate erwartet man gewöhnlich nicht von der kulturhistorischen Schule, da diese im Erwartungshorizont des Lesers vornehmlich als psychologische Theorie des Spracherwerbs bzw. der Sprechfähigkeit rangiert. In der Entfaltung der Bandbreite kulturhistorischen Denkens liegt die Faszination der Aufsatzsammlung. Zwei Beiträge zur Interpretation von Gedichten machen den Anfang. Der Autor stellt am Beispiel eines Celan-Gedichtes die ästhetischen Mittel und Möglichkeiten poetischer Sprache dar. Im Zentrum der Untersuchung steht das »latente Bedeutungsgefüge« des Gedichtes, das aus seinen überdeterminierten, verdichteten und anspielungsreichen semantischen Elementen rekonstruiert wird. Die Spezifik der poetischen Form bestimmt der Autor in Anlehnung an R. Jakobson: der semantischen Überdetermination der Elemente entspricht eine überstrukturierte Verkettung und Kombination von Sprachzeichen. Auf allen Ebenen der äußeren Gestaltung (phonologisch, syntaktisch, morphologisch) erhält der Text gegenüber alltäglicher Rede einen Ordnungsüberschuß, der als poetisches Ausdrucksmittel dient.

Der zweite Beitrag (»Ästhetische Wahrnehmung«) bezieht diese allgemeinen Eigenschaften poetisch verarbeiteter Erfahrung auf die Rezeptionsmuster und -gewohnheiten des Lesers, auf die Sinnauffüllungsprozeduren ästhetischer Wahrnehmung, die an den »figural-qualitativen Eigenarten des Gedichts« ansetzen. Der Autor reiht sich jedoch nicht in die Front derjenigen ein, die das Kunstwerk selbst in den Sinnkonstruktionen der Leser auflösen, ihm jede eigenständige Bedeutung absprechen. Hörmanns psychologische Semantik und die Theoreme der Rezeptionsästhetik werden kritisch eingearbeitet, jedoch nicht verabsolutiert.

Der Beitrag zu S. Lems Science-Fiction-Roman »Solaris« unterwirft die kritisch-psychologische Theorie des Verhältnisses von Gegenstands- und Symbolbedeutungen (Holzkamp) einem harten Test: Wie kann der Leser semantische Kohärenz in einem Text herstellen, der sich auf eine unzugängliche, von Menschen nicht bearbeitete (und von daher »bedeutungslose«) fiktionale »Wirklichkeit« bezieht, in der die erfahrungsgelunden Referenzmuster gewöhnlichen Sprechens oder realistischer Literatur nicht

verwendet werden können? Unter den von Geier angebotenen (sich nicht ausschließenden) Lesarten des Romans vermag diejenige am wenigsten zu überzeugen, welche auf die strukturalistische Freud-Interpretation französischer Denker (Lacan, Derrida etc.) rekurriert. Entsprechendes gilt auch für die Interpretationen zu Karl Valentins »sprach-kritischem Blödsinn«. Die Stärke dieses Beitrags liegt darin, daß die Konfrontation ego-trisch-konkretistischen und sozialen (durch Rollenübernahme gekennzeichneten) Sprachgebrauchs als Stilmittel erhellt wird.

Als Kritik derjenigen Theorien, die Sprache als konstitutiv für Erfahrung »überhaupt« behaupten (Apel, Habermas, Leist), ist der nächstfolgende Beitrag über »Dispositionsprädikate und Konditionalsätze« zu verstehen. Daß Begriffe generell als dispositionale Schemata gelten können, in denen Dingart, experimentelle Tätigkeit und beobachtetes Ereignis semantisch verknüpft sind, daß in Begriffen ein Gesamt historischer Umgangs- und Produktionserfahrungen zu grundsätzlich offenen Umgangsmöglichkeiten verdichtet ist, macht das Problem der Dispositionsprädikate auf der »zeitlosen« Ebene der formalen Logik unlösbar. Die produktive Verselbständigung der Sprache gegenüber den in ihr aufgespeicherten Erfahrungen kann nicht dahingehend umgedeutet werden, daß Sprache als konstitutiv erscheint für das, was sie organisiert und verfügbar macht. Eine überzeugend-handgreifliche Neubestimmung der zentralen Kategorien Chomskys (Kompetenz, Performanz, Sprachintuition, idealer Sprecher-Hörer) erarbeitet der folgende Beitrag. Theoretischer Leitfaden ist die Interiorisierungstheorie Galperins. Der Autor argumentiert, daß Kompetenz als Resultat der etappenweisen Umwandlung »materieller« sprachlicher Handlungen in ihre geistige, verallgemeinerte, verkürzte und automatisierte Form angesehen werden muß. Demgegenüber ist die Sprachintuition Ergebnis der gleichfalls interiorisierten, verallgemeinerten und automatisierten Kontrolltätigkeit über die Performanzakte. Geier belegt, daß die methodologischen Positionen der Chomsky-Skinner-Kontroverse noch weitgehend mit denen der Auseinandersetzung zwischen introspektionistischer und behavioristischer Psychologie zu Anfang dieses Jahrhunderts übereinstimmen. Ebenso wenig wie damals unterscheiden die Mentalisten/Introspektionisten zwischen dem spezifischen Gegenstand oder Bedeutungsgehalt und der spezifischen Aufmerksamkeit, welche beide in geistiger Tätigkeit zusammenlaufen.

Die Berechtigung einer gängigen Gegenüberstellung (»früher« — »später« Wittgenstein) wird im abschließenden Beitrag infragegestellt. Die durchlaufende rigorose Intention des Sprachphilosophen auf das, was sich in der Sprache letztlich nur »zeigt«, ohne metasprachlich oder reflektierend eingeholt werden zu können, wird als gemeinsame Eigenheit von »Tractatus« und »Philosophischen Untersuchungen« festgehalten. Eine häufig konstatierte »Übereinstimmung auf den ersten Blick« zwischen materialistischer Sprachauffassung und »spätem« Wittgenstein (Verwobenheit der Sprache in Lebenspraxis, Gesellschaftlichkeit der Regeln etc.) wird mit dem monadischen und hermetischen Charakter der Sprachspiel-Konzeption konfrontiert. Wittgenstein wird gegen seine kurzsichtigen Adepten (etwa Lorenzer und Winch) und Kritiker (etwa Chomsky) gleichermaßen sensibel in Schutz genommen. Clemens Knobloch (Bonn)

Ellerbrock, Jürgen, u.a.: Vom alltäglichen Sprachverständnis zum wissenschaftlichen Sprachbegriff. Eine Einführung in das Studium der Sprachwissenschaft. Beltz Verlag, Weinheim u. Basel 1979 (187 S., br., 16,— DM).

Wieder mal eine der üblichen Einführungen in die Linguistik, denkt man, wenn man das Buch in die Hand nimmt. Zu Unrecht. Das wird schon bei einem flüchtigen Blick ins Inhaltsverzeichnis deutlich: es fehlt die gewohnte Einteilung nach Analyseebenen oder nach Epochen. Stattdessen beginnen die Autoren mit einer Szene aus T.S. Eliots »Cocktail-Party« und stellen die Frage: Worüber wird hier geredet? Ziel: Über-

kommenes Alltagsverständnis von Sprache zu problematisieren — in diesem Kapitel vor allem die Auffassung, Sprache diene in erster Linie dazu, Information zu übermitteln. Der erste Lernschritt resultiert so in der Erkenntnis, daß Sprache zu einem großen Teil der Aufrechterhaltung von Sozialkontakten dient und somit stark situationsabhängig ist. Im folgenden Kapitel wird wiederum diese Erkenntnis anhand eines anderen Textes relativiert. Schritt für Schritt wird der Leser im weiteren Verlauf mit Texten konfrontiert, für deren Analyse das in den jeweils vorausgegangenen Kapiteln erworbene Instrumentarium nicht mehr ausreicht. Am Ende des ersten Teils dieses Kurses liegt dann ein beachtlicher und zum größten Teil selbsterarbeiteter Begriffskatalog vor: Situationsabhängigkeit, gesellschaftliche Rollen, Ausdruck von Bewußtsein etc. (100).

Im zweiten Teil des Buches werden verschiedene sprachwissenschaftliche Ansätze vorgestellt: Strukturalismus, Sprechakttheorie, Soziolinguistik — jeweils unter dem Aspekt der Gegenstandsadäquatheit. Die intensive und vor allem aktive Vorarbeit im ersten Teil ermöglicht es nun dem Lernenden, aus der passiven Rezipientenrolle herauszutreten und sich kritisch mit den verschiedenen Ansätzen auseinanderzusetzen. Im letzten Teil versuchen die Autoren dann Hinweise und Beispiele für ihrer Meinung nach gegenstandsadäquatere sprachwissenschaftliche Forschung zu geben (Wygotsky, Lurija, Leontjew).

Das Buch ist aus der Arbeit in und mit sprachwissenschaftlichen Tutorien hervorgegangen. Den Erfahrungen der Autoren trägt sowohl das geschickte didaktische Vorgehen als auch die übersichtliche Präsentation der Fakten Rechnung. Interessant und erhellend sind auch Zitate aus Sitzungsprotokollen, da sie erstens die Lernfortschritte der Teilnehmer dokumentieren und zweitens gewissermaßen eine Solidarität unter den Anfängern (den Lesern und den Tutoriumsteilnehmern) herstellen. Was leider fehlt — und das mindert den Wert des Buches für das Selbststudium ein wenig — ist eine Auswahlbibliographie zu den verschiedenen Themenbereichen, ein Mangel, der sich in einer späteren Auflage ohne größere Schwierigkeiten beheben ließe. Insgesamt jedoch werden die Autoren ihrem Anspruch, den Anfänger bereits in der Eingangsphase zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Sprachwissenschaft zu befähigen und anzuregen, voll gerecht. Als Grundlage für eine sprachwissenschaftliche Einführungsveranstaltung ist diese Einführung deshalb uneingeschränkt zu empfehlen.

Theo Harden (Birmingham)

Frank, Manfred: *Die unendliche Fahrt. Ein Motiv und sein Text.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1979 (200 S., br., 20,— DM).

Zu den wenigen Gestalten mit deutlicher politischer Kontur innerhalb der deutschen Romanliteratur gehört Signor Settembrini aus Thomas Manns »Zauberberg«, ein aufgeklärter Humanist, Parteigänger bürgerlich-liberalen Fortschritts und — Ironie des Erzählers — Mitarbeiter an einer Enzyklopädie zur Ausmerzung des menschlichen Leidens. So entschieden und unbedingt progressiv ist er, daß die katastrophal scheiternde Fahrt der »Titanic« von ihm noch als Beispiel des Menschheitsfortschritts veranschlagt wird. Bei aller humanistischen Bindung an die Antike verwirft er den Vorbehalt seiner römischen Ahnherren, die die Schifffahrt als hybride Überschreitung natürlicher, dem Menschen zugemessener Grenzen beargwöhnt hatten. Sein Gewährsmann ist Prometheus, daneben auch der bereits in einem neuzeitlichen Sinne weltneugierige und entdeckungsfreudige Odysseus aus Dantes »Comedia«. Dieser hatte die Grenzmarke der damals bekannten Welt (die Pfosten des Herkules) durchschiffte und war im offenen Meer mit Mann und Maus versunken — laut Settembrini ein »Untergang in Ehren«, vergleichbar dem der »Titanic«. Daß Dante so unaufgeklärt-mittelalterlich mit seinem wissensdurstigen Seehelden verfährt und ihn im achten Kreis der Hölle büßen läßt, ignoriert der italienische Aufklärer, denn in seinem Weltbild kann und darf die Dich-

tung nichts anderes sein als die Waffe entschlossener Fortschrittsbejahung.

Wie wenig seine Doktrin haltbar ist, geht aus Franks Buch hervor. Es enthält die Geschichte eben jenes von Settembrini reklamierten Motivs der katastrophal scheiternden Schiffahrt, das seit Dante in der europäischen Dichtung in zahlreichen Abwandlungen fortlebt, sowie die Geschichte des Motivs der unendlich-ziellosen Irrfahrt, das in den Sagen vom »Ewigen Juden« und vom »Fliegenden Holländer« seine früheste und seither typologisch ebenfalls vielfach variierte Ausprägung erfährt. Am Beispiel dieser Motivkomplexe entdeckt Frank in der europäischen Literatur einen fortschrittsskeptisch-rationalitätskritischen Vorbehalt gegen das neuzeitlich-prometheische Streben nach Weltbemächtigung, das seit dem 15. Jahrhundert die offenen Meere befährt, Kontinente entdeckt, die Pole betritt, schließlich den Mond erreicht und zugleich in übersteigerter Selbsterlöschungshoffnung die Erde ihrer natürlichen Qualitäten und Ressourcen beraubt. Während der Settembrinische Geist der Naturbeherrschung und Weltentdeckung lärmende Triumphe feiert, imaginiert ungehört die Kunst — so Franks These — warnende Gegenbilder gegen die Gefahr einer verselbständigten, von humanen Normen und Naturqualitäten sich ablösenden wissenschaftlich-technischen Zweck-Rationalität.

Schon Camoes' »Lusiaden« (1572) konfrontieren ihren Helden Vasco da Gama, als er die Südspitze Afrikas umsegelt, mit einer naturmythischen Erscheinung: dem aus jahrtausendewährer Ruhe aufgestörten »Geist des Kaps«, der die Zudringlichkeit der die Meere erobernden Entdeckungsfahrer mit furchterregenden Untergangsdrohungen quittiert — gleichsam in Antizipation der ökologischen Einwände unserer Tage. Etwa im gleichen Zeitraum entwickelt die kollektive Phantasie der einfachen Seeleute die Sage vom »Fliegenden Holländer«, ebenfalls einem Kapumsegler und reichen Handelsherren, dessen gottlose Selbstermächtigung mit der Strafe ewiger Irrfahrt geahndet wird. Das ziellos-unendliche Irren-Müssen oder die katastrophal scheiternde Fahrt erscheinen in der Fiktion als strafende Antworten der durch den Geist der Neuzeit entmachteten mythischen oder religiösen Gewalten und der in ihren Qualitäten und genuinen Rechten mißachteten Natur.

Frank zeigt nicht allein, wie dieser Haushalt von Bildern bestrafter Weltbezwinger seit der neuzeitlichen Epochenschwelle (also seit etwa 1500) sich herausbildet, er untersucht darüber hinaus, wie er seit Beginn der Moderne (also seit etwa 1800) mit neuen Motiven, wie denen der Herzenserkaltung und der Winterreise sich verbindet, Bedeutungsverschiebungen und semantische Anreicherungen erfährt (etwa bei Poe, Coleridge, Schubert/Müller, Heym). Hier, in der Moderne, ist das Verhängnis der unendlichen Fahrt nicht länger nur — wie im Falle der Holländer-Sage — die strafende Antwort entheiliger mythisch-religiöser Mächte auf die tabubrechende Kühnheit säkularen Entdeckungsdranges. Das Weder-sterben-noch-nach-Hause-kommen-Können wird zum Symbol der heimat- und obdachlosen Daseinsweise des aus allen sinntragenden Einbindungen geworfenen Individuums. Dessen Lebensreise folgt nicht mehr dem traditionellen kreisförmigen Muster der Ausfahrt und Rückkehr (es war dies das Schema der Odyssee, des Artusromans, der Pilger- und Handwerkerreise), sie ist offen und ziellos geworden. Daß sie zugleich als unendliche Fahrt, als ein Nicht-sterben-Können imaginiert wird (Frank verweist u. a. auf Brentanos »Auf dem Rhein«, Rimbauds »Le bateau ivre«, Wagners »Parsifal« und »Holländer«, Kafkas »Jäger Gracchus«), ist Ausdruck sowohl der Depression als auch einer Sehnsucht des modernen Bewußtseins: der Depression, insofern es dem Sinn, den die himmlische Ewigkeit einst bereithielt, nicht mehr begegnet und es die Ewigkeit nurmehr als schlechte Unendlichkeit, als irdische Irrfahrt, erfahren kann; der Sehnsucht, insofern es weder im Endlichen eine Heimat noch im entzauberten, der Jenseitshoffnung beraubten Tod der Moderne sein Genügen findet, stattdessen über alles Erreichbare hinausdrängt und im Phantasma der nie en-

denden Lebensreise den religiösen Erwartungshorizont und Anspruch auf Erlösung und Heil aufrechterhält.
Bernhard Schubert (Marburg)

Kunst- und Kulturwissenschaften

Warnke, Martin: Künstler, Kunsthistoriker, Museen. Beiträge zu einer kritischen Kunstgeschichte. Verlag C.J. Bucher, Luzern und Frankfurt / M. 1979 (127 S., br., 24,80).

Dieses Buch besteht aus Texten und Aufsätzen, die in den letzten fünfzehn Jahren aus verschiedenen Anlässen — Jubiläen, Ausstellungen, etc. — erschienen und nun von Heinrich Klotz zusammengestellt wurden. Warnkes Aufsätze verfolgen Ereignisse nicht nur kommentierend, sondern sein Engagement gegen Dogmatik tritt in der Interpretation einzelner Werke, in der Kritik einzelner Interpreten, sowie in der Analyse der Kunstinstitutionen wünschenswert deutlich zu Tage. Alle seine Veröffentlichungen stehen in dem Bemühen, aus einer betrachtenden und interpretierenden Wissenschaft eine kritische werden zu lassen. Dies bedeutet zum einen die Durchleuchtung der Denk-, Urteils- und Wahrnehmungsklischees, die sich in ideologischer Absicht vor die Kunstwerke stellen, zum anderen die Hinterfragung der Vermittlungsformen zwischen Kunstwerk und Publikum. Warnkes institutionen-, deutungskritische und kunstsoziologische Arbeiten sind Vorarbeiten, »die den Schutt wegräumen und die fesselnden Parolen sprengen, welche den Weg zum Kunstwerk versperren« (7), Schutt, den der herrschende, konservierende Geist der Kunstgeschichte aufgeschüttet hatte, der sein Genüge in positivistischer Faktenbewältigung und phänomenologischer Werkanalyse fand. Ziel der Warnkeschen Modellentwürfe als Ausgangspunkte einer historisch-materialistischen Forschung ist es, den überlieferten ästhetischen Objekten das abzugewinnen, was sie gegen ihre jeweilige historische Zeit für die heutige geleistet haben.

Dieses Bemühen zeichnet alle in vier Komplexe gegliederten Aufsätze aus. Der erste Hauptteil, »Künstler« überschrieben, beinhaltet zehn Texte: »Leonardo-Legenden« weist die Grundmotive, die unser Bild Leonardos als Genie bestimmen, auf ihre geschichtlichen Bedingtheiten zurück und ermöglicht ein selbständiges Urteil, denn auch Leonardo war kein Wesen »aller Geschichtlichkeit bar« (9). In »Der Vater der Kunstgeschichte: Giorgio Vasari« wird dessen Vitenwerk auf seine autobiographischen Elemente hin untersucht, um die historiographische Epigonenbeschreibung verwertbar zu machen. Anhand der »Erschaffung der Natur: Caravaggio« beschreibt Warnke den Widerstreit zwischen subjektiver künstlerischer Intention und objektiven gesellschaftlichen Zwecken als bleibenden, aber innovativen. Die »Rubens-Ausstellung« 1977 faßt die Ergebnisse des Jubiläums zusammen. Warnke würdigt vor allem die Werkstatt des Malers als Fabrik, die als modern organisierter, arbeitsteilig funktionierender Betrieb gewährleistet, daß die Malerei auf dem Produktionsniveau der Zeit blieb. »Poussins 'Urteil des Salomo': Ein gemalter Königsmechanismus« ist eine scharfsichtige, alle Details berücksichtigende Bildinterpretation: ein Beweis der Verweigerung der Kunst gegenüber gesellschaftlichen Normen und Verhaltenskodexen. Auch im kunsthistorischen Kontext ist die Kategorie Entfremdung wichtig zur Bestimmung historischer Erfahrungshintergründe, die Wahrnehmungsmuster entstehen lassen, dargestellt am Beispiel William Blakes — »Inszenierte Widersprüche«. Die folgenden drei Deutungen abstrakter Kunst beschäftigen sich mit Hans Sedlmayrs Zeit- und Kunstkritik, Otto Stelzers Denkmodellen und Vorbildern und Herbert W. Frankes Kybernetik des Kunstgewerbes. In »Künstler als Pensionäre« stellt Warnke die Forderung der Künstler nach Pension in ihre geschichtliche Tradition und scheut sich nicht, als Kunsthistoriker in diese Debatte einzugreifen.

Der zweite Teil der Sammlung widmet sich den im Rampenlicht stehenden Kunsthistorikergößen Georg Schmidt, Arnold Hauser, Hans Seldmayr und Albrecht Dürer. Diese Aufsätze sind leider zu kurz gefaßt, zu ausgewogen, zu sehr Widmung und Würdigung anstatt objektive Einschätzung, vermitteln aber trotz allem noch Interessantes, noch nicht Bekanntes. Der dritte Abschnitt nimmt gängige Kunstklischees treffsicher aufs Korn. In »Submariner Seelenlandschaft« entlarvt Warnke Edmund Staigers Denk-, Sprach- und Methodenmartialismus. Anhand von »Rubens' Ruf« zeigt er auf, daß Kunstgenuß als ein Akt freier, unmittelbarer Aneignung nur ein allzu gängiges Vorurteil ist und plädiert für einen »neuen Versuch einer mündigen Urteilsbildung« (98). In der Herstellung kunstgeschichtlicher Populärliteratur, zu der die Wissenschaft nur Ergebnisse und Daten liefert, ohne die Weiterverwertung zu kontrollieren, offenbart sich die »Wissenschaft als Knechtungsakt«. Die »Krise der Kenner« führt die Arbeitsgrundlagen des hauptberuflichen Kunstforschers in fast sarkastischer Weise ad absurdum.

Der letzte Abschnitt »Institutionen« beschäftigt sich mit dem »Museum als Lernort: das historische Museum in Frankfurt — eine Würdigung und kritische Weiterführung der didaktischen Motivationsansätze — sowie mit den »Museumsfragen«: hier stellt sich heraus, daß gerade die nicht ausgebildeten Museumswärter die exponiertesten Träger der Museumspädagogik sein müßten, sind sie doch die einzig verfügbaren Adressaten für spontane Fragen.

Ulrike Gerold (Berlin/West)

Ehmer, Hermann K. (Hrsg.): Ästhetische Erziehung und Alltag. Materialien, Analysen, Unterrichtsvorschläge 1. Anabas Verlag, Gießen 1979 (343 S., br., 36,— DM).

Diese Arbeit will eine Wende deutlich machen von der vornehmlich theoretischen Auseinandersetzung um »ästhetische Erziehung«, »Alltagsästhetik«, »Visuelle Kommunikation« zu ihrer praktischen, »auf den täglichen Bedarf von Lehrern und Schülern« (7) zugeschnittenen Ausbeute. Dabei wird von der Voraussetzung ausgegangen, »daß es unter den zahlreichen progressiven Ansätzen im Bereich ästhetischer Erziehung — bei aller Verschiedenartigkeit — gemeinsame Intentionen gibt, die es wert wären, in der Praxis überprüft zu werden« (7). Vorübergehend wird also die Theorie-Debatte (vgl. Argument-Sonderband AS 21) bewußt stillgelegt; dieser Band, wie auch die folgenden, werden entsprechend daran zu messen sein, wie weit die »Materialien, Analysen, Unterrichtsvorschläge« in der institutionalisierten (Schule) und außerinstitutionellen (Jugendarbeit, freie Initiativen) Arbeit brauchbar werden können.

Den Konzeptionen von »ästhetischer Erziehung« entsprechend beschränkt sich die Arbeit nicht auf den Umgang mit dem Besonderen der Kunst, sondern ist allgemeiner auf »Gegenstände der alltäglichen visuellen Wahrnehmung« (8) aus. Dieses »Ästhetische am Alltag« (8) wird in einer Unmasse von Einzelheiten sichtbar; schon das Motto der Einleitung eröffnet die Perspektive ins Uferlose: »Und jetzt das Alltägliche? Alles zählt dort« (H. Lefébvre). In der Tat, alles zählt dort, und zwar scheinbar gleichrangig nebeneinander. Die vielen Beiträge von Lehrern, Hochschullehrern, Studenten, vordergründig geordnet unter Rubriken »gewohnte Dinge und Tätigkeiten«, »tägliche Bilderwelt«, »Schulalltag, Schule und Alltag« befassen sich mit Werbung, Pflastermalerei, Häuserbemalungen, mit Beerdigungs-Riten, Spielzeug, Kinderfernsehen, Plattencovern, Spielplatz, Auto, mit Weihnachtsbaum-Design, Essgeräten, Schularchitektur, Kriegsdarstellung etc. Die Aufsatz-Sammlung ist als Fundgrube angelegt; in der Bunttheit des Angebots spiegelt sich noch einmal das Wirrwarr der ästhetisch inszenierten Warenwelt. Da der Band keinen eigentlichen Themenschwerpunkt nennt, muß ein Lehrer, der bestimmte Anregungen sucht, Glück haben, wenn er in diesem Sammelsurium zufällig auch Hinweise zu seinem Thema findet. Er wird außerdem auf seine besonderen Arbeitsbedingungen hin umformulieren müssen, da die Beiträge aus unter-

schiedlichsten Praxisfeldern stammen. Positiv mag an diesem wilden Anthologie-Verfahren sein, daß es ein Suchen nach fertigen Rezepten verhindert und in seiner Unbestimmtheit auch Nicht-Kunstpädagogen Anregungen geben kann. Dies hat den Autoren offensichtlich vorgeschwebt: »Wir wollten Anregungen geben, nicht Anweisungen« (15).

Ziel der zum Teil auch erprobten Unterrichts-Anregungen ist es, »durch Aktualisierung ästhetischen Alltagsverhaltens im Unterricht dieses dem Bewußtsein der Schüler in seiner Bedeutung zugänglich und damit veränderbar zu machen« (13). Die einzelnen Beiträge konkretisieren eine so vage Zielsetzung, indem sie einen vorwiegend als »offen« oder »projekt-orientiert« bezeichneten Unterricht begründen, dokumentieren, mit Bildmaterial reichlich illustrieren und unter speziellere Zielsetzungen bringen. Entsprechend konkreter heißt es dann z.B. in einer Unterrichtseinheit über Kaufhaus-Bilderbücher: »Ziel sollte I...I sein, die Unterschiede zwischen der Welt im Bilderbuch und der 'wirklichen Welt' zu erkennen und produktiv zu verarbeiten« (193). — Für welche »wirklichen Welt«, in Richtung auf welche Veränderungen aber sollen *die* Schüler etwas »produktiv verarbeiten«? Zu welcher Art »kritischer Distanz« (145) verhilft ihnen die ideologiekritische Demontage, das »Bilderknacken« (127)? Welches sind *die* »Bedürfnisse und Interessen« (145) *des* »zwölfjährigen Hauptschülers« oder *der* »Fünfzehnjährigen« (163)? Die »Wirklichkeitsaneignung und -erfahrung von Kindern und Jugendlichen« (205), welche Typik zeigt sie bei Kindern der Arbeiterklasse, wie darauf besonders reagieren?

In den gesammelten Beiträgen werden solche Fragen nicht erledigt, z.T. übergangen. Die Fragen lenken zurück auf den Theorie-Streit; Antworten aber wird man dort kaum finden, solange praktische Unterrichtserfahrungen für den theoretischen Diskurs nebensächlich bleiben. Und solche Erfahrungen zu machen, dazu motiviert der vorliegende Band, wenn er auch nicht immer direkt dabei helfen kann.

Klaus-Dieter Lenzen (Bielefeld)

Kommer, Helmut: Früher Film und späte Folgen. Zur Geschichte der Film- und Fernseherziehung. Basis Verlag, Berlin/W. 1979 (214 S., 20 Abb., br., 22,— DM).

Nach wie vor sei die Medienpädagogik einem »Kulturkonservatismus« (10), einem »aggressiven und konservierenden Reflex auf den gesellschaftlich bedeutsamen Zuwachs der Massenmedien« (12), verhaftet, aus dessen »Zusammenhang sie sich bis heute nicht zu emanzipieren vermag«. Diese zentrale These will die vorliegende »kritische Bestandsaufnahme« des Hildesheimer Medienpädagogen belegen: Indem sie einmal die Filmerzziehung vor dem 1. Weltkrieg auf ihre »theoretischen Grundlagen und Voraussetzungen« für die Auseinandersetzung mit den Massenmedien befragt und indem sie zum andern »bedeutende Positionen« der Medien-, vor allem der Fernsehpädagogik nach 1945 demselben Verfahren unterzieht. Dabei konzentriert sie sich bei letzteren besonders auf die seit Beginn der 70er Jahre aufbrechende Diskussion um die sog. Bildschirmbrutalität, die der vormaligen Kampagne gegen Schmutz und Schund »erneut Auftrieb und breite öffentliche Anerkennung« (10) verschaffte.

Als das Kino noch auf Jahrmärkten, in Schaubuden und Kneipen gastierte, war es fast ausschließlich bevorzugter Zeitvertreib der sog. unteren Schichten, vor allem deren Kinder und Jugendlichen. Wie sich die Filmproduktion und -distribution kapitalisierte und die Kinos feste Standorte bezogen, 'differenzierte' sich auch das Publikum und das Programmangebot: Die »Lichtspieltheater« offerierten sich nun den gehobenen und künstlerischen Ansprüchen der bürgerlichen Kreise, die rapide wachsenden Vorstadtkinos mit ihren 'plebejischen' Streifen wie Sozialdramen, Humoresken und Grotesken blieben der lohnabhängigen Bevölkerung vorbehalten. Gegen dieses »Schmutz- und

Schund«-Programm — vor allem aber gegen die (vorgeblich) sittenbedrohenden Auf­führungslokalitäten zogen alsbald die Pädagogen und »Volkerzieher« geharnischt zu Felde: Sinnfällig belegen die gefundenen Zitate die absurdesten Argumentationen und vermeintlichen wissenschaftlichen Beweisführungen (z.B. »Sinnlichkeit statt Sittlichkeit«, »Gefahr der 'Phantasieüberreizung'«), die allesamt ihre Borniertheit, ihre reaktionären bis elitären Vorurteile oder ihre moralisch bemäntelte Irreführung kaum verbergen können und sich letztlich mit der staatlichen Repression und Zensur verschwi­sterten, wie sie in diversen Jugendschutz-Reglementierungen und schließlich im Wei­marer Reichslichtspielgesetz vom 12. März 1920 ihren juristischen Niederschlag fanden.

Nur wenig modifiziert nahm die Filmerziehung nach 1945 diese fatale Tradition wie­der auf, wie abermals das 1957 verabschiedete Jugendschutzgesetz demonstriert. »Irra­tionale Abwehrhaltung«, Verbot oder zumindest die Desillusionierung der unterstell­ten Suggestibilität des Films auf der einen, Vertiefung des Filmerlebens beim guten, künstlerisch hochwertigen und moralisch unbeanstandeten Film auf der anderen Seite blieben ihre grundlegenden Ziele, auch dann — und hier greift Kommer auf eine frü­here Arbeit von 1974 zurück —, als sich in der medienpädagogischen Forschung zwei wissenschaftstheoretische »Tendenzen« herausstellen: die sog. geisteswissenschaftlich orientierte Fernsehforschung, die auf ein »idealistisch-irrationalistisches« Weltverständ­nis rekurriert und für die Namen wie M. Keilhacker, P. Heimann, H. Wetterling, O. Foerster u. a., aber auch die Deutschdidaktik eines R. Ulshöfer stehen; und die »sozial­wissenschaftlich orientierte« Forschung, die sich die funktionalistischen Theoreme und neopositivistischen Methoden der amerikanischen Medienforschung zu eigen machte und unter der Ägide von G. Malerzke, F. Stückrath, G. Schottmayer u. a. »Verhaltens­forschung« treibt. Denn beide ignorieren die gesellschaftlichen Funktionen der Massen­medien, vor allem ihren Warencharakter und die (widersprüchlichen) Mechanismen der Bedürfnisregulation; gleichwohl beziehen sie eine »Frontstellung gegenüber den Idealen einer bürgerlichen Oberschicht, die in der literarischen Bildung und ästheti­schen Erziehung der Gymnasien vorherrschen« (122), und sie sollten für eine »kritische Medienarbeit« ausgenutzt werden. Deren Ziele bestehen nämlich — und diese Position richtet sich auch gegen »eine abstrakt ideologiekritische Aufklärungspädagogik« (179) — einmal in der »Thematisierung von Erfahrungen, Bedürfnissen und Lebensverhält­nissen, mit denen Kinder und Schüler im Alltag zu tun haben«, sowie zum andern in einer »praktischen Medienarbeit, die der ständigen Gefahr der Vermarktung des Le­benszusammenhangs von Seiten der Massenmedien durch die Herstellung eigener und selbstbestimmter Erfahrungen entgegenwirkt« (180). Einige knappe Hinweise auf be­reits durchgeführte Medienprojekte (G. Behrens, Berliner Kindergruppe) sollen die po­stulierten Projektionen illustrieren.

Über dieses Plädoyer für eine »fortschrittliche Medienerziehung« gelangt diese Arbeit nicht hinaus — obwohl inzwischen eine Reihe konkreter Vorschläge und Praxisberichte, von euphorischen Entwürfen und kritischen Bilanzen 'alternativer Medienproduktion' vorliegen. Aber solch eklatante Lücken, undialektische Reduktionen und erzwungene Stringenzen ob einer eindeutigen, polarisierenden Positionsbeschreibung willen be­stimmen das Buch auch sonst noch: Wenn umstandslos angenommen wird, das Kino­programm zwischen 1905 und 1910 hätte den »kollektiv-kommunikativen, hedoni­stisch-ästhetischen und sozialkritischen Bedürfnissen« der unteren Schichten »im beson­deren Maße« entsprochen (185), wird die von den bürgerlichen Medienpädagogen ge­forderte Analyse der »Bedürfnisregulation« selbst amputiert — zumal die Inhalte und Macharten der »sozialen Dramen«, »Humoresken« und »Grotesken« nur mithilfe der abfälligen Rezensionen jener Kritiker rekonstruiert werden können. Warum ferner für den historischen Begründungszusammenhang einer »fortschrittlichen Medienpädagogik« just die reformpädagogischen Ansätze der Weimarer Zeit ausgeblendet bleiben,

hätte zumindest einer Erklärung bedurft. Und schließlich verwirrt es ebenso, wenn die wissenschaftstheoretischen Prämissen und Methoden der neopositivistischen Medienforschung als affirmativ und technokratisch gebrandmarkt werden, hingegen wenige Seiten später (173f.) Keilhackers Befunde über das Wahrnehmungsvermögen von Kindern — verkürzt noch durch Baackes »Regeln einer Fernsehdidaktik« — ohne Einschränkung referiert werden. Die Vermittlungen und Verwicklungen von »bürgerlicher« und »materialistischer« Medienforschung sind offensichtlich komplizierter und komplexer, als es die oftmals vereinfachte Gegenüberstellung glauben machen möchte. Die beiden letzten Kapitel über »Medienpädagogik und Mediengewalt« und »Fernsehgewohnheiten der Kinder«, die übersichtliche Zusammenfassungen jüngster Tendenzen bieten, sind dafür obendrein ungewollte Beispiele. Dieser angesichts ungleicher Verteilung der Forschungsressourcen unvermeidliche Rekurs braucht nicht dem einzelnen Autor zum Vorwurf gereichen, aber er belegt die objektiv gesetzten Erkenntnisgrenzen 'kritischer, alternativer, materialistischer' Medienforschung. (Z. B.: Gibt es eine Schichtenspezifität der Fernsehnehmung und -verarbeitung über die demoskopisch ermittelten Sehgewohnheiten und Alltagsroutinen hinaus?) Unbedacht bleibt aber von Kommer ferner, daß seine Retrospektive nur den veröffentlichten Teil der Medienpädagogik erfaßt, der selbst wieder den Reglements der bürgerlichen Öffentlichkeit unterworfen ist. Daher wäre weiteren Versuchen, die Entwicklung der Massenmedien und ihrer öffentlichen, politischen und pädagogischen Behandlung historisch aufzuarbeiten, dringend eine Zusammenarbeit mit einer (kaum noch bestehenden) sozialwissenschaftlich orientierten Rezeptions- und Kulturgeschichte anzuraten, um über die gewiß illustrativen und auch paradigmatischen Bekenntnisse publizitätsmächtiger Pädagogen hinaus erst eigentlich zu entdecken, wie die Menschen in ihren sozial unterschiedlichen Lebenszusammenhängen und subjektiven Bedeutungskontexten mit den Medien umzugehen lernten. Diese allerdings sehr kurzen Kapitel (einschließlich der Illustrationen von der Stiftung Deutsche Kinemathek Berlin) zur Entwicklung des Kinos und zur »Kinderöffentlichkeit« im Kino waren für mich die ergiebigsten und spannendsten des Bandes.

Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

Krzeminski, Michael: Vermittlung sozialer Erfahrung im Fernsehen. Eine Falluntersuchung zum ZDF-Jugendmagazin »Direkt« (Hochschul-Skripten: Medien 11). Verlag Volker Spiess, Berlin 1979 (186 S., br., 24,— DM).

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Auseinandersetzung mit einem Beitrag des ZDF-Jugendmagazins »Direkt«. M. Krzeminski hatte die Gelegenheit, die Produktion eines Filmes mit der »Dortmunder Selbsthilfe«, einer Gruppe von arbeitslosen Jugendlichen, ehemaligen Strafgefangenen, Fürsorgezöglingen, Obdachlosen und freien Sozialarbeitern, nahezu über den gesamten Realisierungs-Prozess hinweg zu verfolgen: vom Zeitpunkt der Kontaktaufnahme mit der Gruppe durch die »Direkt«-Redaktion, der Planung, über die Dreharbeiten und die redaktionellen Auseinandersetzungen bis hin zur Abnahme und zur schließlichen Sendung des Beitrags.

Mit der Methode der »teilnehmenden Beobachtung«, deren Grenzen und Möglichkeiten der Autor im übrigen auch kritisch reflektiert (54ff.), kann er somit eine exemplarische Produktionsanalyse des Fernsehens vorlegen. Dies hat für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Medium einen großen Stellenwert. In der Regel werden wir nämlich von Seiten der Fernsehkritik lediglich mit Interpretationen von fertigen Sendungen versorgt; also mit mehr oder weniger immanenten Werk-Analysen. Zu dem Produktions-Prozess selbst, der zu einem großen Teil aus Gesprächen, mündlichen Auseinandersetzungen und Vereinbarungen innerhalb der Hierarchie der Sendeanstalten besteht, haben kritische Beobachter in der Regel keinen Zugang. Zudem erfordert die 'teilnehmende Beobachtung' einen enormen zeitlichen und materiellen Aufwand.

Krzeminski interessiert aber nicht nur diese Produktions-Analyse. Er betrachtet die Herstellung des Gruppenfilms auf dem Hintergrund des programmatischen Anspruchs des ZDF-Magazins, nämlich damit ausgewählten Gruppen von Jugendlichen einen wirklichen *Zugang* zum Fernsehen zu ermöglichen. Die Auseinandersetzung mit diesem Anspruch ist eingefügt in einen theoretischen Rahmen, der den Stellenwert der »Zugangsproblematik« für die »Teilhabe« der Rezipienten an Hörfunk und Fernsehen generell zu klären versucht.

Sowohl im Hinblick auf die bestehenden Funk-Medien, als auch auf zukünftige Organisationsformen wie die geplanten offenen Bürger-Kanäle im Rahmen des projektierten Kabelfernsehens, mißt Krzeminski der *Partizipation* große Bedeutung bei. Seine kommunikations-wissenschaftlich begründete Definition von *Teilhabe* setzt sich dabei allerdings von den diversen Formen der Zuschauer-*Beteiligung* ab, die in einigen Unterhaltungs-Programmen bereits praktiziert werden, und in denen das Publikum zum meist lediglich als passive Kulisse, oder bestenfalls als reaktives Beiwerk — angefangen vom überreichten Blumenstrauß in der »ZDF-Hitparade« bis hin zur Schlußabstimmung der Jury in »Pro und Contra« (30) — *benutzt* wird. »Partizipation am Fernsehen als soziales Kommunikationsmittel nun realisiert sich in ihrer konsequentesten Form in der aktiven Teilnahme von Publikumsgruppen oder Einzelzuschauern an der Planung, Herstellung oder Durchführung des Programms.« (18)

Der Fall des Beitrags der »Dortmunder Selbsthilfe«-Gruppe macht nun deutlich, daß es bei der Vermittlung sozialer Basis-Erfahrung im Massenmedium Fernsehen Barrieren im wesentlichen auf zwei Ebenen gibt:

a) auf der Ebene des medialen Bewußtseins der betroffenen Gruppe selbst. Krzeminski stellt als Mangel fest, daß »die Gruppe den wesentlichen Erfolg des Films in der Verlängerung und Quantifizierung der auch mit anderen Mitteln erreichbaren Wirkungen ausmacht« (153). Er leitet daraus für zukünftige »Zugangsprogramme« die Forderung ab, »daß den Zugangsinteressenten Gelegenheit gegeben« werden müßte, »in stärkerem Maße als bisher medien- und programmspezifische Vermittlungsstrategien zu reflektieren und auch selbständig zu erarbeiten« (175). — b) Es gibt Barrieren aufgrund der strukturellen Gegebenheiten des Fernsehens. Was der Autor hier herausgearbeitet hat, scheint mir das Interessanteste und Wichtigste an der Studie zu sein. Er beschreibt detailliert, wie sich bei dem redaktionellen Bearbeitungs-Prozeß des Filmbeitrages »eine sukzessive Strukturierung der Kontroverse teilweise 'hinter dem Rücken' aller beteiligten Seiten durchsetzte« (174). Die Konsequenzen dieser »*Journalistischen Überformung*« sieht Krzeminski zurecht als sehr weitgehend an: Sie »führt sukzessive von der Intention der Gruppe ab, ihre materiellen und politischen Aktivitäten als einen Zusammenhang, wie er in ihrer besonderen Lebenssituation begründet ist, angemessen darzustellen« (168). Die zweite Forderung, die der Autor auf diesem Hintergrund für die Verbesserung des Publikums-Zugangs ableitet, scheint mir so auch schwieriger realisierbar: »Darüberhinaus wäre es erforderlich, daß den Beteiligten der Bereich realisierbarer Entscheidungen zugänglich wird.« (175) Sie stößt nämlich auf die grundsätzlichen Schranken, die mit der streng hierarchischen und gegenüber der Öffentlichkeit weitgehend abgeschotteten Organisations-Struktur der Rundfunk-Anstalten gesetzt sind.

Die Nützlichkeit des Buches für die Fernseh-Forschung und -Praxis ist doppelt: Es stellt eine akribische Produktions-Analyse zur Verfügung und bietet einen theoretisch eingehend begründeten Diskussions-Beitrag für die Veränderung der bestehenden Fernseh-Kommunikation zugunsten des Publikums. Nicht nachvollziehbar bleibt für mich, warum der Autor den in seinem Sinne definierten Programm-Zugang auf gesellschaftliche Minderheiten, die »Unterprivilegierten« (178), beschränkt. Dieser Zugang wäre gerade auch für die in der Entscheidungsstruktur der Anstalten unterrepräsentierten Mehrheiten zu schaffen.

Siegfried Zielinski (Berlin / West)

Soziologie

Lederer, Emil: *Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie 1910-1940. Ausgewählte Aufsätze mit einem Beitrag von Hans Speier und einer Bibliographie von Bernd Uhlmannsiek*, hrsg. v. Jürgen Kocka. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1979 (310 S., br., 42,— DM).

Der Band versammelt neben einer Einleitung von J. Kocka und einem Nachwort von H. Speier 14 Aufsätze von E. Lederer, die chronologisch, nicht nach Themenschwerpunkten, geordnet sind. In diesen Aufsätzen rückt der Nationalökonom Lederer Wirtschaft in ihren sozialen und politischen Kontext; sein Hauptinteresse gilt den sozialen Auswirkungen ökonomischen Wandels auf die Klassenstruktur sowie auf das Klassenbewußtsein und die politische Orientierung. Methodisch leitet er dabei Bewußtseinsformen nicht über begriffliche Anstrengungen aus den Kategorien der Kritik der Politischen Ökonomie ab, sondern entwickelt diese als standortgebundene aus konkreten Veränderungen der Lebens- und Arbeitsumstände. Hauptmerkmal dieser Umstände und damit bestimmend für den »sozialpsychologischen Habitus« (1. Aufsatz) ist nach Lederer das klassenspezifische Lebensgefühl der »Substanzlosigkeit«. Substanzlos insofern, als der Masse ihre »Produktionsunterlagen« als ihnen fremde gegenüberstehen, das Lebensgefühl durch Vermassung und Rationalisierung geprägt ist. Lederers Alternative ist Sozialisierung, die — als Element der Sozialpolitik — nicht nur die Menschen mit ihren Produktionsmitteln wieder verbinden soll, sondern sich ebenso in der Form der Arbeit und in der persönlichen Sphäre niederschlagen muß. Deshalb auch favorisiert der Neoklassiker Lederer Genossenschaftsbildung im Rahmen des Kapitalismus und Betriebsdemokratie, wendet sich aber scharf gegen den Bolschewismus, in dem er nur einen Konsumentenkommunismus zu sehen vermag (8. Aufsatz).

Bei der Analyse der Folgen des Taylorismus (4. Aufsatz) zeigt der Autor, daß die Rationalisierung im »Angelernten« einen neuen Arbeitertypus schafft, bei dem das Zurücktreten des Berufsbewußtseins und die Stärkung der Interessensolidarität durch die Erfahrung der Massenhaftigkeit des Schicksals die Bildung von Klassenbewußtsein fördert. Dadurch wiederum wird auch der Parlamentarismus rationalisiert (2. Aufsatz), insofern die Arbeiterpartei, aber auch die übrigen Parteien, nicht mehr durch Weltanschauungen, sondern immer deutlicher durch Klasseninteressen bestimmt werden und der Einfluß der Interessenverbände die politische Sphäre immer stärker prägt. Eine Homogenisierung wird dadurch zunehmend unwahrscheinlich und — in Verbindung mit dem Verhältniswahlrecht — parlamentarische Regierung kaum mehr möglich (10. Aufsatz).

Einen breiten Raum in Lederers Forschung nahm die Analyse der Sozialstruktur ein, und hier wiederum besonders die Herausbildung und Entwicklung einer neuen Schicht, der Angestelltenschaft (3. und 9. Aufsatz). Das Anwachsen dieser Schicht sieht er begründet in der Konzentration der Wirtschaft, ihren sozialen Standort aber nicht allein durch die Abhängigkeit von Kapital bestimmt, rechnet sie also nicht umstandslos zur Arbeiterklasse, sondern siedelt sie zwischen den Klassen an und wendet sich damit gegen das Modell einer zunehmenden Dichotomisierung der Gesellschaft. Auch wenn aus dem dominanter werdenden Merkmal der abhängigen Beschäftigung sich das Interesse dem des Proletariats annähert, werde dies doch durch Rückgriff auf bürgerliche Ideologieresiduen überformt und schaffe dadurch einen spezifischen Sozialhabitus; der Angestellte begegne der Uniformierung des Daseins aus Angst vor der Revolution eher durch eine ständisch-faschistische Orientierung. In dieser Uniformierung, der Herausbildung amorpher Massenhaftigkeit, die die Verwurzelung in der sozialen Gruppe oder im Betrieb auf- und ablöse, sieht Lederer auch die Existenzgrundlage des Faschismus (14. Aufsatz), der autonome gesellschaftliche Gruppen und Institutionen überhaupt

zerstöre und dafür die Massen institutionalisiere. Die Masse aber muß immer in Aktion gehalten werden, daher die Notwendigkeit des imperialistischen Krieges. Diesen Primat des Politischen analysiert Lederer bereits im 1. Weltkrieg (6. Aufsatz) als Verstaatlichung der Gesellschaft, indem das Volk nur mehr disponible Masse eines omnipotenten Staates wird. Als Alternative zur Widersprüchlichkeit und Krisenhaftigkeit des »organisierten Kapitalismus« postuliert der demokratische Sozialist Lederer ein System zentraler Planung (12. und 13. Aufsatz) im Sinne der Wirtschaftsdemokratie, um — unter Beibehaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln — auch bei sinkenden Gewinnen Vollbeschäftigung zu sichern.

Lederers Analysen sind nicht nur von sozialgeschichtlichem Interesse für die deutsche Zwischenkriegszeit, sondern ebenso theoretisch bedeutsam durch ihre enge Verknüpfung von ökonomischer, soziologischer und politischer Analyse der Konzentration der Wirtschaft, Rationalisierung und Vermassung des Daseins und deren politischer Folgen, die — bei aller Zeitgebundenheit ihres sozialpolitischen Engagements und kulturkritischen Impetus — Soziologie doch niemals spekulativ werden läßt, sondern immer rückbindet an empirisch faßbaren Wandel. Lothar Romeis (Berlin / West)

Wachtler, Günther: *Humanisierung der Arbeit und Industriesoziologie.* Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1979 (180 S., br., 14,— DM).

In der Fülle vorfindlicher Überlegungen zur Humanisierung der Arbeit verdient Wachtlers Untersuchung insofern besondere Beachtung, als sie die bislang vorwiegend unter aktuellem, arbeitsorganisatorisch orientiertem Blickwinkel verlaufende Diskussion um eine ideengeschichtliche Dimension bereichert. Indem er die Entwicklung der Industriesoziologie in Deutschland und den Vereinigten Staaten auf Konzeptionen zur Arbeitshumanisierung hin durchsieht, deren Konstitutionsbedingungen aufzeigt und ihre Durchsetzungschancen benennt, will er Kriterien für die Beurteilung und Realisierbarkeit von Humanisierungsstrategien angesichts des heutigen Standes der Produktivkraftentwicklung und des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses entwickeln. Überzeugend wird dargestellt, daß Humanisierungskonzepte und ihre Realisierung an die Entwicklung gesellschaftlicher Machtverhältnisse gebunden sind, also einerseits an das Interesse des Kapitals an einer Steigerung der Produktivität der Arbeit sowie an einer Sicherung seiner Herrschaft wie andererseits an das Interesse der Lohnabhängigen an Entwicklung von Autonomie und Überwindung der Entfremdung in ihren verschiedenen Formen. Jedoch entwickelt Wachtler den Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital nur inkonsequent, indem er ihn darauf reduziert, »daß zwischen den Erfordernissen ökonomisch-rationeller Erstellung von Gütern und Dienstleistungen und menschenwürdigem Dasein tendenzielle Spannungen bestehen« (19). Weil ihmzufolge Arbeit stets Mehrwert produzierende und Herrschaft konstituierende ist, muß er die widerstreitenden Interessen zu vermitteln suchen. Ganz in diesem Sinn soll auch die angebliche Polarisierung von »orthodox-marxistisch orientierter Soziologie« und einer objektivistischen, mikroskopischen und unhistorischen bürgerlichen Soziologie überwunden werden.

Als Wurzel der Humanisierungskonzeptionen führt Wachtler die frühen sozialen Utopien und Gegenentwürfe des 19. Jahrhunderts an, die abgelöst werden durch erste empirische Untersuchungen zu Folgeproblemen einer nunmehr grundsätzlich akzeptierten Industrialisierung. Die Arbeiten des Vereins für Socialpolitik nehmen sich der Grundproblematik von Auslese und Anpassung auf dem Hintergrund von Qualifikations- und Fluktuationsproblemen der Industrie an. M. und A. Weber, H. Herkner, M. Bernays und W. Sombarts Ansätze werden referiert und Wachtler kann zeigen, daß »schon damals die entscheidenden Problemzusammenhänge herausgear-

beitet wurden, um die auch heute die Humanisierungsdiskussion kreist« (67). Daß sie nicht realisiert wurden, führt er auf alternative Strategiepräferenz des Kapitals zurück und auf geänderte Ausgangsbedingungen in der folgenden dritten Etappe, der Zwischenkriegszeit. Sie ist gekennzeichnet durch den Zwang zu wirtschaftlichem Wachstum und Integration der Arbeiterbewegung. In den ersten Ansätzen zu einer Veränderung der Arbeitsorganisation, wie sie Hellpachs Konzept der Gruppenfabrikation ebenso beinhaltet wie Rosenstocks Modell der Werkstattaussiedlung, sieht Wachtler einen Wandel des Humanisierungsgedankens. Daß er allerdings umstandslos Briefs' und Gecks Bemühungen um eine betriebliche Sozialpolitik attestiert, sie seien »stark einem Humanisierungsideal verpflichtet« (86), läßt die dominanten Zieldimensionen Produktivität und Integration zu stark in den Hintergrund treten und kann schließlich auch die Hinwendung der Industriosozologie zum nationalsozialistischen Führer-Gefolgschaftsprinzip nicht erklären. So muß er ihr Scheitern am Primat des Ökonomischen behaupten, anstatt sie als wechselnde Verbrämungen arbeitsintensivierender und integrativer Strategien ideologiekritisch aufzulösen.

Die Darstellung der amerikanischen Entwicklung zeigt die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der dortigen Industrialisierung. Obgleich die Kontroverse um den Taylorismus dazu drängt, ihn deutlich als Ideologie der herrschenden Interessen zu kennzeichnen, erscheint er bei Wachtler fast als ein Konzept der Humanisierung durch »Entlastung« von Kopfarbeit und Behebung von Reibungsverlusten technischer und sozialer Art. Auch die Kennzeichnung der Human-Factor-Bewegung als Strategie der »Intensivierung durch Humanisierung« zeigt die Gefahr der Überdehnung des Begriffs, die notwendig auftaucht, wenn an ihm die historische Darstellung aller wesentlichen Ansätze der Industriosozologie festgemacht wird. Trotzdem wird richtig die bewußte Beschränkung der amerikanischen Industriosozologie auf die Sicherung des einzelbetrieblichen Verwertungsinteresses festgestellt. Dies stehe heute vor dem Kosten verursachenden Widerspruch zwischen der herkömmlichen Form der Arbeitsorganisation und neuen Anforderungen der hochentwickelten Arbeit, der zu Veränderungen dränge. Bei der aktuellen Suche nach Lösungen unter dem gemeinsamen Etikett der Humanisierung stellt Wachtler die Vielfalt der Bedeutungsgehalte fest, wobei er zudem oftmals eine Trennung von Realanalyse und Wunschvorstellung vermißt. Insgesamt beklagt er eine Theorielosigkeit, die er durch das Auffinden neuer Maßstäbe für die Einschätzung von Humanisierungsmodellen überwinden will. Zu diesem Zweck diskutiert er aktuelle Entwürfe nach ihrer Orientierung an drei Zieldimensionen, die er Boltes Überlegungen zur Mitbestimmung entlehnt.

Unter dem »Herrschaftsaspekt« erscheinen ihm die Humanisierungskonzepte durch die grundlegende Ambivalenz gekennzeichnet, daß dem Abbau unmittelbarer Zwänge Strategien der Loyalitätssicherung gegenüberstehen, die Veränderungen nur in geringem Umfang erwarten lassen. Jedoch erblickt er eine Chance in ihrer Ergänzung durch Mitbestimmung und deren Erweiterung. Der »Produktivitätsaspekt« läßt das Interesse an Intensivierung der Arbeit und der Beseitigung der Widersprüche zwischen Produktionsanforderungen und lebendiger Arbeit hervortreten, wobei ein Aufweis gegensätzlicher Interessen hier weitgehend fehlt. Der »Persönlichkeitsaspekt« fördert wiederum einerseits Tendenzen zur Ausweitung des Handlungsspielraums, Milderung der Entfremdung und der Qualifikationserweiterung zutage wie andererseits die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten und Verringerung von unternehmerischen Risikofaktoren. — So gelingt ansatzweise der Aufweis gegensätzlicher sozialer Interessen an Humanisierungsmodellen und die Erstellung eines Katalogs von Kriterien zu ihrer Beurteilung. Jedoch bleibt unklar, von welchem Standpunkt aus diese erfolgen soll, vielmehr versucht Wachtler, sie durch seine Suche nach systemadäquaten Vermittlungsstrategien zu harmonisieren: »Humanisierung der Arbeit muß daher gesehen werden als ein Versuch,

diese bestehenden gegensätzlichen Erwartungen an den Produktionsprozeß so zu vermitteln, daß dieser in seiner Funktionsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird, denn hierin offenbart sich ein allen gemeinsames Interesse, das Interesse an der Aufrechterhaltung und der ausreichenden Sicherung und Weiterentwicklung des zivilisatorischen Reproduktionsniveaus der Gesellschaft.« (155)

Reinhard Aehnelt (Kassel)

Abendroth, Michael, Niels Beckenbach, Siegfried Braun, Rainer Dombois: *Hafenarbeit. Eine industriesoziologische Untersuchung der Arbeits- und Betriebsverhältnisse in den bremischen Häfen.* Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1979 (663 S., br., 29,— DM).

Die Untersuchung wurde mit Unterstützung der Gewerkschaft ÖTV an der Arbeiterkammer Bremen durchgeführt. Nach den bereits älteren Untersuchungen von Klugmann (1954) und Helle (1960) liegt nunmehr die erste industriesoziologische Studie vor, die die Auswirkungen der erst in den 60er Jahren einsetzenden Industrialisierung des Seegüterumschlags auf die Arbeits- und Beschäftigungssituation von Hafenarbeitern in der Bundesrepublik zum Gegenstand hat. Die Untersuchung beruht auf einer standardisierten, schriftlich durchgeführten Befragung von 2047 gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeitern aus Bremen und Bremerhaven und auf qualitativen Interviews mit 50 Hafenarbeitern; außerdem wurden Expertengespräche mit Vertretern der Hafenbetriebe, der Gewerkschaft ÖTV und mit Betriebsräten durchgeführt. — Die Studie stellt den Anspruch, die Analyse der Arbeits- und Beschäftigungssituation mit den Rahmenbedingungen kapitalistisch verfaßter Industriegesellschaften zu vermitteln. Der Betrieb als »technisch-organisatorische Einheit der Produktion« steht strukturell unter der Bedingung der Kapitalverwertung, besitzt jedoch in der Umsetzung der objektiven Strukturbedingungen in »betriebliche Politiken« unterschiedliche Möglichkeiten zur Gestaltung von Produktionstechnik, Arbeitsorganisation und Qualifikationsstruktur. Die Ausprägung der Arbeitsbedingungen ist nach dem Ansatz der Studie aber auch von der innerbetrieblichen Interessenauseinandersetzung abhängig: Die Auswirkungen der technisch-organisatorischen Veränderungen auf die Hafenarbeit können demnach nur erfaßt werden, wenn sowohl die Umsetzung der objektiven Strukturbedingungen in betriebliche Politiken als auch die Handlungsbedingungen der Hafenarbeiter als Lohnarbeiter methodisch berücksichtigt werden.

Die historische Analyse (Kap. II) der unterschiedlichen Funktionen des Stückgutumschlags — der Massengutumschlag wird nicht untersucht — macht deutlich, wie diese Funktionen sich im Arbeitssystem des Hafens in Form einer zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung gegeneinander verselbständigen haben. Die Funktion der »Arbeitsreserve« wurde früher von den »unständigen« Hafenarbeitern ausgeübt (Unregelmäßigkeit der Schiffsankünfte und damit des Arbeitsvolumens). Erst nach dem zweiten Weltkrieg wurde diese Arbeitsreserve institutionalisiert: die nunmehr »ständig unständigen« Hafentarbeiter sind im Gesamthafenbetrieb fest angestellt. Dessen Entstehung wird als historisches Resultat der Interessenauseinandersetzung der Tarifparteien über die Gestaltung des Beschäftigungssystems im Hafen interpretiert. — Die technisch-organisatorische Rationalisierung des Hafenumschlags setzt an der Vereinheitlichung und Vergrößerung der Transport- und Ladungseinheiten sowie an der Mechanisierung der horizontalen Transport- und der vertikalen Umschlagsarbeiten an. Beide Prozesse bedingen sich gegenseitig und führen zu verschiedenen Umschlagsmitteln und -verfahren (Gabelstapler-Paletten-System, Rollverkehr, Containerverkehr usw.). Dies hatte zur Folge, »daß das wachsende Volumen des Stückgut- und des Gesamtumschlags mit einer sinkenden Zahl von Hafenarbeitern bewältigt werden konnte.« (99) Die Analyse des Arbeitsprozesses (Kap. III) zielt auf eine Typologie der unterschiedlichen Umschlagsverfahren. Ergebnis ist, daß die »Industrialisierung des Güterumschlags (...)

nach ähnlichen Prinzipien (erfolgt), nach denen die Arbeitsproduktivität in der Güterproduktion erhöht wurde.« (135) Der Zusammenhang von betrieblicher Qualifikationspolitik und betrieblicher Stathierarchie (Kap. IV) wird differenziert für die unterschiedlichen Betriebstypen (Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, Gesamthafenbetrieb, Stauererien) untersucht. Die Unstetigkeit der Schiffsankünfte, der ständige Wechsel heterogener Güter und das Nebeneinander differierender Umschlagsverfahren erfordern von den Hafendarbeitern eine ständige Bereitschaft zur Flexibilität: sie müssen »die allgemeinen sowie die prozessspezifischen Qualifikationsanforderungen in der Hafendarbeit unter der strukturellen Bedingung einer erheblichen Einsatz- und Zeitflexibilität erlernen und in Arbeitshandeln umsetzen.« (205). — Der betriebliche Status der Hafendarbeiter wird weitgehend durch die erreichte Qualifikationsstufe bestimmt. Die Qualifikationspolitiken der Hafendarbetriebe weisen unterschiedliche Muster auf, aus denen sich Differenzierungen der Belegschaften ergeben. Daraus folgt eine Segmentierung des Arbeitsmarktes: Die Stamm- und Randbelegschaften der verschiedenen Hafendarbetriebe besitzen ungleiche Reproduktionschancen und Reproduktionsrisiken.

Die Ausführungen zur Interessenauseinandersetzung um die Arbeitsleistung (Kap. V) enthalten neue Aufschlüsse zum Verhältnis von Lohn und Leistung, obwohl einschränkend anzumerken ist, daß dieser Ansatz, der seinem Gegenstand durchaus adäquat ist (»Unbestimmtheit des Arbeitsvertrages« im Hafendarbetrieb), auf die Mehrzahl der Industriebetriebe nicht angewandt werden kann. Wegen der »Unbestimmtheit des Arbeitsvertrages« werden bei der Durchsetzung betrieblicher Leistungsnormen alltägliche Prozesse der Interessenauseinandersetzung und -ausgleichung notwendig. Hafendarbeit ist durch strukturelle Unstetigkeit und geringe Standardisierung der Arbeitsprozesse charakterisiert, so daß eine »exakte zeitökonomische Normierung der Arbeitsvollzüge« (304) durch die Arbeitsvorbereitung nicht möglich ist. Die betriebliche Leistungsplanung im Hafendarbetrieb erfolgt auf der Basis von Erfahrungswerten und kalkulatorischen Annahmen. Wegen der geringen Standardisierung der Arbeitsprozesse, der »groben Definition der Schichtleistung als Gruppennorm« und des »kontraktuellen Terminzwangs« besitzen die Arbeitsgruppen eine »relativ starke Stellung im Konflikt um die Definition von Leistungsanforderungen und angemessenen Äquivalenten« (309). Die Kehrseite der informellen Aushandlung von »impliziten« Leistungsnormen: Höhere Leistungsnormen werden vom betrieblichen Management dann gesetzt, wenn neue Güter umgeschlagen oder neue Umschlagsmittel eingeführt werden, für die noch keine betrieblichen Erfahrungswerte vorliegen, so daß auch die Arbeitsgruppen »noch keine Normen für die Zumutbarkeit einer Leistungsmenge« (319) entwickelt haben. Und: »Auch wenn die impliziten Normen als prekäre, temporäre Muster kompromißhaften Interessenausgleichs interpretiert werden können, (...) darf die strukturelle Asymmetrie der Definitionsmacht nicht übersehen werden. Betrieblich verfügte Veränderungen von Technik, Arbeitsorganisation und Arbeitseinsatz (entziehen) traditionellen Normen die materielle Begründung sowie Konsensprozessen die sozialen und kooperativen Voraussetzungen« (386). Diese Analyse der Definition und Kontrolle der »impliziten« Leistungsnormen und der »kompromißhaften Ausgleichung von Interessen« auf der unteren betrieblichen Ebene schließt allerdings die Festlegung der betrieblichen Leistungsnormen durch das betriebliche Management aus, so daß die Autoren möglicherweise den Einfluß der Hafendarbeiter auf die Bestimmung der betrieblichen Leistungsnormen überschätzen. — Die Untersuchung wird durch Daten zur wirtschaftlichen Situation der Hafendarbeiter (Kap. VI) und eine Analyse der Belastungen und Unfallrisiken der Hafendarbeiter (Kap. VII und VIII) ergänzt. Sie wird durch eine Darstellung und Interpretation des »Arbeits- und Betriebsverständnisses« der Hafendarbeiter (Kap. IX) abgeschlossen. — Die Relevanz der Studie für die Hafendarpolitik der Gewerkschaft U 1 V hat sich bereits erwiesen.

Heiner Stück (München)

Kudera, Werner, Werner Mangold, Konrad Ruff, Rudi Schmidt, Theodor Wentzke: Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern. Eine empirische Untersuchung. Europäische Verlagsanstalt (Studien zur Gesellschaftstheorie), Frankfurt/M. 1979 (377 S., br., 34,— DM).

In der marxistischen Diskussion zum Arbeiterbewußtsein zeichnet sich in den letzten Jahren eine Trendwende ab. Nach überwiegend theoretisch geführten und vorwiegend noch rekonstruktiven Debatten, etwa über die Bedeutung der ökonomischen Formbestimmtheit für die Konstitution des gesellschaftlichen Bewußtseins, werden neuerdings auch 'abgeleitete' Bereiche wie die individuelle Reproduktion (Familie/Freizeit) oder die Sphäre von Organisation/Politik in die Untersuchungen einbezogen — verbunden damit ist eine verstärkte Wende zur empirischen Forschung. Diese Erweiterung in der Thematik und Methodik der Bewußtseinsanalyse schafft verbesserte Voraussetzungen dafür, die Erklärungsreichweite der nebeneinander bestehenden und in zentralen Fragen nach wie vor kontroversen Ansätze und zugleich die entweder positions-spezifischen oder generellen Erklärungsdefizite zu markieren. Die kontroverse Diskussion über die Verklammerung von ökonomischer Konstitutionsanalyse, empirisch konkreter Bestandsaufnahme sowie über die Bestimmung politischer Handlungspotentiale in der Arbeiterklasse hat nicht zuletzt durch zahlreiche Monographien zur Arbeits- und Lebenssituation der Industriearbeiter, etwa im Rahmen der Humanisierungsforschung, neue Denkanstöße erhalten. — Die Erlanger Autorengruppe zielt darauf, anhand von vier zentralen Erfahrungsbereichen (Arbeit und Lohn, Interessenkonflikt und Betriebsrat/Gewerkschaft, Mitbestimmung/Tarifpolitik und Politik) den »Modus der Erfahrung und Verarbeitung der sozialen Umwelt« im Arbeiterbewußtsein empirisch nachzuzeichnen und zugleich in seiner genetischen Struktur zu entschlüsseln. Befragt wurden 1974 ca. 200 deutsche Industriearbeiter unterschiedlicher Qualifikation, je zur Hälfte beschäftigt in einem Großbetrieb des Fahrzeugbaus in einem industriellen Ballungsraum mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad und entwickeltem Handlungspotential sowie in einem Großbetrieb des Maschinenbaus in einem vorwiegend ländlichen Rekrutierungsbereich mit relativ geringer betrieblicher Gewerkschaftstradition. Der Erhebung liegen Intensivinterviews von durchschnittlich dreisündiger Dauer zugrunde.

Im Zentrum der Erlanger Studie steht die Frage, wie die befragten Arbeiter als Lohnarbeiter die zentralen reproduktionsrelevanten Bedingungen der Arbeitsumwelt wahrnehmen, gewichten und bewerten und welche (entweder weiterreichenden, auf Veränderungen zielenden oder regressiven und resignativen) Verarbeitungsformen daraus resultieren. Unter kategorialer Entfaltung der Warenförmigkeit von Arbeitsvergesellschaftung im kapitalistischen Reproduktionsprozeß (Privatheit, Instrumentalität der Tauschbeziehung und Dominanz des Verwertungskalküls), können die Autoren zeigen, daß das Arbeiterinteresse im unmittelbaren Produktionsprozeß weiterreichende Prägungen erfährt, ohne daß dabei naturwüchsig die Grundlagen der bestehenden Produktionsweise als aufzuhebende in den Blick träten. Teils durch die 'Emanenz' von arbeitsinhaltlich-dispositionalen Momenten im Arbeitsprozeß, teils durch die physische Beschränktheit des subjektiven 'Mittels' der Verwertung sowie schließlich durch die erkannte Notwendigkeit zur Einschränkung der individuellen Konkurrenz, erhält die im Austauschprozeß konstitutive Formbestimmtheit von Einzelheit und Gleichgültigkeit gegenwirkende Momente. Es bildet sich im Arbeiterbewußtsein ein asymmetrischer und prekärer Gleichgewichtszustand heraus, der von den Erlanger Autoren in der Formel »gebrochener Instrumentalismus« festgehalten wird — ein Zwischenergebnis, an dem sich die weitere Diskussion über die Struktur und Veränderung (Veränderbarkeit) der arbeitsbezogenen Bewußtseinsmomente der Arbeiter orientieren sollte.

Die Untersuchungsteile zum gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein der Ar-

beiter zeigen, daß das konstitutive Nebeneinander von Systembezug und Veränderungspotentialen in den 'primären' arbeitsrelevanten Erfahrungsbereichen erst unter Einbeziehung der Organisationsthematik politische Stoßrichtung erhält. Die entscheidende Bedeutung kollektiver Arbeitserfahrungen — von Abteilungskonflikten über periodische Tarifaufinandersetzungen bis hin zu historischen Weichenstellungen wie etwa dem bayrischen Metallarbeiterstreik 1954 für die Konsolidierung einer kollektivinteressenbezogenen oder eher individualistisch und politisch resignativ ausgeprägten Bewußtseinsverfassung wird dabei anschaulich belegt. — Die meisten Fragen läßt demgegenüber noch der Berichtsteil über das politische Bewußtsein der Arbeiter offen. Dies liegt teilweise daran, daß die implizit zugrundeliegende These von der Interdependenz der Reproduktionsinteressen im Arbeiterbewußtsein am empirischen Material zu wenig herausgearbeitet wurde — besonders die für das politische Bewußtsein zu vermutenden alltäglichen arbeitspolitischen Ansatzpunkte (etwa zu den Themen Lohn, Belastung oder Qualifikation) liegen quer zu der gewählten Kapiteleinteilung und könnten sicherlich noch zusammenhängend ausgewertet und interpretiert werden. Auch die weitgehend aus der Studie von Habermas u. a. über 'Student und Politik' übernommenen Kategorien zum politischen und gesellschaftlichen Potential (Gesellschaftsbild) sperrten sich häufig gegen das zugrundeliegende Interessenparadigma. Zu den interessanten und in der weiteren Diskussion konkretisierungsbedürftigen Befunden gehört allerdings die in diesem Zusammenhang formulierte These, daß bei Abwesenheit von organisierten Bildungs- und Konsolidierungsprozessen unter Anschluß an die Primärerfahrungen im Arbeitsprozeß bei Teilen der Arbeiterschaft ein resignatives oder gar autoritäres Potential sich entwickeln kann.

Nicht allein für die weitere theoretische Debatte zum Arbeiterbewußtsein, sondern ebenso für eine Arbeiterbildung, die am Ziel der kollektiven Emanzipation der Arbeiterklasse festhält, enthält die Studie der Erlanger Autoren, insgesamt gesehen, wichtige Hypothesen und Materialien.

Niels Beckenbach (Münster)

Bochow, Michael: Bildung und Arbeit. Sozialwissenschaftliche Begründungsversuche bildungspolitischer Strategien. Verlag Volker Spiess, Berlin/W. 1980 (147 S., br., 24,— DM).

Bildungsreform, in den 60er Jahren noch brisant, hat seit einiger Zeit ihre Rolle als zentrales Thema öffentlicher Diskussion verloren. Nur wenn bildungspolitische Maßnahmen auch arbeitsmarktpolitischen Effekt versprechen, scheint ihnen noch größere Aufmerksamkeit sicher. War der forcierte Ausbau der Hoch- und Fachschulen u. a. von dem bildungspolitischen Argument getragen, die internationale Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft erfordere einen höheren Anteil von hochqualifizierten Arbeitskräften, so ist gegenwärtig die bildungspolitische Diskussion sehr viel widersprüchlicher: »Der von Liberalen und Marxisten geteilte Konsens über die Entwicklung des gesellschaftlichen Qualifikationsbedarfs ist geschwunden; der isolierte Ausbau weiterführender und höherer Bildungsgänge wirft mehr Probleme auf, als er zu lösen verspricht.« (2) Bochow versucht in dieser Situation eine kritische Bestandsaufnahme, um »Möglichkeiten und Grenzen einer sozialwissenschaftlichen Fundierung staatlicher Bildungsplanung und -politik auszumachen.« (43)

In einem industriesoziologischen ersten Teil wird — an Arbeiten aus dem ISF München, dem SOFI Göttingen und von H. Braverman — sichtbar gemacht, daß die divergierenden Theorien und Prognosen über mittel- und langfristige Entwicklungstendenzen von Arbeitsanforderungen und Qualifikationsstruktur keine Grundlage staatlicher Bildungsplanung abgeben können. Insbesondere »erweist sich das Konstrukt des 'durchschnittlichen' Qualifikationsniveaus des Gesamtarbeiters ... als unbrauchbar für empirische Qualifikations- und industriesoziologische Forschung.« (37) Eine solche Grö-

ße existiere in der Realität nicht; aber auch für empirische Einzeluntersuchungen zum Zusammenhang von Produktionsapparat, betrieblichem und gesellschaftlichem Gesamtarbeiter und Qualifikationsstruktur bleibe die Möglichkeit zu Generalisierungen begrenzt. — Wenn vor dem Hintergrund mangelnder bedarfsprognostischer Arbeitskräfteforschung und unzureichender ökonomisch-technologischer Begründungen der Bildungsreform zu wenig Kriterien gegeben werden und die Entscheidungssituation der Bildungsplanung »unterdeterminiert« (C. Offe) ist, wie sind dann Handlungsräume und Autonomie der Bildungsplanung zu veranschlagen? Dieser Frage nach der gesellschaftlichen Bestimmtheit von Bildungsinstitutionen wendet sich der zweite Teil der Arbeit zu. Bei der Beurteilung der untersuchten Positionen (u.a. C. Offe, U.K. Preuss, K. Gilgenmann) wendet sich Bochow gegen in Begriffssystemen verharrende »Ableitungen« und hält es mit historisch-empirischen Fallstudien, die (z.B. B. Lutz) das Verhältnis von Bildungssystem und Beschäftigungssystem als komplexes System von Vermittlungen analysieren. Offes These, das Bildungssystem sei unterdeterminiert, sieht Bochow als zutreffend an. Daß also in unserer Gesellschaft Arbeit als Lohnarbeit verausgabt wird, setzt strukturell dem Bildungswesen und der Hierarchie der Bildungszertifikate den Rahmen, der schwarze Peter — das »Wie« — liegt bei den »spezifischen sozialen und historischen Umständen« (93). — Fragt sich — im dritten Teil —, welche strategischen Konzepte zur Reform des westdeutschen Bildungswesens geeignet sind. Bei den hier untersuchten Konzepten (u.a. von Mertens, Beck/Brater, Lutz, Riese, Baethge) bleibt durchgängig »die Trennung von Hand- und Kopfarbeit als Resultat der Klassenspaltung für diese Gesellschaftsformation konstitutiv« (140). Königswege zeigen sich nicht, die von Bochow vorgeschlagene Strategie ist etwas vage: »Die angemessenste Reformperspektive scheint gegenwärtig zu sein, sowohl das theoretische Niveau der beruflichen Ausbildung anzuheben bei Beibehaltung und Verbreiterung ihrer berufspraktischen Ausrichtung wie auch einen Berufspraxis-orientierten Ausbau des tertiären Bereichs zu betreiben bei Wiedergewinnung des theoretisch-reflexiven Gehalts, den akademische Bildungsgänge vor ihrer Verschulung besaßen.« (137) — Die Arbeit gibt einen guten Überblick über die wichtigsten Positionen, die vor allem immanent diskutiert werden. Daß der Verfasser jedoch seine Kriterien, die doch durchgängig sein sollten, nicht aufzeigt und kein weiterreichender synthetisierender Ansatz versucht wird, macht es zwar dem Kritiker schwer, mindert aber auch den Wert der Arbeit.

Eberhard Sens (Berlin/West)

Erziehungswissenschaften

Heinemann, Manfred (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 1: Kindergarten, Schule, Jugend, Berufserziehung (zit. I). Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung (zit. II).

Klett-Cotta, Stuttgart 1980 (Bd. 1: 348 S., Bd. 2: 300 S., Ln., je Bd. 68,— DM).

Die Bände enthalten 30 Referate einer Tagung der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft im Herbst 1978 (vgl. den Kongreßbericht von Breyvogel in *Argument* 114, 254f.). Weitere Tagungsbeiträge sollen 1980 in Heft 14/15 der »Informationen zur erziehungs- und bildungshistorischen Forschung (IZEBF)« erscheinen. Zu einem unerschwinglichen Preis wird ein Überblick über die international laufenden Forschungen angeboten und zugleich die bislang umfassendste Darstellung des Gegenstandes. Zu folgenden Gebieten findet man hier meines Wissens erstmals ausführliche Darstellungen: Kindergärten (Heinemann, I, 49ff.), Eingriffe in das österreichische Schulwesen (Engelbrecht, I, 113ff.), SA-Berufsschulen (Kipp, I, 310ff.), Berufserziehung in der Luftwaffenindustrie (Kipp, I, 310ff.), Reins »Übersee-

institut« (Giles, II, 50ff.), NS-Dozentenlager (Losemann, II, 87ff.), Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend (Miller, II, 170ff.). Gemeinsames Merkmal ist die breite Auswertung von Archivmaterialien und das Interesse an Organisationsgeschichte.

Im Zentrum vieler Untersuchungen stehen die »Kompetenzkämpfe« (Bollmus, II, 127) verschiedener Instanzen. In der Hauptsache geht es um das Zurückdrängen der Kirche sowohl durch den Staat, bezogen auf den Religionsunterricht (Maier, I, 215ff. u. Thierfelder, I, 230ff.), als auch durch Parteigliederungen (NS-Volkswohlfahrt), bezogen auf die Vorschulerziehung (Heinemann, I, 49ff.), um das Zurückdrängen der Wehrmacht durch Staat (Propagandaministerium) und Partei (Parteikanzlei), bezogen auf die politische Erziehung in der Wehrmacht (Messerschmidt, II, 261ff.); staatliche Instanzen und Parteigliederungen streiten auf verschiedenen Gebieten miteinander: im Bereich der Jugenderziehung Schule und Hitler-Jugend (Stachura, I, 90ff.), auf dem Hochschulsektor gewinnt das Amt Rosenberg mit dem Projekt einer »Hohen Schule« wachsenden Einfluß (Bollmus, II, 125ff.), dem NS-Dozentenbund mißlingt es, gegen Hochschule und Erziehungsministerium die Personalpolitik unter Kontrolle zu bekommen (Kelly, II, 61ff.). Gegen den Widerstand des Innenministeriums macht sich der NS-Lehrerbund zur Gesamtorganisation aller Lehrer (Küppers, II, 232ff.). Für die Berufsausbildung muß man die Kompetenzkämpfe mindestens dreier Instanzen rekonstruieren: Staat, Partei (DAF) und Unternehmerverbände (Wolsing, I, 301ff.).

»Das einst überall bewunderte deutsche Schulsystem war praktisch nicht mehr wiederzuerkennen« behauptet Stachura (I, 109). Viele Beiträge zeigen dagegen den Modernisierungsaspekt des Faschismus. Die NS-Volkswohlfahrt baute das Kindergartenwesen in »bis dahin ungekannter Weise« (Heinemann, I, 49) aus. Bei Engelbrecht erfährt man, daß nicht nur die durchgängige Verstaatlichung und zentrale Lenkung nach dem Kriege im österreichischen Schulwesen beibehalten wurden, sondern auch curriculare Neuerungen, wie die Aufwertung der musischen Fächer und des Sportunterrichts (I, 149ff.). Wolsing stellt fest, daß das berufliche Ausbildungswesen ab Mitte der dreißiger Jahre »eine bis zu diesem Zeitpunkt nie erreichte öffentliche Beachtung« erlangte (I, 301), er stellt die staatliche Berufsnachwuchslenkung und den erstmaligen Aufbau eines vom Handwerk unabhängigen und ihm gleichwertigen industriellen Berufsausbildungssystems dar. Kümmel zeigt, daß die Nazis nicht nur eine einheitliche Berufsschulpflicht und ein einheitliches Berufsschulwesen durchsetzten, sondern auch die Lehrpläne statt an bloßem Stoff an klaren Lernzielen orientierten (I, 275ff.). Die Qualität der fachlichen Ausbildung an den Flieger-Technischen Vorschulen, Militärschulen zur Ausbildung des Nachwuchses für das technische Unteroffizierskorps der Luftwaffe, war überragend. Die Parole »Freie Bahn dem Tüchtigen« war »hier in der Tat Richtschnur für die Berufserziehungspraxis, für die Möglichkeiten beruflichen Fortkommens und des sozialen Aufstiegs — und nicht bloß eine ideologische Beschwichtigungsfloskel« (Kipp, I, 326). Fischer/Scholtz zeigen den Ausbau der Erwachsenenbildung, vor allem in den Betrieben und auf dem Lande (I, 153ff.). Miller weist die Modernisierungs-These für den Reichsarbeitsdienst der weiblichen Jugend zurück: die Frauen seien ohne systematische berufliche Schulung für landwirtschaftliche Hilfsarbeiten eingesetzt worden (II, 170ff.). Zymek führt gegen die These vom sozialrevolutionären Charakter der Nazi-Herrschaft den zurückgehenden Anteil von Studierenden aus ärmeren Familien an (I, 264ff.).

Von einer wirklichen Zerstörung des Bildungswesens muß man im Falle Polens reden. Pleśnarski (I, 160ff.) und Kleißmann (I, 176ff.) stellen die »Entnationalisierung« und »Germanisation« der Polen dar: die physische Vernichtung und Umsiedlung der Intellektuellen, die Schließung des höheren Schulwesens und die Reduzierung des Volksschulunterrichts. Dies führte zu der einzigartigen Widerstandsform des »Geheimunterrichts«, der sich über das ganze Schulwesen einschließlich der akademischen Ausbil-

derung erstreckte. Kleßmann begreift diesen Versuch, Polen zur »Ausleihzentrale für ungelernete Arbeiter« zu machen (Hitler, zit. I, 178), als Beleg für die relative Selbständigkeit und Ernsthaftigkeit rasse- und siedlungspolitischer Ziele, die keineswegs, wie Broszat es formuliert hatte, nur als »ideologische Metapher« zur »Ablenkung der antagonistischen Kräfte der entfesselten Gesellschaft des Dritten Reiches« (zit. I, 188) aufzufassen seien. Dieselbe Frage nach der Realisierung eines totalitären Programms verfolgen Kleinberger und Kelly in ihren Untersuchungen zur Hochschulpolitik (II, 9ff. u. II, 31ff.). Sie kommen zu entgegengesetzten Ergebnissen. Kleinberger will die »mangelnde Folgerichtigkeit in der nationalsozialistischen Hochschulpolitik nachweisen« (II, 29). Hierzu verweist er auf allerhand Widersprüche und Wendungen in der Personalpolitik. Kellys These ist es, daß der Versuch mißlungen sei, »eine neue nationalsozialistische Professorenenschaft und eine neue nationalsozialistische Wissenschaft« (II, 61) zu schaffen. Das Referat von Beyerchen über den Kampf um die Besetzung der Lehrstühle für Physik (II, 77f.) legt aber die Frage nahe, ob es nicht gerade eine Stärke der Nazi-Herrschaft war, daß eine spezifisch nazistische Wissenschaftstheorie sich nicht durchsetzen konnte. Nachdem die wissenschaftliche Reproduktion beispielsweise auf dem Gebiet der Physik durch die Entlassung eines Viertels der Dozenten und durch den »kulturellen Isolationismus« (II, 82) bereits entschieden verschlechtert worden war, hätte ein Sieg der »arischen Physik« Lenards und Starks zu ähnlichen Katastrophen geführt wie die Durchsetzung des Lysenkismus in der UdSSR. Rosenberg stellte eine »positivistische Note des Führers« fest, der ihm 1940 gesagt hatte: »Unsere Welt-Anschauung muß der exakten Forschung nicht vorschreiben, sondern aus ihrer Arbeit die abstrakten Gesetze folgern.« (zit. bei Bollmus, II, 136)

Eine Reihe von Autoren stellt die Kontinuität zur Weimarer Republik in den Mittelpunkt. Faust kritisiert die vorherrschende Auffassung, daß eine konservative Professorenenschaft die Auflösung der Weimarer Republik passiv beobachtet habe, um sich dann den neuen Verhältnissen »loyal-distanziert anzupassen« (II, 31). Er dokumentiert das öffentliche Engagement von ca. 90 Hochschullehrern für die Nazis im Jahre 1932. Die Ursachen liegen, so Faust, im sozialen Selbstverständnis der Hochschullehrer als Träger des objektiven Geistes oberhalb der Parteien, als »öffentliches Gewissen des Volkes in Absicht auf gut und böse in der Politik« (Paulsen, zit. I, 45). Die wirtschaftliche und politische Krise habe zur Angst vor dem Verlust dieser Funktion geführt und damit zu einer Annäherung an die Nazis. Ähnlich argumentiert Erger: Für die Entwicklung der Lehrerverbände sei der Begriff »Gleichschaltung« verfehlt. »Der Vorgang im Bereich der Lehrerverorganisation ist in vielen Bereichen vielmehr die Fortsetzung dessen, was sich in den einzelnen Verbänden in den Jahren vorher entwickelt hatte« (II, 228). Ursache sei die »Politisierung« der Schule am Ende der Weimarer Republik, die »Auslieferung der Schule und der Lehrer an die gesellschaftspolitische Interessenvielfalt wechselnder Parteien oder Parteienkoalitionen« (II, 213), in der die vermeintliche »pädagogische Autonomie«, das überparteiliche, politisch neutrale Selbstverständnis der Lehrer nicht mehr zu isolieren gewesen sei. Gegen die vorherrschende Geschichtsschreibung, die davon spricht, daß es »Erwachsenenbildung als solche« im Faschismus nicht mehr gegeben habe, betonen Fischer / Scholtz die Tradition (II, 153ff.): seit der Novemberrevolution war versucht worden, gegen Arbeiterbildung durch Volksbildung zur »Volk-Bildung« (Picht) zu gelangen.

Die Hauptschwächen der Bände — zugleich des Forschungsstandes — werden in der Einleitung von Roessler u. a. festgestellt: Es gibt kein »Vordringen bis zur pädagogischen Praxis« und keine »Erklärung und Bewertung des Gesamtzusammenhanges der Einzelbefunde im Kontext fachübergreifender Theorien« (I, 19 u. 22). Weder die Kompetenzkämpfe noch das widersprüchliche Verhältnis von modernen und rückschrittlichen Tendenzen werden zu erklären versucht, nicht das Verhältnis von Kontinuität und

Bruch und nicht das von Wissenschaft und Weltanschauung (vgl. auch die Kritik von Breyvogel in seinem Tagungsbericht). Die Ausnahme ist Scholtz, der für die schulische Erziehung ein umfassendes theoretisches Konzept entwirft (ein Destillat seiner Untersuchung über NS-Ausleseschulen, 1973). Das politische System habe seine Aggressivität aus dem Spannungsverhältnis zwischen einem »totalitären Verfügungsanspruch« und der »gesellschaftlichen Funktion von Erziehung« (I, 33) bezogen. Der Durchsetzung dieses Anspruchs im schulischen Bereich hätten die Internatsschulen (Napolas, Adolf-Hitler-Schulen, Lehrerbildungsanstalten, Kinderlandverschickung) gedient, die nicht als Elite-Ausbildungsstätten, sondern als »Modelle totaler Erziehungsanstalten« (I, 37) zu begreifen seien. Das spezifisch Faschistische sei weniger Legitimation und Orientierung auf bestimmte Werte gewesen, als vielmehr zunehmend Ausleseprozesse. Dies habe zu einem Überwiegen der sozialdarwinistischen Komponente gegenüber der völkisch-gemeinschaftlichen geführt. Der wachsende Anforderungsdruck habe »Reifungsprozesse« und »ein persönlich fundiertes pädagogisches Verhältnis« verhindert (I, 45). Problematisch ist die Grundkonstruktion: die Annahme einer gesellschaftlichen Funktion von Erziehung an sich. Caplan kritisiert in ihrem Beitrag zur Beamtenausbildung ein solches Modell, wonach man auf der einen Seite neutrale »berufliche Normen« anzunehmen hat, auf der anderen den politischen Zugriff. Sie zeigt, daß es keine unpolitische Beamtenausbildung gegeben hat, »daß die Form und der Inhalt der Beamtenausbildung immer politisch umstritten waren« (II, 258).

Die Wirkungsweise faschistischer Praxen, die wir ins Zentrum unserer Untersuchungen (Projekt Ideologie-Theorie: Faschismus und Ideologie. Argument-Sonderbände AS 60 und 62) gestellt haben — für einen wirksamen Antifaschismus die wichtigste Frage — wird nirgendwo untersucht. Die Kategorien, mit denen dieses Feld abgedeckt wird, sind Manipulation, Irrationalismus, Indoktrination, Inhumanität, Verführung, Instrumentalisierung, Mißbrauch, ideologische Beeinflussung, Persönlichkeitsverachtung, totalitärer Anspruch. Sie markieren, daß es so, wie es war, nicht hätte sein sollen. Aber sie sagen nichts darüber aus, wie es, über den Terror hinaus, so wirksam hatte sein können.

Rolf Nemitz (Berlin/West)

Albrecht-Heide, Astrid: Entfremdung statt Emanzipation. Sozialisationsbedingungen des zweiten Bildungsweges. Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1974 (138 S., br., 16,80).

Wolf, Willi: Selektionsprozesse im Zweiten Bildungsweg. Untersucht am Beispiel der Hessenkollegs. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (434 S. u. 37 S. Anhang, br., 46,— DM).

Wolf hat eine umfassende empirische Analyse der Selektionsprozesse erstellt, die beim Eintritt in den Zweiten Bildungsweg wirksam werden; diesen Prozessen wurde für einen Zeitraum von zehn Jahren repräsentativ für das Bundesland Hessen nachgegangen, wobei eine erstaunliche Fülle von präzisen und detaillierten bisher nicht bekannten Informationen und Fakten herausgearbeitet wurden. So fand er z.B. heraus, daß beim Eintritt in die Hessenkollegs »nur 2,4 % aller Bewerber ... noch keine konkreten Zielvorstellungen für die Zeit nach dem Kollegbesuch (hatten). 41,4 % hatten bereits einen festen Plan und 56,0 % hatten zumindest ungefähre Zielvorstellungen.« (416) Besonders erwähnenswert ist, daß Wolf die einzelnen methodischen Schritte seiner Untersuchung genau darstellt, und so dem Leser ermöglicht, die einzelnen Untersuchungsabläufe kritisch nachzuvollziehen.

Albrecht-Heide untersucht die Sozialisationserfahrungen junger Menschen, die sich entschlossen haben, über den ZBW die Hochschulreife nachzuholen. (Sie stützt sich dabei u. a. auf eine eigene retrospektive Längsschnittuntersuchung, die sie 1972 am Braunschweig-Kolleg durchführte.) Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht die These, »daß

diese Ausbildungsmöglichkeit vorwiegend die Aufgabe erfüllt, einen 'sozialen Abstieg' dort zu verhindern, wo die Mechanismen des ersten Bildungsweges versagten. Der Arbeiterschaft wird vorgetäuscht, es gebe neben dem kollektiven Aufstieg ihrer Klasse auch eine individuelle Möglichkeit für Unterprivilegierte, ihre gesellschaftliche Lage zu verbessern.« (11) Deshalb ist auch für sie der ZBW »nicht aus quantitativen Gründen interessant« (10), sondern aus bildungspolitischen bzw. ideologischen Gründen. Bildungsprobleme, folgt man Albrecht-Heide, werden in der Bundesrepublik gerne partikularistisch gelöst. »Jede Erwähnung einer Gruppe von Diskriminierten provoziert, daß eine Teilreform genannt wird ... Beispiel solcher Reparaturmuster ist auch die kompensatorische Erziehung, als eine Maßnahme, Arbeiterkinder möglichst frühzeitig an die herrschenden Normen anzupassen. Historisch früher, einzelbiographisch jedoch später, setzt der zweite Bildungsweg für 'begabte Arbeiterkinder' als Aufstiegsmöglichkeit ein, wenn man seiner eigenen Programmatik glauben darf. Nähme man dies ernst, wäre der zweite Bildungsweg der erste Bildungsweg für Arbeiterkinder.« (10)

Man hätte sich hier ausführlicheres Zahlenmaterial gewünscht und nicht nur Verweise auf die früheren Untersuchungen von Hamacher (1968), Regenbogen (1968) und Zapf (1971) (15), und den pauschalen Hinweis auf »die eigene empirische Untersuchung«, nach der »von den Kollegiaten ... 20,2 % Väter (hatten), die als Arbeiter oder unselbständige Handwerker tätig waren« (16).

Willi Wolf kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, daß »die soziale Schichtung im ZBW sich deutlich von der in der BRD unterscheidet, und zwar in der Weise, daß die Unterschichten stark unterrepräsentiert ... sind. Das läßt sich sehr einfach durch den Arbeiteranteil unter den Erwerbstätigen der BRD belegen, der ca. 50 % beträgt.« (209) Der Anteil der »Unterschichten«-Kandidaten, die sich einer Eignungsprüfung für einen Kolleg-Besuch unterziehen, liegt aber bei knapp 20 % im Bundesland Hessen, wobei die Höhe der Quote der bestandenen bzw. nicht bestandenen Eignungsprüfungen noch unberücksichtigt ist (208ff.). Wolf und Albrecht-Heide räumen ein, daß sich die soziale Herkunft der ZBW-Absolventen gegenüber dem Ersten Bildungsweg ein wenig zu Gunsten der Arbeiter verlagert hat (209). »Der Unterschied ist jedoch zu gering, um einen Chancenausgleich auch nur tendenziell zu gewähren.« (18) Mit »Chancengleichheit« im ZBW ist in diesem Zusammenhang Chancengleichheit in jenem formalen Sinn gemeint, nach dem die Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen im Zweiten Bildungsweg in einem solchen Ausmaß gefordert wird, wie diese Bevölkerungsgruppen in der Gesamtheit vorhanden sind. Es geht hier also nicht um die Forderung einer »umgekehrten Privilegierung« (Dahrendorf), sondern nur um eine Repräsentation gemäß der Gesamtpopulation.

Ergebnis der Analyse der Motive (zum nachträglichen Erwerb der Hochschulreife) war, daß etwa 40 % aller Kollegiaten an den hessischen Kollegs, in dem von Wolf untersuchten Zeitraum, 1958-1968, mit ihrem ehemaligen beruflichen Status bzw. mit ihrer beruflichen Situation nicht zufrieden waren. Etwa 15 % wollten ihren Beruf wechseln. In dieser Unzufriedenheit sieht Albrecht-Heide die Auswirkungen »der Entfremdung am Arbeitsplatz« (31). »Entfremdung« mache sich aber nicht nur am Arbeitsplatz bemerkbar, dieser Terminus wird leider nicht näher präzisiert, sondern setzt sich im Kolleg-Besuch (und im späteren Hochschulstudium) fort, da dort genauso wie im Ersten Bildungsweg »eine einseitige 'bürgerliche' Kultur vermittel(t)« wird (48). Auch wird der »Studierende eines Instituts zur Erlangung der Hochschulreife ... im Verlauf seiner persönlichen Entwicklung, indem er seine Berufstätigkeit aufgibt und in eine Schulsituation eintritt, einem atypischen, regressiven Rollenwechsel ausgesetzt. Er wird aus der Rolle des selbständigen berufstätigen Erwachsenen auf die Rolle des abhängigen Jugendlichen zurückverwiesen« (54). Eltern, Freunde, (Ehe-)Partner und Arbeitskollegen raten nicht selten von Weiterbildungsmaßnahmen ab. Setzt aber der

Weiterbildungswillige seinen Willen gegen die Bedenken seiner sozialen Bezugsgruppen durch, so ergeben sich hieraus nicht selten schwerwiegende Konflikte, die dazu führen (können), daß die alten sozialen Bezugsgruppen verdrängt bzw. verlassen werden. Auf dieser Ebene findet aber auch schon die erste — soziale — Selektion ihren Niederschlag. Denn wird der Widerstand von seiten der sozialen Bezugsgruppen zu groß, so scheuen viele potentielle Weiterbildungswillige davor zurück, die ihnen — im Zweiten Bildungsweg — individuell gebotene »Chance« zur Weiterbildung zu nutzen.

Herbert Bauch (Bad Vilbel)

Friebel, Harry (Hrsg.): Studierende Erwachsene im Zweiten Bildungsweg. Soziale Herkunft, Studienerfahrungen und Lernprobleme. Westermann Verlag, Braunschweig 1979 (243 S., br., 9,80).

Die Studie ist das Ergebnis einer dreijährigen Arbeit der Arbeitsgruppe Lernsituation, die sich aus Lernenden und Lehrenden der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Hamburg, zusammensetzt.

Die Hamburger HWP ist innerhalb des weitverzweigten Kanalsystems des Zweiten Bildungswegs (ZBW) »in der BRD einzigartig« (7); 1948 als 'Akademie für Gemeinwirtschaft' gegründet, 1961 in 'Akademie für Wirtschaft und Politik' und zehn Jahre später in 'Hochschule für Wirtschaft und Politik' umbenannt, ist sie als Institution des zweiten Bildungswegs »in allen Angelegenheiten der Forschung, der Lehre und des Studiums frei« (7). Das Hamburgische Gesetz- und Verordnungsblatt vom 24.5.1978 weist den (Aus-)Bildungsauftrag der HWP aus: »Sie vermittelt eine wissenschaftliche Ausbildung. Ziel der Ausbildung ist die Befähigung zur selbständigen Arbeit in beruflichen Tätigkeitsfeldern von Wirtschaft und Politik. Sie soll die Didaktik der Erwachsenenbildung weiterentwickeln und nutzbar machen.« (7) Das ist auch Ziel der hier vorgelegten Arbeit, ohne allerdings 'fertige' didaktische Konzepte oder curriculare Modelle vorlegen zu wollen bzw. zu können, es sollen »vielmehr Materialien zur Problematik der Weiterbildung im Erwachsenenalter, die auf die Notwendigkeit teilnehmerorientierter Prozesse organisierten Lehrens und Lernens ... verweisen« (7f.), präsentiert werden.

Die Arbeit hat zwei Teile: Kapitel I. bis V. referiert den theoretischen Bezugsrahmen, Untersuchungsmethoden und Befunde der Untersuchung. Kap. VI. »zeigt den Erfahrungs- und Handlungsverlauf der Arbeitsgruppe zwischen Entstehungs- und Wertungsbedingungen der Untersuchung« (9). Interessant ist hier der gemeinsame Versuch — von Lehrenden und Lernenden — eine Rückkoppelung innerhalb der HWP herzustellen und somit gleichzeitig die Chance der Veränderung von weniger günstigen Lernbedingungen mit der Gesamtheit der HWP-Angehörigen in einem gemeinsamen (Lern-)Prozeß zu reflektieren. So ergab die HWP-Studie z.B., daß im Untersuchungszeitraum »mehr als die Hälfte (52 %)«, der Lehrveranstaltungen an der HWP, »nach dem 'Frontal-Prinzip' organisiert« waren (182). Daß diese Unterrichtsform nicht erwachsenengemäß genannt werden kann, darüber herrscht bei den Erwachsenenbildnern relative Einmütigkeit. — Empirisches Material zu diesen äußerst wichtigen Aspekten der Erwachsenenbildung vorgelegt zu haben, ist ein Verdienst der Hamburger Studie, der eine weite Verbreitung zu wünschen ist, damit möglichst viele Betroffene — also Lehrende und Lernende — in eine (fruchtbare) Diskussion über Studienerfahrungen und Lernprobleme innerhalb der Einrichtungen des ZBW eintreten können.

Herbert Bauch (Bad Vilbel)

Rolff, Hans-Günter: Brennpunkt Gesamtschule. Perspektiven der Schultheorie und Bildungspolitik. Juventa-Verlag, München 1979 (128 S., br., 12,— DM).

Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre erschienen Gesamtschulbücher als bil-

dungspolitisch-programmatische Texte, als theoriebezogene Analysen oder als Berichte über Einzelplanungen. Später wurden erste Erfahrungsberichte, didaktisch-curriculare Konzepte und Weiterentwicklungen, schließlich Forschungsberichte veröffentlicht. An der Schwelle der 80er Jahre wird allenthalben Bilanz gezogen: Was ist aus den frühen Zielsetzungen und Hoffnungen (oder Befürchtungen) geworden? Lassen sich wissenschaftlich vertretbare Antworten finden, die im anhaltenden bildungspolitischen Streit um diese Schulform Anspruch auf Wahrheit erheben dürften? Hat diese Schule selbst einen Beitrag zur Lösung der sozialpolitischen, der pädagogischen, der lebensgeschichtlichen Probleme von Jugendlichen geliefert?

Es ist unstrittig — und daher ist der Titel der vorliegenden Schrift gut gewählt —, daß mit der Gesamtschulreform brennpunktartig sämtliche ungelöste Probleme des öffentlichen Schulwesens aufgegriffen wurden, ja bewältigt werden sollten: schichtspezifische Auslese, Benachteiligung von Mädchen und Landkindern, Curriculumreform ('Modernisierung'), neue Lehrformen, neue Beziehungen zwischen allen am Lernort Schule Tätigen ('Demokratisierung', Soziales Lernen). Kurzum, die Gesamtschule, so die Erwartung der ersten Planer und auch der linken Befürworter, hatte die Selektionsfunktion des Schulwesens aufzuheben, besonders gut zu qualifizieren und nicht zuletzt die konformistische Ideologieerziehung in eine kritische zu verwandeln. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese hohe 'idealistische' (oder besser: naive) Erwartung auch von den besten Gesamtschulen mit den engagiertesten Lehrern nicht erfüllt werden konnte. Erstaunlich immerhin, daß trotz der gesellschaftlichen Zwänge die meisten Gesamtschulen der 70er Jahre eben nicht nur eine verschleierte Wiederkehr des dreigliedrigen, sozialesektiven, tradierten Schulsystems darstellen: ihre Selektionsrate ist geringer (d.h. mehr Arbeiter- und Angestelltenkinder erhalten höhere Abschlüsse als im tradierten System), ihre Ideologieerziehung führt zu kritischerem, selbstbewußterem und angstfreierem Denken, ihre Qualifizierungsarbeit ist in Teilbereichen (insbesondere der mündlichen Artikulation und der Kommunikationsfähigkeit) erheblich erfolgreicher als durchschnittlich die der tradierten Schulen. Hauptschule, Sonderschule, Realschule und Gymnasium erhalten getrennt und jede für sich die gesellschaftliche Ungleichheit, praktizieren die je unterschiedliche Anpassung an das gesellschaftliche System und die unterschiedliche Qualifizierung. Gesamtschule dagegen ist mehr als andere 'Schule im Widerspruch', sie »weist eine zwiespältige, eine spannungsvolle, ja in sich widersprüchliche Struktur auf: Sie ist gleichzeitig auf Förderung und Auslese angelegt, initiiert soziales Lernen und konterkariert es, integriert Schüler und separiert sie, isoliert Lehrer und schafft Anlässe zur Kooperation, reduziert Lernen auf Unterricht und transzendiert ihn zugleich, vereinnahmt außerschulische Aktivitäten und öffnet sich gleichzeitig zur Umwelt.« (113)

Diese Zusammenfassung schreibt Rolff am Ende einer ausführlichen, nach-denken- und problemorientierten Einführung in das Thema Gesamtschule. Endlich einmal ein didaktisch aufbereiteter Text, für jede und jeden zu empfehlen, die/der wissen will, was Gesamtschule ist und nicht ist, welche verschiedenen Lernformen dort ausprobiert, verworfen und weiterentwickelt werden, welche Ergebnisse die wissenschaftlichen Untersuchungen im allgemeinen zeigen, welche Fragen offen sind, wie die Entwicklung einzuschätzen ist. Da dies ein Studientext nicht nur sein soll, sondern auch ist, werden viele Fragen nur angerissen, können manche Aussagen nur geglaubt werden. So sind die Darstellungen aus den wissenschaftlichen Untersuchungen nicht überprüfbar (denn dafür hätte der ganze methodische Apparat der Studien, ihre eigenen Begrenzungen usw. mit angegeben werden müssen). Eine umfassende und kritische Aufarbeitung der wissenschaftlichen Gesamtschulforschungen aus den 70er Jahren steht weiterhin aus.

Die Folge dieses Mangels ist, daß in der Öffentlichkeit Teilergebnisse, häufig sogar

fehlinterpretiert, aus den einzelnen Forschungen je nach politischer Präferenz zur Verwirrung von Eltern, Lehrern und Studenten mißbraucht werden.

Aus meiner Kenntnis der zitierten Untersuchungen komme ich zu dem Schluß, daß Rolffs zusammenfassende Einschätzung der real existierenden Gesamtschulen mit den empirischen Ergebnissen in Übereinstimmung steht. Daher könnte dieses Buch auch eine Grundlage für die nach wie vor anhaltende Einschätzungsdiskussion auch innerhalb der *Linken* dienen. Pauschale Lobpreisungen wie pauschale Verdammungen der Gesamtschulen stehen jedenfalls mit der widersprüchlichen Realität im Konflikt.

Ulf Preuss-Lausitz (Berlin/West)

Eckhardt, Juliane, und Hermann Helmers (Hrsg.): Theorien des Deutschunterrichts. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1980 (416 S., Ln., 47,— DM).

Innerhalb der literaturdidaktischen Diskussion der Gegenwart gewinnt die Auseinandersetzung mit der Tradition des Deutschunterrichts zunehmend an Bedeutung. Dabei geht es zentral um die Frage, welchen Stellenwert in der aktuellen Curriculumrevision des Faches Deutsch der Rückgriff auf überlieferte Zielsetzungen einnimmt. Diesen Zusammenhang objektiv zu klären, kann vorliegender Sammelband beitragen. Er versammelt exemplarisch Theorien des Deutschunterrichts von ca. 1800 bis zur Gegenwart. Gibt es zwar mitunter eine Anzahl von Sammelbänden, die die *heutige* didaktische Theoriebildung und ihre unterschiedlichen Zielsetzungen vorlegen, so hat man es hier mit einer historisch motivierten Anthologie zu tun. Neben der ausführlichen Einführung sind 22 Beiträge aufgenommen, die charakteristisch für bestimmte Gesellschafts- und Bildungsepochen stehen. Folgende Epochen gelten als Gliederungsprinzipien: 1. Epoche der Auseinandersetzung zwischen Feudaladel und Bürgertum (bis 1848); 2. Epoche der Restauration nach 1848 (1849-1871); 3. Epoche des beginnenden Imperialismus (1871-1918); 4. Epoche der Weimarer Republik (1919-1933); 5. Epoche der faschistischen Diktatur (1933-1945); 6. Epoche seit 1945.

Hervorzuheben ist dabei, daß bei der für das theoretische Selbstverständnis des Deutschunterrichts so relevanten Epoche der bürgerlichen Aufklärung eine Zweiteilung vorgenommen wird. Theorien für die Volksbildung (als Vertreter erscheinen hier Beiträge von Niemeyer, Pestalozzi, Schweitzer, Diesterweg) stehen abgeordnet von den Theorien für die höhere Bildung (Schleiermacher, Arnold, Bischoff, Hiecke). Das ist insofern entscheidend, als der Widerspruch von Volks- und »höherer« Bildung auch heute noch das Unterrichtsfach Deutsch sowie die institutionellen Bedingungen schulischer Sozialisation im dreigliedrigen Schulsystem durchzieht. In diesem Zusammenhang kann der Sammelband dann auch dazu beitragen, nicht nur die Beiträge auf dem Hintergrund und im Wirkungsfeld der jeweiligen sozialhistorischen Bedingungen zu sichten; vielmehr eröffnet sich eine relativierende Optik zum gegenwärtigen Deutschunterricht. Eben das ist intendiert, wenn es in der Einführung heißt: »Es geht in der Gegenwart im Hinblick auf die Theorien des Deutschunterrichts insbesondere um eine mit Heftigkeit geführte Auseinandersetzung zwischen Vorstellungen, die objektiv an die bürgerliche Reformpädagogik anschließen, und Vorstellungen, die sich verstehen als Fortführung demokratischer Ansätze, wie sie schon in der bürgerlichen Aufklärung nachweisbar sind« (25). Der Verweis auf die »Heftigkeit« der geführten didaktischen Diskussion ist nicht zuletzt gerade verständlich hinsichtlich der seit 1972 dauernden Auseinandersetzungen um die Hessischen Rahmenrichtlinien Deutsch, Sekundarstufe I. Die Curriculumkonstruktion spaltet die Gemüter, wenn es um den Stellenwert systematischer Planung geht. Auf der einen Seite die Lernzielforderungen nach hochsprachlicher Bildung für alle Schüler, nach Einsicht in sprachliche und literarische Formen, nach ästhetischer Literatur und Einsicht in ihre historischen Epochen; auf der an-

deren Seite projektorientierter Unterricht, der Hochsprache und ästhetische Literatur zurückdrängt zugunsten einer Förderung umgangssprachlicher Kommunikation, die sich an Schülerbedürfnissen und -interessen meint anbinden zu können. Der Rekurs auf Texte der Reformpädagogik und der einführende Hinweis auf die hier benutzten didaktischen regulativen Prinzipien (»Gesamtunterricht«, Befürwortung eines »situativen« Unterrichts, »volkstümliche« Sprachbildung), kann dann auch u.U. entscheidendes Licht auf die aktuelle Auseinandersetzung um Wissenschaftlichkeit der Lehrplan-konstruktion und Unterrichtspraxis werfen.

Aufschlußreich ist sicher auch die Textauswahl über die »Deutschkunde« des Faschismus (Linden, Ferchland, 247-280). Was da in die Periode des Deutschunterrichts von 1945-1966 unter veränderter Etikettierung hinübergerettet wurde (vgl. den Beitrag von Freudenthal, 281-293), läßt aufhorchen.

Überhaupt zeigen die ausgewählten Texte die herrschaftsstabilisierende Funktion des Deutschunterrichts durch die Jahrhunderterte auf. Gleichzeitig wird aber auch epochal bedingte Kritik am Bildungs- und Erziehungssystem sichtbar, die das Anknüpfen an Positionen der Aufklärung und der demokratischen Volksbildung signalisieren könnte. So ist z.B. die Einsicht Friedrich Adolph Wilhelm Diesterwegs (1790-1866) nach wie vor aktuell, nach der Gleichheit der Bildung einzig durch »Vereinigung der Jugend aller Stände *in denselben Anstalten*« (6) erreichbar ist. Von erfrischender Deutlichkeit sind die in vielen Texten gelieferten Begründungen für die scheinbare Notwendigkeit elitärer Bildung und Erziehung im Gymnasium und für das Niederhalten der Volksbildung, die davon abgegrenzt wird, was »der Höchstgebildete braucht« (Carl Kehr, 1830-1885). Positionen, die heutzutage eleganter verbal verpackt werden also.

Holger Rudloff (Köln)

Psychologie

Dölling, Irene: Naturwesen — Individuum — Persönlichkeit.

Die Menschen und ihre biologische Konstitution in der marxistisch-leninistischen Kulturtheorie. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1979 (166 S., br., 5,50 M).

Lemke, Christiane: Persönlichkeit und Gesellschaft. Zur Theorie der Persönlichkeit in der DDR. Westdeutscher Verlag, Opladen 1980 (156 S., br., 23.— DM).

In westdeutschen Diskussionen um eine materialistische Kulturtheorie wird zunehmend auf DDR-Beiträge zurückgegriffen. Wie kritisch dabei auch verfahren wird — es wird in jedem Fall deutlich, daß ansatzweise gelöste kulturelle Grundfragen (etwa die Brechung des Bildungsprivilegs) es den DDR-Theoretikern ermöglichen, zu differenzierten Problemen des »weiten« Kulturbegriffs vorzudringen. Dazu gehört auch das vorliegende Buch von Irene Dölling, in dem nicht nur für die DDR Neuland betreten wird. Neuland insofern, als hier der Anspruch bisheriger Kulturtheorie ernst genommen wird, den Kulturprozeß als Zusammenhang von objektiver und subjektiver Kultur zu erforschen. Indem die Verfasserin — Dozentin an der Ostberliner Humboldt-Universität — nach diesem Kulturprozeß selbst fragt, geraten ihr nicht nur soziale, sondern auch biologische Voraussetzungen individuellen Verhaltens ins Blickfeld. Diese Aspekte der Kulturtheorie sind z.T. skandalös vernachlässigt worden mit der erzdogmatischen Begründung, aus den Feuerbach-Thesen von Marx ergebe sich, daß es keinen Zusammenhang des Biologischen mit dem Sozialen geben könne. Zu Recht kritisiert die Autorin an solchen Auffassungen, daß sie »letzten Endes Verhältnisse und Verhaltensweisen identisch setzen« würden (16). Sie selbst versucht dagegen, die Rolle natürlicher Be-

dingungen für die Persönlichkeitsentwicklung zu erörtern, nach den Maßverhältnissen psychophysischer Fähigkeiten zu fragen, den Biologismus zu kritisieren und abschließend die »psychophysische Leistungsfähigkeit als Determinante sozialistischer Persönlichkeitsentwicklung« zu diskutieren.

Der von Hegel übernommene Terminus »Maßverhältnis« ist zentral für die Arbeit. »Die« biologische Konstitution »des« Menschen gibt es nicht, aber in ihren konkreten Maßverhältnissen wirkt die biologische Konstitution als determinierender Faktor individueller Entwicklung. So lassen sich z. B. Phänomene wie die »Akzeleration« nur erklären, wenn nach den sozial veränderten Lebensbedingungen gefragt wird. Soziale Maßverhältnisse bestimmen die Sexualität, Geschlechterbeziehungen weisen Kulturstufen aus. Geschlechterrollen haben einen nichtbiologischen Ursprung, erscheinen aber als quasi-natürlich. Das ist »nicht nur in der bürgerlichen Literatur feststellbar«. In der DDR findet sich nach Dölling eine »Unterscheidung von geschlechtsspezifischen Merkmalen«, die »— im Grunde genommen — eine kurze Zusammenfassung patriarchalischen Denkens, und zwar ohne Bewußtsein davon«, ist (66). Das Exempel macht deutlich, wie mit der Kategorie »Maßverhältnisse« aktuelles Konfliktpotential bloßgelegt werden kann. Leider führt die Verfasserin den »Exkurs zur Sexualität« nicht weiter (vgl. jedoch ihren Aufsatz über Geschlechterbeziehungen in den »Weimarer Beiträgen« 1/80). Stattdessen werden biologistische Konzeptionen angegriffen, so die Theorien von Gehlen, Hacker und Lorenz. Ob es jedoch richtig ist, hier Alexander Mitscherlich nonchalant einzubeziehen, darf füglich bezweifelt werden — wie auch die Erklärung solcher Ansätze als »Reflexe« gesellschaftlicher Zustände und Ausdrucksweisen politischer Programme. Ob dem Einzelnen in der kapitalistischen Gesellschaft wirklich »suggeriert« wird, er stünde »unmittelbar« im Mittelpunkt (78)? Es ist möglich, daß die spontan wirkenden Elemente kapitalistischer Ideologiebildung unterschätzt werden.

Ganz in ihrem Element ist Irene Dölling dagegen wieder im letzten Abschnitt ihres Buches, der von psychophysischer Leistungsfähigkeit als Determinante sozialistischer Persönlichkeitsentwicklung handelt. Hier gelingt es ihr, die praktischen Dimensionen ihrer kulturtheoretischen Fragestellung zu verdeutlichen, indem sie »aktuelle Tendenzen und Widersprüche« aufgreift. Sie schildert etwa Widersprüche, die »resultieren aus der Organisation der Arbeit nach herkömmlicher tayloristischer Modellvorstellung, während sich bereits die Notwendigkeit einer neuen Organisation der Arbeit abzeichnet.« (118f.) Aus der Erörterung dieser und mancher anderer Widersprüche zieht die Autorin den Schluß, daß die Forderung nach der »allseitig« entwickelten Persönlichkeit oft abstrakt sei. »Daher erscheint 'Allseitigkeit' oftmals viel stärker als eine Art Anforderungskatalog an individuelle Verhaltensweisen, dessen Realisierung die Individuen vor fast unlösbare Probleme stellt — schon hinsichtlich ihres biologischen Leistungsvermögens —, denn als realisierbares Leitbild individueller Betätigungs-, Aneignungs- und Genußfähigkeiten. Das deutet darauf hin, daß bei der Formulierung von aktuellen Zielstellungen individueller Entwicklung der Standpunkt der Individuen nicht immer ausreichend berücksichtigt wird« (142).

Indes steht Irene Dölling mit ihrem Lamento nicht allein, wie die Studie von Christiane Lemke über Persönlichkeitstheorie in der DDR zeigt. Die Westberliner Sozialwissenschaftlerin führt den Hintergrund vor, vor dem solche neuen Tendenzen in der DDR-Kulturtheorie zu sehen sind. Lemke schildert sowohl die Entwicklung seit 1958 als auch einige Grundprobleme persönlichkeits-theoretischer Diskussion. Dabei versucht sie, die politisch-ökonomischen Determinanten der jeweiligen Diskussionen zu analysieren. Auf diese Art macht sie deutlich, wie der »Siebenjahrplan« von 1957 und die These vom »zurückgebliebenen Bewußtsein« zusammenhängen, so daß Persönlichkeit zunächst als »Synonym für ein Bündel von Tugenden« erscheinen mußte (24).

Nach dem »Neuen Ökonomischen System« von 1963 und der Propagierung der »wis-

senschaftlich-technischen Revolution« wurde es dann möglich, die »allseitige Entwicklung zunächst primär als Frage einer umfassenden Allgemeinbildung sowie darauf aufbauender gründlicher Spezialbildung zu verstehen« (39). Der achte Parteitag der SED 1971 (mit dem Wechsel zu Honecker in der Parteiführung) änderte den politischen Kurs in Richtung bessere Bedürfnisbefriedigung. Für die Persönlichkeitstheorie bedeutet das, daß sowohl das Interesse an einer »allgemeinen Persönlichkeitstheorie« als auch an »vermehrten empirischen Untersuchungen« zunimmt (56). Die Zahl der Wissenschaftler vergrößert sich, die »widersprüchliche Persönlichkeitstypen« beobachten oder kleinbürgerliche Moral nicht als Relikt, sondern als soziales Produkt der DDR-Gesellschaft deuten. Einen Fortschritt bringt nach Lemke die DDR-Diskussion über Sèves Arbeiten zur Persönlichkeitstheorie als »Wissenschaft von den gesellschaftlichen Verhältnissen zwischen den Verhaltensweisen« (77). Als Grundprobleme der DDR-Persönlichkeitstheorie nennt die Verfasserin etwa die Tabuisierung der Psychoanalyse oder die These, schon jetzt sei die Arbeit erstes Lebensbedürfnis. Abschließend führt sie einige Entwicklungsperspektiven an, wie die Einbeziehung der Persönlichkeitsdiskussion in die Debatte um Lebensweise, die Ausdehnung der sozialstrukturellen Analyse und schließlich den »eminent demokratiethoretischen Aspekt« (125). Dabei scheint es sich jedoch wohl eher um einen frommen Wunsch der Autorin denn um eine »Entwicklungstendenz« der persönlichkeitsstheoretischen Diskussion zu handeln. Nicht umsonst ist die politische Soziologie das Stiefkind der DDR-Soziologie. — Es dürfte klar geworden sein, daß die beiden Bücher sich vorzüglich ergänzen. Döllings Hinweis auf Desiderata bisheriger materialistischer Kulturtheorie wird für den westlichen Leser abgerundet durch den fundierten Überblick, den Lemke über die Wandlungen ostdeutscher Persönlichkeitstheorie gibt. Beide Arbeiten könnten zudem dazu anregen, sich bei uns stärker um eine Integration von Kulturtheorie und Kritischer Psychologie zu mühen. Schließlich könnten diese Bücher eine Aufforderung dazu sein, die Analyse subjektiver Kultur nicht nahezu ausschließlich den Vertretern des »symbolischen Interaktionismus« und ähnlicher Lehren zu überlassen.

Volker Gransow (Bielefeld)

Mayer, R.E.: Denken und Problemlösen. Eine Einführung in menschliches Denken und Lernen. Springer-Verlag, Berlin 1979 (256 S., br., 28.80 DM).

Der Autor hofft, das Lesen des Buches mache ebensoviel Spaß wie ihm das Schreiben (V). Anscheinend war dies sein erstes Anliegen: unterhaltende Beispiele bringen. Empfehlenswert ist das Buch also auf jeden Fall als Vorbereitung zu netter Partyunterhaltung über Probleme des »menschlichen Denkens und Lernens«. Theorie hingegen wird kaum angegangen, es sei denn als Angabe einiger Prinzipien, die die Erklärungen und Forschungen der verschiedenen denkpsychologischen Schulen untermauern. Diese Prinzipien werden jeweils in einer Einleitung den Kapiteln vorausgeschickt. In den folgenden Unterkapiteln sieht man diese Prinzipien in einer Fülle aneinandergereihter Untersuchungen am Werk. Es folgt eine Bewertung des jeweiligen Ansatzes, wobei als einzige Richtschnur die experimentelle Kontrolle und die statistische Analyse gilt. Eine »Theorie ist vage« (102) oder »vieldeutig« (211), wenn man sie nicht genau experimentell überprüfen kann. Man begreift ihn: eine Theorie wie die von Piaget ist »für amerikanische Psychologen schwer zu verstehen ... teils weil sie umfangreich, manchmal unbestimmt und schwierig ist« (211).

In dieser Manier werden, nach einem historischen Abriss von Locke und den Assoziationalisten bis zur Würzburger Schule und Selz, in acht Kapiteln wichtige psychologische Ansätze zur Erklärung des Denkens geschildert. Zwei Kapitel sind der Assoziations- theorie des Denkens und der Interpretation des Denkens als Regellernen im Sinn von Hull und Hebb gewidmet. Relativ ausführlich behandelt werden die Gestaltpsychologie und ihre noch immer faszinierenden Problemsituationen: ein Zeichen für ein

gewisses Wiederaufkommen solcher Ansätze. Gleichsam als Fortsetzung und Korrektur gestaltpsychologischer Ansätze werden Bartletts interessante Untersuchungen zur Assimilation neuer Probleme an bereits vorhandene Schemata dargestellt, mit einigen modernen Ausläufern, die diese Prinzipien für den Mathematikunterricht verwenden. Drei Kapitel behandeln die auf Computermodellen aufbauenden Theorien: die Modelle semantischen Gedächtnisses mit den 3 hauptsächlichlichen Netzwerkmodellen und zwei Merkmalsmodellen; die Versuche, menschliches Problemlösen auf Computer zu simulieren, mit einer Übersicht über die wichtigsten vom Computer »lösbarer« Probleme vom Schachspiel bis zur Rogers-Therapie; schließlich einige Angaben zu deduktivem Denken und den Unterschieden zwischen Logik und Psycho-Logik. Ein Kapitel über Entwicklung des Denkens und eine ziemlich ausführliche Bibliographie schließen das Buch ab. Was bei solchem Vorgehen rauskommt, ist natürlich Stückwerk, sind aneinandergereimte Erklärungen, widersprüchliche Modelle. Es wird nie der Versuch gemacht, offensichtliche Widersprüche zu erklären: zum Beispiel bei den widersprüchlichen Gedächtnismodellen durch Bezug auf verschiedene erkenntnistheoretische Standpunkte. Solcher Pluralismus, der nicht nach den Gründen fragt, wird noch als Aufhebung der Beschränkung auf eine theoretische Richtung gerühmt (Umschlagtext).

Und doch lohnt sich die Lektüre in gewissen Fällen: außer wie erwähnt als Partyvorbereitung, gibt das Buch einen ersten Einblick in die heutige Denkpsychologie: man erfährt recht anschaulich, was es so alles gibt an Erklärungen; man erhält einen ersten Eindruck von gewissen möglichen theoretischen Kontroversen, wenn auch das Wesentliche amputiert ist; man bekommt eine gewisse historische Übersicht über die Entwicklung der Forschungsansätze. Vielleicht stellt man sich am Schluß sogar die Frage, was denn das Ganze soll, warum man die Probleme so und nicht anders angeht. Es wäre dann eine gute Basis geschaffen, um nach Hintergründen zu suchen, also mit Wissenschaft zu beginnen.

Bernard Schneuwly (Genf)

Lowen, Alexander: Bio-Energetik. Therapie der Seele durch Arbeit mit dem Körper. Übersetzt von Jürgen Bavendam. Rowohlt Taschenbuch-Verlag, Reinbek 1979 (306 S., br., 6,80).

Dem Buch fehlt das, was man sonst als Attribut wissenschaftlicher Arbeiten gewohnt ist: ein Apparat von Fußnoten und Literaturverweisen. Lowen wartet weder mit statistisch abgesicherten empirischen Befunden noch mit einer systematisch aufgebauten und vorgetragenen Theorie auf; die Reihenfolge der Kapitel mutet etwas willkürlich an, die im Grunde einzige Legitimation, die der Autor für seine Behauptungen ins Feld führen kann, ist der vorangestellte allgemeine Verweis auf seine jahrzehntelange Erfahrung als Therapeut. Die Kühnheit, mit der er empirisch gehaltvolle, d.h. handfeste, konkrete, überprüfbare Aussagen hinknallt und sich damit voll und mit allem Risiko exponiert, nötigt — mir jedenfalls — Bewunderung ab. Und das Risiko, das er eingeht, ist — zumal er sich hauptsächlich auf Wilhelm Reich beruft — als Sektierer, als Verkünder wahnhafter Privattheorien abgetan zu werden. Einige Beispiele für das, was ich als kühne Aussagen bezeichne:

S.135: Beim »oralen Charakter« (eine von fünf innerhalb einer 'bioenergetischen Charakterkunde' abgehandelten idealtypischen Charakterstrukturen) sei »das Längenwachstum betont ... Die Kontaktpunkte zur Umwelt sind ungenügend geladen. Die Augen sind schwach und neigen zur Kurzsichtigkeit. Die Geschlechtsorgane sind nicht voll erregungsfähig ... Lange, spindeldürre Arme sind bei dieser Struktur weitverbreitet ...« — S.144: »Bei allen Menschen mit masochistischer Charakterstruktur tendiert die Haut zu einer bräunlichen Grundtönung, eine Folge der stagnierenden Ladung ... Typisch für das masochistische Verhalten ist eine unterwürfige, gefallsüchtige Einstellung ... Der Masochist hat Angst, aus sich herauszugehen oder (das gilt auch für sein Ge-

schlechtsorgan) nach etwas zu greifen, weil er befürchtet, verstümmelt zu werden ...« S.256: »Die gezielte bioenergetische Behandlung von Augenbeschwerden (speziell Kurzsichtigkeit, K.H.S.) setzt voraus, daß man die Energiekanäle zu den Augen genau kennt ... Atmen hat eine positive Wirkung auf die Augen. Nach den verschiedenen Übungen, mit denen die Atmung verbessert wurde, bekamen die meisten Patienten viel glänzendere Augen, als sie vorher gehabt hatten. Wie ich bereits erwähnt habe, berichten die Patienten oft selbst, daß ihre Sehkraft besser geworden ist ...« — Was Lowen vertritt, was hinter seinen zahlreichen Thesen, Beobachtungen, Verallgemeinerungen steht, ist eine grundsätzlich psychosomatische Auffassung des psychischen Geschehens und der Charakterentwicklung. Anders gesagt, er geht, in diesem Punkt ganz an Reich angelehnt, von einer »funktionalen Übereinstimmung (der Charakterstruktur) mit der Körperhaltung« aus (23); die Grundzüge des Charakters bilden sich dieser Auffassung zufolge in den ersten Lebensjahren; bestimmte spontane psychisch-muskuläre Abwehrreaktionen des Kindes auf bedrohliche oder frustrierende Situationen verhärtet sich, wenn Situationen derselben Art immer wieder auftreten, allmählich zu muskulär fixierten Haltungen. »Der Konflikt hat sich im Körper strukturiert und liegt nun außerhalb der Reichweite des Ichs« (126), d.h., unterliegt nicht mehr der willentlichen Kontrolle des Individuums — natürlich auch dann nicht, wenn der Einzelne durch einen bestimmten Charakterzug in innere oder äußere Konflikte gerät und unter ihm leidet. »Man kann zwar die ernsthafteste Absicht haben, sich zu ändern, doch wenn man sein Problem nicht auf der körperlichen Ebene angeht, hat man kaum eine Chance, es zu schaffen.« (126) — Als Therapeut legt Lowen die Betonung auf Möglichkeiten der Heilung, d.h. in seinem Verständnis: der (muskulären) Lockerung *und* (psychischen) Durcharbeitung leidensverursachender Charakterhaltungen und Symptome; aber es lassen sich natürlich Umkehrschlüsse auf den Prozeß ihrer Entwicklung und auf Möglichkeiten der pädagogischen Prophylaxe ziehen, und insofern enthält das Buch eine große Zahl interessanter und möglicherweise fruchtbarer Anregungen auch für Leute, die sich mit Sozialisationstheorie (und -praxis) beschäftigen. So etwa im Abschnitt »Augenbeschwerden und Bio-Energetik«, wo ein möglicher funktionaler Zusammenhang zwischen Liebesentzug und der Entwicklung von Kurzsichtigkeit beim Kind besprochen wird. — Das — für mich — Faszinierende am Reich / Lowenschen Ansatz ist sein konsequent zu Ende gedachter Materialismus: während alle anderen derzeit gängigen psychologischen Ansätze, so gegensätzlich sie auch sein mögen, doch darin übereinstimmen, daß sie die Determinanten des individuellen Verhaltens immer nur als (rationale oder irrationale, bewußte oder unbewußte) *Ideen* (seien es Vorurteile, Ängste, Erfahrungen, 'Konditionierungen', oder 'Bewußtseinsinhalte' etc.) des Einzelnen über sich und die Welt irgendwo im »Menschenkopf« dingfest zu machen suchen, wird hier die Basis der Ideen und des Verhaltens als eine materiell-körperliche erkannt. Darüberhinaus liefert diese Auffassung die m.E. bisher überzeugendste Definition des Charakterbegriffs (wobei die 'kleine Charaktertypologie', die Lowen [130-152] vorlegt, allerdings doch wohl viel zu undifferenziert ist; so berücksichtigt sie z.B. keine geschlechtsspezifischen Faktoren). — Der Einwand, Reich / Lowen machten das Individuum zum »Ensemble seiner körperlichen Verhältnisse« und sähen die gesellschaftlichen Bedingungen nicht, wird sicherlich durch das vorliegende Buch ganz besonders provoziert, weil Lowen es versäumt, die diesbezüglichen Prioritäten ausdrücklich klarzustellen. Was er zu diesem Thema (etwa 123f.) sagt, ist eindeutig zu wenig und zu mißverständlich. Die Fragen etwa der persönlichkeitspezifischen Wirklichkeitswahrnehmung oder des Zusammenwirkens von aktuellen Situationsbedingungen und Persönlichkeitsfaktoren beim Zustandekommen individuellen Handelns werden allenfalls angedeutet. Wie bereits gesagt: theoretische Klärungen bietet Lowen nicht. Aber dieser Mangel entwertet keineswegs die vielen originellen Denkanstöße, die er zu bieten hat.

Karl Heinz Siber (München)

Medizin

Deppe, Hans-Ulrich: *Vernachlässigte Gesundheit. Zum Verhältnis von Gesundheit, Staat, Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1980 (343 S., br., 39,— DM).

Das als Monographie angekündigte Werk entpuppt sich als Sammelband, in dem aus der Studentenbewegung der 60er Jahre hervorgegangene Mediziner und Sozialwissenschaftler einen materialreichen Überblick zum Gesundheitswesen der BRD geben.

Abholz untersucht im einleitenden Aufsatz die Leistungen der Medizin für die Gesunderhaltung und Verlängerung der Lebenserwartung der Bevölkerung während der vergangenen 100 Jahre. Er knüpft an die Forschungsergebnisse des englischen Sozialmediziners McKeown an, die besagen, daß die Medizin keinen wesentlichen Anteil an der Verbesserung der Lebenserwartung und Volksgesundheit hatte, da Erfolge auf diesen Gebieten einer Veränderung der sozialen und hygienischen Lebensbedingungen wie auch verbesserter Ernährung geschuldet sind. *Abholz* kommt aufgrund einer praktischen und theoretischen Auseinandersetzung mit den gängigen Diagnose- und Therapiemethoden zu der (analogen) Schlußfolgerung, daß die erheblichen Investitionen in die Apparatemedizin zwar teilweise individuelles Leiden verringern, zur Verbesserung der Volksgesundheit aber kaum beitragen können. Diese Infragestellung des bisherigen medizinischen Selbstverständnisses könnte und sollte zu einer Neuorientierung der Medizin führen. *Deppe* und *Priester* arbeiten die Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung wie auch ihre staatliche Einbettung in den Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf. *Breddemann* untersucht die Auswirkungen der neueren Krankenhauspolitik (Krankenhausfinanzierungsgesetz usw.) auf die Situation der Patienten im Krankenhaus und stellt die Arbeitsbedingungen und Aktionen gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV zum Thema Arbeitsbelastungen dar. *Botschafter-Leitner* analysiert auf Basis der bundesrepublikanischen Entwicklung Probleme der Krankenpflegeberufe wie z. B.: Diskrepanzen zwischen einer relativ hohen Zahl von arbeitslosen Pflegekräften und vielen unbesetzten Stellen im Krankenhaus, Widersprüche zwischen Interesse und Engagement für die Patienten einerseits und Gleichgültigkeit gegenüber dieser Lohnarbeit andererseits (individuelle Ausdehnung der Pausen usw.). *Schagen* stellt in einer umfangreichen Sekundäranalyse Ergebnisse von empirischen Arbeiten vor, die sich mit den inhaltlichen Problemen und Widersprüchen der ambulanten Versorgung in der allgemeinärztlichen Praxis, in Facharztpraxen und Polikliniken beschäftigen. *Rosenbrock* untersucht die Auswirkungen einer profitorientierten Pharmaindustrie auf das Gesundheitswesen und macht ausführliche Vorschläge zu einer gesetzlichen Beschränkung dieser gesundheitsgefährdenden Praxis. *Deppe* und *Priester* setzen sich in einem weiteren Beitrag mit der betrieblichen Praxis der Arbeitsmedizin auseinander und *Abholz* durchleuchtet im letzten Aufsatz die gesetzlichen Vorsorgeuntersuchungen und die Möglichkeiten einer Primärprävention.

Erstmals ist hiermit ein Versuch gemacht worden, einen umfassenden Überblick über das in sich widersprüchliche Gesundheitssystem der BRD aus materialistischer und sozialreformerischer Sicht vorzulegen. Es wäre zu wünschen, daß dieser Ansatz zu einem Handbuch ausgebaut wird. In dieser Perspektive sind folgende Anmerkungen zu verstehen: Es fällt auf, daß beispielsweise in den politischen Schlußfolgerungen von *Abholz* und *Schagen* Formulierungen gebraucht werden, die eine neue Problemsicht andeuten: »nicht nur mehr Investitionen, sondern auch inhaltliche Bestimmungen von Ausgaben« sind notwendig (57). Oder: »eine weitere Zentralisierung mit staatlicher Zuständigkeit muß noch keine generelle Verbesserung bringen« (221). Aus den politischen Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts hat sich augenscheinlich die Erkenntnis entwickelt, daß die Forderungen (und deren Realisierung) nach mehr Staat(saufsicht)

und mehr Ausgaben keine Garantie für wirkliche Verbesserungen der Volksgesundheit darstellen. Die Forderungen der alternativen Gesundheitsbewegung nach Selbsttätigkeit und Berücksichtigung der Subjektivität und das zunehmende Interesse an einer alternativen Medizin könnten die institutionelle Vereinseitigung der bisherigen Gesundheitspolitik tendenziell aufheben. Aus diesem Grunde wäre eine Auseinandersetzung mit dieser Bewegung (die ihren bisherigen Höhepunkt im Gesundheitstag '80 gefunden hat) notwendig gewesen. Ein weiteres Problem des Bandes wird durch Rosenbrocks Äußerung deutlich, der am Ende seines ausführlichen Forderungskatalogs zur Reform der Pharmaindustriepraxis formuliert, die »Betroffenen« sollten sich »energisch« und »nachhaltig« (256) für derartige Reformen einsetzen. Indirekt wird mit diesem Appell das Problem einer unzureichenden massenpolitischen Basis thematisiert. Eine Untersuchung der ideologischen Mechanismen, die augenscheinlich eine antimonopolistische Praxis verhindern, muß ebenfalls noch geleistet werden. Ein Handbuch müßte darüber hinaus Beiträge zur Ausbildungssituation für alle Gesundheitsberufe und eine Analyse der Unterentwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens enthalten.

Nützlich ist der vorliegende Sammelband für *Medizinstudenten und Ärzte*, weil er die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Inhalte der Medizin als Bausteine einer ärztlichen Berufspraxis analysiert; für *politische Entscheidungsträger*, weil für den Gesundheits- und Sozialbereich konkrete Reformvorschläge und Analysen vorgelegt werden; für *Dozenten* an Fachhochschulen und Universitäten wie auch für Medizinjournalisten, weil er Tabellen und materialreiche Untersuchungen zu fast allen Bereichen des Gesundheitswesens enthält. Medizinische Fachwörter sind in einem Verzeichnis für Laien verständlich übersetzt, ein Register erleichtert den Umgang mit diesem Band. Angesichts der Bedeutung dieses Buches für die Gesundheitsbewegung ist der hohe Preis bedauerlich.

Eberhard Göbel (Berlin/West)

Sigusch, Volkmar: *Sexualität und Medizin*. Arbeiten aus der Abteilung für Sexualwissenschaft des Klinikums der Universität Frankfurt am Main. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1979 (356 S., Ln., 38,— DM).

Es handelt sich um eine Sammlung von fünfzehn Aufsätzen aus der im Jahre 1973 in Frankfurt neu gegründeten — immer noch erst zweiten deutschen — sexualwissenschaftlichen Universitätsabteilung. Bei neun Arbeiten handelt es sich um unveränderte oder leicht bearbeitete Fassungen von Aufsätzen, die, größtenteils in der Zeitschrift *Sexualmedizin*, schon in den Jahren 73-78 erschienen sind. Auch der zuerst im Jahrbuch für kritische Medizin (Argument-Sonderband 17 und Studienheft 12) erschienene Überblicksaufsatz zur Entwicklung und Praxis psychochirurgischer Hirneingriffe findet sich hier wieder.

Die Arbeiten bemühen sich, »die Beratung und Behandlung sexuell gestörter Patienten zu verbessern« (9). Mit diesem Buch soll »die Öffentlichkeit selbst unmittelbar« (10) informiert werden. Wie notwendig dies und damit auch ein erneuter gemeinsamer Abdruck solcher Aufsätze ist, belegt z.B. die Ahnungslosigkeit vieler Ärzte in Fragen der Sexualmedizin, obwohl sie sowohl von der Bevölkerung als auch nach ihrem eigenen Selbstverständnis als die hier kompetenten Berater der Patienten angesehen werden. Dies hat K. Pacharzina nach einer Umfrage unter Allgemeinärzten dargestellt (17ff.).

Allen Autoren geht es darum, »die menschliche Sexualität nicht nur triebbestimmt« und »auf Biologie und Physiologie, einschließlich des psychischen Apparates bezogen, sondern auch gesellschaftlich bestimmt, durch Produktionsweise, Arbeitsbeziehungen, gesellschaftliche Institutionen usw.« zu sehen (84). Auf diesem Hintergrund erhält »der sogenannte sexuelle Liberalisierungsprozeß« seine Einordnung im Zusammenhang mit der stattgefundenen »intensiven ökonomischen Erschließung der Jugend als besonders geeigneter Absatzmarkt« (88). Dies in einem Vortrag vor Gynäkologen, denen anhand

der Literatur im einzelnen dargelegt wird, daß die von ihnen in der Mehrzahl für Ovulationshemmer akzeptierten speziellen altersabhängigen Kontraindikationen — noch nicht abgeschlossenes Wachstum, noch nicht stabiler Zyklus, noch nicht vorhandene »seelische Reife« — allesamt keine, auch nur annähernd ausreichende wissenschaftliche Basis haben (99ff.). Sie sind Träger konservativ-moralisierender Ideologie. Der Arzt ist weder dazu da, sexuelle Abstinenz, noch den Beischlaf im Jugendalter zu propagieren; er soll dafür eintreten, daß Minderjährige ohne Schwierigkeiten die sichersten Kontrazeptiva erhalten (103). — Zur erneut belebten Diskussion, Kondom, Physiologie des Orgasmus, Ejakulationsstörungen, Implantation von Penisprothesen, Transsexualität, weibliche Homosexualität — ist der Versuch gemeinsam, unter ausdrücklicher Einbeziehung gesicherten physiologischen Wissens und auf der Basis der Tatsache, daß »der Mensch von Natur gesellschaftlich« ist und »damit auch seine Probleme«, den Störungen des Liebes- und Geschlechtslebens als psychosozial verursacht nachzugehen (13).

Obwohl in einzelnen Kapiteln angesprochen, finden sich therapeutische Hinweise nicht. Hierzu verweise ich auf das vom gleichen Autor herausgegebene Thiemetaschenbuch »Therapie sexueller Störungen« (21980). Udo Schagen (Berlin / West)

Karmaus, Wilfried, Verena Müller und Gerd Schienstock: Stress in der Arbeitswelt. Mitautor: Ulrich Stuhr. Bund-Verlag, Köln 1979 (222 S., br., 19,80 DM).

Stress ist in der wissenschaftlichen und noch mehr der Alltagsdiskussion zum Modethema geworden. Auch z.B. in gewerkschaftlichen Schulungsdiskussionen zur Belastungssituation rangiert Stress neben Lärm an der Spitze der Thematisierungs-Skala. Stress wird dabei meist als Sammelbegriff für individuelle Befindlichkeit bei Arbeitsdruck und in unangenehmen Situationen allgemein verwendet. Die undifferenzierte Verwendung ist in der Regel eine Konsequenz der Tatsache, daß weder über die Entstehung noch über die Wirkung einigermaßen operationalisierbare Vorstellungen vorliegen. Hieran hat die bisherige populärwissenschaftliche Literatur nichts ändern können, zumal in ihr »Lebenshilfe« im Sinne von individueller Verhaltensänderung im Vordergrund steht.

Das vorliegende Buch will dagegen »etwas über Zusammenhänge zwischen belastenden Momenten in alltäglichen Arbeits- und Lebenssituationen einerseits und Bewältigungsmöglichkeiten andererseits« (7) aussagen. Dabei gehen die Autoren dankenswerter Weise von Fall-Beispielen aus, wodurch sie die Gefahr isolierender Darstellung von Einzelbelastungen systematisch vermeiden. Auf diese Weise lernt auch der nicht einschlägig vorgebildete Leser, Stress-Elemente und Stress-Folgen — in jeweils einzelnen Kapiteln — bei Nacht- und Schichtarbeit, unter Lärm und Monotonie, an Datensicht-Geräten, im Angestellten-Bereich, bei Betriebsratsarbeit sowie unter den Bedingungen von Arbeitslosigkeit zu identifizieren und erkennt gleichzeitig aus den entwickelten gewerkschaftlichen Forderungen, daß Stress weder ein neuer Sachverhalt ist, noch völlig neuartige Politiken gegen ihn erfunden werden müssen: Unter der Flagge »Stress-Abbau« segeln richtigerweise viele altbekannte gewerkschaftliche Forderungen zum Belastungs-Abbau.

An diesen eher deskriptiven Kapiteln ist allenfalls in didaktischer Hinsicht zu kriti-

sieren, daß die Beschreibung von Belastungen und die Analyse der Folgen manchmal etwas durcheinandergerät und zudem von Kapitel zu Kapitel uneinheitlich gewichtet ist. Die Koppelung von Lärm und Monotonie in einem Kapitel ist nicht recht einsehbar. Zudem hätte man sich, gerade weil die Autoren den Prozeß-Charakter von Streßentfaltung, Streßwirkung und Streßfolgen betonen, Hinweise auf die Diskussionen über kritische Belastungsgrenzen (subjektiv/objektiv) und Latenz-Zeiten gewünscht, weil Informationen hierüber gerade für den intendierten Zweck des Buches, das Problem Streß im Hinblick auf gewerkschaftliche Politik zu konzeptualisieren und zu operationalisieren, unverzichtbar sind. In dieser Hinsicht kommen auch die Erörterungen über die Kompetenz der Betroffenen sowie der Aktivitäten der Betriebsärzte etwas zu kurz.

In den abschließenden Kapiteln »Streß und Krankheit« sowie »Arbeitsbelastungen, Streß und Bewältigungsmöglichkeiten« diskutieren die Autoren unter Benutzung des zuvor ausgebreiteten Materials verschiedene Streß-Konzepte. Dabei gelingt es ihnen — und das ist keineswegs selbstverständlich — allgemeinverständlich zu bleiben, aus den verschiedenen Theorien die jeweils positiven und verwendbaren Ansätze herauszuarbeiten sowie auf wichtigen theoretischen, forschungspraktisch aber derzeit noch nicht einlösbaren Forderungen zu beharren (z.B. integriertes Konzept der Belastung, Prozeß-Charakter von Streß), ohne auf bereits heute mit gewerkschaftlicher Politik angebahnte Umsetzungs-Ziele zu verzichten.

Das Buch hinterläßt einen Leser, dessen Wahrnehmung für Streß differenziert geschärft ist, der die damit zusammenhängenden Probleme mit gewerkschaftlicher Politik in Verbindung zu bringen vermag und der über das notwendige Grundwissen zur Einordnung der theoretischen Ansätze verfügt.

Der Nutzen könnte noch ein wenig größer sein, wenn sich nicht aus zahlreichen nachlässigen Formulierungen und unvollständigen Fußnoten der Eindruck aufdrängen würde, man habe es mit einem ziemlich eilig fertiggestellten Werk zu tun.

Rolf Rosenbrock (Berlin/West)

Stern, Horst: *Tierversuche in der Pharmaforschung*. Originaltexte der Fernsehfilme und neue Materialien — kontrovers diskutiert. Kindler Verlag, München 1979 (141 S. Text u. 90 S. Dokumentation, br., 16,80 DM).

»Das Verdrängte ist ... vogelfrei, ausgeschlossen aus der großen Organisation des Ich«, lehrt Freud. Dennoch scheinen die industriellen Tieropfer für die Arzneimittelforschung wieder — auf welchen Wegen auch immer (eine interessante Frage für *Ideologieforscher*) — ins öffentliche Bewußtsein gedrungen zu sein. Seit einiger Zeit gibt es zumindest eine engagierte Kritik solcher Versuche, die indes an Sachlichkeit zu wünschen übrig läßt. Stern hat es als seine Aufgabe angesehen, zur Versachlichung dieser Debatte beizutragen mit einem dreiteiligen Fernsehfilm, dessen Text er jetzt mit ausgewählten Fotos und Hinweisen auf die während des angesprochenen Textes gezeigten Szenen und Einstellungen vorgelegt hat. Das Buch ermöglicht dem *Laien in Sachen (Fernseh-)Journalismus* aufschlußreiche Einblicke in die Kunst der journalistischen Problemanalyse und -aufbereitung, wobei eines sehr deutlich wird: der Journalist ist seinerseits als *Laien in Sachen Arzneimittelforschung* auf ein derartiges Maß an Information über Theorie und Verfahrensweise sowie Ziele, Möglichkeiten, Nützlichkeit und schließlich Problematik dieser Forschung angewiesen, daß er ohne Kooperationsbereitschaft der forschenden Industrie zumindest keinen Film drehen kann, der etwas von der Komplexität der Problematik an den Zuschauer weitergibt. Dies war sicherlich einer der Gründe dafür, daß Stern diese Komplexität soweit wertungsfrei darzustellen versucht hat, daß ihm nicht nur der Zugang, sondern auch die Dreherlaubnis in den Labors eines der größten Arzneimittelkonzerne der Welt (Ciba-Geigy, Basel) gewährt

wurde — vielleicht nicht absichtslos, wie sich gleich noch zeigen wird. Der Betrachter seiner Filme bzw. Leser seines Textbuchs sieht sich dadurch zum einen doppeltem Spezialistentum ausgesetzt, zum andern wird er dem, was Stern offenbar kontrovers diskutieren nennt (Untertitel seines Textbuchs), ausgeliefert. Das doppelte Spezialistentum ist das der Arzneimittelforscher und das des Journalisten Stern und führt zu einem Informationsagglomerat, das *der doppelte Laie*, der Leser höchstwahrscheinlich außerstande ist, für sich zu systematisieren und auf die allein entscheidungsfähige Frage, ob Tierversuche verzichtbar sind oder nicht, zuzuspitzen. Und zwar, weil ihm die wissenschaftlichen Fragestellungen allenfalls als Phänomene, d.h. ohne Zusammenhang und Kenntnis ihrer Relevanz sowie behaftet mit einer schwer bestimmbareren Ruchlosigkeit (daher die Reaktionen »Sadismus!«, »Perversion!« etc.) aufkommen hinter dem Vordergrund der fortlaufenden Darstellung tierischen Leidens, im doppelten Wortsinn. Solcherart hergenommen und emotionalisiert kommt dem Augenzeugen dann Stern mit seiner »kontroversen Diskussion«, seiner multiple-choice-Argumentationsweise, die auch den gutwilligsten Betrachter/Leser nerven kann. Stern bietet noch und noch Informationen an, der Betrachter/Leser darf sich davon aussuchen, was ihm zusagt — und das Ganze unter extremen »Versuchsbedingungen«. Unversehens *testet Stern*, wie weit Laien unter starker Emotionalisierung imstande sind, aus einer Unmenge lediglich formal geordneter Informationen über ein wissenschaftliches Spezialgebiet die relevanten Fragestellungen herauszufinden und sich eine Meinung zu bilden. Nun kann diese Technik ja ein der Sache abträglicher Kompromiß »umstandshalber« gewesen sein, um die Filmerlaubnis vor Ort zu erhalten.

Dagegen ist nicht einzusehen, wieso Stern einfach sein *Textbuch* veröffentlicht, anstatt die dort niedergelegten Recherchenergebnisse didaktisch aufzubereiten und eine — im guten Sinne — populärwissenschaftliche Darstellung zum Thema zu verfassen. Bei Qualität und Umfang seiner Informationen hätte er auf diese Weise einen wesentlichen Beitrag leisten können zur rationalen und problemorientierten Bewältigung der Notwendigkeit von Tierversuchen in der Arzneimittelforschung sowie, spezifischer noch, der Bedingungen und des Umfangs solcher Versuche. Mit der Vorlage des Textbuchs verfehlt Stern die Zielgruppe: die »doppelten Laien« haben sicherlich kein Motiv, sich auch noch schriftlich zuschütten zu lassen mit einer Unmenge unstrukturierter Details; interessierte Fachleute aber sehen sich Informationen gegenüber, die sie der Sache nach allemal kennen und die nur interessant sein könnten, wenn Stern Schlußfolgerungen und Thesen anböte, die zur Diskussion reizen würden. Wozu also die Vorlage der Filmtexte? Stern bietet im Vorwort eine Antwort an. Eine Zuschauerin schrieb ihm nach Ansicht seiner Filme, sie habe spontan den Wunsch verspürt zu kämpfen und etwas zu ändern. »Nur braucht man dazu ein Feindbild — und das macht einem der Herr Stern mit diesem Film kaputt!« — mit seinem Textbuch vermutlich ebenso. Nach Stern beschreibt dieser Brief seine Absichten am deutlichsten. Das klingt nobel: Stern hält den Zuschauer/Leser an zur Rationalität, dämpft dessen Emotionen. Demnach gibt es keine ernsthaften Probleme mit Tierversuchen, ein Feindbild ist folglich nicht am Platze. Wie das? Einerseits gelingt es Stern durch die Konfrontation mit dem Leiden der Tiere, Emotionen zu wecken, Widerspruch zu provozieren, andererseits will er kein Feindbild aufkommen lassen.

Das Verwirrspiel löst sich auf, wenn man sich die Funktion von Tierversuchen vergegenwärtigt. Stern nennt die Tiere, an denen pharmakologisch wirksame Substanzen erprobt werden, Stellvertreter des Menschen — zu recht, aber folgenlos. Denn wenn *erstens* offenbar auch für Stern feststeht, daß Tierversuche prinzipiell unverzichtbar sind, so stellt sich im jeweiligen konkreten Forschungszusammenhang dennoch immer wieder von neuem die Frage nach brauchbaren, substitutiven oder alternativen Prüfmethoden und nach Versuchsumfang und -bedingungen (Leidensminimierung bei Effizienz-

erhalt). *Zweitens* steht ebenfalls immer wieder von neuem die Frage nach dem Erkenntniswert und der Beweiskraft solcher Versuche und damit nach ihrer *jeweiligen* Berechtigung. Gerade in der Arzneimittelforschung ist das Verhältnis von Innovation zu Imitation derartig belastet, daß es sich lohnt, sowohl die *jeweilige* Notwendigkeit als auch den *jeweiligen* Umfang der Tierversuche zu überprüfen und Mißbräuche zu bekämpfen. Nur — und das bleibt auch für Fachleute ein Problem — ist sowohl theoretisch als auch praktisch äußerst schwierig abzugrenzen, inwieweit Tierversuche gerechtfertigt sind und wo Mißbrauch vorliegt. Der Positivismusstreit, der Streit also um die erkenntnistheoretische Tragfähigkeit empirischer Ergebnisse, und die Entscheidung für die eine oder andere Position in diesem Streit entscheiden hier — in Arzneimittelforschung, Pharmakologie und Toxikologie — über Leiden und Tod von zahlreichen Versuchstieren. Stern konnte zwar nicht auf diesen theoretischen Hintergrund seines Themas stoßen, weil dieser auch von den sich als Naturwissenschaftlern verstehenden Experimentatoren nicht gesehen wird: der *Positivismusstreit* ist Pharmakologen und Toxikologen bislang kein Thema. Doch die Frage nach der Rechtfertigung sowie nach den Versuchsbedingungen und der Anzahl der zu opfernden Tiere, hätte der eigentliche und durchaus vermittelbare Schwerpunkt seiner Untersuchung sein müssen. Hier standen ihm vermutlich seine eigenen Emotionen und sein Moralismus (nicht seine Moralität) im Wege.

Wem dennoch die prinzipielle Notwendigkeit von Versuchen an Tieren als »Stellvertretern« des Menschen nicht einleuchtet, der sei, wenn Stern es schon nicht tut, wenigstens hier verwiesen auf die jüngere deutsche Geschichte. Zweifellos waren die Menschenversuche in den Konzentrationslagern, soweit sie überhaupt zu neuen Erkenntnissen führten und nicht blanker Mordlust entsprangen, effizienter: Versuchstiere waren nicht nötig und die Ergebnisse bezogen sich direkt auf die Spezifität des menschlichen Organismus (den Faschisten war es in diesem Zusammenhang gleichgültig, daß die Versuche an »entarteten oder rassistisch minderwertigen Untermenschen« vollzogen wurden). Menschen selbst mußten die Qualen übernehmen, die heute Tiere an ihrer Stelle erleiden. Zu erinnern ist deshalb an das Buch von A. Mitscherlich, F. Mielke (Hrsg.), *Medizin ohne Menschlichkeit*. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Fischer Taschenbücher 1978 (zuerst 1948), dem auch das vorstehende Freud-Zitat entnommen ist, das in diesem Zusammenhang eine unerwartete Zuspitzung erfährt: Nicht so sehr das Leiden der Tiere heute wird verdrängt, sondern vorrangig das Leiden der Menschen in den Konzentrationslagern, die derartigen Versuchen unterworfen wurden und dabei umkamen. Von den Ergebnissen profitieren wir z.T. heute noch (Sulfonamide, einige Impfstoffe, u.a.m.). Umso perfider mutet das Argument einiger, wahrhaft fanatisierter Tierschützer an, das auch von Stern zitiert wird, die heutigen Tierexperimentatoren seien den damaligen KZ-»Ärzten« gleichzusetzen in ihrem Sadismus und ihrer Wissenschaftsgläubigkeit. Mögen die heutigen Experimentatoren auch vereinzelt Anlaß geben zu der Vermutung, sie hätten sich auf fatale Weise mit ihrem Metier versöhnt bis zur Schizophrenie (Freundschaft mit den Versuchstieren über Jahre hinweg, um sie dennoch gleichzeitig immer wieder quälenden Experimenten auszusetzen und schließlich zu töten — einzelne Interviews in Sterns Buch unterstützen diesen Verdacht —), so bleibt doch der Unterschied zwischen Tier- und Menschenversuch. Zu diskutieren ist nicht ob, sondern *wann wieviele Tiere wie welchen* Experimenten unterworfen werden *müssen*.

Dazu hätten dann auch die heutigen Experimentatoren und die forschende Industrie, soit qu'il soit, Konkreteres sagen können und müssen, als sich bei Stern findet. Was also anfangen mit Sterns Textbuch? Gemach, die Wissenschaftssoziologie hat hier eine authentische Quelle.

Sigurd v. Ingersleben (Berlin / West)

Herrmann, Jens: *Ambition and Reality. Planning for Health and Basic Health Services in the Yemen Arab Republic.* Frankfurt/M., Bern, Las Vegas, Verlag Peter Lang 1979 (Medizin in Entwicklungsländern, Bd.2) (135 S., br., 36,— SFr).

Dieser 2. Band der neuen Reihe »Medizin in Entwicklungsländern«, die Hans Jochen Diesfeld vom Institut für Tropenhygiene und Öffentliches Gesundheitswesen der Universität Heidelberg herausgibt, ist eine medizinische Länderkunde der Arabischen Republik Yemen (YAR; Nordyemen), eines der wenigen unterentwickelten Länder, die nie im Kolonialbesitz einer europäischen Macht standen. Nach einer Abschottung gegen Außeneinflüsse in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts unter theokratischer Herrschaft und dem Bürgerkrieg der sechziger Jahre finden sich heute die typischen Indikatoren der Unterentwicklung im wirtschaftlichen und sozialen Sektor, wobei ein hervorstechendes Merkmal für die YAR die hohe Zahl von Arbeitsemigranten — besonders nach Saudi-Arabien — darstellt.

Herrmann geht allerdings nicht weiter auf die ökonomischen Bedingungen der Unterentwicklung ein und die Darstellung der Entwicklungskonzeption der YAR bleibt technokratisch, ohne ausreichend die politischen Kräfteverhältnisse und Interessen herauszuarbeiten. Diese Aufgabe hätte sicherlich auch die Zielsetzung der Studie, die im Rahmen des Ausbildungsgangs zum Diploma of Tropical Public Health (DTPH) in London erarbeitet wurde, überschritten.

Gesundheitsplanung setzt jedoch Kenntnis und Analyse der politischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes voraus, die eine Gesundheitssektorpolitik fördernd oder hemmend beeinflussen. So wird beispielsweise auf die Betonung der eigenständigen ländlichen Entwicklung im Entwicklungsplan hingewiesen und die Existenz von »Local Development Boards« hervorgehoben. Man würde aber gerne mehr über ihre Zusammensetzung, Arbeitsweise, Entscheidungskompetenzen erfahren und auch die Informationen über den Prozeß der Entstehung des Entwicklungsplans lassen Fragen offen. In der Zusammenfassung weist der Autor daher auch auf die allgemeine Problematik von Planung hin, die *für, mit* oder *durch* die Betroffenen erfolgen kann und damit auch Ausdruck der politischen Verhältnisse ist, die sich in diesen unterschiedlich konzipierten Partizipationsgraden konkretisieren.

Erfreulich ist, daß im Rahmen der allgemeinen Beschreibung des Landes in einem gesonderten Abschnitt auf die gesundheitlich relevanten, kulturell determinierten Verhaltensmuster eingegangen wird. Neben kurzen Bemerkungen zu traditionellen medizinischen Praktiken, Ernährungssitten, Schwangerschaft und Geburt, wird die das gesellschaftliche Leben dominierende Bedeutung der islamischen Kultur hervorgehoben. Der als »Qat-Phänomen« vorgestellten Sitte des kollektiven Genusses von stimulierenden Blättern von *Catha edulis* — keine Rauschdroge im engeren Sinne —, die in der ganzen Region des Horns von Afrika verbreitet ist, unterliegt — neben ihrer immensen ökonomischen Bedeutung — das soziale Leben und der gesamte Tagesablauf. Die Knappheit des Abschnitts unterstreicht die Notwendigkeit stärkerer Förderung ethnomedizinischer Untersuchungen als Voraussetzung für die Einführung von Programmen der Verbesserung gesundheitlicher Versorgung in Entwicklungsländern.

Im 2. Teil des Buches wird die Organisation des Gesundheitssektors anhand von Datenmaterial dargestellt. So schlecht sich auch solche Darstellungen lesen lassen, ist dieser Teil wichtig, da Fallstudien über den Gesundheitssektor in Entwicklungsländern selten und die offiziellen Daten meist nur schwer zugänglich sind. Bei der Darstellung vermißt man allerdings eine Kritik der Aussagekraft dieses Datenmaterials. Dafür enthält sich der Autor aber erfreulicherweise der Wiedergabe üblicher Indikatoren wie Arzt-Bevölkerungs-Rate, die nur zur Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse beitragen. Statt dessen weist er aus, daß 77 % der Krankenhausbetten, 84 % der Ärzte und

74 % des qualifizierten Krankenpflegepersonals in den drei größten Krankenhäusern arbeiten und somit in ihrem direkten Einzugsbereich nur 7,7 % der Gesamtbevölkerung der YAR leben — eine Verteilungsdisparität, wie sie kennzeichnend für die Gesundheitssysteme der unterentwickelten Länder ist. — Die YAR war daher auch ein Land, in dem die »Country Health Programming Method«, die von der WHO seit 1974 als flexible, den jeweiligen lokalen Gegebenheiten unterschiedlicher Entwicklungsländer adäquate Methode entwickelt worden ist, im Jahr 1976 zum Einsatz gelangte. Aus der Darstellung wird beispielhaft deutlich, wie die Gesundheitsplanungs-Technokratie arbeitet und ihre Erkenntnisse quantitativ operationalisiert. Außerdem läßt sich hier zeigen, wie heute kein Entwicklungsland unabhängig von der Kooperation und logistischen Hilfestellung internationaler Organisationen Pläne erarbeitet, wenngleich natürlich die Regierungen an der Zielformulierung beteiligt bleiben.

Das letzte Kapitel beschreibt die Planung des Aufbaus eines »Basic Health Services/Primary Health Care«-Programms der YAR, das als Resultat des »Country Health Programming«-Unterfangens mit höchster Priorität eingerichtet werden sollte, und an dessen Durchführung der Autor seit 1978 selbst teilnimmt. Wesentliche Elemente dieses basisnahen Gesundheitsversorgungssystems sollen »Primary Health Care Workers« (»Barfußärzte«), »Local Birth Attendants« (Hilfshebammen) und ein »Drug and Supply System« darstellen. Schwachstelle in der Planung stellte die Finanzierung des Basisgesundheitsystems dar, die nur zu 39 % der erforderlichen Investitionskosten über den Entwicklungsplan abgesichert war, während der Rest durch Auslandshilfe und über die »Local Development Boards« (»finanzielle Partizipation«) aufgebracht werden sollte. Mit Recht merkt der Autor kritisch an, daß dieser Beitrag der »Local Development Boards« besonders unsicher ist, da finanzielle Eigenbeteiligung für staatliche Maßnahmen traditionell nicht üblich und in anderen Bereichen Partizipation ja auch kaum vorgesehen ist. Erfolg oder Mißlingen des dargestellten gesundheitspolitischen Vorhabens in der YAR wird daher vom Gelingen einer ausreichenden Motivierung der Bevölkerung für das Vorhaben abhängen und sich erst in den kommenden Jahren überprüfen lassen.

Die Studie ist jedoch wichtig als Dokumentation der in den letzten Jahren weltweit von der WHO geförderten Programme der Planung des Aufbaus von Basisgesundheitsystemen, die »flächendeckend« die Grundbedürfnisse nach medizinischer Versorgung abdecken sollen, ohne gleichzeitig den Staatshaushalt in stärkerem Maße zu belasten, und die unter den programmatischen Bezeichnungen »Primary Health Care« und »Health for all by the year 2000« weithin bekannt wurden.

Arbeiten, wie die vorliegende, sind wichtige Materialien, die bei der Erarbeitung einer Theorie der politischen Ökonomie des Gesundheitssektors der unterentwickelten Länder benötigt werden. Zu wünschen wäre aber auch, daß die vorliegende Schriftenreihe, die »beabsichtigt, durch eine aktuelle Materialsammlung das Spektrum einer 'Medizin in Entwicklungsländern' abzustecken, um hierdurch die wissenschaftliche Diskussion zu beleben und das Verständnis für die Entwicklungsländerproblematik gerade auch auf medizinischem Sektor zu erweitern«, neben der Publikation solcher Materialien in Zukunft auch zur Theoriebildung beizutragen vermag.

Wolfgang Bichmann (Berlin/West)

Richter, Horst Eberhard: *Der Gotteskomplex*. Rowohlt Verlag, Reinbek 1979 (340 S., br., 22,— DM).

Hatte Richter in seinem vorigen Buch (Flüchten oder Standhalten — vgl. *Argument 100*, 1054ff.) Isolierungsängste als tiefenpsychologischen Schlüssel für die psychosoziale Wirklichkeit angeboten, so ist es jetzt ein Komplex: habituell gewordene kindliche Ohnmachtgefühle und korrespondierende Allmachtvorstellungen, Größenwahn,

Selbstvergötterung, der »Ohnmacht-Allmacht-Komplex ... zusammenfassend Gotteskomplex« (31). Aus ihm entstanden die Schäden der Neuzeit, z.B. die Hypertrophie des Intellekts, die Expansion des homo-faber-Technokraten, er bezeichnet die schon drei Jahrhunderte dauernde »kollektive Neurose«. — Richter hat gesellschaftliche Tatbestände psychologisiert und um einige ethische Reflexionen angereichert, die auch auf kritische Beurteilungen unseres kapitalistischen Systems hinauslaufen. Das wird historisch verknüpft mit der mittelalterlichen Gotteskindschaft. In großen, willkürlichen Schritten führt uns der Autor durch die Geistesgeschichte von Augustin zu Descartes und »von Leibniz bis Nietzsche« (Kapitelüberschrift), unter Aussparung selbst des Namens Goethe, aber mit langem Halt bei dem leider Weiberfeind Schopenhauer, in die »kaputtmachende« Gegenwart. Im Marxismus und in mancher Psychoanalyse-Rezeption (z.B. Marcuse's) versucht der Mensch immer noch, der »messianischen Verheißung« teilhaftig zu werden, die »schwindende Heilsvorstellung ... noch (zu) retten« und »die seit dem Mittelalter erstrebte narzißtische Omnipotenz (zu) verwirklichen«. Dies aber soll 'der Mensch' aufgeben und statt dessen »die psychischen Kräfte stärken, ... die das Ertragen der eigenen Schwäche, Kleinheit und Unvollkommenheit erleichtern« (147). Not tut »Anerkennung und Reintegration ... von Zerbrechlichkeit, Schwäche und Leiden« (13), wobei aber weder auf die Kyniker, noch auf Jesus rekuriert wird. Nachdem Richter bereits in der Einleitung den Vorrang »materieller Veränderungen«, also die Position »orthodoxer marxistischer Materialisten« abgewehrt hat, bleibt für idealistische Spekulation unbegrenzter Spielraum. So entstehen Lösungsvorschläge: Sagt Ja zum Leiden, statt es zu »diffamieren«; lebt in friedlichem Miteinander, Konkurrenz ist inhuman; lebt auf mittlerem Niveau; Frauenemanzipation und Umerziehung sind nötig, damit statt des »egozentrischen und imperialistischen Machtdenkens« das »Urbedürfnis nach sozialer Sympathie« freigesetzt wird. — Allerdings wünscht Richter eine »Veränderung des Verhältnisses zwischen ... sozial Mächtigen und sozial Ohnmächtigen«, er selbst steht für den dazu notwendigen »Bewußtseinswandel« ein, denn »die jeweils Mächtigeren ... hätten allen Grund ... zur freiwilligen Preisgabe von fragwürdigen Machtprivilegien« (333). So reinen Herzens sein und Psychoanalytiker, das geht eben doch unter einen Hut. Aber ein höherer Grad an Klarheit im Bereich der Praktischen Vernunft ist in der Tat nicht erreichbar, wenn man die Produktions- und Machtverhältnisse unberücksichtigt läßt. Nicht Macht und die Verfügung über die Medien, sondern »der mangelnde Reifezustand derer, die darauf hereinfallen« sowie ihre »weitverbreitete psychische Instabilität« (144) verursachen nach Richter den Erfolg verderblicher Manipulation. Es herrscht durchweg das Irreführende psychologisierender und idealistisch eingefärbter Betrachtungsweise vor. Bei den Verallgemeinerungen im Stil »der Mensch der letzten 300 Jahre« fallen diejenigen, welche die Kartoffeln aus der Erde buddelten, nicht unter den Gattungsbegriff, sondern aus der Geschichte heraus.

Gleichwohl, ein distanzierter sozialpsychologischer Ansatz; die kapitalistische Gesellschaft als für ihre Krankheit und Kranken Verantwortliche; Verständnis des Autors für Randgruppen und Deviante — das ist angesichts der gegenwärtigen Rechtswendung in der BRD und galoppierenden Borniertheit unstrittig von positiver politischer Bedeutung. Die Beglückung, die auch aufgrund der gefälligen Diktion entsteht, wird allerdings bald wieder geringer, wenn man zu viel Vertrautes wiederfindet und sich an Schreiber wie Spengler, Jaspers, Toynbee oder Teilhard erinnert. — Unbehagen schafft auch der aus der O-Mensch-Literatur der 20er Jahre bekannte Predigtton, mit Imperativen und Appellen, die alle so gut klingen, wie der zur »Versöhnung« zwischen »Abhängigkeit und Größenphantasien«, wobei »die Aufgabe wäre, ... die 300 Jahre gültige Norm der Verdrängung von Ohnmacht und Endlichkeit fallen zu lassen« — dies in hervorhebendem Druck (215). In der eigenartigen Wortwahl hier dürfte sich die Verlegenheit bezüglich der praktischen Ausführung widerspiegeln. Otto Rasper (München)

Soziale Bewegung und Politik

Therborn, Göran: *What Does the Ruling Class Do When it Rules? State Apparatuses and State Power under Feudalism, Capitalism and Socialism.* Verso Edition, London 1980 (290 S., br., 4,50 £).

Im Lichte des 22. Kongresses der PCF, auf dem das Konzept der Diktatur des Proletariats aus dem Parteistatut gestrichen wurde und der damit verbundenen »dringendsten Aufgabe marxistischer Analyse: die Enthüllung und Erläuterung der komplexen Basis und Funktionsweise bürgerlicher Herrschaft« (243), versucht Therborn die bisher unzureichende Analyse von Staatsmacht und Staatsapparaten weiterzuentwickeln.

Er schlägt insbesondere eine methodische Korrektur vor: Im Rahmen des historischen Materialismus soll mit der traditionellen kapitalzentrischen Analyse gebrochen werden, um das Besondere des Kapitalismus im Verhältnis zu anderen Formen der Produktion zu begreifen (243). Zur Erforschung geschichtlicher Formen des Staats und Beantwortung der programmatischen Frage, warum und wie die Staatsapparate der entwickelten kapitalistischen Staaten »zerschlagen« werden sollen, entwickelt er daher die Grundlagen eines »formalen, vergleichenden und analytischen Modells des Klassencharakters der Staatsapparate« (34).

Staatsapparate, als Organisationen, sieht er formal strukturiert durch die Mechanismen des »Inputs«, »Transformation« und »Outputs«. Diese wiederum beinhalten vier Faktoren: Arbeitsmaterialien (Aufgaben), Personal, Energie (materielle Ressourcen) und die gemeinsame Technologie (Technik) der Organisation. Im Inputbereich wird z. B. untersucht, nach welchen Kriterien a) die Auswahl von Aufgaben erfolgt, b) das Personal rekrutiert und c) das Staatseinkommen gesichert wird. Die sich ergebenden Strukturelemente verwendet er zu einer vergleichenden Untersuchung ihrer Handhabung in den verschiedenen Produktionsformen, um so eine Zusammenfassung der jeweiligen strukturellen Charakteristiken der Staatsapparate zu erstellen.

Im zweiten Teil untersucht Therborn das strategisch entscheidende Phänomen der Macht der herrschenden Klasse und Klassenherrschaft im Allgemeinen. Er entwickelt dabei ein Modell zur Bestimmung der herrschenden Klasse, welches die Auswirkungen von Staatsinterventionen auf die Produktionsverhältnisse und den Klassencharakter der Staatsapparate erfassen soll (147).

Zur Ausgangsfrage des Buches läßt sich zusammenfassen: Die herrschende Klasse sichert die Reproduktion ihrer dominierenden Positionen in der Ökonomie, den Staatsapparate und ideologischen Überbauten durch den Staat, wobei die Reproduktion auch im Verhältnis zu anderen in der Gesellschaft existenten Produktionsformen und dem internationalen System der Gesellschaftsformationen erfolgen muß (242). Die Erhaltung der Staatsmacht ist abhängig vom Bewältigen der inneren Widersprüche, welche durch die besondere Dynamik der jeweiligen Produktionsform determiniert sind (162), und dem »desartikulierenden Prozeß ungleicher Entwicklung« (176). Diesen Prozeß definiert er als das Verstärken der Trennung und des Konflikts von Kräften, welche in einer äußerlichen, kontingenten und reproduktiven Totalität verbunden sind. Da die Einheit dieser Kräfte notwendig für die Reproduktion der bestehenden Verhältnisse ist, ist es Aufgabe des Staates, diesem Prozeß entgegen zu wirken. Klassenherrschaft, im Hinblick auf den Klassenkampf, ist in erster Linie nicht durch Legitimationstreben charakterisiert, sondern durch den »Versuch der Sicherung der Repräsentation (der herrschenden Klasse, d. Verf.) in den besonderen Apparaten des Staates zusammen mit der staatlichen Vermittlung der Herrschaft« (242).

Als Formen der Repräsentation untersucht Therborn die verschiedenen Rekrutierungsweisen politischer Führer für den bürgerlichen Staat; unter Formen der Vermittlung fallen Repression, Kanalisierung von Widersprüchen, »Extraction« (indirekte Fi-

Zusammenfassung der strukturellen Charakteristika der Staatsapparate (S.118f.)

Strukturelement	Charakteristische Organisationsform in:			
	Feudalismus	Kapitalismus	Monopolkapitalismus (zusätzl. Formen)	Sozialismus
<i>Input:</i> Aufgaben	Hierarchische Privatisierung / Militarisierung	Trennung von öffentlicher und privater Sphäre, Ökonomisierung	Erweiterung der öffentl. und Atomisierung der privaten Sphäre	Politisierung aller Sphären, incl. des »privaten Lebens«
<i>Input:</i> Rekrutierung des Personals	Persönlicher Untertanendienst	Intellektuelles Talent und persönliche Fähigkeiten zur nationalen Repräsentation	Akzentuierung des Technischen und Plebiszitären	Klassenrepräsentation, Expertentum
<i>Input:</i> Energie (mat. Ressourcen)	Einkommen aus herrschaftlichen Besitztümern und Dienstleistungen, plus Handeln mit Besitz	Steuern	Massive Zunahme	Einkommen aus öffentl. Unternehmen, strukturiert durch Preissystem
<i>Transformation:</i> Handhabung der Aufgaben	Interpretation gegebener Gesetze und Gewohnheiten, Differenzierung gemäß sozialer Stellung	Gesetzgebung, unpersönliche Gesetzanwendung	Gezielte Budgetpolitik, Dekret der Administrative, Verhandeln auf oberster Ebene	Massenmobilisierung entsprechend der politischen Linie
<i>Transformation:</i> Strukturierung des Personals	Vertragsmäßige persönliche Hierarchie, sich überlagernde und konfligierende Kompetenzgebiete	Verwaltungshierarchie und Trennung der Apparate	Ad hoc Agenturen an der Spitze, Kollektivität der Arbeiter unten, Übergewicht der Exekutive	Vereinheitlichter Apparat, den Organisationen der Arbeiterklasse oder Parteikadern untergeordnet
<i>Transformation:</i> Energie	Delegierung an individuelle Amtsinhaber	Budgetzuweisung	Anpassung des Budgets an Markterfordernisse	Planpriorisierung
<i>Output:</i> Aufgaben I Auswärtige Politik	Rechtsprechung, Gebietskontrolle	Wettbewerb des Kapitals und der nationalen Politiken untereinander, Monopoli und Rivalität	Imperialistische Expansion bei der Suche nach Märkten und Rohstoffen	Politiken zwischen den Parteien, auf politische Linie und Ideologie gegründet
<i>Output:</i> Aufgaben II Innenpolitik	rechtliche Regulierung und Kontrolle	Vereinigender legaler Rahmen, Weiterentwicklung der Produktivkräfte	Administrative Regulierung, Marktoperationen	Massenmobilisierung
<i>Output:</i> Personal I außenpolitisch	Familiäre Beziehungen, direkt oder delegiert	Nationale Repräsentation	Inkorporierung in internationale Agenturen	Nationale und Partei-Repräsentation
<i>Output:</i> Personal II innenpolitisch	Fusion von Öffentlichem und Privatem	Abgehobenheit der öffentlichen Angestellten und Beamten vom Volk	Verquickung höchster Beamter mit Managern, Einbeziehung neuerer unterer Schichten in die Arbeiterklasse	Einreißen der Barrieren zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisatoren
<i>Output:</i> Energie	Staatliche Konsumtion (nur indirekter Output)	Redistribution	Massive Zunahme	Produktive Investition
Auswirkungen der Technologie	Untertanentum	Disziplin	Technische Flexibilität, personenbezogene Anhängerschaft, »Fan-Spirit«	Einsatzbereitschaft, Solidarität, Mobilisierung

nanzierung der Herrschaftsverhältnisse — z.B. Steuern), Kooptation (Artikulation von Interessensgemeinschaften zwischen Herrschenden und Beherrschten), die Judikative (als Instrument der Bewältigung von Konflikten) und die Unterstützung der beherrschten Klasse durch den Staat (»Zuckerbrot«).

Die hauptsächliche Schwierigkeit, Therborn in die gegenwärtige staatstheoretische Diskussion (vgl. dazu den Aufsatz von Jäger in diesem Heft) einzuordnen, liegt in dem Fehlen einer ausgearbeiteten Ideologietheorie. Er bestimmt Ideologie als das im weitesten Sinne Bewußtseinsbildende und trennt es — ohne Begründung — scharf von den Staatsapparaten (172). Andererseits zeigten seine Fragestellung, seine Annahme einer »komplexen gesellschaftlichen Totalität« (47) und eines wechselseitigen Determinationszusammenhanges zwischen Staat und Ökonomie (169), sowie sein Begriff der »Vermittlung« eine starke Anlehnung an die Positionen von Gramsci und eine anti-ökonomistische Stoßrichtung. Sein Theorem des »desartikulierenden Prozesses ungleicher Entwicklung« ist die andere Seite zu Gramscis funktionaler Auffassung von Ideologie als Mittel der Vereinheitlichung eines gesellschaftlichen Blocks (vgl. AS 40, Theorien über Ideologie, 62). Die Erfassung von Klassenherrschaft in einem Modell der Unterscheidung von Gewalt und Konsensus lehnt er jedoch als zu undifferenziert und begrenzt ab, entwickelt aber selbst nur drei »Sanktionen« (242) — ökonomischer Zwang, Gewalt und ideologische Exkommunikation — so daß das Element der freiwilligen Unterstellung, anders als bei den Formen der Vermittlung, hier wegfällt.

Die Diktatur des Proletariats faßt er in seiner Schlußfolgerung als die »Zerschlagung des Klassencharakters der Technologie oder Organisation des Staatsapparates« (123). Im Kampf gegen den Faschismus hat sich jedoch gezeigt, daß eine solche Strategie unzulänglich ist, weil sie die besondere Wirkungsweise des Faschistischen verfehlt. Sein anfangs referierter methodischer Vorschlag entspringt dem verständlichen Bedürfnis, nicht mit problematischen und zum Teil vagen Begriffen wie objektivem / subjektivem, oder kurz-/langfristigem Klasseninteresse, sondern mit »sichtbaren Beziehungen und Strukturen« (146) zu arbeiten. Da er die zu begreifenden Phänomene nicht in ihrer Entwicklung aus praktischer Notwendigkeit rekonstruiert und sie damit nicht historisch und logisch untersucht (zur Methode der genetischen Rekonstruktion vgl. Haug, Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«, Köln 21976), fehlt ihm jedoch ein Instrument zur Unterscheidung verschiedener, sich überlagernder Phänomene, sowie der theoretischen Begründung der Unterscheidung zwischen allgemeinhistorischen und transitorischen Notwendigkeiten und Formen. Ein Beispiel zu den überlagernden Phänomenen: als charakteristische Einkommensquelle im Feudalismus führt er u.a. den Handel mit Besitztümern an, welcher als Element aufkommender Tauschbeziehungen gerade nicht dem Feudalismus zuzurechnen ist.

Stephan Dietrich (Berlin / West)

Lehner, Franz: Grenzen des Regierens. Eine Studie zur Regierungsproblematik hochindustrialisierter Demokratien. Athenäum, Königstein / Ts. 1979 (244 S., Ln., 76,— DM).

Dieses Buch nimmt einen neu entdeckten Topos konservativer Staatskritik auf: die »Krise der Regierbarkeit des modernen Wohlfahrtsstaates« (V). Dahinter steht der prinzipielle Zweifel, ob die westlichen Demokratien heute noch in der Lage sind, Probleme wie Umwelt, Energie, Infrastruktur etc. (41ff.) adäquat aufzunehmen und zu verarbeiten. Beantwortet wird dieser Zweifel dann von konservativer Seite vielfach mit der Forderung, übermäßige Demokratisierungsforderungen zugunsten der Funktionsfähigkeit des Staates zurückzunehmen. Das vorliegende Buch läßt sich als begleitende Untersuchung zu dieser konservativen Diskussion lesen — wenn es sich auch nicht explizit als solche versteht und tendenziell über diesen Diskussionsrahmen hinausgeht.

Der Autor untersucht die Funktionsfähigkeit westlicher Demokratien auf drei Ebe-

nen: 1) auf einer theoretischen Ebene, indem er die Theorien des Liberalismus und der Regierungsüberlastung kritisiert; 2) auf einer strukturellen Ebene mittels Untersuchung dominanter politischer und gesellschaftlicher Mechanismen; und 3) auf der Ebene der Lösungsversuche, d.h. der Dezentralisierung und der Konkordanzdemokratie. Als Erklärungsansatz dient dem Autor hierbei jener der »Neuen Politischen Ökonomie« (2), ergänzt und modifiziert durch »Karl Deutschs Konzeption rationaler gesellschaftlicher Selbststeuerung und seiner Theorie der Lernkapazität politischer Systeme« (2). Aus diesem Ansatz heraus, der vom Autor nicht weiter ausgeführt wird, ergibt sich dann die »erkenntnisleitende Idee ... die Idee, daß die Regierungsproblematik hochindustrialisierter Demokratien verstanden werden kann als ein Problem der strukturellen Differenzierung und Integration« (2). Regierungsproblematik heißt dann, daß das politisch-administrative Steuerungssystem nicht in der Lage ist, die hochdifferenzierten sozio-ökonomischen Interessen zu integrieren. Grundproblem ist somit die Konsensfähigkeit sozialer Interessen.

Der Autor versucht diese These auf den drei genannten Ebenen zu konkretisieren und zu verifizieren. Auf der theoretischen Ebene wird nachgewiesen, daß der Liberalismus, verstanden als »eine Theorie ungesteuerter Koordination individuellen Verhaltens« (11), einerseits auf einen Minimalstaat angewiesen ist, der Verhaltensregeln sicherstellt, daß dieser Staat andererseits aber bei Berücksichtigung aller individuellen Interessen hohe Transaktionskosten mit sich bringt. Auch eine Theorie der Regierungsüberlastung kann hieraus keinen Ausweg zeigen, da sie lediglich die Oberflächenphänomene beschreiben, aber nicht erklären kann. Die strukturelle Ebene stellt sich für den Autor als ein Dualismus zwischen sozio-ökonomischen Interessen und politisch-administrativem System dar. Erstere sind gekennzeichnet durch hochorganisierte, pluralistische und kollektive Tauschbeziehungen: Annahmen, die den Autor dazu veranlassen, von sozialer Heterogenität und allgemeiner Instabilität zu sprechen. Resultat ist dann die Desintegration gesellschaftlicher Interessen. Für den politisch-administrativen Bereich läßt sich demgegenüber die Notwendigkeit von Planung feststellen. Daß diese letztlich nicht erfüllt werden kann, liegt vor allem an der mangelnden Fähigkeit, die differenzierten Interessen zu integrieren. Besonders hinsichtlich der Parteienkonkurrenz (84ff.) können die Schwierigkeiten bei der Integration von Interessen in Form eines Regierungsprogrammes gezeigt werden. Das politisch-administrative System verharret letztlich in einer Politik des »muddling through« (198) und der Konfliktvermeidung. Auch die Lösungsmöglichkeiten wie Dezentralisierung (Föderalismus) oder Konkordanzdemokratie (Proporzdemokratie) können für den Autor keine endgültige Antwort auf diese Problematik darstellen. Muß Dezentralisierung an der »Größe und Komplexität des politischen Aufgabenbereiches und des Staatsapparates« (165) scheitern und somit letztlich reine Fiktion bleiben, so stellt sich die Konkordanzdemokratie als eine eher resignative, wenn auch »in mancher Hinsicht besonders günstige Problemlösung« (201) dar. Zwar ist sie als »Prinzip des gütlichen Einvernehmens« (186) in der Lage, konfligierende Interessen auf einen Nenner zu bringen. Doch dieser Vorteil muß mit einem latenten Konservatismus in Form bürokratischer und verbandsmäßiger Eliten bezahlt werden. Ein sicherer Kompromiß erscheint hier nur möglich, wenn Partizipationsmöglichkeiten eingeschränkt werden. So ist für Lehner angesichts der Regierungsproblematik die Konkordanzdemokratie eine zwar unattraktive, aber »zugleich realistische und brauchbare Lösungsmöglichkeit« (198).

Das Verdienst dieses Buches liegt vor allem in der systematischen Verarbeitung einschlägiger Literatur (26 Seiten Bibliographie) und in der Kritik liberalistischer Staatsmodelle. Doch die Vermittlung der gesellschaftlichen Ebene mit der politisch-administrativen als zentraler Anspruch der Neuen Politischen Ökonomie erfolgt weitgehend undifferenziert. So werden zweifelsohne richtige Feststellungen wie die erhöhte soziale

Mobilität oder die »Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Interessen« (165) unreflektiert verwendet und führen bei Lehner zu der nicht näher begründeten Annahme, daß die heutige »Komplexität mit einem dualistischen Klassenbegriff nicht erfassbar ist« (160). Hierbei wird weder der Klassenbegriff noch jener der Komplexität diskutiert. Die Diskussion bleibt somit weitgehend abstrakt und ist nicht in der Lage, die Ausdifferenzierung sozialer Interessen inhaltlich zu füllen. Auch der Lösungsvorschlag der Konkordanzdemokratie verbleibt auf dieser abstrakten Ebene. Es wird z.B. nicht näher ausgeführt, welche Interessen sich hier im vorparlamentarischen Feld durchsetzen und letztlich für den grundlegenden Konsens bestimmend sind. Auch wird hier ganz eindeutig die Forderung nach einer Eindämmung übermäßiger Demokratisierungsforderungen laut, d.h.: eine Beschränkung von Partizipationsmöglichkeiten zugunsten des Staates. Dem »darob enttäuschten Leser« (205) kann der Autor dann nur noch mit einem Gedicht von Erich Kästner antworten, in dem es heißt: »Laßt das Programm und bessert Euch drauflos!« (205). Es wäre zu fragen, ob an dieser Stelle nicht besser die Forderung nach mehr wissenschaftlicher und sozialer Phantasie zu stehen hätte, um nicht auf einer vermeintlichen und unreflektierten Realitätsebene stehen zu bleiben und im status quo zu verharren.

Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

Wassmund, Hans: *Revolutionstheorien. Eine Einführung.*

Verlag C.H. Beck, München 1978 (147 S., br., 12,80 DM).

»Sine ira et studio« (22) möchte der Saarbrücker Politologe Hans Wassmund in die Resultate der modernen Revolutionstheorien einführen: »Es ist ausdrücklich beabsichtigt, die Vielfalt der wissenschaftstheoretischen Standpunkte ... zum Tragen kommen zu lassen.« (20) Da scheint Kürze geboten und anscheinend auch *möglich*, denn: »viele Forschungsergebnisse« zeichnen sich s.E. »durch ein ungewöhnliches Maß an Vagheit, Trivialität und Oberflächlichkeit aus.« (16/17) Besonders der Abschnitt zum »Marxismus« ist mit insgesamt anderthalb Seiten (18, 46) auch erfreulich knapp geraten, unterschreitet aber noch das Niveau schulüblicher Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung: Der Ansatz »von Marx und seinen Nachfolgern« böte zwar den Vorteil ökonomisch monokausaler Geschlossenheit, ließe aber »erheblich mehr Fragen unbeantwortet, als seine Anhänger einzugestehen bereit sind.« Punkt. Die an Gramsci und Althusser angeschlossenen Diskussionen im westeuropäischen Marxismus der letzten zwanzig Jahre werden ignoriert.

Den Rest seiner populär geschriebenen »Einführung« widmet Wassmund lieber der »Auswertung der Resultate angelsächsischer Forschungsbemühungen« (21), ist aber auch hier einseitig unvollständig: die wichtigen Arbeiten der auch von Trotzki und Gramsci beeinflussten *Tilly*-Schule werden ebensowenig erwähnt wie die klassentheoretisch inspirierten Studien von Paige, Skopcol oder Trimberger (dazu jetzt: Rod Aya, *Theories of Revolution Reconsidered*, in: *Theory and Society*, Bd. 8, H. 1, July 1979, 39-99; Jack A. Goldstone, *Theories of Revolution: The Third Generation*, in: *World Politics*, Bd. 32, H. 3, April 1980, 425-453). Umso ausführlicher kommt die systemtheoretisch beeinflusste Hauptströmung der US-Forschung mit ihrer *formal-typologischen* Erfassung revolutionärer Prozesse zu Wort: Ein revolutionärer *Führer* z.B. »entwickelt nicht in erster Linie eigenständige und neue Ideen, sondern er reduziert und simplifiziert die vorhandene gesellschaftliche Komplexität« (64); und eine revolutionäre *Ideologie* muß »in flexibler und anpassungsfähiger Form verwendet und — falls die Umstände es erfordern — opportunistisch, manipulativ und abweichend von etablierten Grundsätzen gehandhabt werden« (79), — aus solchen Definitionen (vgl. auch: 27ff., 74ff.) dürften weder Revolutionäre noch Konterrevolutionäre viel lernen. Der bislang prominenteste Konflikttheoretiker der Bundesrepublik, Ralf *Dabrendorf*, hat inzwischen den Formalismus in seinen früheren klassischen Arbeiten selbst kritisiert: »was

fehlt, ist die wichtigste, wenn auch die komplexeste Dimension: die der *Richtung* des Wandels und des *Inhalts* der Konflikte« (in: *Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*. Frankfurt/M. 1979, 86, Hervorh.d.Verf.). Das bedeutet aber m.E., daß Revolutionen sinnvoll nur über die in ihnen konkurrierenden *Programme* und die entsprechenden »Partei«- bzw. »Block«strukturen theoretisiert werden können (vgl. hierzu die Beiträge von Jäger und mir in: *Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik*, AS 44, Berlin/W. 1979, bes. 53ff., 137ff.).

Es ist kein Zufall, daß Wassmund mit seinem Ansatz trotz vieler Wenn und Aber bei einer Gleichsetzung von kommunistischer und faschistischer »Revolution« in Formen und Ergebnissen anlangt (13, 115ff., bes. 119). — Der Verweis auf das »Revolutionäre« im Faschismus *kann* politiktheoretisch fruchtbar sein: Der Volkskultur *aller* Klassengesellschaften eignet eine latente Tradition der *Rebellion* der Unter- gegen die Oberklassen, die von der »Apathie« über die »karnevalistische« Verhöhnung der Hochkultur (Bachtin) bis zum Aufstand reicht, ihre *Rechtfertigung* aber nicht aus der Zukunft, sondern aus der »Tradition«, einer — wiederherzustellenden — (mythologisierten) *Vergangenheit* schöpft. Dieses »restaurative« (und d.h.: subalterne) Programm hat es in der Geschichte der Klassengesellschaften immer wieder ermöglicht, daß die »traditionalistische Revolution« (Weber) *von unten* in die *konservative* Modernisierungsrevolution *von oben* integriert werden konnte. — Heugabeln, Barrikaden, Volksjustiz oder »apathische« Verweigerung sind nur von systemtheoretischen oder harmonistisch-romantischen Gesellschaftsbildern aus betrachtet als solche schon »revolutionär« — das hat z.B. die Revolutionsromantik der Spontikultur oft übersehen.

Die zur Problematisierung kulturpessimistischer Ansätze wichtige Möglichkeit aber, zwischen programmatisch *progressiven* und *konservativen* Revolutionen zu *unterscheiden*, bzw. Kriterien für diese Unterscheidung zu entwickeln, liegt jenseits der Optik *dieser* Spielart der Revolutionstheorien.

Thomas Scheffler (Berlin / West)

Bunzl, John (Hrsg.): Israel / Palästina. Klasse, Nation und Befreiung im Nahost-Konflikt. Junius-Verlag, Hamburg 1979 (190 S., br., 16,— DM).

Kernstück dieser Sammlung von Artikeln über das dornige Palästina-Problem, verfaßt von Mitgliedern oder Anhängern der PLO, ist ein posthumes Interview mit dem ehemaligen »Botschafter« der PLO in London, Said Hammami, ermordet 1978 von einem irakischen Terroristen. Hammamis Ansichten weichen erheblich von den Ansichten ab, die man gemeinhin der PLO zuschreibt. Hammami: »Tatsache ist, daß es auf jeder Seite ein Volk gibt. Die Frage ist also zu wissen, ob der Konflikt die einzige mögliche Form der Beziehungen zwischen beiden Völkern ist? Meine Antwort ist ein kategorisches *Nein.*« (153)

Der Herausgeber macht sich in seiner Einleitung Hammamis Ansichten zu eigen. Er versteht sich als Sozialist. Er spricht die Sprache des Klassenkampfes: »Die in Palästina lebenden israelischen Juden sind ein Volk, ein neues Volk, das sich in einem 50jährigen Konflikt herausgebildet hat. Es gibt eine israelische Arbeiterklasse und progressive israelische Organisationen.« Bunzl fährt fort: »In Palästina leben zwei Völker, das palästinensisch-arabische und das israelisch-jüdische. Beide beanspruchen Palästina.« In einer ersten Etappe müsse Palästina zwischen beiden Völkern geteilt werden. Bunzl betont aber die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Dialogs der fortschrittlichen Kräfte. Beide Gesellschaften müßten einander besser kennenlernen. Dazu könnten die fortschrittlichen Kräfte einen wesentlichen Beitrag leisten.

Said Hammamis Ansichten wurden von Arafat nicht öffentlich unterstützt, aber auch nicht zurückgewiesen. »Sie repräsentieren eine inoffizielle Strömung in der PLO. Sie zeigen die Richtung an eines jetzt umso notwendigeren Kampfes.« (11)

Dieser Dialog hat in der Tat bereits begonnen. Said Hammami hatte sich als Sprecher

des Dialogs auf palästinensischer Seite eingeschaltet. »Das einzige Ergebnis dieser Kontakte auf israelischer Seite war die Bildung eines *linkszionistischen* Rates für israelisch-palästinensischen Frieden«, sagt Bunzl.

Bleiben wir einen Augenblick bei diesem Punkt stehen. Also kein homogener Zionismus. Kein Teufel. Sondern ein politischer Körper, der, wie jeder politische Körper, einen rechten und einen linken Flügel hat. Zionismus ist nicht gleich Zionismus. Es gibt einen solchen und einen solchen.

Halt! Darf es überhaupt einen linken Zionismus geben? Nach Bunzl müßten »zionistische Strukturen« zerstört werden. Er macht keinen Unterschied zwischen rechts und links in Bezug auf solche »Strukturen«. »Strukturen« ist aber in diesem Zusammenhang nur eine Umschreibung für Chauvinismus. Zionistische Strukturen zerstören heißt, jüdischen Chauvinismus zerstören.

An anderer Stelle bekennt Bunzl (32): »Nicht die selbständige Existenz des einen Volkes muß beendet werden. Beendet werden muß die Unterdrückung des einen Volkes durch das andere.« Damit kann man sich einverstanden erklären.

Wenn man die Klassengliederung in der israelischen Gesellschaft erkennt, wie der Herausgeber der Studie, kann man linkszionistische Kräfte nicht mit rechtszionistischen Kräften über einen Kamm scheren.

Zionismus links gleich Zionismus rechts — man muß es offen aussprechen — ist »Dämonisierung«, wie gehabt, also antimarxistisch.

Wollen wir das Problem einmal von der positiven Seite aufrollen. Es gibt im Rahmen des zionistischen Establishments eine linkszionistische Partei: die MAPAM. Es ist die bedeutendste Organisation der sozialistisch-organisierten Dorfgemeinschaften, der KIBUZIM. Die Mitgliedschaft der MAPAM besteht aus Juden (Mehrheit) und Arabern (Minderheit). Von Anfang an ist diese Partei in ihrer Politik bestrebt, die Interessen der jüdischen wie der arabischen Arbeiter zu vertreten. In dem neu beschlossenen Programm des 8. Parteitag (3. bis 5. Jänner 1980) heißt es: »MAPAM ruft auf zum Kampf gegen jede nationale Diskriminierung im Geiste der Brüderlichkeit. Der Parteikongreß bestätigt, daß der Kampf für Gleichberechtigung der arabischen (palästinensischen) Bevölkerung durch jüdisch-arabische Zusammenarbeit erreicht werden müsse.«

Bekanntlich widerspiegeln politische Parteien die ökonomischen Interessen bestimmter Klassen. Rechts und links sind mehr oder minder Klassengegensätze. Es gibt also einen Klassenkampf innerhalb der israelischen Gesellschaft. Das führt zu der These, daß die zionistischen »Strukturen« im Klassenkampf verschwinden.

In seiner Analyse kommt Bunzl auf die Neue Linke in Europa und deren Verhältnis zu Israel zu sprechen. Die Neue Linke ist gegen Israel. Das könnte man noch hinnehmen. Aber Bunzl stellt fest: »Gleichzeitig erlebten wir auch eine eigenartige Symbiose aus antiimperialistischer Phraseologie und Restbeständen antisemitischer Klischees. Die Verwendung von Elementen der Naziideologie durch arabische Nationalisten schuf eine Voraussetzung für dieses Konglomerat, in dem der Zionismus als das empfunden wird, was die Eltern einmal als die jüdische Weltverschörung ansahen. (Leider muß man auch feststellen, daß Machwerke, wie die Protokolle der Weisen von Zion, immer wieder in den arabischen Ländern massenhaft verbreitet werden.)« Es muß positiv anerkannt werden, daß diese all zu berechtigte Kritik an der Neuen Linken von einem Neuen Linken stammt.

Bunzl kommt zu dem Schluß, daß die Judenfrage weiterbesteht. »Ein Konflikt, der solange unlösbar erscheint, als der Staat Instrument zionistischer Politik bleibt.« Hier vollführt der Verfasser der Einleitung einen logischen Purzelbaum. Ist es nicht umgekehrt? Indem der Staat-gewordene Zionismus auf Kollisionskurs geht und solange es so ist, ist der Konflikt unlösbar.

Bunzl muß zugeben, daß der Wunsch zur Rechtfertigung des Zionismus unter fort-

schrittlichen Menschen verständlich sei: »Die intensive, existentielle Bindung vieler jüdischer Menschen an Israel resultiert vor allem daraus, daß sie — nach Auschwitz — in diesem Staat einen möglichen Ausweg für Situationen akuter Bedrohung sehen.« — »Die Feststellung dieser Tatsache allein genügt schon, um zu verstehen, daß in jeder Kritik des Zionismus eine existentielle Bedrohung vermutet wird.« (18)

Die Aufgabe europäischer Sozialisten und Demokraten ist aber nicht eigentlich, »Strukturen« zu zerstören, sondern die Linken in Israel in ihrem Kampf gegen die Welle von Chauvinismus und Klerikalismus zu unterstützen. Bruno Frei (Wien)

Korczak, Dieter: Neue Formen des Zusammenlebens. Erfolge und Schwierigkeiten des Experiments »Wohngemeinschaft«. Fischer Taschenbuch Verlag, Fischer alternativ, Frankfurt/M. 1979 (128 S., br., 6,80 DM).

Der Autor wird als Werbeagenturberater, Jugendleiter in der evangelischen Kirche, Marktforscher und Landkommunenbesucher in Kanada vorgestellt. Er beschäftigt sich mit dieser neuen Lebenspraxis »Wohngemeinschaft«, weil bisher wenig Informationen darüber vorliegen, obwohl sich nach zehn Jahren Praxis eine gewisse Stabilisierung und Verbreitung abzeichnet. Neben Fragen der Entstehung von Wohngemeinschaften interessiert ihn insbesondere die Dynamik der gesellschaftlichen Durchsetzung dieser neuen Wohn- und Lebensform. Seiner Meinung nach funktioniert dies über »Drehpunktpersonen«, die als Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens andere Menschen in ihrer Lebensweise beeinflussen (z.B. Studentenführer).

Als praktisches Beispiel für die Vermarktung von alternativen Lebensformen führt er die aus dem Druckgewerbe stammenden »Bleisatzkästen« an. Diese Ablagerungskästen von Setzbuchstaben wurden im Zuge der technologischen Entwicklung überflüssig und gelangten über Flohmärkte in Studentenwohnungen. Dort dienten sie zunächst zur Aufbewahrung persönlicher Erinnerungsstücke. Relativ schnell sind diese ausrangierten Produktionsstücke in Kaufhäusern aufgetaucht und haben weit über den Studentenbereich hinaus Käuferinteressen geweckt. Beim Lesen des Buches entsteht der Eindruck, daß die Informationssammlung über Wohngemeinschaften möglicherweise auch dem Zweck der Kommerzialisierung dieser alternativen Lebenspraxis dient.

Als Gründe für die Herausbildung der neuen Wohnform »Wohngemeinschaft« macht der Autor zunächst die Disfunktionalität und tendenzielle Auflösung der traditionellen Kleinfamilie neben anderen negativen Erscheinungen der Wohlstandsgesellschaft geltend: wie z.B. Heuchelei, Korruption, Verwüstung der Umwelt, Kriege, Armut im Überfluß, Aushöhlung der Menschenrechte, Sinnentleerung in Arbeit und Kultur, Fehlen von Gemeinsinn, Verlust des eigenen Ichs (vgl. 18f.). In Wohngemeinschaften kann seiner Meinung nach die »selbstbestimmte Identität in selbstorganisierten Lebenszusammenhängen« wiedergewonnen werden (vgl. 19f.). Religiöse Gemeinschaften in den USA sind für ihn historische Vorformen kollektiver Gemeinschaftlichkeit (vgl. 38 bis 51).

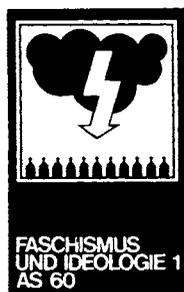
Eine Wohngemeinschaft ist es, wenn mindestens drei nichtverwandte Menschen zusammenwohnen. Bei den bisher existenten Wohngemeinschaften unterscheidet er folgende fünf Typen: a) das *pragmatische Wohnkollektiv* zeichnet sich durch ökonomische und materielle Vorteile aus; b) das *sich selbst aktualisierende Kollektiv* will die Persönlichkeit erweitern; c) das *aktivistische Kollektiv* will zu gemeinsamer politischer Praxis motivieren (vgl. Kommune 1 und 2); d) das *therapeutische Wohnkollektiv* (Resozialisierung, Behindertenwohngemeinschaften usw.); e) das *religiöse Wohnkollektiv* (One Way, New Life, Children of God, Jesus People [35]).

Ein Fragenkatalog über Motivationen zum Wohngemeinschaftswohnen, über soziale Herkunft und Auswahl der Kollektivmitglieder, Besitzverhältnisse in der Wohnung, Formen der Arbeitsorganisation und Kommunikationsstrukturen und mit Problemen

der Kindererziehung und Sexualität dient zur Strukturierung von Erfahrungsberichten aus bundesrepublikanischen Wohngemeinschaften, die Wohngemeinschaftsalltagsprobleme *beschreiben* (52 bis 100).

In einer Auswertung der konkreten Beschreibungen werden vor dem Hintergrund eingestreuter statistischer Daten (z.B. daß in der BRD 30 000 derartige Wohngemeinschaften existieren, das Durchschnittsalter zwischen 18 und 40 Jahren liegt usw.) einige Verallgemeinerungen hinsichtlich der Praxis von Wohngemeinschaften gewagt: Festgestellt wird dabei beispielsweise, daß Studenten der ersten Wohngemeinschaftsgeneration inzwischen berufstätig sind und zum gemeinsamen Wohnen Wohnungseinrichtungen und sogar Häuser kaufen. Ferner, daß über die »Alternativpresse« alle möglichen Informationen und Tips zur Bewältigung des Wohngemeinschaftsalltags vermittelt werden, daß kollektive Güter (Küche, Bad, Autos, Häuser) geschaffen werden. Innerhalb der Wohngemeinschaften werden häufig neue Formen des Zusammenlebens probiert. Kindererziehung wird in Kinderläden organisiert. Im Bereich der Sexualität konnten Tabus abgebaut werden (z.B. Diskussion über Probleme der Sexualität im Wohnkollektiv u.ä.; vgl. 114-116). Die durchschnittliche Wohnzeit wird mit 18 Monaten angegeben.

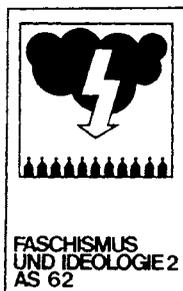
Das Buch enthält eine ausführliche Bibliographie über Literatur zum Thema »Wohngemeinschaften«. Eine Theorie über diese neue Lebenspraxis kann dieses Buch allerdings nicht leisten, sie steht noch aus. Eberhard Göbel (Berlin / West)



Projekt Ideologie Theorie (PIT):

Das Ideologische in marxistischen Faschismustheorien. Die faschistische Modalität des Ideologischen. Die Reorganisation des 1. Mai. Erziehung des faschistischen Subjekts.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Opferritual und Volksgemeinschaftsdiskurs. »Betriebsgemeinschaft«.

Gebauter Nationalsozialismus. Literaturverhältnisse. Reichsparteitagsfilm.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



7/8'80

USA — Dritte Welt

W. Brönnner: J. Carters Gratwanderung
K. Ege: CIA-Interventionismus in Afghanistan

Afghanistan

Revolutionserneuerung unter der Regierung Karmal
A. Ratebzad: Die Schlacht gegen die Unwissenheit

Iran

Unklarheiten auch nach den Wahlen
Tudeh-Partei: Anzeichen zur Lahmlegung der Revolution

Irak

W. Brönnner: Rechtsdrift unter S. Hussein

9'80

Lateinamerika

J. Weber: »Demokratische Öffnung« in Südamerika?
Internationale Reaktionen auf den Putsch in Bolivien

Bolivien

U. Rupp: Rechtsputsch wider ein dreifaches Volksvotum

Brasilien

R. Falk: Zwischenbilanz der brasilianischen »Öffnung«

Argentinien

D. Boris: Der Dialog des Militärs ... mit sich selbst

11. Jg. 1980

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, J. v. Freyberg, W. Gehrke, M. Jansen, G. Kwiatowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeister, F. Werkmeister, E. Wulff. Erscheint monatlich. Einzelheit 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM; Jahresabo 20,— DM. AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

9'80

b:e-Thema: Was kommt nach dem großen Knick? Erziehung und Politik in der BRD
W. Sachs: Weniger Schule, aber besser lernen

W. Nitsch: Neudefinition des Studiums
M. Baetge: Berufliche Bildung. Unter veränderten Bedingungen den Kampf fortsetzen

J. Blandow: Familie. Eingreifen ohne das Einheitsbewußtsein zu gefährden

Bildungspolitik

A. Klemenz: Niedersachsen im Herbst
M. Huth: Schulkampf. Alle Jahre wieder vor den Sommerferien ...

Lehrerbedarf und Lehrerausbildung. Interview mit D. Albers, dem Konrektor der Uni Bremen

W. Braukmann: Drogenproblem. Aufruf zum Bespitzeln

Erziehungspraxis

F. Menze: Das Jammern ist des Lehrers Lust ...

Rezensionen zu: Unterrichtsvorbereitung, Fachdidaktik, Bildungssystem, Gesamtschule usw.

13. Jg. 1980

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim · Einzelheit DM 5,—; Jahresabo DM 52,—; Studentenabo DM 42,—; incl. MWSt zuzgl. Versandkosten.

BETRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

5 '80

»Der größte Optimismus rührt daher, daß keine Alternative zur SPD sichtbar ist« — Streitgespräch mit Kurt Neumann (SPD) Herforder Thesen II: Ein Fortschritt mit Fehlern

G. Fuchs: Krise und neues Entwicklungsmodell. Sozialistische Option für ein demokratisches Bedürfnissystem

SOST: Vergesellschaftung und Selbstverwaltung. Ansätze zur Umgestaltung der Industrie in der BRD (Teil 1)

Kommentare

Polen: Fleisch und freie Gewerkschaften

Bolivien: Ende der Demokratie

US-Wahl: Reagans Chance

Gewerkschaften

HBV drängt auf einen neuen Kurs

L. Lama kontra H.O. Vetter. Zwei Gewerkschaftsführer über die Aufgaben der Gewerkschaften heute

M. Wendl: Die Linkssozialisten in der politischen Sackgasse?

Arbeitsgruppe Demoskopie: Gesellschaftsbewußtsein und Konjunktur

SOST: Gramsci und die Intellektuellen

W. Nutt/J. Sauer: Lehrstück Chile? Thesen zur Politik der Unidad Popular und der Rolle der Mittelklassen

Qualitätswandel der Weltwirtschaft? Zum Buch von Fröbel u. a.: Die neue internationale Arbeitsteilung

Notizen

Berichte

Bücher

6. Jg. 1980

Redaktion: J. Bischoff, W. Breum, A. Zieher — Erscheint zweimonatlich — Einzelheft DM 9,—, Jahresabo DM 44,—, VSA Verlag, Postfach 260 230, 2000 Hamburg 26

Blätter für deutsche und internationale Politik

9 '80

H. Rasch: Für eine neutrale Bundesrepublik

K. Steinhaus: Welche Westpolitik?

H.W. Kahn: Kleine Chronik der Fallengelassenen (II)

Dokumentation zur jüngsten Entwicklung in Polen

J. Ostrowski: Jahrzehnt der Entscheidung in Afrika

UN-Konvention gegen alle Formen der Diskriminierung der Frau

A. Kaiser: Probleme gewerkschaftlicher Politik in der Endphase der Weimarer Republik

H. Grebing: Kritik und Antikritik. Zur Diskussion über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

10 '80

G. Stuby/M. Kutschka: Handhaben gegen den Neofaschismus

Abendroth / Schleifstein / Ramotowski: Diskussion über Polen

A. Krims: Politik und Programm des Wojtyla-Papstes

N. Paech: Menschenrechte in der BRD

H. Böseke: Junge Ausländer sehen die BRD

J. Schmitz: »Redemokratisierung« in Brasilien (II)

Gert-Wellmann/Pinck: Kapitalexport der BRD und seine Folgen

25. Jg. 1980

Hrsg.: Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Hufschmid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. - Red.: K. Bayerz, K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. - Erscheint monatlich. - Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,30 DM. - Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Demokratische Erziehung

5 '80

D. Tausendfreund: Chancengleichheit durch Bildungsexpansion?

K.-H. Heinemann: Alternativschulen

H. Bischoff: Lehrerarbeitslosigkeit

H. Schindler: Alternative Familienerziehung

Jugendkultur und Jugendbewußtsein

M. Schomers: Ist die Jugend angepaßt?

G. v. Randow: Repression und Integration

J. Rzaza: Braucht die Gewerkschaftsjugend eine alternative Jugendarbeit?

H. Kommer: »Am liebsten seh' ich Krimis«

Kommentare und Berichte

K. Bunke: Der Gewerkschaftstag der GEW

W. Rügemer: CDU/CSU-Bildungspolitik: ein Anachronismus?

U. Naumann/R. Schepplmann: Schülerwettbewerb »Alltag im Nationalsozialismus«

E. Roßmann: »Liberalisierung« der Berufsverbote?

M. Krugmann: Eliteausbildung

I. Wenzler: Gesamtschulinitiative in NRW

M. Böhm: »Generalrevision« der Lehrpläne?

H. Holzer: Jugend im TV

Rezensionen

Bildungspolitische Information und Dokumentation

6. Jg 1980

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. - Alle zwei Monate. - Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 3,50 DM. Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Demokratie und Recht

3 '80

H. Wagner: Kontinuität in der juristischen Methodenlehre am Beispiel von Karl Larenz

H. Düx: Entschädigung, aber kein Ende der Diskriminierung

W.R. Beyer: Vom Ende der Wiedergutmachung

Kommentar und Berichte

K.-H. Mölich: Über einige völkerrechtliche Fragen der Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung

H. Ridder/F. Hase: Aus altem Vorrat ferner im Angebot bei NS-Söhnen: Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«.

I. Seifert/G. Wächter: Veranstaltungreihe »Nationalsozialismus und Recht« in Marburg

Entscheidungen

M. Breitbach: Berufsverbote (Peter; Langmann; Scheer)

H. Ridder: »Judenmordlegendes«

Beleidigung von F.J. Strauß

Dokumentation

E. Schwan: »Gespenster« — ein offener Brief an den Bundesjustizminister betreffend die Richtlinien über die Führung der Dateien beim Bundeskriminalamt
Dokumente zum Fall R. Wilhelm

8. Jg. 1980

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich — Einzelheft 7,- DM, im Jahresabo 6,- DM, für Studenten 5,- DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Kritische Justiz

3 '80

Aufsätze

T. Blanke: Der Beamtenstreik im demokratischen Rechtsstaat

U. Mückenberger: Der Demonstrationsstreik — Zum Verbot des RFFU-Streiks durch das LAG München —

Kommentare und Dokumentation

G. Frankenberg: Staatstreue. Die aktuelle Spruchpraxis zu den Berufsverboten

G. Krutzki: »Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole.« Dokumentation

E. Riehle: Funktionstüchtige Strafrechtspflege contra Strafprozessuale Garantien
Entscheidungen zur »Beleidigung« des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß

Buchbesprechungen

V. Neumann: F. Müller. Recht-Sprache-Gewalt

J. Seifert: Politische Studien,
Sonderheft 2/79

Grundgesetz und politische Wirklichkeit

G. Wendt: H. Schultz-Fielitz. Sozialplanung im Städtebaurecht

Herausgeber und Redaktion: Thomas Blanke, Alexander v. Brünneck, Rainer Erd (verantw.), Günter Frankenberg, Rolf Knieper, Ulrich Mückenberger, Joachim Peters, Jürgen Seifert, Ulrich Stascheit. — Vierteljahresschrift. Jahresabo: 31,20 DM zzgl. Zustellgebühr (f. Stud. 22,- DM). Einzelheft: 9,- DM. — Europäische Verlagsanstalt GmbH, Savignystr. 61-63, 6000 Frankfurt/Main.

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND POLITIK

4 '80

»Nord-Süd-Konflikte«

H. Faulwetter: Neue Internationale Wirtschaftsordnung — Utopie oder Möglichkeit?

D. Boris: Gibt es einen »Nord-Süd-Konflikt«?

J. Schirjaew: RGW-Länder im System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

H.-J. Axt: Die Entwicklungsländer und das Verhältnis USA-Westeuropa

P. Stier: Die Wirtschaft in den Entwicklungsländern

G. Weber: Der Bericht der »Nord-Süd-Kommission«. Eine Betrachtung

R. Falk: Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung

W. Brönner: Rolle der Ölländer — Exempel und Gegenmacht

J. Reusch: Rolle der VR China im »Nord-Süd-Konflikt«

M. Balder: Nach dem Kasseler Ausspergungsurteil — Konsequenzen für unsere Arbeit

R. Geffken: 25 Jahre »Recht« der Ausspergung — Wie lange noch?

L. Knorr: Zehn Jahre Moskauer Vertrag

H. Stein: Zu einigen neuen Tendenzen in der Berufsverbotspolitik

Berichte

Rezensionen

18. Jg. 1980

Hrsg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowski, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner — Red.: F. Krause — Alle zwei Monate. Einzelpreis 4,- DM. Jahresabo 18,- DM. Studenten 20% Ermäßigung. — Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67a, 6000 Frankfurt/Main 50.

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistisches Politik



psychologie heute

40 '80

»Modell Deutschland« — Anatomie und Alternativen

J. Hirsch: Editorial

R. Roth: »Modell Deutschland« und neue soziale Bewegungen

J. Esser/W. Fach/G. Simonis: Grenzprobleme des »Modells Deutschland«

SOST: Eine linke Alternative zum gescheiterten »Modell Deutschland«

J. Taeger: Die »süße Gewalt« des Rechtsstaates ...

D. Hassenpflug: Marxismus und Industriekritik

Diskussion: Rolf Bleich und Karl-Ernst Lohmann über »Strauß, die Grünen und das sozialistische Wahldilemma«

Dokumentation: Ein Briefwechsel zwischen M. Massarrat und R. Bahro

Zehn Jahre Prokla

10. Jg. 1980

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altvater, G. Armanski, B. Blanke, E. Hildebrand, J. Hoffmann, U. Jürgens, W. Spohn, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 9,- DM, im Abo 8,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

10 '80

Langeweile — Innere Leere bewußt erleben
S. Keen: Sich Zeit nehmen für die Langeweile

B. DeMott: Inzest: Der Angriff auf das letzte Tabu

J. G. Lemaire: Angst vor Intimität: Sich die Liebe vom Leibe halten

Ch. Niemeyer: Vom Menschenaffen in die Praxis — Der lange Marsch der Kritischen Psychologie

H.-G. Holl: »Die Verbindung von lockerem und strengem Denken.« Zum Tode von G. Bateson

R.A. Wicklund/P.N. Gollwitzer: Symbolische Selbstergänzung: Der Mensch als Mogelpackung

G. Bliersbach: Hitchcocks Thriller: Gelungene Träume?

Rezensionen

11 '80

Selbstzensur — au ja!

Empirische Untersuchungen zur Auswirkung des Radikalenerlasses

Kopfschmerz-Therapie: Tabletten helfen nicht

Der Mann und sein Masochismus

Die verheerende Wirkung von Elektroschocks

Pro und Contra Methadon — Behandlung von Heroinsüchtigen in den USA

Rezensionen

7. Jg. 1980

Redaktion: H. Ernst (verantwortlich), Michaela Huber, Monica Moebies, Rüdiger Runge; Redaktionsassistent: Karin Quick-Oest. — Monatlich. — Einzelheft 5,- DM. Jahresabo 50,- DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

rote blätter

9'80

Bundestagswahl 80: Wo geht's längs?

L. Klaus: VDS-Studentenfestival: Nein, nein, es ist nicht wahr und recht — wir Frauen sind kein schwach Geschlecht!

K. Deiritz/C. Stahmer: Gespräch mit Ina Deter

Lehrerausbildung und Schule

F. Seydel: Den ASTA verteidigen

W.v. Haren: Wenn der Negri mit dem Bahro ... Über den »Großen Ratschlag«

B. Gäbler: Bundestagswahl 80

T. Neumann: Regsames Kategorien. Zur Berichterstattung der FAZ über Terrorismus

Berichte über Kuba und Afghanistan

U. Knickrehm: Olympia-Tagebuch

U. Rupp: Bolivien — ein neues Chile?

Round-table-Gespräch zu U. Timms neuem Roman »Kerbels Fluchte«

10 '80

Wohnungssuche: Hortortrip

Maklererfahrungen; Mietrechtstips

Erstsemestermagazin

G. Matzke: Lehrer werden, lohnt sich das?

Stupa-Wahlen SS 1980

O. Steinbicker: Putsch in der Türkei

T. Neumann: Gedanken zu Polen

F.u.V. Sommerfeld: USA-Tagebuch

P. Nachtigall: Neue Filme

10. Jg. 1980

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Sparrakus. — Redaktion: F. Sommerfeld, Dr. K. Deiritz, E. Eckhardt, H. Köhn, M. Tannenhäuser. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 2.— DM. Jahresabo 19,80 DM — Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund.

SOCIALISM IN THE WORLD

16

u.a.:

M. Drulović: Les forces subjectives du socialisme

A. Emmanuel: Le facteur humain dans le matérialisme historique

R. Healey: Contradictory Consciousness

R. Kalanj u. V. Mikecin: Les forces subjectives du socialisme en tant que processus mondial

Th. Dos Santos: The Viability of Dependent Capitalism and Democracy

17

u.a.:

A. Böhm: Socialism and the Intelligentsia

K. Botchewy: Class Struggles in Ghana

A.P. Butenko: Working Class as a Subject of Revolutionary Transformation

O. Weiss: Les degrés de conscience dans la nouvelle classe ouvrière

E. Hobsbawm: Educational Selection and the Manual Working Class

18

u.a.:

E. Altvater: Sortir de la crise par des alternatives de politique économique?

A. Abdel-Malek: The Primacy of the Political

D. Plotke: Facing the 1980's

B. Pribičević: Organized Socialist Forces in the Developed World

Diskussion: M.Q. Santa Cruz, S.O. Hansson, L. Magri, E. Hobsbawm, N. Pašić,

Th. Dos Santos u.a.

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cavtat, and IC »Kommunist«, NIP Komunist, Beograd, Jugoslavija. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 69. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 \$).

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

8'80

Aktueller Kommentar

J. Günther: Die Bundesrepublik — Vasall oder Rivale des US-Imperialismus

Diskussionsschwerpunkt:

Internationale Spannungen

Interviews mit W. Abendroth, D. Albers, J. Schleifstein und K.D. Voigt

R. Röhrig: Weltkrise — oder regionale Konflikte zwischen den Großmächten um die Ausdehnung ihrer Macht?

K. Thüsing: Aspekte der iranischen Revolution

P. Ledru: Die Verbindung von Sozialismus und Islam in Algerien

Barschkies/Hofschen/Meier: Anmerkungen zur Diskussion um die Afghanistan-Krise

D. Albers/H. Alexy: Zur Einschätzung der Entwicklung in Afghanistan

Außerhalb des Schwerpunktes

P. Strieder: Aussperrungsfreiheit

D. Scholz: Zwischen zwei Bundeskongressen: Hannover 1971 — Hannover 1980

Chr. Burterwegge: Marxismus und/oder Austromarxismus?

Dokumentation

W. Abendroth: Renaissance des »klassischen« Austromarxismus

Interview mit P. Ingrao: Die KPI, der Friede und der Internationalismus

Berichte

W. Friedrichs: Anmerkungen zum 9. Gewerkschaftstag der ÖTV

3. Jg. 1980

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: H. Beinert, I. Betstein, R. Brögeler, F. Heidentreich, M. Karnatz, H. Raßmes, Chr. Rix-Mäckenthun, D. Scholz, M. Zens. Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich. Einzelheft DM 7,70, im Jahresabo DM 5,— zuzüglich Postversand. Bestellungen über spw-Vertrieb, Moltkestraße 21, D-1000 Berlin 45

wiener tagebuch

marxistische
monatsschrift

10'80

Flugzettel der streikenden Arbeiter von Gdansk

M. Pollack: Polnische Krise ohne Ende?

H. Matuschek: Das Elend ist geblieben. Zur Wohnsituation der Arbeitsemigranten

V. Sukup: Wie antiimperialistisch ist Mexiko?

L. Dowbor: Entwicklung im Gleichgewicht.

Ginea-Bissau auf der Suche nach einer eigenen Wirtschaftspolitik

I. Pollack: Dialog Afrika. Afrikanische Literatur in deutscher Übersetzung

CSSR: Kaderschulung und Innovation

W. Brus: Bucharin und der Kampf um Reformen in Osteuropa

T. Prager: Von der Kunst des Unmöglichen

Buchbesprechungen

M. Cooley: Architect or Bee

M.-T. Kerschbaumer: Der weibliche Name des Widerstands

D. Langerwiesche: Zur Freizeit des Arbeiters

K.-J. Siegfried: Klerikalfaschismus

T. Borchert (Hrsg.): Belegschaft sucht Käufer

H. Gollwitzer: Christentum, Demokratie, Sozialismus I

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuches«. — Redaktion: Leopold Spira, Dr. Martin Pollack. — Erscheint monatlich — Einzelheft ÖS 15,—, Jahresabo Inland ÖS 150,—(Ausland ÖS 200,—/DM 29,—); erm. Studentenabo: Inland ÖS 100,— (Ausland ÖS 150,—/DM 22,—). — Wiener Tagebuch, A-1040 Wien, Belvederegasse 10.

Hans-Ulrich Deppe
**Vernachlässigte
Gesundheit**

Zum Verhältnis von
Gesundheit, Staat und
Gesellschaft in der
Bundesrepublik
Deutschland

Kiepenheuer
& Witsch

344 Seiten.
Broschur DM 39,80

Mit Beiträgen von Heinz-Harald Abholz, Petra Botschafter-Leitner, Jeanette Breddemann, Hans-Ulrich Deppe, Klaus Priester, Rolf Rosenbrock, Udo Schagen.

Nach wie vor orientiert sich die medizinische Versorgung am Begriff der Krankheit und vernachlässigt die Erhaltung der Gesundheit; das Sprichwort »Vorbeugen ist besser als heilen« hat gegenwärtig kaum eine Chance, in die Praxis umgesetzt zu werden. Die aktuelle Bedeutung dieses Buches ist in der theoretischen und empirischen Bearbeitung der jüngsten gesundheitspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik zu sehen. Es werden nicht nur sozialstatistische Daten zusammengetragen, sondern diese als Resultat gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge, Widersprüche und Prozesse interpretiert.

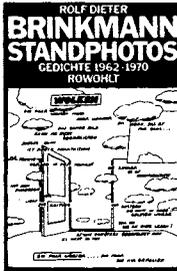
K&W
Verlag Kiepenheuer & Witsch

Neue deutsch- sprachige Literatur bei Rowohlt



Ca. 190 Seiten · DM 22,-

Systembedingte Uebelstände in der pharmazeutischen Industrie und in der medizinischen Forschung sind das Thema von Rolf Hochhuths neuem brisantem Theaterstück.



371 Seiten · DM 28,-

Dieser erste Band einer Gesamtausgabe von Brinkmanns Lyrik vereint alle Gedichtbände, die Brinkmann selbst seit 1962 zur Publikation brachte; zumeist die in Kleinverlagen oder auf Handpressen veröffentlichten.



221 Seiten · DM 24,-

„Die eingebaute Funktion fast jedes einzelnen in der Industriemaschine zwingt ihn zu immer rationellerem Verhalten. Er hat vieles zu vergessen, viele Möglichkeiten seines Körpers und Geistes sind als Möglichkeiten abgestorben. Die Maschine erzwingt ein verstümmeltes Sprechen.“
Nicolas Born

das neue buch **rowohlt** die Reihe mit dem leuchtroten Rahmen. Herausgegeben von Jürgen Manthey

- Hugo Dittberner
Ruhe hinter Gardinen
Gedichte 1971-1980. Band 140 / DM 10,-
- Lao She
Das Teehaus
Schauspiel. Band 139 / DM 12,-
- Kurt Bartsch
Wadzeck
Roman. Band 141 / DM 10,-
- Günter Seuren
Abschied von einem Mörder
Erzählung. Band 142 / DM 12,-
- Jürgen Theobaldy
Schwere Erde, Rauch
Gedichte. Band 143 / DM 8,-
- Uli Becker
Der letzte Schrei
Gedichte. Band 144 / DM 10,-
- George Grosz
Ecce Homo
Band 145 / DM 25,- (Oktober 80)

Adolf Frisé
Plädoyer für Robert Musil
Hinweise und Essays 1931-1980
Band 14 / DM 18,- (November 80)

Karl Siebig
Ich geh mit dem Jahrhundert mit. Ernst Busch. Eine Dokumentation.
Band 149 / DM 16,- (November 80)

T. J. Clark
Der absolute Bourgeois
Künstler und Politik in Frankreich
1848-1851. Band 150/DM 26,-
(Dezember 80)

Jean-Paul Sartre
Die Transzendenz des Ego
Philosophische Essays 1931-1939
Band 151 / DM 18,- (Dezember 80)

Literaturmagazin 13
Wie halten wir es mit dem Neuen?
Band 146 / DM 15,- (Oktober 80)

Über die Autoren

Aehnel, Reinhard, geb. 1950; Studium der Soziologie in Marburg. Doktorand an der GHS Kassel, Lehrbeauftragter. Mitglied in GEW und BdWi.

Bauch, Herbert, geb. 1950; Studium in Sozialkunde und Deutsch. Kursleiter des Seminars f. Politik an der Volkshochschule. Arbeitsgebiete: Arbeiterjugendbewegung.

Beckenbach, Nils, Dr., geb. 1941; Akad. Rat im Inst. f. Soziologie der Univ. Münster. Letzte Veröffentlich.: *Hafenarbeit* (Mitverf., 1979). Arbeitsgebiete: Industri soziologie, Bewußtsein und Gewerkschaften. Mitglied der GEW.

Berking, Helmut, geb. 1950; wiss. Mitarbeiter am Inst. f. Soziologie der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Sozial- und Wissenschaftsgeschichte; soziologische Theorien.

Bichmann, Wolfgang, Dr. med., geb. 1949; z.Zt. Médecin-Chef der Circonscription Médicale de Kououndé und Koordinator für die DED-Gesundheitsprojekte in der VR Benin. Veröffentlicht.: *Die Problematik der Gesundheitsplanung in Entwicklungsländern* (1979).

Dietrich, Stephan, geb. 1958; Studium der Rechtswissenschaft und Politologie. Arbeitsgebiete: Recht und Ideologie. Mitglied in Juso-Hochschulgruppe und Studentenparlament der FU.

Efferding, Wieland, geb. 1950; Dipl. Pol., Staatsexamen in Sozialkunde und Russisch; Redaktion und Sekretariat des *Argument*-Verlages. Arbeitsgebiete: Produzentendemokratie in der Sowjetunion; Ideologie-Theorie; Politik-Theorie; Mitglied in GEW und DVPW.

Frei, Bruno, Prof. Dr. phil., geb. 1897; Journalist.

Gerold, Ulrike, geb. 1956; Studium der Germanistik. Theaterwissenschaft und Kunstgeschichte. Arbeitsgebiete: Feminismus, Medienwissenschaft. Mitglied der GEW.

Göbel, Eberhard, geb. 1951; Dipl.-Soz., Angestellter an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Medizinsoziologie, Automationsmedizin. Mitglied in ÖTV und Deutsche Gesellschaft f. Med. Soziologie. *Gransow, Volker*, Dr. phil., geb. 1945; Dipl.-Politologe; wiss. Assistent an der PH Bielefeld. Letzte Veröffentlich.: *Viktor Agartz* (mit M. Krätze, 1978). Arbeitsgebiete: Kommunismus-Forschung, Kulturtheorie u. Gewerkschaftspolitik. Mitglied in SPD, GEW und DVPW.

Haug, Frigga, Dr. phil., geb. 1937; Habilitation; Wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik; Mitherausgeberin des *Argument*. Letzte Veröffentlich.: zus. mit anderen vier Bände zur Automation (AS 7, AS 19, AS 31, AS 43); *Frauenformen* (Hrsg., 1980). Arbeitsgebiete: Automationsforschung, Arbeitswissenschaft, Frauen. Mitglied in BdWi, ÖTV, Sozialistischer Frauenbund Westberlin (SFB/W).

Harden, Theo, M.A., M. phil., geb. 1951; freier Mitarbeiter am FU-Projekt Deutsche Sprachartikel. Letzte Veröffentlich.: *Artikel und Emotionen* (1980). Arbeitsgebiete: Zweitspracherwerb und Semantik. Mitglied der ÖTV.

Herrgott, Gerhard, geb. 1952; Dipl.-Mathematiker, Wiss. Ass. an der TU Berlin. Arbeitsgebiete: Philosophie und Didaktik der Mathematik, Wissenschaftstheorie.

Ingersleben, Sigurd v., Dr. phil., geb. 1944; wiss. Mitarbeiter am Inst. f. Arzneimittel des Bundesgesundheitsamtes. Letzte Veröffentlich.: *Die praktische Bedeutung des Wissenschaftsverständnisses der Pharmakologie* (1979), Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Soziologie der Medizin, Probleme der Arzneimitteltheorie. Mitglied der ÖTV.

Jäger, Michael, geb. 1946; 1973-78 wiss. Ass. am Psychologischen Institut der FU Berlin, Doktorand. Veröffentlichungen zu wissenschaftstheoretischen Fragen und zur Parteitheorie Gramscis. Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie, Staatstheorie. Mitglied der GEW.

Knobloch, Clemens, Dr. phil., geb. 1951; Wiss. Angest. am Institut für deutsche Sprache. Bonner Forschungsstelle. Wichtigste Veröffentlich.: *Orientierung und Koorientierung* (1980). Arbeitsgebiete: Kommunikationssoziologie, Sozialphilosophie. Mitglied der GEW.

Krämer-Friedrich, Sybille; Studium der Politik, Geschichte, Philosophie. Arbeitsgebiete: Techniktheorie, Informationstheorie. Mitglied der GEW.

Kramer, Dieter, Dr. phil., geb. 1940; Wiss. Mitarbeiter im Dezernat für Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt/M. Arbeitsgebiete: Freizeit, Kulturtheorie, Kulturgeschichtliches Museumswesen, Kulturpolitik. Mitglied der GEW, Naturfreunde, Kulturpolitische Gesellschaft.

Kübler, Hans, D., Dr. phil., geb. 1947; Wiss. Ass. an der PH Westfalen-Lippe. Wichtigste Veröffentlich.: *Unterhaltung und Information im Fernsehen* (1975). Arbeitsgebiete: Medienwissenschaft, Kulturtheorie, Didaktik des Deutschunterrichts. Mitglied in GEW, SPD, Deutsche Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Kulturpolitische Gesellschaft.

Lenzen, Klaus-Dieter, Dr. phil., geb. 1946, wiss. Mitarbeiter an der Laborschule Bielefeld. Veröffentlicht.: *Kinderkultur, die sanfte Anpassung* (1978), Aufsätze. Arbeitsgebiete: Curriculumentwicklung, Medien für Kinder.

Maruhn, Jürgen, geb. 1950; Doktorand. Arbeitsgebiet: Früher deutscher Sozialismus.

Nemitz, Rolf, geb. 1948; Ass. am Psychologischen Institut der FU Berlin. Redakteur des *Argument*. Mitglied im Projekt Automation u. Qualifikation und Projekt Ideologie-Theorie (PIT).

Offe, Claus, Prof. Dr., geb. 1940; Prof. f. Politik und Soziologie. Wichtigste Veröffentl.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* (1980); *Berufsbildungsreform* (1975). Arbeitsgebiete: Innenpolitik, Soziologie des Arbeitsmarktes. Mitglied bei GEW und Grüne.

Preuss-Lausitz, Ulf, Prof. Dr. phil., geb. 1940; Prof. für Erziehungswissenschaft an der TU Berlin. Wichtigste Veröffentl.: *Fördern ohne Sonderschule* (1980). Arbeitsgebiete: Gesamtschule, Freinet-Pädagogik, Integration Behinderter. Mitglied der GEW.

Rasper, Otto, Dr. phil., geb. 1918; Leiter der psychotherapeutischen Beratungsstelle der Univ. Konstanz. Z.Zt. Psychotherapeut in freier Praxis.

Reuter, Peter W., Dr. phil., geb. 1940; wiss. Ass. f. Geschichte/Politische Bildung an der GHS Duisburg. Veröffentl.: *Die Balkanpolitik des französischen Imperialismus 1911-1914* (1979). Arbeitsgebiet: Französische Geschichte, 19. u. 20. Jahrhundert.

Robbeck, Johannes, Dr. phil., geb. 1947; Studienrat. Veröffentl.: *Egoismus und Sympathie* (1978). Arbeitsgebiete: Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte.

Romeis, Lotbar, Dipl. Soziologe, geb. 1949; Dozent am 2. Bildungsweg. Arbeitsgebiete: Politische- und Wirtschaftssoziologie, soziologische Theorien.

Rosenbrock, Rolf Dietrich, Dr. rer. pol., geb. 1945; wiss. Angst. am Wissenschaftszentrum Berlin. Arbeitsgebiete: Stadt- und Bauplanung, Gesundheits- und Sozialpolitik. Mitglied der ÖTV und des BdWi.

Rudloff, Holger, Dr. phil., Wiss. Ass. am Seminar für Deutsche Sprache und Literatur sowie deren Didaktik an der Univ. Köln. Letzte Veröffentl.: *Literaturunterricht in der Diskussion* (1979).

Schagen, Udo, Dr. med., geb. 1939; Leiter der Abteilung Medizin in der Univ.-Verwaltung der FU Berlin. Seit 1970 Mitglied der Redaktionskommission »Medizin« des *Argument*.

Scheffler, Thomas, Dipl.-Pol., geb. 1950; Doktorand. Wichtigste Veröffentl.: »Bürgerliche« *Revolution und marxistische Revolutionstheorie*, in: *Argument-Sonderband AS 44*. Arbeitsgebiete: Deutsche Arbeiterbewegung und Außenpolitik, Vorderer Orient, Asiatische Produktionsweise.

Schneuwly, Bernard, geb. 1953; Lizentiat in genetischer Psychologie, Ass. an der Univ. Genf. Arbeitsgebiete: Problemlösen bei Kindern, Sprachentwicklungspsychologie.

Schubert, Bernhard, geb. 1950; wiss. Mitarbeiter am Inst. f. Neuere deutsche Literatur Univ. Marburg.

Schwarz, Winfried, Dr. phil., geb. 1948; Dipl. Soziologe, wiss. Mitarb. am Institut f. Marxistische Studien und Forschung (IMSF) in Frankfurt/M. Veröffentl.: *Vom Rohentwurf zum Kapital* (1978).

Sens, Eberhard, Dr. rer. pol., geb. 1944; wiss. Ass. am Inst. f. Soziologie der TU Berlin.

Siber, Karl Heinz, M.A., geb. 1949; freiberuflicher Übersetzer. Arbeitsgebiete: Psychoanalyse, Emotionstheorien.

Steinhaus, Kurt, Dr. rer. pol., geb. 1938; Studium der Politik, Ökonomie und Soziologie. Referent beim Parteivorstand der DKP.

Watzlawczik, Gerd-Uwe, geb. 1956; Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Politologie in München. Arbeitsgebiete: Stadtsoziologie und Alternative Bewegungen.

Winkler, Michael, Dr. phil., geb. 1953; wiss. Mitarb. am Institut f. Pädagogik der Univ. Erlangen. Veröffentl.: *Geschichte und Identitär* (1979). Arbeitsgebiete: Sozialpädagogik, systematische und historische Pädagogik, Handlungstheorie. Mitglied der GEW.

Wulff, Erich, Prof. Dr. med., geb. 1926; 1961-67 Lehrbeauftragter f. Psychiatrie a. d. Univ. Hué, Südvietnam; Mitdirektor d. Psychiatrischen Klinik d. Med. Hochschule Hannover. Letzte Veröffentl.: *Ethnopsychopatrie* (1978), *Reise nach Vietnam* (1979). Mitglied in BdWi und ÖTV.

Zeller, Jörg, Dr., geb. 1944; Ass.Prof. am Psychologischen Institut der FU Berlin. Veröffentl.: *Grammatik und Ideologie* (1976; Diss.). Arbeitsgebiete: Wissenschafts-Erkenntnistheorie und Wissenschaftsgeschichte.

Zielinski, Siegfried, M.A., geb. 1951; Doktorand und Lehrbeauftragter an der TU Berlin, Fachgebiet: Medienwissenschaft. Beiträge zur Mediengeschichte und -kritik in Sammelbänden und Periodika. Arbeitsgebiet: Geschichte und Theorie der Massenmedien.

Zinser, Hartmut, geb. 1944; Lehrbeauftragter an der FU Berlin. Wichtigste Veröffentl.: *Mythos und Arbeit* (1977). Arbeitsgebiete: Mythenrezeption, Psychoanalyse, Theorie der Gesellschaft.

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Geier, Manfred</i> : Kulturhistorische Sprachanalysen (<i>C. Knobloch</i>).....	889
<i>Ellerbrock, Jürgen, u. a.</i> : Vom alltäglichen Sprachverständnis zum wissenschaftlichen Sprachbegriff (<i>T. Harden</i>).....	890
<i>Frank, Manfred</i> : Die unendliche Fahrt (<i>B. Schubert</i>).....	891

Kunst- und Kulturwissenschaften

<i>Warnke, Martin</i> : Künstler, Kunsthistoriker, Museen (<i>U. Gerold</i>).....	893
<i>Ehmer, Hermann K. (Hrsg.)</i> : Ästhetische Erziehung und Alltag (<i>K.-D. Lenzen</i>).....	894
<i>Kommer, Helmut</i> : Früher Film und späte Folgen (<i>H.-D. Kübler</i>).....	895
<i>Krzeminski, Michael</i> : Vermittlung sozialer Erfahrung im Fernsehen (<i>S. Zielinski</i>).....	897

Soziologie

<i>Lederer, Emil</i> : Kapitalismus, Klassenstruktur und Probleme der Demokratie in Deutschland (<i>L. Romeis</i>).....	899
<i>Wachtler, Günther</i> : Humanisierung der Arbeit und Industriosozologie (<i>R. Aehnelt</i>).....	900
<i>Abendroth, Michael, Niels Beckenbach, Siegfried Braun, Rainer Dombois</i> : Hafenarbeit (<i>H. Stück</i>).....	902
<i>Kudera, Werner, Werner Mangold, Konrad Ruff, Rudi Schmidt, Theodor Wentzke</i> : Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern (<i>N. Beckenbach</i>).....	904
<i>Bochow, Michael</i> : Bildung und Arbeit (<i>E. Sens</i>).....	905

Erziehungswissenschaften

<i>Heinemann, Manfred (Hrsg.)</i> : Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 1 und Teil 2 (<i>R. Nemitz</i>).....	906
<i>Albrecht-Heide, Astrid</i> : Entfremdung statt Emanzipation (<i>H. Bauch</i>).....	909
<i>Wolf, Willi</i> : Selektionsprozesse im Zweiten Bildungsweg (<i>H. Bauch</i>).....	909
<i>Friebel, Harry (Hrsg.)</i> : Studierende Erwachsene im Zweiten Bildungsweg (<i>H. Bauch</i>).....	911
<i>Rolff, Hans-Günter</i> : Brennpunkt Gesamtschule (<i>U. Preuss-Lausitz</i>).....	911
<i>Eckhardt, Juliane, und Hermann Helmers (Hrsg.)</i> : Theorien des Deutschunterrichts (<i>H. Rudloff</i>).....	913

Psychologie

<i>Dölling, Irene</i> : Naturwesen — Individuum — Persönlichkeit (<i>V. Gransow</i>).....	914
<i>Lemke, Christiane</i> : Persönlichkeit und Gesellschaft (<i>V. Gransow</i>).....	914
<i>Mayer, R.E.</i> : Denken und Problemlösen (<i>B. Schneuwly</i>).....	916
<i>Lowen, Alexander</i> : Bio-Energetik, Therapie der Seele durch Arbeit mit dem Körper (<i>K.H. Siber</i>).....	917

Medizin

<i>Deppe, Hans-Ulrich</i> : Vernachlässigte Gesundheit (<i>E. Göbel</i>).....	919
<i>Sigusch, Volkmar</i> : Sexualität und Medizin (<i>U. Schagen</i>).....	920
<i>Karmaus, Wilfried, Verena Müller und Gerd Schienstock</i> : Stress in der Arbeitswelt (<i>R. Rosenbrock</i>).....	921
<i>Stern, Horst</i> : Tierversuche in der Pharmaforschung (<i>S. v. Ingersleben</i>).....	922
<i>Hermann, Jens</i> : Ambition and Reality (<i>W. Bichmann</i>).....	925
<i>Richter, Horst Eberhard</i> : Der Gotteskomplex (<i>O. Rasper</i>).....	926

Soziale Bewegung und Politik

<i>Kissinger, Henry A.: Memoiren. 1968 — 1973 (T. Scheffler)</i>	822
<i>Therborn, Göran: What Does the Ruling Class Do When it Rules? (S. Dietrich)</i>	929
<i>Lehner, Franz: Grenzen des Regierens (G.-U. Watzlawczik)</i>	931
<i>Wassmund, Hans: Revolutionstheorien (T. Scheffler)</i>	932
<i>Bunzl, John (Hrsg.): Israel / Palästina (B. Frei)</i>	933
<i>Korczak, Dieter: Neue Formen des Zusammenlebens (E. Göbel)</i>	935

Errata

Argument 123: Im Aufsatz von *Gert Mattenklott*, S. 661, Z. 4 von oben lies: die bizarren Versteinerungen der Spiegelberge angeregt —:

Das folgende Goethe-Zitat stammt aus der *Artemis*-Ausgabe, Bd. 11, S. 784.

S. 663, letzte Zeile vor dem Zitat lies: als Stärkung der Lust an der Fliehkraft:

Im Aufsatz von *Erika M. Hoerning* wurde durchgehend *ideographisch* (statt richtig: *idiographisch*) gesetzt.

AS 51: Sozialliberalismus oder rechter Populismus?: Im Aufsatz von *Heidenreich / Westphal*, S. 160, 16. Zeile von unten lies: Kampf um die Eingliederung *klassenspezifischer*



Die neuen ARGUMENT-BÜCHER

W.F. Haug: Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur (II).

»Werbung« und »Konsum«.

Systematische Einführung in die Warenästhetik. Grundlagen der kulturellen Entfremdung. Wiederaneignung kultureller Kompetenz von unten.

224 S., kart. 16,— DM, Ln. 19,80 DM



Ernesto Laclau: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus — Faschismus — Populismus.

Kritik des Ökonomismus und Klassenreduktionismus. Neubegründung einer Theorie des Politischen: Klassenbestimmung und relative Autonomie politischer Diskurse (Frühjahr 1981).

Kart. ca. 16,— DM, Ln. ca. 19,80 DM